

REZENSIONEN

Auf der Flucht, hrsg. v. Erna Appelt u. Waltraud Heindl. H. 2 der Zeitschrift „L’Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft“ 15 (2004). Wiesbaden: Böhlau Verlag, 189 S.

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „L’Homme“ nähern sich die beiden Wiener Herausgeberinnen Erna Appelt und Waltraud Heindl einem aktuellen, politisch brisanten und zugleich wissenschaftlich jungen Forschungsgebiet: Migrationen von Frauen. Die Auswahl der Beiträge demonstriert, wie Fluchterfahrungen die Lebensentwürfe von Menschen in unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten verwerfen und Lebenswege neu gestalten können.

Die Zeitschrift „L’Homme“ und ihre Herausgeberinnen stehen für eine Forschungsperspektive, die v.a. den Genderblickwinkel in den Vordergrund rückt. Den vier Abhandlungen folgen denn auch in den Rubriken „Im Gespräch“ und „Aktuelles und Kommentare“ Beiträge, die sich mit Einzelfragen des Themenschwerpunkts unter Hervorhebung von Migrantinnen auseinandersetzen. Die Perspektive auf das „andere“, männliche Geschlecht wird in diesem Kontext gänzlich ausgespart.¹ Wie gewohnt wird anschließend „Im Forum“ ein aktuelles Forschungsvorhaben herausgestellt, hier „Der Einschluss und Ausschluss von Frauen in bulgarischen Geschichtsbüchern der 1990er-Jahre“ von Krassimira Daskalova. In „Aus den Archiven“ wird von Patrizia Gabrielli der umfangreiche autobiografische Schriftbestand von Frauen im Archivio Diastrico Nazionale in Pieve Santo Stefano vorgestellt. Einem Nachruf auf die (in Münster und nachfolgend Bochum) engagierte Historikerin für Geschlechtergeschichte Susanne Rouette folgen Rezensionen aktueller Veröffentlichungen.

Mit der Fokussierung auf weibliche Flüchtlinge stellen Appelt und Heindl eine Forschungslandschaft vor, in der erst in jüngster Zeit die spezielle Situation von Migrantinnen die einseitig von männlichen Migranten dominierte Migrations- und Fluchtforschung bereichert. Neben der Analyse historischer Fluchterfahrungen werden hierbei aktuelle asylpolitische Fragestellungen aufgegriffen.

¹ Diese Praxis wird von den Herausgeberinnen sehr wohl problematisiert.

In einem ersten Beitrag schildert Traude Bollauf die Erlebnisse von drei Jüdinnen, die in den späten 30er Jahren Wien verließen, um in England der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen. Sie waren drei von etwa 20 000 Menschen, denen es mithilfe des so genannten *domestic permit* gelang, als Dienstboten in englischen Haushalten zu überleben. Traude Bollauf demonstriert anschaulich den Erfahrungshorizont dieser Frauen, der sich v.a. durch Erniedrigungen und Sprachprobleme auszeichnet. Sie verschweigt dabei nicht, dass das *domestic permit* für mittellose Frauen das einzige, gültige Fluchtdokument nach England bot, was dazu führte, dass zunächst nur die Arbeit in Privathaushalten als Beschäftigungsmöglichkeit für Flüchtlinge existierte.

Susanne Binder geht in ihrem Beitrag auf die zeitgenössische europäische Asylgesetzgebung ein und kommt zu dem Ergebnis, dass die Kategorie *gender* hier bis in die 1990er Jahre keinen nennenswerten Stellenwert einnahm. Im Rahmen ihrer Studie konzentriert sich die Autorin auf bosnische Flüchtlingsfrauen, die sie interviewte. Anhand eines Fallbeispiels beleuchtet Susanne Binder die Auswirkungen von Flucht und neuer Migrationsumgebung auf Familienstrukturen und geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und -wahrnehmungen. Die Autorin veranschaulicht plausibel, dass das gängige Bild des „passiven Flüchtlings und der handlungsunfähigen Flüchtlingsfrauen“ keineswegs mit der Realität zu vereinbaren ist (S. 232).

Dem Problembereich Asyl und Integration in Österreich widmet sich auch Edith Hobsig. Vom UNHCR initiiert, legt sie die erste empirische Studie über die Situation weiblicher Konventionsflüchtlinge vor. Im qualitativen Interviewverfahren werden die Themen Flucht, Asylgewährung sowie die Integration in Österreich angesprochen. Anhand der individuellen Probleme und Erfahrungswelten gelingt es Hobsig, Mängel und Erfordernisse in der Flüchtlingsbetreuung aufzuzeigen und Neuerungen anzuregen.

Mit Annemarie Steidls Beitrag wird erneut die historische Migrationsforschung in den Vordergrund gerückt. Die Autorin befasst sich mit Auswanderinnen aus der Habsburgmonarchie in die USA. Auf der Grundlage von Passagierlisten erstellt sie erstmals Sozialprofile der Migrantinnen. Mit einer genauen Auflistung des weiblichen Anteils an den transatlantischen Wanderungen erweitert sie das Forschungsbild um die junge, weibliche Migrantin, die ebenso wie männliche Migranten bei der Suche nach Erwerbsarbeit große Distanzen zu überbrücken bereit war. Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen jedoch lag die Rückkehrquote der Frauen aus der neuen Welt nach

Europa niedriger, obgleich nicht jede Wanderung mit dem erhofften ökonomischen Erfolg verbunden war.

Die Gespräche mit den Wissenschaftlerinnen Alice Teichova und Ruth Wodak veranschaulichen am individuellen Beispiel, wie Flucht- und Exilerfahrungen den Lebensweg von Frauen maßgeblich prägen können. Ihre individuellen Erlebnisse von zwei Fluchterfahrungen schildert zunächst die britische und österreichische Staatsbürgerin und Historikerin Alice Teichova. Als Jüdin suchte die Wienerin in den 30er Jahren den Neuanfang in England, um dann in die Tschechoslowakei überzusiedeln, von wo sie nach dem „Prager Frühling“ nach Wien zurückkehren musste.

Das Gespräch der Wiener Sprachwissenschaftlerin und Spezialistin für Diskursanalyse Ruth Wodak mit der Mitherausgeberin von „L'Homme“, Edith Saurer, spiegelt den generativen Faktor von Fluchterfahrungen wider. In ihnen wird deutlich, wie unterschiedlich Fluchtmotive ausfallen können: die Zugehörigkeit zum Judentum bei der Elterngeneration sowie die eigenen Erfahrungen Wodaks, ihre wissenschaftliche Ausgrenzung als Soziologin und Mitstreiterin der feministischen Linguistik.

„Auf der Flucht“ bietet zahlreiche Einblicke in einen Zweig neuerer Migrationsforschung. Mit der bewussten Nuancierung von Forschungsansätzen mit Genderschwerpunkten gelingt die Komprimierung von unterschiedlichsten Forschungsvorhaben und -methoden. So tritt Flucht in den Erlebnis- und Erfahrungshorizonten von Migrantinnen als geschlechtsspezifische Erfahrungswelt auf und wird lebensweltlich fassbar. Zugleich wird durch die Bandbreite der gewählten Beiträge ersichtlich, in welchem Maße Flucht durch die Jahrhunderte das Leben von weiblichen Generationen prägte.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder. Ausstellungskatalog, hrsg. v. Dagmar Kift für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe/Westfälisches Industriemuseum. Essen: Klartext Verlag 2006, 287 S., zahlreiche Abbildungen.

„Aufbau West“ ist der Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung des Westfälischen Industriemuseums, die vom 18. September 2005

bis zum 26. März 2006 in der Zeche Zollern II/IV in Dortmund zu sehen war. Das Buch hat zwei Funktionen: Zum einen handelt es sich hier um einen Ausstellungskatalog, der die Ausstellungsgegenstände dokumentiert, zum anderen um eine Einführung und Überblicksdarstellung zum Thema „Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit am Beispiel Nordrhein-Westfalens“. Neben festangestellten und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Westfälischen Industriemuseums konnten auch drei ausgewiesene Autoren mit einführenden Beiträgen für die Publikation gewonnen werden: Nach Vor-, Geleit- und Grußworten sowie einer Einleitung der Herausgeberin gibt Wolfgang Kessler, Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, einen knappen Forschungsüberblick zum Thema „Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen“ (S. 22-25). Mehr Ausführlichkeit hätte dem Band sicher nicht geschadet.

Alexander von Plato, Leiter des Instituts für Geschichte und Biografie der FernUniversität Hagen, der mit Flüchtlingen und Vertriebenen lebensgeschichtliche Interviews geführt hatte, fasst in dem Beitrag „Integration und ‚Modernisierung‘“ seine bisherigen Forschungen zusammen. Zuvor liefert er die notwendigen statistischen Angaben und Hintergrundinformationen (S. 26-33).

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer beschreibt den „Aufbau West“ als „Januskopf der nordrhein-westfälischen Nachkriegswirtschaft“, ebenfalls basierend auf seinen Forschungen. Die überkommene Wirtschaftsstruktur des neu gegründeten Landes und die vorrangigen Investitionen in den Montanbereich ermöglichten einen raschen Wiederaufbau und legten die Grundlagen für das „Wirtschaftswunder“; gleichzeitig verhinderten sie jedoch eine notwendige Umstrukturierung und Diversifizierung der Wirtschaft und legten somit den Grundstein für die spätere Strukturkrise des Ruhrgebiets (S. 34-39).

Nach diesem Einleitungs- und Überblicksteil folgt eine Führung durch die einzelnen Abteilungen der Ausstellung „Aufbau West“: 1. Aus dem Osten (S. 40-43), 2. Ankunft (S. 44-81), 3. Wirtschaft und Gesellschaft (S. 82-251), 4. Spuren (S. 252-269). Zum Abschluss beschreiben drei Museumspädagoginnen ihre Vermittlungsangebote für unterschiedliche Gruppen von Museumsbesuchern und -besucherinnen (S. 270-275). Abgeschlossen wird der Band durch einen Anhang mit Quellen-, Literatur- und Bildnachweisen, Leihgeberliste (sic!, obwohl zahlreiche Frauen darin zu finden sind) und einem Verzeichnis der Autorinnen und Autoren sowie der Vorstellung des Ausstellungsteams (S. 276-287).

Während die allgemeinen einleitenden Beiträge den Stand der Forschung zusammenfassen (erfreulich, dass die Herausgeberin auch die neueren Forschungen in Polen zur Kenntnis nimmt, wenn auch nur vermittelt durch Publikationen in deutscher Sprache), bringt der eigentliche Katalogteil neben allseits Bekanntem auch neue und überraschende Informationen, die zusätzlich zu den zahlreichen Abbildungen den eigentlichen Reiz des Buches ausmachen. Flucht und Vertreibung werden von Dagmar Kift skizziert: Die Herausgeberin stellt dabei das Schicksal der Deutschen in einen größeren historischen Zusammenhang. Sie verweist dabei nicht nur auf die nationalsozialistischen Gräueltaten in Polen und anderswo, sondern auch auf den Mord am armenischen Volk und die Vertreibung von Griechen und Griechinnen aus der Türkei. Nach der Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen in einem vom Krieg verwüsteten Land stießen diese bei der einheimischen Bevölkerung auf Ablehnung, da sie als Konkurrenten und Konkurrentinnen bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern (Lebensmittel, Wohnung, Arbeit) angesehen wurden. Zugangssperren hielten diese Menschen zunächst von den zerstörten Städten im Ruhrgebiet fern, sie wurden in die ländlichen Regionen Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Bayerns gelenkt. Trotz der Konkurrenzsituation erfuhren einige der Zugewanderten auch Hilfsbereitschaft von Seiten der Einheimischen.

Den Schwerpunkt von Ausstellung und Katalog bildet die dritte Abteilung „Wirtschaft und Gesellschaft“. Hier wird der eigentliche „Aufbau West“ vorgestellt und die These von der Integration von Einheimischen und Flüchtlingen in eine „neue Zeit“ (Plato) eindrucksvoll bewiesen. Der Integration über den Arbeitsplatz ist das Hauptaugenmerk gewidmet: „Industriegeschichten und Betriebsgeschichten“ bilden den Rahmen von Aufbau und Integration, beginnend mit der Schlüsselindustrie (sowohl für den Wiederaufbau als auch als erster und wichtigster Arbeitsplatz für Vertriebene und Flüchtlinge) des Bergbaus. Neben den bekannten Beispielen der Montanindustrie und dem für den Wiederaufbau wichtigen Bauwesen werden auch die weniger oder kaum bekannten Branchen wie Glasindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Maschinenbau berücksichtigt und hier liegt das eigentliche Verdienst von Ausstellung und Begleitband. Die abgebildeten Ausstellungsgegenstände werden ergänzt durch kurze Einführungen und Kurz-Biografien von Vertriebenen und Flüchtlingen. Wie interessant diese Biografien auch sind, es sind durchweg Erfolgsgeschichten. Beispiele von Scheitern und Desintegration, die es ebenfalls gegeben hat, fehlen. Dies mag dem Umstand

geschuldet sein, dass Personen, die Flucht und Vertreibung nicht verarbeiten und die Fremde nicht als „Neue Heimat“ akzeptieren konnten, kaum bereit sind, Interviews zu geben, aber die Verantwortlichen für die Ausstellung hätten dies deutlicher klarstellen müssen.

Aufgrund der Zuzugssperren konnten zunächst nur Personen ins Ruhrgebiet kommen, die sich verpflichteten, im Bergbau zu arbeiten. Der Bergbau garantierte nicht nur ein gesichertes Einkommen, sondern auch eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln durch Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen und sicherte eine Unterkunft. Auch wenn sich zahlreiche Neubergleute von der Branche abwandten, sobald sie eine bessere Beschäftigung fanden, war der Bergbau, anders als die von Demontagen bedrohte Stahlindustrie, zunächst der Hauptarbeitgeber und das Einstiegsstor nach Nordrhein-Westfalen. Die Bauindustrie erlebte einen besonderen Aufschwung, da Wohnungen und Siedlungen für Einheimische und Vertriebene gebaut werden mussten. Während die in der Montanindustrie beschäftigten Flüchtlinge und Vertriebene häufig einen sozialen Abstieg in Kauf nehmen mussten, konnten im Baugewerbe Tätige nach einer Übergangsphase als Selbstständige arbeiten. Die präsentierten Lebensgeschichten zeigen, in wie vielen Fällen der Bau des eigenen Hauses die Integration besiegelte. Somit war ausreichender Wohnraum (am besten als Eigentum) neben dem Arbeitsplatz der zweite integrationsfördernde Faktor.

Glasindustrie (Nordrhein-Westfalen war bei der Ansiedlung dieser Branche nicht so erfolgreich wie andere Bundesländer), Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Maschinenbau zeigen einen weniger bekannten und häufig vernachlässigten Aspekt der Integration von Flüchtlingen, Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen sowie deren Beitrag zum „Aufbau West“: Diese Beispiele belegen, wie viel diese Gruppen in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens einbrachten: Humankapital und Know-how wurden der DDR regelrecht entzogen (z.B. Maschinen, Patente, Pläne, aber auch Facharbeiter und -arbeiterinnen) und trugen zur Diversifizierung der Industrie im Westen Deutschlands bei. Flüchtlinge und Vertriebene waren in diesen Branchen nicht nur Arbeitskräfte, sondern schufen durch ihre Neugründungen auch Arbeitsplätze für Einheimische. So mancher Firmenname, der allen vertraut ist, gehört zu einer Neugründung durch vertriebene oder geflüchtete Unternehmer (z.B. Steilmann, Kunert, Ergee, Odol, Wella).

Weitere wichtige Integrationsfaktoren werden leider nicht deutlich benannt, sie werden jedoch anhand der Kurz-Biografien sichtbar: gewerkschaftliche und parteipolitische Aktivität. In Nordrhein-

Westfalen hatte der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) bei weitem nicht den Zulauf wie in den ländlichen Aufnahme-Regionen. So waren z.B. in Bochum bereits 1947 (also noch vor Gründung des BHE) die meisten der politisch aktiven Flüchtlinge parteipolitisch in den von den Alliierten zugelassenen Parteien organisiert. Die Flüchtlings- bzw. Vertriebenenbeiräte als Beratungs- und Vermittlungsorgan auf allen Verwaltungsebenen werden im vorliegenden Buch nur am Rande erwähnt.¹ Auch die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen retardierenden Faktoren wie die Vertriebenenverbände sind dem Ausstellungsteam nicht behandelenswert gewesen. „Aufbau West“ zeigt somit nur eine, wenn auch wichtige Seite des Lebens von Flüchtlingen und Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen.

Auch die Rolle der Frauen wird nur am Rande abgehandelt, obwohl sie die Last der Flucht am stärksten tragen mussten, da sie diese mit Kindern und Alten antraten. Die Männer, das zeigen auch die Kurz-Biografien, kamen aus der Kriegsgefangenschaft und hatten ganz andere Erfahrungen. Gerade mal 14 Seiten werden den geflüchteten und vertriebenen Frauen gewidmet: S. 74-81: „Frauenwege“ und S. 246-251 im Abschnitt „Vertriebene Frauen im Aufbau West“. Die Kurz-Biografien innerhalb der einzelnen Branchen-Kapitel zeigen bereits die Leistungen der vorgestellten Frauen. Eine stärker integrierte Behandlung des Gender-Aspektes wäre hier wünschenswert. Eine gesonderte Rubrik am Ende der Abteilungen „Ankunft“ und „Wirtschaft und Gesellschaft“ degradiert die Frauen zum Anhängsel dieser Gesellschaft. Ihre Bedeutung für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen bleibt verschwommen.

Der scientific community, die sich mit Fragen der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen beschäftigt, bietet der vorliegende Band zwar einige interessante und überraschende Aspekte, aber im Prinzip nur wenig Neues. Den interessierten Bürgern und Bürgerinnen sowie zum Einstieg ins Thema ist das Buch jedoch allemal zu empfehlen. Dennoch ist neben den bereits angeführten Monita einiges zu kritisieren.

Es ist nicht zu erkennen, nach welchen Prinzipien lediglich nur deutsche Bezeichnungen von Orten benutzt, weshalb in einigen Fällen neben die deutschen auch die aktuellen Bezeichnungen treten

¹ Siehe hierzu Valentina Stefanski, Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet von den „Ruhrpolen“ im späten 19. Jahrhundert bis zu den ausländischen Arbeitnehmern unserer Tage, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 408-429, hier S. 427 ff.

und warum manchmal nur die heutigen Ortsnamen angeführt werden (z.B. bei rumänischen Orten). Dass dann die Sonderzeichen der rumänischen und polnischen Sprache nicht verwendet werden, wäre noch zu verkraften, aber zahlreiche orthografische Fehler stoßen bitter auf, z.B. auf S. 154 f. Wojcieszzyze (richtig: Wojcieszzyce), S. 239: neben Wischtiten, Vystitis (richtig: Vistyitis). Vollkommen falsch ist die Bezeichnung von Kulm als „Chelmo“ (S. 257): Es existiert in der Tat eine Ortschaft Chełmo (ein Dorf in der Nähe von Łódź), die polnische Bezeichnung für Kulm ist jedoch Chełmno. Aber den französischen Nachbarn ergeht es nicht besser; so wird auf S. 206 Saargemünd in Lothringen als Sarreguemin (richtig: Sarreguemines) wiedergegeben. Was aber nun wirklich nicht akzeptabel ist, steht auf S. 207: „Gotenhafen“, ohne jegliche Erklärung. Hier hätte sich das Ausstellungsteam tatsächlich erkundigen und die nationalsozialistische Bezeichnung der Stadt Gdingen (polnisch: Gdynia) streichen sollen, auch wenn der Interviewpartner diese benutzt haben sollte (es handelt sich nicht um ein Zitat aus dem Interview!). Die Bezeichnung „Litzmannstadt“ für Lodz (polnisch Łódź) wird doch auch nicht verwendet!

Auch beim Literaturverzeichnis hat das Lektorat versagt: Namen und Buchtitel sind nicht immer korrekt angeführt; so finden wir auf S. 277 Doris von Brellie-Lewin (richtig: Doris von der Brellie-Lewin) und der Titel des Buches von Lutz Niethammer auf S. 281 ist ebenfalls nicht korrekt: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht selbst aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“. Das Zitat von Rosa Luxemburg wurde zwar abgewandelt, aber nicht in der hier angeführten Form, sondern: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“.

Valentina Maria Stefanski, Bochum

The Baltic Countries under Occupation. Soviet and Nazi Rule 1939–1991, hrsg. v. Anu Mai Kõll. Stockholm: Almqvist & Wiksell 2003, 421 S. (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 23).

Um es vorweg zu nehmen – der spannendste Beitrag dieses Konferenzbandes findet sich ganz an seinem Ende. Doch der Reihe nach: Kein

Thema beschäftigt die Historikerinnen und Historiker der drei baltischen Staaten mehr als die Zeit der sowjetischen Okkupation. Man kann es fast eine erzieherische Maßnahme nennen, wenn hier einmal auch die freilich weitaus kürzere deutsche Okkupation 1941–1944 mit einbezogen wird.¹ Wie so oft sind die Beiträge des Bandes weder einheitlich in der Fragestellung noch im Umfang oder in der Qualität. Es finden sich konzise Quellenstudien, mehr oder weniger informative Erlebnisberichte, pathetische Opfergeschichten, aber auch analytische Forschungsarbeiten. Von den 32 Texten behandeln elf Estland, 13 Lettland und acht Litauen, eine vergleichende Perspektive findet sich leider nicht. Dafür lässt sich die interdisziplinäre Ausrichtung der 1999 durchgeführten Tagung leicht am Inhaltsverzeichnis ablesen: Historiker, Soziologen, Philologen, Bibliothekare, Filmwissenschaftler, Philosophen und eben Zeitzeugen bieten ein zuweilen recht spannungsarmes Flickwerk verschiedener möglicher Einblicke in ein halbes Jahrhundert baltischer Geschichte, das durch die gemeinsamen Kapitelüberschriften „Occupations 1940–1953“, „Cultural values“, „The Fate of Minorities“, „Soviet Mentalities“, „Everyday Resistance“ nur notdürftig zusammengehalten wird. In den Jahren zwischen der Konferenz und der Drucklegung des Buches hat sich zweifellos viel getan, aber es sei den Organisatoren trotzdem für diese Bestandsaufnahme eines recht frühen Forschungsstandes gedankt.

Die Migrationsströme der Nachkriegszeit aus dem ehemaligen Ostpreußen und dem Memelgebiet behandelt Arūne L. Arbušauskaitė aufgrund von russischem Archivmaterial (S. 17–46). Bis Ende der 1940er Jahre seien ca. 4 000 Bürger des ehemaligen Litauen aus der SBZ und 2 000 aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die Heimat zurückgekehrt, wo sie jedoch keinen herzlichen Empfang erhielten und sofort vom NKVD observiert wurden. Von den Massendeportationen 1948 und 1949 waren 1 780 Familien aus Klaipėda betroffen, wobei 40% von ihnen wenigstens ein repatriiertes Mitglied hatten. Aigi Rahis konzentrierter Beitrag stellt – leider ohne jeglichen Anmerkungsapparat – die Forschung zu den Deportationen aus Estland 1941 und 1949 v.a. im generationsgeschichtlichen Zusammenhang vor (S. 47–54), woraus deutlich wird, dass Frauen, Kinder und ältere Menschen die Mehrheit der Deportierten stellten. Eini-

¹ Vgl. jetzt den vom Lettischen Geschichtsinstitut veröffentlichten Band: *The Hidden and Forbidden History of Latvia Under Soviet and Nazi Occupations, 1940–1991*, hrsg. v. V. Nollendorfs, E. Oberländer, Riga 2005, sowie *Estonia 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity*, hrsg. v. T. Hiio, M. Maripuu u. I. Paavle. Tallinn 2006.

ge Thesen über die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR, die gleichzeitig in den seit 1939 annektierten Gebieten am 12. Januar 1941 stattfanden, arbeitet Matthew Kott anhand von Materialien der Widerstandsgruppe „Nacionālā sardze“ (Nationalgarde) und den Erinnerungen von Eduards Berklavs heraus (S. 55-62). Seiner Ansicht nach dienten diese Wahlen nicht nur dem propagandistisch deklarierten Ziel, die Einverleibung der neuen Gebiete „zu vollenden“, sondern auch, um mithilfe des dichten NKVD-Netzes Widerstandszentren sichtbar werden zu lassen, um sie anschließend zu liquidieren.

Gerhard P. Bassler definiert „The Collaborationist Agenda in Latvia 1941–1943“ (S. 77-84) anhand der Biografie von Alfred Valdmanis, Finanzminister unter Ulmanis und Generaldirektor für Justiz während der deutschen Okkupation, als zuweilen einzige effektive Form des Widerstands. Andres Kasekamp untersucht die ideologischen Wurzeln der estnischen Kollaboration (S. 85-95) anhand der Aktivitäten des „Ersten Landesdirektors“ Hjalmar Mäe, der dem allgemeinen Urteil zufolge als letzter Führer des rechtsextremen Freiheitskriegerverbands zum Kollaborateur prädestiniert gewesen sei. Demgegenüber sei Mäe jedoch in erster Linie politischer Opportunist gewesen und hätte seit seiner Studienzeit in Österreich alles Deutsche bewundert. So sei er jedenfalls weitaus wertvoller für die Nazis gewesen.² Einen Einblick in die gesellschaftliche Organisation Estlands unter dem Hakenkreuz bietet Kari Alenius in seinem Beitrag über „Eesti noorus“ (Estnische Jugend), eine der HJ nachgebildete Struktur, der 1943 ca. 4% der estnischen Jugendlichen beigetreten waren (S. 97-107). Ob diese Zahl der freiwilligen Beitritte die tatsächlich geringe Begeisterung der Esten für die „neue Ordnung“ der Deutschen widerspiegelt, mag dahingestellt bleiben; in jedem Fall bemühte sich der Jugendführer Gustav Kalkun im Frühjahr 1944 darum, die Mitglieder in Estland zu halten, um „Estlands Freiheit“ zu sichern. Die Grenzen von Kollaboration und Widerstand verschwimmen auch in diesem Fall.

Mit der Judenvernichtung während der deutschen Okkupation befassen sich nur zwei Beiträge. Zum einen kritisiert Yves Plasseraud den Umgang der litauischen Gesellschaft mit der Shoah auf eigenem Boden (S. 153-160), und zum anderen liest Anton Weiss-Wendt (S. 161-166) die stets als positiv dargestellte jüdische Erfahrung in der estnischen Republik der Zwischenkriegszeit gegen den Strich: Denn

² Beinahe als nationalen Helden präsentiert ihn Rein Helme, Hjalmar Mäe und die deutsche Besatzungspolitik in Estland, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums LIV (2007), S. 140-153.

ihnen sei der Eintritt in den Staatsdienst verwehrt geblieben. In der Sowjetunion jedoch hätten sich gerade in diesem Bereich nach 1940 günstige Perspektiven geboten. Gleichzeitig sei in Estland die in erster Linie politisch, nicht rassistisch motivierte These auf fruchtbaren Boden gefallen, die Juden seien Träger des Bolschewismus. Ohne quantitative Daten zu präsentieren, steht dieser Zusammenhang für Weiss-Wendt als Motivation der estnischen Täter seit 1941 fest.

Der umfangreichste Beitrag des Bandes gilt der demografischen Entwicklung der nationalen Minderheiten Estlands im 20. Jahrhundert von Kalev Katus, Allan Puur und Luule Sakkeus (S. 167-212), auf dessen Ergebnisse im Einzelnen hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Interessant ist jedoch die Feststellung, dass vor dem Zweiten Weltkrieg gerade die Grenze zwischen Estland und der Sowjetunion einen der größten Unterschiede zwischen Nachbarländern europaweit in Fragen der demografischen Prozesse (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Geburtenrate, Eheschließung) markierte. Während selbst Finnland der estnischen Entwicklung um ca. 20 Jahre hinterherlief, machte der Unterschied zu den sowjetischen Werten nahezu ein halbes Jahrhundert aus.

Sehr disparat sind die Beiträge, die der Band zur Sowjetzeit zu bieten hat, da die Forschung hierzu noch in den Kinderschuhen steckt. Daher überrascht es kaum, wenn wir hier in erster Linie Einzelstudien zu sehr begrenzten Themen finden, deren Synthese zu einer allgemein gültigen Darstellung sowjetischen Alltags in den baltischen Ländern noch auf sich warten lassen wird. Geprägt wurde dieser in jedem Fall von „double thinking“, dessen Untersuchung im estnischen Fall Aili Aarelaid-Tart zu dem Schluss kommen lässt (S. 215-228), dass die verschiedenen Generationen unterschiedlich auf die Transformation des Alltags reagierten. Für die Älteren, in der Unabhängigkeitszeit Sozialisierten, sei die Dichotomie „eigen“ vs. „fremd“ noch klar erkennbar gewesen, so dass die Sowjetisierung in eine Identitätskrise gemündet habe. Die mittlere Generation hingegen hätte durchaus bewusst die Spielregeln der „fremden“ Öffentlichkeit angenommen, ohne die „eigenen“ Werte zu vergessen. Die – offenbar für Aarelaid durchaus mögliche – vollkommene Sowjetisierung der jüngsten Generation sei in erster Linie durch den sowjetischen Einmarsch in die ČSSR 1968 und den latenten Protest dagegen verhindert worden. Kritisch geht Laimutė Jakavonytė mit der geistesgeschichtlichen Ebene der sowjetischen Zeit in Litauen um (S. 299-312). Die monologe Struktur der litauischen kulturellen Traditionen habe das Land nicht auf geistigen Widerstand gegen eine gefestigte Ideologie vorbereitet,

so dass der intellektuelle Untergrund es nicht mit dem religiös motivierten Widerstand der „Chronik der katholischen Kirche Litauens“ habe aufnehmen können. Intellektueller Widerstand habe sich daher nur auf die Sprache an sich sowie die nicht-verbale Symbole mit nationaler Bedeutung – „semiotic space“ genannt – gründen können. Hierfür sei Kreativität gefordert gewesen, die diese Form von Widerstand in eine vielschichtige, dialogartige Form verwandelt hätte. Eine Form voller Ironie und Humor, die Jakavonytė im heutigen Litauen offenbar fehlt.

Widerstand im Alltag wiederum ist das Thema des umfangreichen letzten Abschnitts, der „Alltag“ auch ganz handgreiflich versteht, indem hier z.B. die lettische Webtradition (Anete Karlsone) oder das christliche estnische Lied (Steven J. Pierson) angesprochen werden. Es geht wohlgerne um den Widerstand gegen das „Sowjetische“, der Widerstand gegen die deutsche Besatzung wird nicht thematisiert. Egidija Ramanauskaitė beschäftigt sich in ihrem interessanten Beitrag mit der litauischen Jugendkultur in der Sowjetzeit anhand einer Fülle von Beispielen (S. 315-340). Hier hatte das sowjetische Experiment sich nicht nur mit westlichen Einflüssen zu messen, sondern auch mit einer Reihe von „erlaubten“ Formen der lokalen Kultur wie Musik, Festen, Religion, aber auch einer traditionellen Ethik, die sich der neuen Ideologie entzog. Im Überleben eines lokalen Kulturkonzepts sieht Ramanauskaitė dann auch eine der Quellen für das Überleben der individuellen Initiative, die der sowjetischen Kultur so fremd war.

Einen klugen Akzent setzt demgegenüber Mark Allen Svede in seinem kurzen Text über lettische Hippiekultur (S. 341-346). Mit Recht weist er darauf hin, dass die Forschung über die eigentliche, stark an vergleichbaren westlichen Konzepten ausgerichtete künstlerische Avantgarde heute eher unpopulär ist, da diese Formen des Protests sich eben nicht nur gegen die Fremdherrschaft gerichtet hätten, sondern auch gegen die Dominanz des Nationalen in der Kultur. Wie eng das Konzept eines kulturellen, auf eigenen nationalen Traditionen und vor allem der eigenen Sprache basierenden Widerstands tatsächlich ist, präsentiert eher unfreiwillig Jouzas A. Krikstopaitis in seinem Vortrag über „intellectual resistance“ in Litauen (S. 347-356). Zum einen bietet die Betonung der Kraft der Nationalsprache, in diesem Fall des Litauischen, nur eine Erklärung für den Widerstand der Muttersprachler, als ob Polen oder Russen in der Litauischen SSR dazu nicht in der Lage gewesen seien. Zum anderen wird gern übersehen, dass auch das Litauische zum Medium der Sowjetisierung werden konnte.

Aus all diesen mehr oder weniger fundierten Beiträgen ragt die Studie von Robert W. Smurr „Soviet Industrial Colonialism versus the Culture of Estonian Environmentalism“ (S. 385-418) heraus. Wir wissen, dass sich in allen drei baltischen Sowjetrepubliken politischer Widerstand gegen die Bevormundung aus Moskau zunächst in Umweltthemen artikuliert hat: AKW Ignalina, Dünastaufen, Phosphor- und Ölschieferabbau. Aber kaum einmal ist dieser Umstand für das Beispiel Estland auf historische Traditionen zurückgeführt worden, die auf eine fundamental unterschiedliche Beziehung zur Natur schließen lassen könnten, welche sich wiederum nicht in der offensichtlichen Gegenüberstellung eines kleinen mit einem großen Land und seinen Naturreserven erschöpft. Smurr holt weit aus und beginnt mit dem prägenden Einfluss, den deutschbaltische Wissenschaftler im 19. Jahrhundert auf den russischen Naturschutz hatten. Das estnische nationale Erwachen habe dann der Natur ein eigenes Leben eingehaucht, das fortan als eng mit der eigenen Nation verbunden gesehen wurde; nicht umsonst hätten die Geschichten in Carl Robert Jakobsons Schulbibel vornehmlich in der Natur gespielt, die zu schätzen und zu bewahren sei. Schließlich gründete der Leuchtturmwärter Arthur Toom 1910 mit eigenen Mitteln auf der Insel Vilsandi das erste Vogelschutzgebiet im Russischen Reich (und seit 1940 das erste in der Sowjetunion). Nach der Gründung des unabhängigen estnischen Staats 1918 seien Fragen des Naturschutzes im offiziellen Diskurs mit einer gehörigen Portion Patriotismus aufgeladen und die Natur des Landes symbolisch zu etwas exquisit Estnischem erklärt worden. Tatsächlich habe diese Einstellung zu einigen wegweisenden Fortschritten bereits in der Zwischenkriegszeit geführt. Aufgrund dieser Tradition wundert es schließlich auch nicht, dass die Estnische Naturschutzgesellschaft, 1966 gegründet, mehr als 15 000 Mitglieder hatte – und es ihr nur fünf Jahre später gelang, den ersten sowjetischen Nationalpark in Lahemaa zu gründen. Zwar genossen Fauna und Flora bereits seit 1957 staatlichen Schutz, doch wurde durch den Einbezug ihrer gesamten Umgebung der besondere kulturelle Kontext der Region aufgewertet – und damit eben auch die Esten und ihre Kultur. Die sowjetische Industrialisierungspolitik wurde so in der estnischen Perzeption zu einer Attacke auf die Nation. Diese Verbindung sei sowohl von den sowjetischen Machthabern als auch von den Nicht-Esten unterschätzt worden und diene schließlich während der Perestrojka als mächtige politische Motivation für Protest. Hier zeigt sich exemplarisch die Kraft historischer Analyse, wenn die besonderen Traditionen einer im imperialen Kontext peripheren Region sich

als resistent erweisen gegenüber einer in diesem Fall materialistischen Rhetorik vom „Bezwingen der Natur“.

Abschließend müssen diesem Band leider einige formale Mängel angekreidet werden. So sind die Anmerkungsapparate der einzelnen Beiträge offensichtlich nicht konsequent vereinheitlicht worden, die Formatierung der Texte ist weder schön noch einsichtig oder gar einheitlich, das Autorenverzeichnis nicht vollständig. Auch Nicht-Muttersprachlern des Englischen fallen stilistische Unterschiede der einzelnen Beiträge auf, die man hätte vermeiden können. Inhaltlich ist dies Buch zwar eine Fundgrube für all diejenigen, die sich mit diesem Thema und seiner wissenschaftlichen Behandlung auseinandersetzen. Als Standardwerk für den interessierten Leser, der mehr über die baltischen Staaten unter den beiden Fremdherrschaften seit dem Zweiten Weltkrieg erfahren will, ist er jedoch ungeeignet.

Karsten Brüggemann, Hamburg

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts, <http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/intro.html>.

Seit Carl Wingenroths Aufsatz von 1959 wird das ‚kurze‘ 20. Jahrhundert in der (historischen) Migrationsforschung sowie auch in politischen Diskussionen um Flucht und Vertreibung zu Recht oft als „Jahrhundert der Flüchtlinge“ charakterisiert.¹ Der Erste Weltkrieg und die aus ihm folgende Neuordnung der politischen Landkarte Europas bilden eine Zäsur in der europäischen Wanderungsgeschichte.² Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umsiedler in Europa lag in Folge der politischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg allein in der Mitte der 1920er Jahre bei annähernd

¹ Carl D. Wingenroth, Das Jahrhundert der Flüchtlinge, in: Außenpolitik 10 (1959), S. 491-499.

² Zu den migrationspolitischen Ursachen und Konsequenzen dieser Zäsur siehe Jochen Oltmer, Flucht, Vertreibung und Asyl im 19. und 20. Jahrhundert, in: Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter. Vorträge auf dem Deutschen Historikertag in Halle a.d. Saale, 11. September 2003, hrsg. v. Klaus J. Bade. Osnabrück 2003 (IMIS-Beiträge. 20/2003), S. 107-134.

10 Millionen Menschen,³ während für den Zweiten Weltkrieg insgesamt Zahlen von 50-60 Millionen Deportierten, Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen anzugeben sind.⁴ Das europäische 20. Jahrhundert schloss dann auf vermeintlich prädestinierte Weise: Im 1918 verkündeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1931 Königreich Jugoslawien), der dann 1945 gegründeten Volksrepublik Jugoslawien, hier, auf dem ‚Balkan‘, zerbrach ein Teil der politischen europäischen Ordnung des 20. Jahrhunderts in einem genozidalen Bürgerkrieg, der zu weiteren Massenfluchten führte.

Diesem Jahrhundert der Flüchtlinge widmet sich die von der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene und von Gesine Schwan mit einem Vorwort begleitete „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“: Erzwungene Migrationen sollen als ein zentrales Element der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert vorgestellt werden. Verbindende Idee aller Themenportale der „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“ – es existieren bislang 18 – ist, Lehrern, Schülern, Studenten und Erwachsenenbildnern einführende Texte, aber insbesondere auch im Netz direkt abrufbare Quellen zu einem bestimmten historischen und gesellschaftspolitisch relevanten Thema zur Verfügung zu stellen und kommentierte Hinweise auf weiterführende und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung vorhandene Literatur zu geben. Das Kernstück der „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ bilden dann auch die unter drei Hauptfragen gestellten Quellentexte, die von zumeist kurzen Einführungen diverser Autoren in den historischen Kontext gerückt werden: Zunächst soll der allgemeine Zusammenhang von Nationalismus und Zwangsmigrationen vom im Vertrag von Lausanne 1923 legitimierten griechisch-türkischen ‚Bevölkerungstausch‘ nach dem griechisch-türkischen Krieg 1921/22 bis zu den nationalistisch motivierten Vertreibungen und ‚ethnischen Säuberungen‘ im Kaukasus und Jugoslawien dargestellt werden. Es folgt die Behandlung der Zwangswanderungen im Bezugsrahmen des Zweiten Weltkriegs von der nationalsozialistischen ‚Heim ins Reich‘- und Bevölkerungspolitik bis zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa, bevor im letzten großen thematischen Block nach der Geschichte der Vertriebenen in Deutschland nach 1949 und der damit

³ Michael R. Marrus, *Die Unerwünschten. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert*. Berlin 1999, S. 61.

⁴ Klaus J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2000, S. 285.

zusammenhängenden Geschichtspolitik, die letztlich in den aktuellen Debatten um ein Mahnmal gegen Vertreibungen gipfelt, gefragt wird. Alle Literaturangaben der Themenschwerpunkte werden am Ende noch einmal in einer Liste gebündelt. Hinweise auf andere themenbezogene Seiten im Netz, Informationen unter anderem mithilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründeten „Europäischen Netzwerk: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts“ und ein Autorenverzeichnis ergänzen die Netzseiten, deren Gesamthalt sich allerdings nur schwerlich und zeitraubend über die im Internet typischen, nach dem Schneeballprinzip funktionierenden Verknüpfungen erschließt – ein komplettes Inhaltsverzeichnis, das am besten auch die Zuordnungen zwischen einführenden Texten und dazugehörigen Quellen aufführen sollte, fehlt.

Grundsätzlich zu kritisieren ist die deutliche inhaltliche Zuspitzung auf die Geschichte und den politischen Umgang mit der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die der aktuellen gesellschaftspolitischen Relevanz des Themas geschuldet ist, sich aber in einem Internetportal zur europäischen Geschichte zunächst versteckt um dann alles zu überwölben. Findet sich in der Einleitung der knappe Hinweis, dass die „Netz-Quelle“ als „zentrales Thema“ die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-, Ostmittel und Südosteuropa hat, um diese in den „historischen Rahmen“ einzuordnen, wird allein schon durch den Lauf der Gliederung zweierlei impliziert: Zum einen erscheint das im Vordergrund stehende Thema als exemplarisch für das von Nationalismen geprägte Jahrhundert der Flüchtlinge, aus dessen Geschichte gelernt werden sollte, und zum anderen wird die Geschichte der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr deutlich als Konsequenz des im Nationalsozialismus kulminierenden Ethnonationalismus dargestellt. Für die geschichtspolitische Diskussion sowie eine Erklärung und Einordnung der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind beide Lesarten treffliche Argumente. Europäische Geschichte von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert erfassen sie allerdings nicht, da vielfältige, zum Teil auch mit ganz anderen Ansätzen zu erklärende Zwangswanderungen, wie zum Beispiel die der armenischen Flüchtlinge im und nach dem Ersten Weltkrieg, der spanischen politischen Flüchtlinge seit dem Beginn des Bürgerkriegs 1936, der Flüchtlinge vor der griechischen Militärdiktatur, der Flüchtlinge aus dem Baltikum in Schweden während und nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch der Gruppen, die als Minderheiten oder aber als politisch Verfolgte oder kulturell Ausgegrenzte aus dem nationalsozialistischen Deutschland vertrieben

wurden, nur am Rande oder gar nicht vorkommen. Hier sollte mit dem Titel des Portals kein ‚Etikettenschwindel‘ betrieben werden.

Eine zweite grundsätzliche Kritik richtet sich an die mangelhafte Verknüpfung der einführenden Texte mit spezifischen, die Argumentation dieser Einführungen belegenden Quellen und damit auch an die Ordnung der Quellentexte insgesamt: Im Themenblock „Nationalismus und ethnische Säuberungen“ beispielsweise bekommt der Leser zunächst eine wirklich überzeugende knappe historische Einführung von Gerrit Schäfer in die Vorstellungswelten des gleichzeitig einigenden und ausgrenzenden Nationalismus und den Zusammenhang von Nation und Nationalismus mit dem Hinweis auf die entsprechenden wissenschaftlichen Standardwerke zum Thema.⁵ Spezifische, direkte Quellenverweise in der Einführung fehlen aber. Nur am Ende des Textes findet sich der Link zu allen im Netz direkt erreichbaren weiteren Ressourcen. Die Auswahl dieser ‚Quellentexte‘ ist ausbaufähig, aber sicherlich irritierend für das gewünschte Publikum des Internetportals, da sich im geschichtswissenschaftlichen Sinne wirkliche Quellen (zum Beispiel Georges Montandons Argumentationen zur Notwendigkeit von Bevölkerungsverschiebungen für eine Friedenssicherung in Europa von 1915) unsystematisch neben weiteren Internetportalen zum Thema (The Unwanted, <http://www.the-unwanted.com>) oder auch wissenschaftlichen Vorträgen (Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert) finden. In einem zweiten einführenden Text des Themenblocks gibt Schäfer dann einen viel zu kurzen und allgemeinen Überblick mit dem Titel „Von Lausanne bis Jugoslawien – Zwangsmigrationen und ethnische Säuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ mit gerade mal einem spezifischen Quellenhinweis. Auch hier gelangt der Leser am Ende zur Liste aller Quellentexte des Themenkomplexes, so dass er die Zuordnung zwischen den beiden einführenden Texten und den Internetressourcen selber treffen muss. Dieser Mangel ist nicht nur eine Frage der Bedienungsfreundlichkeit, sondern eine der wissenschaftlichen Genauigkeit, die gerade im Informations anhäufenden, positivistischen Internet von Bedeutung ist.

Denn hier bildet das Internetportal dann doch eine sehr gut ausbaufähige Alternative, an gesicherte Informationen und diskursive Argumentationen zu gelangen. Schon die Einleitung der „Netz-Quelle“

⁵ Hier seien nur erwähnt: Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt a.M. 1988; Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. München 2000.

bietet einen prinzipiell ideenreichen Zugang zum Thema, indem auch eine Diskussion um die Begriffe ‚Zwangswanderung‘, ‚Flucht‘, ‚Vertreibung‘, und ‚Genozid‘ angerissen wird. Das belegen aber auch die gut miteinander verknüpften Kopffartikel, die zumeist sehr forschungskundige und präzise Erklärungen z.B. zu den Beneš-Dekreten (Peter Haslinger), zu den Zwangsmigrationen im östlichen Polen am Ende des Zweiten Weltkriegs (Jerzy Kochanowski), zur Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Polen und Ostpreußen (Gerrit Schäfer) und aus der Tschechoslowakei (Adrian von Arburg) geben. Aber auch die Artikel zum europäischen (geschichts)politischen Umgang mit den Vertreibungen von Philipp Ther (Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945–1953), Claudia Kraft (Die Debatten über die Vertreibung der Deutschen in Polen seit 1945) und Hans Lemberg (Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945) sind gerade im Zusammenhang des gebotenen Quellenmaterials sehr lesenswert. Wenn sich die „Netz-Quelle: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ sofort als Internetportal zur Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa, ihrer historischen Kontextualisierung im Jahrhundert der Flüchtlinge und ihrer geschichtspolitischen Bedeutung in Europa ausgabe, so könnte eine unbedingte Empfehlung ausgesprochen werden. So kann eine Empfehlung an die Zielgruppe ausgesprochen werden, diese Seite aufzusuchen und sich über die wertvollen Hinweise in das Thema einzuarbeiten, aber auch eine Empfehlung an die Herausgeber der Seite, diese durch bessere Verknüpfungen, mehr Quellenmaterial und die noch fehlenden Kopffartikel zu ergänzen und weiter zu pflegen.

Michael Schubert, Osnabrück

Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission hrsg. v. Christoph Cornelißen, Roman Holec u. Jiří Pešek. Essen: Klartext Verlag 2005, 500 S. (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission. 13; Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa. 26).

Spätestens seit den drei von Etienne François und Hagen Schulze 2001 herausgegebenen Bänden „Deutsche Erinnerungsorte“ sind Erinnerungskulturen auch in den der deutschen Geschichtswissenschaft ein zentrales Thema geworden. Die Tagung über „Erinnerungskulturen“ in Brünn im März 2001 die dieser Band dokumentiert, hat vor der damals ausgelösten Konjunktur der Beschäftigung mit dem Themenkomplex stattgefunden, auch vor den heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um das vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“. Nehmen wir die Literaturangaben als Indiz, sind die Beiträge 2002, spätestens 2003 abgeschlossen worden.

Am Anfang steht ein instruktiver Forschungsbericht von Christoph Cornelißen über Methoden und Fragestellungen der Erforschung von Erinnerungskulturen in West- und Osteuropa. Eine Schwierigkeit sieht er in der „Kluft zwischen dem weitgehend differenzierten Erkenntnisstand in der Geschichtswissenschaft auf der einen Seite und einer noch stark Kategorien des Nationalen verhafteten Öffentlichkeit auf der anderen Seite“ (S. 43). Vier Beiträge bilden den ersten Themenblock „Die Funktion der Geschichtswissenschaft für den Prozess der öffentlichen Erinnerungen“: Jiří Pešek ermittelt beim Vergleich der Darstellung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der tschechischen und der deutschen Historiografie trotz des radikal anderen Umfelds erstaunliche Analogien. Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in der slowakischen Historiografie und Publizistik nach 1989 ist, so Ivan Kamenec, wesentlich durch unterschiedliche Haltungen zur slowakischen „Unabhängigkeit“ während der Kriegszeit bestimmt. Die – von der älteren Historikergeneration erlebte – Zeitgeschichte steht im Mittelpunkt von Martin Sabrows Übersicht „Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft in der DDR“. Anhand der tschechischen Historiografie erarbeitet Detlef Brandes – mit 48 Druckseiten im Vergleich zu den

anderen Beiträgen ausführlich – das Bild der Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“ in der tschechischen Historiografie seit 1968 zwischen „Attentismus, Aktivismus und Verrat“.

Politische Reden der ersten kommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei (Miroslav Kunštát), der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945–1989 (Jürgen Danyel) und die Erinnerung an NS-Diktatur und Krieg in politischen Reden von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei Sudetendeutschen Tagen 1950–1995 (K. Erik Frantzen zeigt, dass der Vertriebenen Diskurs als Opferdiskurs geführt wurde und wird) weisen auf spezifische öffentliche Formen des Gedenkens. Denkmäler und Gedenkstätten: Theresienstadt als Gedenkstätte (Vojtěch Blodig), Kriegsdenkmäler in Tschechien als *lieux de mémoire* oder „Kampfplätze der Erinnerungen“ (Zdeněk Hojda), Denkmäler des Zweiten Weltkriegs in der Slowakei nach 1989 (L'ubomír Lipták) sowie die deutsche Erinnerung an den Holocaust im Denkmal (Edgar Wolfrum) weisen auf eine andere Form öffentlichen Erinnerens. Die Visualisierung der Kriegszeit und der Besatzung im tschechischen (Blahoslav Hruška) und im slowakischen (Jelena Paštěková) Spielfilm sowie „Das Bild des Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsfilm“ (Sylvia Schraut weist auf die dort vorgeführten Möglichkeiten von Menschlichkeit) erweitern das mediale Spektrum.

Den Diskussionen über die Vertreibungen 1945 sind drei Beiträge gewidmet. Claudia Kraft resümiert grundlegend – eine Pflichtlektüre vor allen Aussprachen über das „Zentrum“ – den „Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens“, zeigt die Unterschiede und weist darauf hin, „dass in einem Klima der Meinungsfreiheit und der wachsenden zwischenstaatlichen Kommunikation die Beschäftigung mit strittigen historischen Themen nicht unbedingt einfacher wird“ (S. 342). „Deckungsgleiche ‚historische Gedächtnisse‘“ werde es „bei der Betrachtung von Kriegs- und Nachkriegszeit zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn sicherlich nie geben“ (S. 348). Milán Drápala liefert mit seinem Bericht über die Aussiedlung der Deutschen und Deutschland in der tschechischen nichtsozialistischen Publizistik 1945–1948 tatsächlich eine „Glosse am Rande eines großen Themas“. Die westdeutsche politische Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung analysiert kenntnisreich Mathias Beer anhand der „Dokumentation der Vertreibung“ und des 1989, 15 Jahre nach der Fertigstellung, von der „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“ herausgegebenen Berichts „Vertreibung und Vertreibungs-

verbrechen 1945–1948“. Zur „Aufarbeitung von Kriegs- und Nachkriegserfahrungen“ nach 1989 berichten Andreas Langenohl zunächst über Russland und die Schwierigkeiten der Meinungspluralität im öffentlichen Raum, Rafał Stobicki über die öffentliche Debatte über die kommunistische Zeit in Polen und Bernd Faulenbach über „Deutsche Erinnerungsgesellschaft Ost und West seit 1989/90“. „Von der Erinnerung zur Identität und zurück“ überschreibt Peter Haslinger seine Übersicht über die durch die jugoslawischen Nachfolgekriege angestoßene „aktuelle Debatte über die Vertreibungen in Zentraleuropa“ vor allem in Deutschland bis 2003 mit weiter wirkenden nationalen Perspektiven.

Die Beiträge eröffnen – quellengestützt – zahlreiche neue Perspektiven auf den vor allem auf Tschechien und die Slowakei bezogenen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und die durch ihn ausgelösten Vertreibungen. Über den Vergleich der Gedächtniskulturen bringt Claudia Kraft Polen mit wesentlichen Aspekten in den Tagungszusammenhang ein. Der sorgfältig herausgegebene Band zeigt in der Summe wesentliche neue Aspekte bei der Erforschung der Gedächtniskulturen auf. Seine Fragestellungen sollten auch auf andere Regionen angewandt werden.

Wolfgang Kessler, Herne

Axel Dornemann, Flucht und Vertreibung in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945. Eine annotierte Bibliographie. Stuttgart: Verlag Anton Hiersemann 2005, 376 S. (Bibliographische Handbücher. 17).

Axel Dornemann, studierter Germanist und Slawist und Sohn einer Schlesierin, hat sie vorgelegt – die erste Bibliografie zu „Flucht und Vertreibung in Prosaliteratur und Erlebnisbericht seit 1945“. Das Nachschlagewerk ist klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Die Einleitung bietet zunächst einen luziden Einblick in die Geschichte der Flucht- und Vertreibungsliteratur und in den literaturwissenschaftlichen Forschungsstand. Anschließend legt sie die Aufnahmekriterien der Bibliografie offen und erklärt deren Handhabung. Die eigentliche Bibliografie erstreckt sich auf den folgenden 266 Seiten. Sie ist in ein alphabetisches Gesamtverzeichnis nach Autoren so-

wie in eine Übersicht der Sammelwerke und Anthologien unterteilt. Die einzelnen Einträge weisen dann in der Regel folgende Struktur auf: Autorennamen, Geburts- und gegebenenfalls Sterbejahr, Buchtitel, Erzählform, Erscheinungsort und -jahr, Verlag, Umfangsangabe sowie das im Buch behandelte Vertreibungsgebiet. Die Mehrzahl der Lemmata ist mit einer Annotation versehen. Es handelt sich in der Regel um inhaltsbezogene Informationstexte wie Kurzbeschreibungen, Zitate von Autoren, Klappen- und Werbetexte etc. Schließlich schlüsselt das Register die verzeichneten Werke noch einmal kategorial nach Vertreibungsgebieten und Erzählformen auf. Hinzu kommen eine gesonderte Erfassung der in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR erschienenen Flucht- und Vertreibungsliteratur sowie Verlags- und Ortsregister.

Die längst fällige Bibliografie beweist – und das soll als deren wichtigste Leistung gleich am Anfang genannt sein –, dass das Erlebnis von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa gegen Ende des Zweiten Weltkrieges während der vergangenen 60 Jahre weder „unerzählt“ geblieben ist noch in irgendeiner Form einem Tabu unterlegen war, wie noch allenthalben um das Erscheinen der Novelle „Im Krebsgang“ (2002) von Günter Grass behauptet worden ist. Im Gegenteil. Ein genauerer Blick auf die deutsche Literaturlandschaft seit 1945 bis in die Gegenwart offenbart sehr schnell die Existenz des Themas über die Zeiten hinweg. Richtig ist hingegen, wie es der Autor auch im ersten Teil der Einleitung unternimmt, von mehreren Phasen des Schreibens über Flucht und Vertreibung auszugehen. Ist es doch maßgeblich durch die sozialen und politischen Kontexte bestimmt, in denen erinnert und erzählt wird.

So zählt die Bibliografie für die Jahre 1945 bis 1960 etwa 180 Einzelveröffentlichungen (v.a. Erlebnisberichte, Erzählungen und Romane), in denen die Erinnerung an Flucht und Vertreibung präsent ist. In den 60er und 70er Jahren änderte sich die Erinnerung der Westdeutschen an die Vertreibung gravierend. Der Holocaust wurde zum Dreh- und Angelpunkt des öffentlichen Gedenkens. Der Verlust des historischen deutschen Ostens galt unter den Angehörigen der 68er-Generation nunmehr als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Gewaltregimes. Auf diplomatischem Parkett näherte sich die westdeutsche Regierung mit der Neuen Ostpolitik außerdem den ostmitteleuropäischen Staaten an. Den Erfahrungen der Vertriebenen wurde in der Folge keine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Jedwede Beschäftigung mit dem Thema „Vertreibung“ stand vielmehr im Verdacht des Revanchismus. Dementsprechend konstatiert

Dornemann in diesen beiden Dekaden einen Abfall der Literaturproduktion. In den 80er Jahren und im wiedervereinten Deutschland hat schließlich abermals ein Wandel im öffentlichen Gedenken an Flucht und Vertreibung stattgefunden. Die Rede über deutsche Opfer ist in diesen Tagen wieder en vogue. Dabei scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass eine Thematisierung der deutschen Leiden keineswegs die deutsche Schuld relativieren oder die Leiden der Opfer des Holocaust sowie anderer Opfer des NS-Regimes marginalisieren muss. Die Aktualisierung des Themas hat dabei mehrere Gründe: Zum einen löste die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung einen Angleichungsprozess der ost- und westeuropäischen Erinnerungskulturen aus. Dies hat nicht nur zur Enttabuisierung der Vertreibung in Ostdeutschland, sondern auch in den östlichen Nachbarländern Deutschlands geführt. Ebenso haben sich durch die Öffnung der Grenzen neue Dialogmöglichkeiten für die Vertriebenen und die heute in ihrer Heimat lebenden Menschen eröffnet. Sie werden vielfach von Kulturschaffenden, Politikern oder Publizisten der betreffenden Länder begleitet. Zum anderen veranlassten die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre einen bedeutenden Teil der politischen Linken zu einer Neubewertung der Leiderfahrung der deutschen Heimatvertriebenen. Schließlich hat die Rückbesinnung derjenigen Deutschen auf ihre Vertreibungsvergangenheit, die 1945 noch Kinder waren, den Vertreibungsdiskurs intensiviert. Bislang verdrängte oder unerwünschte, angesichts des Übergangs vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis aber biografisch wichtige Elemente der Erinnerung kehren gebunden an die eigenen Familiengeschichten zurück.¹ Dieser Perspektivenwechsel korrespondiert mit einem „exorbitanten“ Anstieg der Vertreibungsliteratur innerhalb der letzten 25 Jahre, die sich im Vergleich zu den 50er Jahren mehr als verdreifacht hat. Freilich sind für diese Entwicklung auch veränderte, d.h. verbesserte Publikationsmöglichkeiten mitverantwortlich. Als Stichworte sollen hier „Selbstverlag“ oder „Printing on Demand“ genügen.

Die vorliegende Bibliografie vermag also in der Tat, wie Dornemann im zweiten Teil der Einleitung als Zielsetzung anführt, zweierlei unter Beweis zu stellen: Erstens ist die Tragödie der Vertreibung immer schon erzählt worden. Zweitens – und das ist ebenso wichtig – wird sie noch immer bzw. immer wieder erzählt. Dabei war und ist

¹ Vgl. Madlen Benthin, *Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich*. Hannover 2007.

das Schreiben durchaus nicht nur an die Erlebnisgeneration, also an unmittelbar Betroffene und Zeitzeugen gebunden. Vielmehr wird das Thema noch heute von jüngeren wie älteren zeitgenössischen Schriftstellern – auch ohne Vertriebenenhintergrund – aufgegriffen und aktuell gehalten. Autoren wie der Württemberger Gerd Gaiser (1908–1976) mit der Erzählung „Die schlesische Gräfin“ (1956), der Oberbayer Hans Carossa (1878–1956) und seine „Frau vom guten Rat“ (1956) sowie die erst 1968 geborene Tanja Dückers mit ihrem Roman „Himmelskörper“ (2003) sollen hier exemplarisch genannt sein. Dornemann konstatiert zu Recht, dass die Schicksale von Flüchtlingen und Vertriebenen als „paradigmatische Gestalten unseres Jahrhunderts“ „archetypisch und biblisch sind und somit als grundsätzliche Lebensformen für Schriftsteller breiteste Betätigungsfelder bieten“. (S. X)

Die Erschließung des Themas „Flucht und Vertreibung“ in der deutschen Literatur seit 1945 bis heute könnte, geht man von der gegenwärtigen Hochkonjunktur der „Erinnerung“ an Flucht und Vertreibung aus, eines der am besten erforschten Themen der internationalen Germanistik sein. Doch lange Zeit war das Gegenteil der Fall. Die literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, so sie überhaupt in Vorlesungen und Seminaren an Universitäten praktiziert wird, nimmt noch heute lediglich eine marginale Rolle ein. Forschungsbeiträge, die profunde Analysen anstrengen oder Publikationslisten zusammenstellen, sind spärlich und nehmen erst seit den 90er Jahren deutlich zu. Dornemann hat sie selektiv im dritten Teil der Einleitung angeführt. Aus ihnen ragt die bis heute maßgebliche Untersuchung des aus Schlesien stammenden Germanistikprofessors Louis Ferdinand Helbig (geb. 1935) mit dem Titel „Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit“ (1988) heraus. Sie liegt seit 1996 in dritter, um den aktuellen Forschungsstand sowie um ein Register erweiterter Auflage vor. Allerdings basiert Helbigs Monografie auf lediglich 270 Einzelwerken. Ferner sind so wichtigen Aufsatzsammlungen zu nennen wie die von Frank Lothar Kroll „Flucht und Vertreibung in der Literatur nach 1945“ (1997), Sascha Feuchert „Flucht und Vertreibung in der deutschen Literatur. Beiträge“ (2001) sowie von Elke Mehnert „Landschaften der Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht“ (2001). Mehnerts Aufsatzsammlung umfasst zwar eine Bibliografie von über 100 Seiten, die nach Vertreibungsgebieten angelegt ist und auch originalsprachige tschechische und polnische literarische Werke berücksichtigt. Jedoch

ist sie aufgrund vieler Fehler und der „schwammigen“ Aufnahmekriterien für wissenschaftliche Zwecke nicht sehr ergiebig. Insofern stellt die nun neu vorliegende Bibliografie von Dornemann mit etwa 2 000 verzeichneten Einzelwerken sowie Einzelbeiträgen aus Sammelwerken und Anthologien eine bisher beispiellose bibliografische Leistung dar. Der Erfassungszeitraum erstreckt sich mit den Eckdaten 1945/46 und Sommer 2005 immerhin auf sechs Dekaden. Wenngleich von einer lückenlosen Erschließung nicht die Rede sein kann – so fehlt etwa die Autobiografie „Unruhiges Gewissen“ (1994) von Herbert Hupka –, lassen sich doch selbst für Kenner der Materie eine Reihe von Erkundungen anstellen und Neuentdeckungen machen, zumal nicht nur die einschlägige Verlagsproduktion berücksichtigt wurde, sondern auch die kaum zu übersehende „graue Literatur“, d.h. Bücher, die im Selbstverlag, im „Printing on Demand“-Verfahren oder als Typoskripte veröffentlicht wurden. Ebenso Berücksichtigung fanden einzelne Übersetzungen aus dem Polnischen, Tschechischen und Russischen. Bohumil Hrabal (1914–1997) beispielsweise erzählt in seinem Schelmenroman „Ich habe den englischen König bedient“ (1988) von den nach 1945 durch tschechische Revolutionsgarden verwüsteten Dörfern im Sudetenland. Pavel Kohout (1928) und Ota Filip (1930), ebenfalls Tschechen, schreiben in ihren Reiseberichten und Romanen von der wechselvollen historischen Beziehung zwischen Tschechen und Deutschen, wobei sie die Vertreibung als negativen Höhepunkt verstehen.

Im vierten Abschnitt der Einleitung erklärt Dornemann schließlich die Auswahlkriterien. Zum Gegenstand der Bibliografie macht er in Anlehnung an Helbig all diejenigen selbstständigen und un-selbstständigen Texte literarischer oder erzählend berichtender Provenienz, „die thematisch vom Kriegserlebnis unmittelbar vor der Flucht bis zur Wiederbegegnung mit den verlorenen Heimatorten lange nach der Vertreibung reichen“ (S. XIV). Dabei müssen die Werke mit einem „einschlägigen Handlungsstrang ausgestattet“ sein oder „eine direkt oder indirekt betroffene Person in ihrem Figurenensemble“ aufweisen, „welche im Gesamttext eine zentrale Rolle spielt“ (S. XVI). Kurz: Die Thematisierung der vielfältigen Dimensionen von Vertreibung (wie Gewalt, Heimatverlust, auseinandergerissene Familien, materielle Not, Ankunft in der Fremde, Integration sowie spätere Zusammentreffen mit den neuen polnischen, tschechischen u.a. Hausbewohnern) muss strukturbildend sein. Freilich führt dies zu einer Reihe von Zweifels- und Grenzfällen, gibt es doch so viele Interpretationen wie Rezipienten. So wird der eine oder andere etwa im Fall

von Renate Feyls Roman „Ausharren im Paradies“ (1992) über das Schicksal der sudetendeutschen Familie Kogler, die 1951 in die DDR „umgesiedelt“ wurde und dort heimisch werden musste, zu einem anderen Ergebnis kommen als Dornemann, der dem keine Relevanz für den Fortgang der Handlung beimessen will.

Neben der Spätaussiedlung (seit 1950 bis heute anhaltend) als Motivstrang schließt das Nachschlagewerk explizit die so genannte „Vertreibungsliteratur ohne Vertreibung“, auch „indirekte Vertreibungsliteratur“ genannt, aus. – All jene Formen von Literatur also, „die von Vertriebenen wie Nichtvertriebenen ab 1945 an über die Vertreibungsgebiete geschrieben wurde, ohne auf Flucht und Vertreibung einzugehen“ (S. XV), aber die dennoch „aus dem Bewußtsein des Heimatverlustes heraus“ entstanden ist. Hierher gehören etwa solche Liebeserklärungen an die alte Heimat wie Siegfried Lenz' Erzählband „So zärtlich war Suleyken“ (1955) oder Gertrud Papendicks Königsberger Erinnerungen „Das war unsere Stadt“ (1972).

Als ausgesprochen sinnvoll erweist sich im folgenden Teilabschnitt die Nennung und historische Verortung der einzelnen Vertreibungsgebiete, namentlich Schlesien, Ostbrandenburg, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen/Warthegeau und Sudetenland. Zum einen kann gegenwärtig ein solides Allgemeinwissen über den historischen deutschen Osten nicht mehr vorausgesetzt werden. Zum anderen gewährt diese Einteilungsstruktur (siehe „Register nach Vertreibungsgebieten“) dem Nutzer einen gezielten Zugriff auf die entsprechende Literatur der genannten Regionen. Unverständlich bleibt hingegen, warum sich Dornemann auf die Teile des ehemaligen Reiches beschränkt und die anderen historischen Siedlungsgebiete der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa vernachlässigt. So informiert die Bibliografie leider nicht über die Literaturproduktion der Russlanddeutschen, Deutschbalten bzw. der Deutschen aus der Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Jugoslawien.

Ein besonderes Gewicht legt Dornemann auf die in der DDR erschienenen Titel. Er begründet dies sowohl mit dem „territorialen Aspekt“ als auch mit einer angeblich „politisch-ideologisch begründeten Ausgrenzung des Themas in der DDR-Literatur“ (S. XXI). Im Register lassen sich zur ostdeutschen Flucht- und Vertreibungsliteratur immerhin 43 Titel finden, was der obigen These in gewisser Weise widerspricht, zumal die Auflistung gravierende Lücken aufweist, da Autoren wie Boris Djacenko und Karl-Heinz Jakobs nicht verzeichnet worden sind. Tatsächlich war die Vertreibungsproblematik in der DDR-Öffentlichkeit spätestens ab Mitte der 50er Jahre ta-

buisiert. Nur einzelne Autoren wie Anna Seghers und Heiner Müller vermochten punktuell die traumatischen Vertreibungserfahrungen, den Heimatverlust und den Konflikt zwischen „Neubürgern“ und Alteingesessenen zu reflektieren. Erst ab 1975 zeigte sich die SED-Kulturpolitik dem Thema gegenüber offener. Dies ist durchaus als Reflex auf die westdeutsche Entspannungspolitik zu deuten. Dass es der Literatur überhaupt gelang, das Thema trotz Zensur immer wieder zur Sprache zu bringen, verweist auf die langfristig fortbestehenden Kommunikationsbedürfnisse der Erlebnisgeneration. Insbesondere die Romane der 70er und 80er Jahre wie Christa Wolfs „Kindheitsmuster“, welche die Verlusterfahrung der Heimat aus der Kinderperspektive reflektieren, sind hier zu nennen. Kurzum: Soweit der Verlust der deutschen Ostprovinzen als direkte Konsequenz des nationalsozialistischen Terrorregimes dargestellt wurde und einige weitere politisch-ideologische Rahmenbedingungen Beachtung fanden, war ein Schreiben über die „Umsiedlung“ – so die offizielle Bezeichnung für Vertreibung im Sprachgebrauch der DDR – möglich. Interessant ist hier zu verfolgen, wie die ostdeutschen Schriftsteller mit den Vorgaben der DDR-Kulturpolitik im Einzelnen umgegangen sind.

Die Differenzierung der bibliografierten Literatur nach Erzählformen ist ebenso nützlich wie problematisch. Der Autor unterscheidet 1. Prosaliteratur wie Roman, Erzählung, Novelle, Reiseprosa, literarisches Tagebuch, Briefe, Reden und Essays; 2. die Autobiografie, v.a. Lebenserinnerungen von Schriftstellern, Publizisten, Wissenschaftlern, Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens; 3. den Reisebericht, der das Wiedersehen mit der alten Heimat thematisiert, sowie 4. den Erlebnisbericht als eine Art „Schwellengattung“ (S. XXIII ff.). Auch hier ist ein gezielter Zugriff auf die bevorzugte Quellengattung ermöglicht worden, die sicher eher der weiteren wissenschaftlichen Forschung als dem interessierten Laien zugute kommen wird. Nicht nur für Literaturwissenschaftler wäre übrigens eine Absetzung der Prosaliteratur von lyrischer und dramatischer Literatur wünschenswert gewesen. Dornemann klammert beide in der Bibliografie aus. Eine sicher arbeitsökonomisch verständliche, aber doch schmerzliche Einschränkung. Zu denken wäre da beispielsweise an das Stück „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ (1961) von Heiner Müller und viele weitere, die so unerschlossen bleiben. Bei der Verwendung des Begriffs „Prosaliteratur“ muss sich der Autor schließlich dem Vorwurf des unpräzisen Gebrauchs stellen. Autobiografien, Reise- und Erlebnisberichte werden in der Regel

ebenfalls in Prosa gehalten. Die Opposition „fiktiv“ versus „nicht fiktiv“ bzw. „authentisch“ träfe den gemeinten Sachverhalt wohl eher.

Alles in allem erfüllt das Nachschlagewerk seine Intention, Literaturwissenschaftlern, Historikern und Sozialpsychologen eine Arbeitsgrundlage beiseite stellen zu wollen, sind doch die „schöne Literatur“ als auch die erstmalig bibliografierten, v.a. dokumentarisch bedeutenden Erlebnisberichte unerlässliche Forschungsquellen für das jeweilige Fach. Auf dem Wege des Erzählens werden hier die individuellen und kontingenten, von den nationalen Meistererzählungen „übersehenen“ Flucht- und Vertreibungserfahrungen zum Vorschein gebracht. Dieser „Erinnerungsschatz“ ist in Anbetracht der aussterbenden Erlebnisgeneration um so höher einzuschätzen. Als *opus magnum* kann die vorliegende Bibliografie indes nicht gelten, da es ihr v.a. an Vollständigkeit bei den berücksichtigten Vertreibungsgebieten fehlt. Dennoch erweitert sie den Titelkanon erheblich, zeigt Forschungslücken auf und erleichtert die Orientierung über den Forschungsstand. Ihre aufmerksame Durchsicht regt zu neuen Fragestellungen an und fördert bisher Unentdecktes zutage. Zu hoffen bleibt, dass in einem weiteren Projekt bzw. in einer überarbeiteten Auflage die ärgerliche regionale Einschränkung aufgehoben wird. Die eventuelle Aufnahme dramatischer und lyrischer Literatur zum Thema wäre dann der Meistertitel.

Madlen Benthin, Leipzig

Exil Shanghai. Jüdisches Leben in der Emigration 1938–1947, hrsg. v. Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck u. Sonja Mühlberger. Teetz: Hentrich & Hentrich 2003, 272 S., 41 Abbildungen (Schriftenreihe des Aktiven Museums Berlin in Zusammenarbeit mit dem Leo-Baeck-Institute London, der Weichmann-Stiftung, Hamburg und dem Centrum Judaicum Berlin).

Die chinesische Hafenstadt Shanghai gehört zu den wohl exotischsten Exilorten, in die sich Flüchtlinge aus dem Dritten Reich retteten. In den Jahren 1938–1947 kamen insgesamt etwa 18 000 Flüchtlinge, überwiegend Deutsche und Österreicher, in die Millionenstadt. Die „offene Stadt“, die zunächst weder ein Affidavit noch ein Visum verlangte, war insbesondere nach dem „Anschluss“ Österreichs und den

Novemberpogromen 1938 für die überwiegend jüdischen Flüchtlinge der einzige Ausweg, der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen. Neben London und New York entwickelte sich Shanghai nicht zuletzt aufgrund der restriktiven Einreisebestimmungen der klassischen Exilländer zu einem der wichtigsten Emigrationszentren für jüdische Flüchtlinge.

Nachdem „das ‚Exil Shanghai‘ von der deutsch-jüdischen Geschichtsforschung lange Jahre hindurch recht stiefmütterlich behandelt“ wurde (S.7), sind in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Arbeiten erschienen, die sich mit Shanghai und der Politik des Dritten Reiches sowie dem Leben und den Exilerfahrungen jüdischer Emigranten beschäftigen.¹ In diesem Zusammenhang gibt der vorliegende Sammelband, der auf ein im August 1997 vom Aktiven Museum Berlin veranstaltetes Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der Rückkehr von 295 NS-Flüchtlingen aus China nach Deutschland zurückgeht, einen guten Überblick über den Stand der Forschung und einzelne Forschungsprojekte, die jetzt zum Teil als eigenständige Monografien vorliegen.²

Der Sammelband umfasst 17 Beiträge, die den „am Rande“ liegenden Exilort (Alfred Dreifuß) und die „Shanghai-Erfahrung“ der Flüchtlinge aus unterschiedlichen Perspektiven beschreiben. Schwerpunkte sind die politischen und sozialen Lebensbedingungen, die interethnischen Beziehungen zwischen den überwiegend deutsch-jüdischen Exilanten und anderen Bevölkerungsgruppen in Shanghai sowie die nationalsozialistische Politik in Ostasien. Den Auftakt bilden das biografisch gefärbte Vorwort Arnold Pauckers und die Shanghai-Kindheitserlebnisse von Sonja Mühlberger. Nach Paucker sind die hier beschriebenen Einzelschicksale symptomatisch für die Exilerfahrungen der Gruppe der Shanghai-Flüchtlinge, da sie die „tragische Bindung an Deutschland“ und „die ständige Sorge um die dort und im übrigen Europa verbliebenen Angehörigen“ aufzeigen (S. 9).

Daran anschließend gibt die Einleitung der Herausgeber einen ersten Überblick zur Bedeutung Shanghais als eher unfreiwilliges Re-

¹ Stellvertretend seien hier genannt: Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration, hrsg. v. Wolfgang Benz. München 1991; James R. Ross, *Escape to Shanghai. A Jewish community in China*. New York 1994, sowie Michael Philipp, *Nicht einmal einen Trespiskarren. Exiltheater in Shanghai 1938–1947*. Berlin 1997.

² So die Dissertationen von Astrid Freyeisen, *Shanghai und die Politik des Dritten Reiches*. Würzburg 2000, und Barbara Geldermann, *Zwischen den Welten. Identitätskonstruktionen in außereuropäischen und multiethnischen Kulturräumen am Beispiel der bagdadisch-jüdischen Gemeinde von Shanghai. 1843–1949*. Mikrofiche-Ausg. 2005 (Exemplar in der Freien Universität Berlin).

fugium und die allgemeinen politischen Bedingungen des Exils, der durch die einführenden Beiträge von Steve Hochstadt und David Kranzler vervollständigt wird. Abgerundet wird dieser Überblick durch den Beitrag von Georg Armbrüster, der das Ende des „Leben[s] im Wartesaal“, das heißt die Rück- und Weiterwanderung nach 1945 in den Blick nimmt.

Mit der Beziehungsgeschichte der mitteleuropäischen Flüchtlinge und anderen Bevölkerungsgruppen beschäftigen sich insgesamt drei Aufsätze. So untersucht Barbara Geldermann die Beziehungen zwischen den alteingesessenen sephardischen Juden in Shanghai und den zuwandernden europäischen Flüchtlingen. Sie schildert die anfänglich positive Aufnahme und große private Hilfsbereitschaft, die sich jedoch mit der zunehmenden Anzahl der Flüchtlinge wandelte, und verweist auf die tiefgehenden sozialen und kulturellen Differenzen zwischen den der meist kolonialen Oberschicht zugehörigen bagdadischen Juden und den Flüchtlingen, die ohne Besitz in den zerbombten Gebieten in Hongkou um ihr Überleben kämpften. Pan Guang, Leiter des „Center of Jewish Studies Shanghai“, sieht das Verhältnis der chinesischen Bevölkerung zu den jüdischen Flüchtlingen durch „mutual respect, sympathy and support“ geprägt (S. 79). Die Gründe für die Freundschaft zwischen jüdischen Flüchtlingen und den in Shanghai lebenden Chinesen führt Guang unter anderem auf das Fehlen eines religiös geprägten Antisemitismus, Gemeinsamkeiten in der chinesischen und jüdischen Kultur sowie auf vergleichbare Verfolgungserfahrungen zurück (S. 79). Die interessante Frage des Verhältnisses zwischen alteingesessenen und vertriebenen jüdischen Deutschen wirft Astrid Freyeisen in ihrem gleichnamigen Artikel auf. Enttäuschend ist jedoch, dass sich ihr Beitrag auf eine Darstellung der Entwicklung der Auslandsorganisationen der NSDAP beschränkt, die hier vermutete Erforschung von Alltagskontakten wird dagegen auf einer halben Seite abgehandelt.

Die Beiträge von Christiane Hoss, Michael Philipp, Helga Embacher und Margit Reiter richten den Blick auf die Gruppe der Shanghai-Flüchtlinge und beschäftigen sich mit den Anpassungs- und Überlebensstrategien in der fremden Umwelt. Besonders aufschlussreich ist der Artikel von Embacher und Reiter, der sich mit den Geschlechterbeziehungen im Shanghaier Exil befasst. Überzeugend argumentieren die Autorinnen, dass es trotz der vielfachen Rollenverteilungen in der ‚Extremsituation Shanghai‘ nicht – so eine These David Kranzlers – zu einer „Auflösung der mitteleuropäischen patriarchalischen Familienstruktur“ gekommen sei (S. 144). Die von

ihnen ausgewerteten autobiografischen Berichte und Interviews weisen dagegen darauf hin, dass „das Ende des Emigrantendaseins und die Rückkehr in ein bürgerliches Leben auch eine ‚Re-Normalisierung‘ der Geschlechterbeziehungen zur Folge hatten“ (ebenda).

Die übrigen Beiträge behandeln die Rolle Japans sowie den Einfluss des Dritten Reiches in Ostasien und deren Auswirkungen auf die Lage der Flüchtlinge in Shanghai. Gerhard Krebs kann zeigen, dass mit Beginn des Pazifischen Krieges im Dezember 1941 antisemitische Äußerungen zwar „ein integraler Bestandteil von Japans Kriegsideologie“ wurden (S. 71), sich diese jedoch stärker aus konkurrierenden Großmachtplänen speisten und weniger auf rassistischen Einstellungen beruhten. Obgleich sich die japanische Politik und Propaganda in der Folge unabhängig von deutscher „Aufklärungsarbeit“ verschärfte – nicht zuletzt mit der Errichtung einer Sonderzone im Februar 1943 für vorwiegend jüdische Flüchtlinge im Stadtteil Hongkou –, stand dem doch eine Praxis gegenüber, die trotz vielfältiger Überwachung, Schikanen und Quälereien das Überleben ermöglichte (S. 72).

Ebenso informativ, wenn auch von unterschiedlicher Qualität, sind die Beiträge von Christiane Hoss zur Ausbürgerung von deutsch-jüdischen Flüchtlingen in Shanghai, Christian Taaks über die NS-Zeitschrift „Der ostasiatische Beobachter“ und Michael Kohlstruck, der sich ausführlich mit der Rolle des später berühmt gewordenen Korrespondenten Klaus Mehnert und der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „The XXth Century“ beschäftigt. Daran anschließend zeigt Dagmar Yü-Dembski in einem Perspektivwechsel die Konsequenzen der nationalsozialistischen Rassepolitik für deutsch-chinesische Partnerschaften und so genannte „Mischehen“ in Deutschland auf.

Ergänzt wird dieser Sammelband durch einen dokumentarischen Anhang in Form einer CD-Rom, auf der wichtige Quellen zum Shanghaier Exil erstmals öffentlich zugänglich gemacht werden. Dazu zählt die Statistik der „Shanghai Ashkenazi Collaborating Relief Association“ vom 17. Mai 1943, die Aufschluss über Nationalität und Wohnorte der in Shanghai lebenden Emigranten gibt, sowie eine Namensliste der ausländischen Bewohner des Dee Lay Jao Polizeidistrikts vom 24. August 1944, die knapp 14 800 Shanghai-Emigranten umfasst. Die Aufbereitung dieser Datensätze ermöglicht umfassende statistische und soziostrukturelle Nachforschungen, die durch Suchfunktionen erleichtert werden. Der mit einem ausführlichen und sorgfältigen Kommentar versehene Bericht des deutschen General-

konsulats Shanghai vom 11. Januar 1940 gibt einen umfassenden und gut lesbaren Überblick zur Emigration in Shanghai und zur Politik des Dritten Reiches. Die Liste der Straßenumbenennungen im Oktober 1943 hilft nicht nur bei der Identifizierung der Adressen der Ausländerliste, sondern ist auch ein eindruckliches Beispiel für die Bemühungen um eine Re-Sinisierung von Orten kolonialer Fremdherrschaft.

Die Zusammenschau der hier vorgestellten Aufsätze ergibt insgesamt ein vielschichtiges Bild des jüdischen Lebens in der Shanghaier Emigration. So liegt die Stärke dieses Sammelbandes in der Fokussierung auf bislang vernachlässigten Aspekten des Shanghaier Exils und der benutzerfreundlichen Aufbereitung wesentlichen Quellenmaterials. Was die Lektüre des vorliegenden Buches jedoch erschwert, ist, dass das grundsätzliche Problem – das sich jedem Herausgeber von Sammelbänden stellt –, thematisch, methodisch und qualitativ divergierende Beiträge zu einem übersichtlichen und stringenten Ganzen zu formen, nur teilweise gelungen ist. Dies betrifft nicht allein die Anordnung der Beiträge, sondern insbesondere die Einleitung der Herausgeber, die zwar auf einzelne Facetten des Themas verweisen, die Entwicklung übergreifender Problem- und Fragestellungen aber vermeiden. Hinzu kommt, dass die Lesbarkeit einzelner Beiträge durch spezifische Formatierungsvorgaben in der Textgestaltung, wie extensive Kursivsetzung und Begrenzung auf eine Gliederungsebene eingeschränkt wird. Ungeachtet dieser Monita handelt es sich bei dem vorliegenden Sammelband um einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des „Exil Shanghai“, der nicht zuletzt durch das aufbereitete Karten- und Quellenmaterial eine eigene Qualität gewinnt.

Anne-Christin Saß, Berlin

Geschichtsdeutungen auf alten Karten. Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Dagmar Unverhau. Wiesbaden: Verlag Harrassowitz 2003, 496 S., zahlreiche Abbildungen (Wolfenbütteler Forschungen. 101).

Es ist im wahrsten Sinne ein gewichtiges Werk, das Dagmar Unverhau hier vorgelegt hat. Der auf das im Oktober 1999 durchgeführte 46. Wolfenbütteler Symposium zurückgehende Band vereinigt 21 Aufsätze

ze und zahlreiche ganzseitige, meist farbige Abbildungen. Thematisch geht es in fünf Sektionen um „Signa und Imagines unterschiedlicher Weltsichten“, „Neue Weltbilder mit tradierten Weltdeutungen?“, „Geschichtskartographisches“, „Versunkene Welten“ sowie um „Welterfassung im Dienste herrschaftlicher Instrumentierung“. Der direkte Bezug zum Tagungsthema ist zwar nicht allen Beiträgen gemeinsam, doch zeigt sich an ihnen exemplarisch, wie umfassend das Thema angegangen werden muss, denn tatsächlich sind ja auch bereits die mittelalterlichen T-O-Weltkarten, fern jeglicher geografischer Exaktheit, Darstellungen der historischen Entwicklung der Ökumene. Es ist in diesem Sinne der Erweiterung des umgangssprachlich üblichen „Karten“-Begriffs nur zu begrüßen, dass ein Kunsthistoriker mit einem Beitrag über Landschaftsbilder den Abschluss des Bandes bildet. Schließlich wurden sie, wie Nils Büttner ausführt, in der Frühen Neuzeit, als es noch keine kartografischen Mittel etwa zur Darstellung von Höhenunterschieden gab, als präzise topografische Schilderung verstanden, mit deren Hilfe etwa Kriegszüge vorbereitet werden konnten.

Grundsätzlich dokumentiert der Band den Wandel, in dem sich die Erforschung unterschiedlichsten Kartenmaterials offenbar gerade genauso befindet wie etwa die Geschichtswissenschaft angesichts des so genannten „spatial turn“.¹ Denn nicht alle Autoren begreifen die Bilder und Texte, die ihre speziellen Quellen ausmachen, als Repräsentationen von Wissen, sondern es geht ihnen oft immer noch um Karten als „passive Widerspiegelung der Objektwelt“, wie es Rainer Vollmer ausdrückt (S. 382), und die Frage nach ihrer geografischen Exaktheit. So bleibt Johannes Dörflingers lesenswerter Beitrag über das geschichtskartografische Werk des Mathematikprofessors an der Universität Wittenberg, Johann Matthias Hase (1684–1742), an der Kartenoberfläche – der Paradigmenwechsel in der Darstellung von Geschichte auf Karten, der mit Hase eingesetzt habe, wird zwar thematisch, technisch und grafisch dargelegt, doch fehlt jegliche Verankerung der Neuerungen in der gesellschaftlichen Realität: die Territorialisierung von Macht und die damit einhergehenden veränderten Anforderungen an die Visualisierung von geschichtlichen Abläufen. Wenn Hase erstmals versucht hat, mit der Völkerwanderung einen dynamischen Prozess kartografisch darzustellen, sagt dies nicht nur etwas über das persönliche Genie des Professors aus, sondern

¹ Zuletzt hierzu Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München/Wien 2003.

auch darüber, wie veränderte räumliche Denkweisen ein abstrakteres Verständnis von Geschichte bedingten.

Wie historische Abläufe kartografisch dokumentiert und schließlich instrumentalisiert wurden, zeigt z.B. Armin Wulf in seinem Beitrag über das Deutschland-Bild in Geschichtsatlantiden des 19. Jahrhunderts. Ihm zufolge habe das einflussreiche, aber erst 1877 im „Putzger“ nachweisbare Bild vom deutschen „Flickenteppich“ im Ergebnis des Dreißigjährigen Kriegs die Notwendigkeit der Reichsgründung von 1871 nachträglich legitimiert. Zuvor sei in Geschichtskarten des 19. Jahrhunderts mehr auf den kirchenrechtlichen denn auf den territorialen Zersplitterungsprozess eingegangen worden.

Karten bieten weitreichende Informationen über das Welt- bzw. Geschichtsbild der sie produzierenden Gesellschaften, wie beispielsweise Herbert Eisenstein anhand der „Mappae Arabica“ über den mittelalterlichen Islam ausführt. Indirekt wird in seinem Text auch deutlich, wie irreführend die Vorstellung ist, der berühmte arabische Kartograf al-Idrîsî habe auf seiner Karte aus der Mitte des 12. Jahrhunderts erstmals die heutige estnische Hauptstadt Tallinn erwähnt – ein Streit, der zuletzt 2004 aufkam.² Zu gering sei das Streben nach planmäßiger Vermehrung des Wissens gewesen und zu stark der Hang, „Wunderbares, Bemerkenswertes und Kurioses“ zu vermerken (S. 107), so dass der Verzeichnung von Städten, im Gegensatz zu Völkern und Ländern, auf Karten islamischer Herkunft nur geringe Bedeutung beigemessen wurde. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass die mittelalterlichen Karten im Okzident – wie ihre Schwestern im Orient – mehrere Zeitebenen integrierten, also gleichsam Legende, Geschichte und Gegenwart auf einem Blick boten. Wie Anna-Dorothee von den Brincken ausführt, lassen sich die auf den Ökumene-Karten verzeichneten Orte in drei Kategorien einteilen: alttestamentarische Orte, „weltliche“ Orte des Altertums und des Mittelalters sowie literarisch fortlebende Orte wie z.B. Troja.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zeichnete sich schließlich eine Entwicklung in der Kartografie ab, durch welche die Diskontinuität der Zeit Ausdruck fand: die Geschichtskartografie (siehe den Beitrag von Gyula Pápay). Dass diese Form der Visualisierung von geschichtlichen Abläufen wiederum nicht nur aus geografischen Umrissen, Grenzlinien, verschiedenen Farben und Toponymen besteht,

² Enn Tarvel, Idrisi und Reval, in: *Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag*, hrsg. v. Bernhart Jähmig u. Klaus Militzer. Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 12), S. 1-9.

macht Joachim Neumann deutlich. Bei seiner Untersuchung der Titelermerke europäischer Geschichtsatlanten in Bezug auf Deutschland beobachtete er eine „Verdeutschung“ der Bezeichnungen des Reiches im Laufe der Zeit, indem die Epitheta „Heilig“ und „Römisch“ seltener werden – und in französischen bzw. englischen Karten ohnehin nicht auftauchen. Hier, im nicht-deutschen Bereich, wurde „ein universales Kaisertum mit Herrschaftsbefugnissen etwa auch in Frankreich und England (...) immer bestritten“ (S. 409). Interessanterweise führt Neumann als Beleg dafür, dass der Inhalt konkreter Bezeichnungen im Laufe der Zeit erheblich schwankt, ein Zitat des ehemaligen estnischen Außenministers Toomas Hendrik Ilves an, in dem jener erklärt, Estland sei nie ein Teil Deutschlands gewesen, ihm jedoch „seit dem 11. Jahrhundert“ durch gemeinsame Werte verbunden. Im Beiwerk einer 1612 in Amsterdam erstellten Karte unter dem Titel „Nova et accurata totius Germaniae tabula“ seien jedoch auch Est- und Lettland aufgrund der gemeinsamen Sprache und der Religion „Germania“ zugerechnet worden (S. 402).

Leider kommen der Ostseeraum oder Osteuropa überhaupt in diesem Kompendium kaum vor, abgesehen von einem deskriptiven Beitrag über die deutsche Militärkartografie von Klaus Lindner, in dem auch Preußen Erwähnung findet, und dem Hinweis von Gyula Pápay auf „die ersten richtigen Karten“, die „erstaunlicherweise“ nicht im Süden, sondern 1472 in Lübeck gedruckt worden seien; zuvor habe man nur die „kartographischen Piktogramme“ der T-O-Weltkarten mit Hilfe des Druckverfahrens reproduziert (S. 166 f.). Genauso interessant wie die von Armin Wolf vorgenommene Analyse der geschichtskartografischen Darstellung der französisch-deutschen Grenze könnte eine Analyse der jeweiligen Ansicht des Deutschordenstaates, der so genannten deutschen Ostkolonisation oder der russisch-baltischen Beziehungen in den jeweiligen nationalen Geschichtsatlanten sein.

Zu vermerken bleibt abschließend nur ein leichtes Erstaunen angesichts der zum Teil bemerkenswert schwachen sprachlichen Qualität einiger Beiträge des insgesamt so opulent aufgemachten Bandes. Dabei handelt es sich wohlgerne nicht etwa um Übersetzungen, denn englisch- und französischsprachige Vorträge sind im Original übernommen worden. Offenbar – man schaue sich nur die Zusammenfassung von Rainer Vollmars Text an (S. 388) – haben manche Autoren ihre Vortragsmanuskripte für die Drucklegung nicht mehr überarbeitet. Der richtende Eingriff einer sanften sprachlichen Redaktion hätte sich durchaus positiv auswirken können. Abgesehen

davon kann man der Herzog August Bibliothek zu diesem Sammelwerk aber nur gratulieren, das nicht nur für Spezialisten der Kartografiegeschichte, sondern auch für Historiker von größtem Interesse ist.

Karsten Brüggemann, Hamburg

Thomas Göthel, Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik. Köln: SH-Verlag 2002, 448 S. (Kölner Beiträge zur Nationsforschung. 8).

Die vorliegende Publikation stellt die gedruckte Fassung einer in München verteidigten Dissertation dar. Thomas Göthel untersucht in seiner Arbeit die Entwicklung der Weimarer Minderheitenpolitik insbesondere anhand der Umsetzung des Art. 113 der Reichsverfassung. Anhand der beiden größten im Reich lebenden nationalen Minderheiten – Dänen und Polen – exemplifiziert er die Weimarer Politik ebenso wie im Vergleich dazu die politischen und gesellschaftlichen Konzepte einer Nationalitätenpolitik in den verschiedenen Regionen und Ländern. Dass Preußen dabei eine zentrale Stellung einnimmt, verwundert anhand der gewählten beiden Beispiele nicht.

Der Quellenfundus, aus dem der Autor schöpft, ist umfangreich. Es fehlen allerdings die polnischen Akten bzw. die in polnischen Archiven verbliebenen und nach dem Krieg dorthin transferierten Bestände. Diese bieten weiteres Material, insbesondere Allenstein, Brieg und Warschau seien hier genannt.

Der Autor schreibt sehr gut lesbar, er versteht es, Fragen zu formulieren, griffig und z.T. durchaus provokant. Bereits die Einleitung zeigt dies, wenn er die Minderheitenfrage „trotz aller Fragmentierungen“ als „Trennlinie“ innerhalb der Binnenstruktur des Weimarer Selbstverständnisses“ (S. 11) charakterisiert. Demokratie und autokratische Systeme als historische Alternativen werden in ihrer Tauglichkeit zur Lösung von Minderheitenproblemen hinterfragt – eine Idee, die die Arbeit v.a. in ihrem letzten Drittel prägt. Der Ansatz, die Nation als „integrative und zugleich die Minderheiten verschärft integrierende Idee“ zu bewerten (S. 13), blendet dabei allerdings die das ganze östliche Mitteleuropa kennzeichnende Gemengelage von konkurrierenden Nationen resp. Nationsideen aus, die durch ihre Po-

litisierung im 19. Jahrhundert maßgeblich zu der Verschärfung der nationalen bzw. nationalistischen Frontstellungen beigetragen haben und an denen letztlich die demokratisch motivierten Konzepte eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker zur Festlegung neuer Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg auch mit gescheitert sind.

Folgt man Göthels These: „Stärker noch als im Kaiserreich sind in der Weimarer Republik Minderheitenpolitik und nationalstaatliche Kernprobleme miteinander verwoben“ (S. 15). Seine Marginalisierung der nationalen Bewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts als „nationale Protestbewegungen“ und der Minderheitenpolitik des Reiches als „Begleiterscheinung der allgemeinen oder auch provinziellen politischen ‚Konjunktur‘“ (ebenda) verkennt jedoch den Charakter z.B. der Posener Nationalbewegung, die mitnichten ausschließlich ein Reflex auf die preußischen Polenpolitik war oder auf die sich verschärfende Politik des Reiches nach 1890. Dass es sich im Kaiserreich nicht um die Abwehr bereits erfüllter Ansprüche handelte wie in Weimar, steht außer Frage – und dass die Aufnahme des Minderheitenschutzes in Art. 113 der Reichsverfassung als Teil der Bewältigung der Kriegsfolgen sowohl innenpolitischer Art als auch zur Erlangung eines außenpolitischen Spielraumes (zumindest seit Mitte der 1920er Jahre) zu interpretieren ist, auch – jedoch darf man die avisierten Ziele der polnischen und auch der dänischen nationalen Bewegungen im Hinblick auf eine Souveränität bzw. eine Überführung an den konnationalen Staat auf der anderen Seite der Grenze nicht unterschätzen.

In einem ausführlichen methodischen Kapitel erläutert Göthel Begriffe wie Nation, hier basierend auf einer Deklination der Begrifflichkeiten Volk, Volkstum, Nationalitäten, Nationalstaat und Nationalitätsprinzip. „Minderheitenpolitik“ und als deren mögliche Spielart „Nationalismus als Politik-Stil“ (S. 46 ff.) setzt er dem Begriff Minderheitenproblematik entgegen. Letztere sei Ursprung der Minderheitenpolitik und als solche ein normativer Konflikt und somit unlösbar (S. 46). Minderheitenpolitik könne somit lediglich entschärfend wirken, im besten Falle moderierende Funktionen einnehmen.

Der Einstieg über die preußische Nationalitätenpolitik seit den Teilungen legt Göthels Widerspruch zu seiner eigenen These von der „nationalen Protestbewegung“ der Polen in Posen offen. Wichtig ist seine konzise Darstellung der „Theorieentwicklung in der Weimarer Republik“ (S. 66 ff.). Allerdings beantwortet auch er die Frage nach der Herleitung jener völkischen Ideen nicht, die v.a. die sog. „konservativen Revolutionäre“ so prägen und weitreichenden Ein-

fluss auf die preußisch-deutsche Minderheitenpolitik der Weimarer Ära wie auf die gesellschaftliche Stimmung gegenüber andersnationalen Gruppen besaßen.

Im Verlauf des Buches dekliniert Göthel die Brennpunkte der preußisch-deutschen Nationalitätenpolitik – Südschleswig, Ostpreußen und Oberschlesien – durch. Eindrücklich ist dabei der Rückgriff auf die theoretischen Grundlagen der handelnden Personen und Organisationen. So kommt Göthel zu dem nicht überraschenden Schluss, dass in Weimar „Demokratie und Volkstum“ (...) zwar nicht grundsätzlich aufgesetzt, jedoch (...) außerordentlich stark den spezifischen außenpolitischen Bedürfnissen nach der Kriegsniederlage geschuldet“ waren (S. 408). Die „mangelnde innergesellschaftliche Verankerung“ galt damit für beide Ideen – für die Volkstumsidee aber vielleicht doch merkbar weniger, denn der auch von Göthel beschriebene Rückgriff auf korporative und der ständischen Organisation verhaftete Paradigmen scheint hier einen stabilisierenden Charakter besessen zu haben. Dass dieser Rückgriff für die Durchsetzung demokratischer Ideen in der Weimarer Gesellschaft extrem hinderlich gewesen sein dürfte und einen starken Widerstand dagegen die „von außen“ verlangte Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nach der Kriegsniederlage mit beförderte, steht wohl außer Frage. Inwieweit der korporativen Elementen verhaftete Volkstumsbegriff der konservativen Eliten überhaupt dazu in der Lage gewesen wäre, eine Stabilisierung der Demokratie in Weimar mitzubefördern, muss in Zweifel gezogen werden. Inwieweit der deutsche Begriff des Volkstums in der zeitgenössischen Interpretation überhaupt anderen Spielarten zugänglich gewesen wäre, untersucht Göthel nicht, es führte wohl auch kaum zu anderen Befunden.

Göthel zieht als Fazit, das „Volkstum“ Weimars sei „trotz der problematischen Konnotationen (...) doch auch dasjenige einer Demokratie“ gewesen (S. 408). Um dieses Fazit zu ziehen, wäre die Innenpolitik Weimars sicher in Verbindung mit der außenpolitischen Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland zu setzen. Und auch diejenigen Bereiche des Verwaltungshandelns, die weitgehend unberücksichtigt bleiben, wie die Politik des deutschen Städtetages und anderer Organisationen, die sekundär zur Bildung eines „lebenden“ Volkstumsbegriffes beigetragen haben, müssten zukünftig in Betracht gezogen werden.

Sabine Bamberger-Stemmann, Hamburg

Handbuch der Geschichte Weißrußlands, hrsg. v. Dietrich Beyrau u. Rainer Lindner. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 2001, 543 S., Karten, Literaturverzeichnis, Register.

Weißrussland, dessen Geschichte in der internationalen Forschung bis zum Ende der Sowjetunion nur wenig Aufmerksamkeit gefunden hatte, erfreut sich seit den 1990er Jahren eines vielleicht nicht großen, aber doch beachtlichen Interesses insbesondere in der deutschen Osteuropaforschung. Gleichsam eine Synthese dieses gestiegenen Interesses bildet das von Dietrich Beyrau und Rainer Lindner herausgegebene Handbuch. Es behandelt die Geschichte Weißrusslands vom Mittelalter bis in die Gegenwart und ist von einem vorwiegend deutsch-weißrussischen Autorenteam unter Einbeziehung einiger Beiträge von Wissenschaftlern aus Polen und anderen Ländern verfasst worden.

Eine Geschichte Weißrusslands steht vor besonderen Konstruktionsproblemen. Weder gibt es mittelalterliche oder frühneuzeitliche Staatsbildungen, auf die die Weißrussen einen exklusiven Anspruch als Teil ihrer Geschichte erheben könnten, noch eine dauerhafte, ungebrochene hochkulturelle Tradition. Die altweißrussisch-ruthenische Kanzleisprache, die sich im späten Mittelalter auf der Grundlage des Kirchenslawischen und der gesprochenen Sprache entwickelte, geriet seit dem Ende des 16. Jahrhunderts zunehmend außer Gebrauch. Das Weißrussische als Schriftsprache erfuhr erst im 19. Jahrhundert im Kontext der Entstehung einer weißrussischen Nationalbewegung eine gewisse Wiederbelebung (vgl. dazu den Beitrag von Jim Dingley, S. 437-450). Das Handbuch löst dieses Problem, indem es die weißrussische Geschichte im Wesentlichen als Geschichte des Territoriums des heutigen weißrussischen Staates präsentiert, dies aber mit einem besonderen Interesse an der nationalen Geschichte der Weißrussen und möglichen älteren Traditionen verbindet, auf denen sie aufbauen kann.

In einem einleitenden, historiografiegeschichtlichen Überblick skizziert Rainer Lindner die verschiedenen Entwürfe einer weißrussischen Nationalgeschichte sowie die polnischen und russischen Geschichtsdeutungen, die deren Berechtigung verneinten (S. 25-48). So entstand die weißrussische Nationalgeschichtsschreibung am Ende des 19. Jahrhunderts als Gegenentwurf zur Integration in polnische und russische Geschichtserzählungen, mit denen auch der Anspruch auf das Territorium und die Bevölkerung Weißrusslands verbunden

war. Die weißrussischen Nationalhistoriker postulierten dagegen die Existenz eines einheitlichen weißrussischen Volks mit einer lange in die Vergangenheit zurückreichenden Geschichte. Zudem deuteten sie Staatsbildungen auf weißrussischem Territorium, insbesondere das mittelalterliche Teilfürstentum Polock und das Großfürstentum Litauen, als Teil einer Geschichte weißrussischer Staatlichkeit.

Während die weißrussische Historiografie am Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere in Abgrenzung zur russischen Historiografie den Einfluss westeuropäischer Kultur und die Zugehörigkeit zum Westen betonte, setzte der Stalinismus eine Interpretation durch, die die Weißrussen als „blutsbrüderliches Volk“ der Russen und Ukrainer und ihre Zugehörigkeit zum polnisch-litauischen Staat nur als „Verzögerung“ der gleichsam natürlichen Vereinigung mit den anderen slawischen Völkern in der Sowjetunion sah. Von der sich in der Perestrojka-Zeit in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erneut artikulierenden weißrussischen Nationalbewegung wurden hingegen die Einflüsse größtenteils über Polen vermittelter westeuropäischer Kultur wieder gegen die russisch-sowjetische Integrationspolitik ins Feld geführt. Während insbesondere in den Geschichtsdarstellungen der stalinistischen Zeit Adel und Stadtbürgertum dem weißrussischen Volk als Unterdrücker und Ausbeuter entgegengesetzt worden waren, wurde nun die Geschichte des Großfürstentums Litauen wieder in positiverer Weise in die Geschichte Weißrusslands integriert. Fortan war die weißrussische Historikerschaft zwischen national orientierten Forschern, die unter Berufung auf die westeuropäischen Einflüsse die Differenz der Weißrussen von den Russen betonten, und solchen gespalten, die die historisch enge Bindung an Russland hervorhoben. Letztere erfuhren nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Alexander Lukašenka 1994 wieder eine verstärkte staatliche Förderung.

Das Handbuch ist in einen chronologischen und einen problemorientierten Abschnitt unterteilt. Der chronologische Teil bietet nach Epochen gegliederte Überblicksdarstellungen, während die Beiträge im zweiten Teil bestimmte Themenkomplexe vertieft behandeln. Dieser zweite Teil ist in die folgenden Abschnitte untergliedert: „Sozialverfassung und Ökonomie“, „Funktion und Kultur der Stadt“, „Ethnizität und Konfession“ (hier wird in zwei Beiträgen auch die Geschichte der Juden behandelt), „Krieg und Überleben im 20. Jahrhundert“ sowie „Sprache und Literatur“.

Die Beiträge präsentieren ihren Gegenstand weitgehend durchgängig auf hohem Niveau. Dabei tendieren manche Autoren allerdings in

stärkerer Weise als andere dazu, eine ins Mittelalter zurückreichende Kontinuität weißrussischer Nationalgeschichte explizit oder implizit nahelegen oder das weißrussische Element in der Geschichte der Region besonders hervorzuheben. So meint Ihar Tschakwin beispielsweise, dass die Bevölkerung des östlichen Teils der weißrussischen Territorien schon in der Zeit des 14.–16. Jahrhunderts „eine homogene ethnische Einheit mit gemeinsamer Religion, ethnischer Identität, einheitlicher Selbstbezeichnung und einer gemeinsamen Sprache (...), die Ähnlichkeiten mit der der benachbarten Ukrainer und Großrussen aufwies“, dargestellt habe (S. 337). Keine der hier von ihm angeführten Merkmale erlaubt aber tatsächlich eine klare Abgrenzung gegenüber Weißrussland benachbarten Territorien und dortigen Bevölkerungsgruppen und damit die Begründung einer solchen weißrussischen „Volksgeschichte“ als Nationalgeschichte. Insbesondere hatte der Begriff der „Rus“, auf den er sich vor allem bezieht, eine größere Reichweite und schloss auch große Teile der heutigen Ukraine ein. Wie Tschakwin selbst feststellt, erfolgte die Ethnisierung des Begriffs *belorusy* erst gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 339).

Differenziert und auf instruktive Weise diskutiert Pawel Zeraschkowitsch den „ethnischen Wandel“ im 19. Jahrhundert in den weißrussischen Territorien. Er führt die unterschiedlichen Selbstbezeichnungen, die im 19. Jahrhundert von den Bewohnern Weißrusslands verwendet wurden, sowie die religiösen, territorialen, sprachlichen und sozialen Kontexte und Bezüge ihrer Verwendung an und zeigt, dass es kein einheitliches Ethnonym unter der bäuerlichen Bevölkerung Weißrusslands gab. Er geht gleichwohl davon aus, dass eine geteilte Wahrnehmung der Differenz von „anderen“ bestand, die die Weißrussen als eigene Gruppe konstituierte (S. 362 f.). Zeraschkowitsch skizziert hier weiterhin die Entstehung von Vorstellungen unter der Intelligenz über die Weißrussen als eigenständige Nation. Sie ging im Wesentlichen zunächst von einem romantisch inspirierten, auf Weißrussland bezogenen Landespatriotismus und einer romantischen Verehrung polnischsprachiger Eliten für die regionale Volkskultur aus. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde daraus dann eine nationale Eigenständigkeit anstrebende politische Bewegung, deren tatsächliche gesellschaftliche Reichweite allerdings weiterhin vergleichsweise gering blieb.

Das weißrussische Selbstverständnis im 20. Jahrhundert wurde, wie die Beiträge von Bernhard Chiari, Mykola Iwanou und Astrid Sahn zeigen, in hohem Maße durch die Leiden unter der und den Wi-

derstandskampf gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg, durch die stalinistische Unterdrückungs- und Repressionspolitik und schließlich durch die Katastrophe des Reaktorunglücks von Černobyl 1986 geprägt. Während aber die Erinnerung an das Leiden unter der deutschen Okkupation und den Partisanenkrieg die weißrussische eng an die russisch-sowjetische Identität und ihren zentralen Erinnerungsort des „Großen Vaterländischen Krieges“ band, wurden die in der Perestrojka-Zeit hervortretende Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus und die Atomkatastrophe von Černobyl zu den zentralen Bezugspunkten der sich seit Ende der 1980er Jahre wieder stärker artikulierenden nationalen Bestrebungen.

Insgesamt bilden die Beiträge des Bandes eine gute Einführung und eine wertvolle Ergänzung der in westlichen Sprachen nur vergleichsweise knappen Forschungsliteratur über die Geschichte Weißrusslands.

Kai Struve, Leipzig

Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2003, XIII, 677 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte. 39).

Es ist ein umfangreiches Werk, das Martin Holz als Dissertation 2001 an der Ernst-Moritz-Arndt Universität in Greifswald zur Geschichte der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen auf der Insel Rügen von 1943 bis 1961 vorgelegt hat. Mit detaillierten Materialien verfolgt er sein Ziel, „die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen in einem ausgewählten Kreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen“ (S. 20). Rügen bietet sich für solch eine lokal eingegrenzte Studie einerseits durch die Insellage an, andererseits trafen hier in zeitlicher Abfolge Gruppen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund ein. Holz erweitert den Blickwinkel, indem er seine Studie im Jahr 1943 beginnt, also deutlich vor Kriegsende und dem Eintreffen der großen Flüchtlings- und Vertriebenenströme. Damit ist es ihm möglich, nicht nur Flüchtlinge und Vertriebene, sondern auch die vor dem Bombenkrieg evakuierten Städte in die Untersuchung mit einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der The-

se, dass die „in den letzten Kriegsjahren beginnenden Evakuierungen sowie die Bevölkerungsverschiebungen durch Flucht und Vertreibung die bisherige konfessionelle, soziale und kulturelle Separierung aufbrechen und eine nivellierte ‚Notstandsgesellschaft‘ entstehen ließen“ (ebenda), erscheint die inhaltliche Erweiterung gerechtfertigt. Den Endpunkt seiner Studie setzt Holz mit dem Bau der Berliner Mauer und der damit verbundenen zweistaatlichen Konsolidierung.

Ein Problem bei der Analyse der Vertriebenenproblematik ist der in Ost und West unterschiedliche Sprachgebrauch. Zur Vermeidung von Satzungeheuern ist es sicherlich notwendig zu vereinfachen, gleichwohl sollte auf die damit verbundene Vernachlässigung der Unterschiede hingewiesen werden. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, die politischen Implikationen der Begriffe von Vertriebenen oder Umsiedlern, wie sie in der Bundesrepublik und der DDR gebraucht wurden, deutlicher zu machen. Im Begriff der Umsiedler werden der Zwangscharakter der Anordnungen sowie die gewalttätigen Übergriffe nicht deutlich. Der Vertreibungsbegriff ignoriert die Flucht und freiwillige Ausreise, um die sich seit dem offiziellen Ende der Vertreibungen viele Einwohner Ostpreußens und Schlesiens bemühten. Die politische Implikation des Begriffs der Umsiedler in der DDR zeigt ein anschauliches Dokument von 1946, in dem darauf verwiesen wird, dass man nicht von „Flüchtlingen“ reden sollte, da keine Veranlassung bestehe, vor der Roten Armee zu flüchten, die schließlich als Befreier gekommen sei (S. 35 f.). Vielleicht sollte man darauf hinweisen, dass spiegelbildlich im Wort „Vertreibung“ der als unrechtmäßig angesehene Verlust der ostdeutschen Gebiete betont wurde. Beide Begriffe instrumentalisieren das Schicksal der Betroffenen für politische Ziele. An diesem Punkt setzt die Arbeit von Martin Holz ein, der mit einer Vielzahl von Dokumenten und Berichten die Alltagssituation der Flüchtlinge und Vertriebenen sichtbar macht.

Während administrative Entscheidungen auf staatlicher und regionaler Ebene den Rahmen vorgeben, fokussiert Holz in Einzelaspekten das Zusammentreffen von Einheimischen und Umsiedlern. Entlang der zeitlichen Abfolge ordnet er die Materialien in der Perspektive der Umsiedler bzw. Vertriebenen. So kommen zunächst die Formen der Evakuierungen und der Flucht in den Blick, die vergeblichen Rückkehrversuche und die Probleme bei der Beschaffung von Wohnraum und Arbeit. Weiterhin werden die karitativen Hilfen untersucht sowie die religiöse Betreuung durch die evangelische und katholische Kirche. Ergänzt wird das Buch durch ein ausführliches Quellen- und

Literaturverzeichnis, ein Orts- und Personenregister sowie durch Karten und Tabellen.

Als Fremdenverkehrsregion verfügte Rügen über eine Vielzahl von Unterkunftsmöglichkeiten in Pensionen und Hotels, die in Friedenszeiten für den Fremdenverkehr bereit standen und bei Kriegsende mit Flüchtlingen und Vertriebenen belegt wurden. Zusätzlich boten die umfangreichen Militäranlagen der Insel Raum für die Unterbringung. Diese zunächst einfach zu nutzenden Möglichkeiten erwiesen sich in der Folge als konfliktreich, da die Pensionsbesitzer den Ferienbetrieb aufnehmen wollten und Kasernen vom sowjetischen Militär beansprucht wurden. Auf anschauliche Weise arbeitet Martin Holz die Vielschichtigkeit dieser Konflikte zwischen privaten Interessen, politischer Ideologie und administrativen Handlungen heraus.

Unter der Perspektive des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugezogenen erscheint die zeitliche Erweiterung der Flucht- und Vertreibungsperspektive bis 1961 nachvollziehbar. Weniger evident ist die Relevanz der kriegsbedingten Umsiedlungen, Verschickungen und zeitlich befristeten Einquartierungen seit 1938 für den Themenkontext. Es ist ein sehr heterogenes Konglomerat unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, deren gemeinsamer Nenner sich auf die zeitweise Anwesenheit auf Rügen reduziert: Sudetendeutsche, die 1938 vor ethnisch-nationalen Konflikten geflüchtet sind; Deutschbalten, die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes ausgereist sind; Kinderlandverschickung und einquartierte Familien aus Luftangriffsgebieten sowie Flüchtlinge aus dem Osten. Vergebens sucht denn auch der Leser eine Analyse der Differenzen und Parallelen in der Lebenssituation der verschiedenen Gruppen. Festzuhalten ist vielmehr ein substanzieller Unterschied zwischen der (propagandistischen) Begrüßung von sudetendeutschen Flüchtlingen 1938 mit der „Marienkapelle des Standortes Stralsund“ (S. 59) und der „für die Jahre 1945 und 1946 festgestellte[n] sechs- bis achtfach höheren Sterblichkeit“ (S. 138) unter den Flüchtlingen und Vertriebenen. Welche Verbindungen zwischen beiden Ereignissen bestehen, die über die reine Anwesenheit von geflüchteten Gruppen auf Aspekte des Zusammenlebens verweisen könnten, bleibt unklar.

Die geschilderte Erweiterung der Perspektive erweist sich im Gesamtkontext des Werkes als wenig überzeugend. Zugleich wird damit ein grundsätzliches Problem deutlich. Die Materialfülle des Buches droht das Thema zu ersticken. Immer wieder wird der Leser detailliert über Ankunft, Abfahrt, Verteilung von Flüchtlingen informiert, ohne dass ersichtlich würde, welcher Erkenntnisgewinn sich

daraus ergibt (z.B. S. 524 die Verteilung der Memelländer). Zusätzlich kommt es in der Menge der Dokumente zu Redundanzen. So wird mit Bezugnahme auf zwei unterschiedlich datierte, inhaltlich identische Dokumente zweimal der Verteilungsschlüssel von Vertriebenen auf landwirtschaftliche Betriebe erläutert (S. 133 u. 147). Auch mag sich der Leser fragen, warum am Ende des Buches am Beispiel des Ortes Sassnitz noch einmal die Frage der Wohnungsnot erörtert wird, nachdem dies schon vorher an anderen Beispielen ausführlich geschehen war. Bezogen auf die Ausgangsthese des Buches, einer Darstellung der Probleme im Zusammenleben von Einheimischen und Vertriebenen, wünschte man sich an einigen Stellen eine Straffung des Materials. Zugleich muss man aber betonen, dass der Umfang des gut dokumentierten Materials eine willkommene Informationsquelle bietet.

In erster Linie stützt sich die Untersuchung von Martin Holz auf offizielle Dokumente aus staatlichen und kirchlichen Archiven der Gemeinden, Städte und Bundesländer. Ergänzt werden diese Daten durch Zeitungsmeldungen, Tagebücher, Erlebnisberichte und Interviews mit Betroffenen. Obwohl letztere Daten nur eine Ergänzung der offiziellen Archivalien darstellen, bieten sie doch einen Einblick in den Alltag. Eindrucksvoll schildert er die Probleme der aus dem Osten kommenden Trecks und deren Versuche, bei Kriegsende in die Heimat zurückzukehren. Deutlich wird dabei ein Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Flüchtlingen. Während sich die Städter allein auf die Flucht begaben oder während der Flucht den Kontakt zu anderen Flüchtlingen verloren, kamen die Dorf- oder Gutsgemeinschaften häufig als Gruppen auf Rügen an. „Diese alten Dorf- und Fluchtgemeinschaften blieben nach dem Ende des Krieges auf Rügen zumindest teilweise erhalten, wie in Schaprode, Udars, Streu und Poggenhof, und ermöglichten bessere Startbedingungen aufgrund fortwirkender Sozialkontakte“ (S. 83). Die Ankunft der Flüchtlinge stellte nicht nur eine Herausforderung für die Versorgung und Unterbringung dar, sondern eröffnete zunächst auch die Hoffnung, den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft auszugleichen. Im Frühsommer 1945 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage, nachdem vor allem die jüngsten und kräftigsten Flüchtlinge versuchten in die Heimat zurückzukehren. Jedoch trafen sie auf ihrem Weg nach Osten schon bald auf die Opfer der ersten „wildem Vertreibungen“ und wurden zur Umkehr gezwungen. Im Gegensatz zu den ersten Flüchtlingen, die in vergleichsweise guter Verfassung und mit umfangreichem Hausrat ihre Flucht überstanden hatten, ka-

men seit dem Sommer 1945 ausgeraubte Vertriebene über die Oder (S. 119). Häufig endeten auch die Rückkehrversuche mit dem Verlust des letzten Hab und Gut. Es entwickelte sich eine problematische Versorgungslage, die auch in den folgenden Jahren zu Konflikten führte.

Als eine beständige Quelle von Auseinandersetzungen erwies sich die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Pensionen und Hotels der Ferienorte. Für viele Einwohner Rügens war die Vermietung von Zimmern an Feriengästen die wichtigste Einkommensquelle. Daher suchten die Besitzer der Ferienunterkünfte Mittel und Wege, sich der eingewiesenen Familien zu entledigen. Aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation von Einheimischen und Vertriebenen entwickelten sich Interessengegensätze. So beklagten die Vertriebenen, dass ihnen in den Läden höhere Preise abverlangt würden. Auf der Seite der Einheimischen wird der Fall einer Pensionsvermieterin geschildert, die sich im Sommer 1947 an die Landesregierung wandte. Sie bat darum, keine Flüchtlinge mehr zugewiesen zu bekommen, „da wir keinen anderen Verdienst haben, als dass wir uns durch die Kurgäste ernährt haben, und wenn Flüchtlinge da sind, können wir keine Gäste haben, da doch nur eine Feuerstelle ist“ (S. 227). Leider geht der Autor nicht darauf ein, dass sich die Pensionsbesitzerin darauf berief, ihr Haus sei „seit 4,5 Jahren dauernd mit Flüchtlingen belegt“. Es ist eines der wenigen Dokumente, die auf Konflikte bei der Unterbringung von Flüchtlingen noch vor 1944 hinweisen. Es wäre sicherlich lohnenswert, diese Quellen in Bezug auf die offiziellen Darstellungen aus der NS-Zeit zu analysieren.

Der eingeschränkte Ferienbetrieb blieb in den Nachkriegsjahren das Feld, auf dem sich die Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen entwickelten. Obwohl es zunächst für die Hotel- und Pensionsbesitzer schwierig war, ihre Ziele gegenüber der Gemeindeadministration durchzusetzen, gelang es ihnen in den folgenden Jahren, die politischen Ziele des Staates für ihre privaten Interessen zu nutzen. Eine weitere Unterbringung von Vertriebenen konnte vermieden werden, indem die Ferienzimmer für den Staatsbetrieb Wismut und den FDGB bereitgestellt wurden (S. 240 ff.). Offensichtlich erkannten auch die Behörden, dass sich damit eine „Hintertür“ geöffnet hatte, durch die man sich der ungeliebten Mitbewohner entledigen konnte (S. 249). Dass andererseits die staatlichen Stellen der DDR zur Durchsetzung ihrer Interessen vor einer Instrumentalisierung der Vertriebenen nicht zurückschreckten, zeigte sich 1953, als in der so genannten „Aktion Rose“ gegen Schieber und Speku-

lantem vorgegangen wurde. Sie wurden für die anhaltende Not der Flüchtlinge und Vertriebenen verantwortlich gemacht, während der Staat die Anschuldigungen als Vorwand zur Enteignung von Hotel- und Pensionsbesitzern nutzte (S. 254).

Während die mit gewissenhafter Sachkenntnis zusammengetragenen Dokumente einen umfassenden Einblick in die Lebensbedingungen auf Rügen geben, wird die kritische Analyse der Dokumente, bei der sie sozusagen „gegen den Strich gelesen“ werden, vernachlässigt. Dies ist umso bedauerlicher, als viele Dokumente Fragen zum Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen aufwerfen. Als Beispiel seien hier die rigiden Lagerordnungen erwähnt (S. 185 f.). Wenn darin das Kinderspiel, Drachen steigen zu lassen, verboten wird und man im Übertretungsfall mit dem Entzug der Brotration für eine Woche droht, so sollte sich die Interpretation nicht auf die „gänzlich inadäquate Strafandrohung“ (S. 185) beschränken. Vielmehr bietet sich ja gerade hier die Möglichkeit zu vielfältigen Fragen: Warum griff die Lagerleitung auf diese inadäquate Strafe zurück? Welche Auswirkungen hatte die Unterordnung unter die rigide Lagerverwaltung auf das Zusammenleben mit den Einheimischen? Wie reagierten beide Seiten, wenn „Armut und Hunger (...) zum Motiv für Übergriffe auf das Eigentum der wenig kriegsgeschädigten Einheimischen“ wurden (S. 186)? Wie gestaltete sich der Alltag, wenn Flüchtlinge und Vertriebene 90% der Gottesdienstbesucher stellten (S. 340)?

Gleichwohl in diesen Fällen eine kritische Aufarbeitung der Dokumente weitere Erkenntnisse erwarten ließe, vertieft die Arbeit von Martin Holz das Verständnis für die Lebensbedingungen von Einheimischen und Vertriebenen. In der regionalgeschichtlichen Perspektive ist es möglich, die Situation der Vertriebenen an dem Schnittpunkt zwischen politischen Vorgaben, administrativer Umsetzung und alltäglichem Handeln zu erfassen. Hierfür bietet die Studie eine Fülle von Materialien.

Mathias Wagner, Hannover

International Obligations and National Debates: Minorities Around the Baltic Sea, Editor-in-Chief Sia Spiliopoulou Akermark, Co-editors Leena Huss, Stefan Oeter, Alastair Walker. Marrihamm: The Aland Islands Peace Institute 2006, 603 S.

Thema des vorliegenden Sammelbandes ist die Situation von Minderheiten in den zehn Anrainerstaaten der Ostsee. Nachgegangen wird der Frage nach der sozialen Exklusion bzw. Unterdrückung von Gruppen, die in der Vergangenheit marginalisiert wurden und weiter marginalisiert bzw. von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, weil sie sich – aus welchen Gründen auch immer – von der Mehrheitsbevölkerung ihrer Länder unterscheiden. Dies soll, wie die Hauptherausgeberin in ihrer Einleitung hervorhebt, vor allem vor dem Hintergrund der öffentlich geführten Debatten über Identität und Minderheitenschutz in den ins Visier genommenen Ländern geschehen. Als Richtschnur und Gradmesser werden dabei die beiden wichtigsten internationalen Vereinbarungen betrachtet, die seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ein Mindestmaß an Minderheitenschutz in Europa garantieren sollen. Die Rede ist von der in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten *Framework Convention for the Protection of National Minorities* und der *European Charter for Regional or Minority Languages*, die der Europarat zu Beginn der 1990er Jahre beschlossen und auf den Weg der Ratifizierung gebracht hat. Während die *Framework Convention* von allen genannten Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist, steht im Falle Polens, Russlands und der baltischen Republiken die Ratifizierung der *European Charter* noch aus. Inwieweit diese beiden Konventionen Einfluss auf die nationalen Debatten, Diskurse, die Minderheitenpolitik und die Gesetzgebung in den genannten Ländern genommen haben, ist ein Hauptziel der in vorliegendem Buch unternommenen Untersuchungen und Darstellungen. Ein weiteres Augenmerk gilt der Frage, ob bzw. inwieweit die Ost-West-Spaltung der Vergangenheit fortwirkt und Einfluss auf die Entwicklungen genommen hat.

Wer immer sich mit Minderheiten- und Nationalitätenfragen beschäftigt, weiß um die Problematik der dabei gebrauchten Terminologie. Es existieren keine allgemein gültigen und uneingeschränkt akzeptierten Definitionen von Begriffen wie Minderheiten, nationale Minderheiten, Nationalitäten, ethnischen Gruppen, Volksgruppen etc.; sie stehen außerdem in einem gewissen Spannungsverhältnis mit Bezeichnungen wie Migranten, Immigranten, indigene Bevölkerung

u.a.m., weshalb verbindliche Definitionen auch in den Konventionen des Europarats vermieden werden. Betont wird dagegen die hinter den Vertragswerken steckende Philosophie, d.h. eine Art Konsensus, dass der Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten von Personen, die zu solchen Minderheiten gehören, „an integral part of the international protection of human rights [bildet] and as such falls within the scope of international co-operation“, wie es in der *Framework Convention* heißt. Sie will wie auch die Sprachen-Charta den Signataren Wege und Möglichkeiten zeigen, um einen minimalen Schutz zu garantieren. Er bezieht sich dabei auf die wesentlichen Elemente der Identität von Minderheitenangehörigen, zu der vor allem die jeweilige Sprache, aber auch Religion, Tradition und das kulturelle Erbe gehören bzw. gehören können. So wird vor allem die *European Charter* auch als ein Instrument zur Wahrung der sprachlichen Vielfalt Europas verstanden.

Die Untersuchungen zu den einzelnen Staaten folgen keinem starren Schema, gehen aber in der Regel auf den historischen Hintergrund der Minderheiten und der ihnen gegenüber verfolgten Politik mit ihren Spezifika ein. Die Einzeldarstellungen beginnen mit der Situation der Deutschen in Dänemark, die schon lange vor den genannten Konventionen weitgehende Schutzrechte genossen haben, sich aber erst in neuester Zeit offener und freier zu ihrer deutschen Identität bekennen. Ob in diesem Zusammenhang die Sprachen-Charta eine Rolle gespielt hat, bezweifeln die Autoren des Beitrages allerdings. Als sehr problematisch wird in der nachfolgenden Untersuchung die Situation in Estland dargestellt, da vor allem die estnische Nationalisierungspolitik, eine für Russen nur schwer erreichbare Staatsbürgerschaft und eine sehr restriktive Sprachenpolitik zu einer ungleichen Verteilung von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung geführt haben. Eine künftige Lösung des Problems könnte sich in der Beobachtung andeuten, dass die Minderheitenrechte nicht mehr so sehr als Gruppenrechte, sondern als Menschenrechte für Mitglieder der Gruppe eingefordert werden. In Finnland sind es zunächst die Roma und Sami, deren Rechte und Möglichkeiten gewisser Verbesserungen bedürfen. Schwierigkeiten machen mit Blick auf erstere neben rassistischen Vorurteilen die Beschulung der weit verstreut lebenden Bevölkerung, während es im Falle der Sami vor allem um ökonomische Probleme wie Land- und Herderechte, Rechte auf Naturressourcen etc. geht. Als ein Problem identifiziert wird zudem die Tatsache, dass die meisten Finnen kein Schwedisch sprechen und

so die schwedisch sprechende Minderheit in ihren von der Verfassung garantierten Rechten beschnitten wird. Für Deutschland wird festgestellt, dass durch die europäischen Konventionen der Minderheitenschutz viel stärker als zuvor auch eine Bundesangelegenheit wurde, das Selbstbewusstsein und die Selbstwahrnehmung als Minderheit vor allem unter Sinti, Roma und Friesen genauso gewachsen ist wie deren Akzeptanz bei der Mehrheit. Dass auch die Wiederbelebung des Niederdeutschen einen wichtigen Impuls empfangen hat, wird hier ebenfalls ausführlich behandelt. Die Autoren werten dies auch als einen wichtigen Beitrag zur Restituierung der multilingualen und multikulturellen Gesellschaften Europas.

Als ein Kardinalproblem der Minderheitenpolitik Lettlands wird zu Recht deren fehlende Systematik und absolute Unterordnung unter das wichtigste politische Ziel, nämlich der Stärkung und Konsolidierung der nationalen Staatlichkeit betrachtet. Es existiert bis heute weder ein umfassendes Minderheitengesetz mit eindeutigen Definitionen und Regelungen noch ein gesellschaftlicher Konsens über Wege und Modi der Integration von Minderheiten. Lettland hat bisher vor allem auf die unter den Minderheiten zunehmenden Kenntnisse des Lettischen gesetzt, eine Politik, die die komplexen Probleme der Minderheiten nicht wirklich lösen und letztendlich nur zu einer weiteren Entfremdung der Minderheiten vom Staat und zu ihrer Radikalisierung führen wird, wie die Autoren des Beitrages fürchten. Ganz anders dagegen die Situation in Litauen, wo mit der Unabhängigkeit alle im Lande lebenden Einwohner die Staatsbürgerschaft ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit erhielten. Darüber hinaus existiert landesweit ein Bildungssystem mit speziellen Schulen und Unterricht in den Minderheitensprachen. Probleme gibt es allerdings auf lokaler Ebene, wo die Minderheitensprachen im Verkehr und Kommunikation mit den Behörden hinter dem Litauischen zurückstehen müssen. Im Unterschied zu den übrigen Minderheiten sind die Russen mit ihrer Lage am wenigsten zufrieden, wobei offenkundig deren prekäre soziale und ökonomische Situation den Hintergrund bildet.

Der Beitrag zu Norwegen macht besonders deutlich, wie sehr Termini wie Immigranten, nationale Minderheit, „indigenous people“ usw. semantischen Wandlungen unterliegen bzw. wie Minderheiten zu wechselnden Zeiten unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden. Dies gilt für die Geschichte der finnischsprachigen Gruppen in Norwegen genauso wie für Roma und andere fahrende Volksgruppen. Vor allem am Beispiel Polen wird klar, wie sehr die Wen-

de Ende der 80er Jahre und Warschaus Bemühungen, sich in die europäischen Strukturen zu integrieren, die Minderheitensituation grundlegend verändert haben. Die Vertretung von Deutschen, Ukrainern und Weißrussen im Sejm gehört hier ebenso dazu wie Schulen mit Unterrichtsangeboten, Presse, Funk und TV-Programme in den jeweiligen Muttersprachen oder auch die Restituierung von Rechten zur freien Religionsausübung früher unterdrückter kirchlicher Gemeinschaften. Natürlich gibt es auch hier noch Defizite und manchen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Entscheidend ist jedoch der Wille von Staat und Gesellschaft, adäquate Lösungen zu finden.

Wie wenig tauglich der Begriff Minderheit für die Situation in Russland ist, geht aus einem Beitrag über Gebrauch und Missbrauch dieses Terminus hervor. Wie schon in der UdSSR existieren auch in der Russländischen Föderation keine klaren Regelungen über Anerkennung von ethnischen Gruppen und den ihnen jeweils zustehenden Sonderrechten. Die Einteilung der Bevölkerung nach ethnischen Zuordnungen war und ist eher eine rein äußerliche Form der territorialen Organisation des Landes. Weder Wirtschaft noch die Sphären von Bildung und Kultur seien wirklich nach ethnischen oder linguistischen Merkmalen segmentiert. Von Nationalitäten, Ethnien und (nur in Ausnahmefällen) auch von Minderheiten sei zwar oft die Rede; dies schließe die Gesetzgebung ein, bestimme so auch den öffentlichen Diskurs, korrespondiere aber nicht mit der Alltagspraxis. Daher erscheint „Ethnicity (...) as just one of many modes for describing, representing, and organizing social interactions“ (S. 532). Kein Wunder also, dass Russlands Umgang mit den europäischen Instrumenten des Minderheitenschutzes als von eher symbolischer Natur rein deklarativen Charakters beschrieben wird. Schweden ist die letzte Studie gewidmet. Hier haben vor allem die finnischsprachigen Gruppen sowie Jiddischsprechende und Roma von der Umsetzung der in den europäischen Konventionen angebotenen Schutzmaßnahmen profitiert – materiell und institutionell. Auch dass das Interesse für die Minderheiten in der Öffentlichkeit gewachsen zu sein scheint, ist eine positive Folge der europäischen Initiativen. Defizite in Form einer ausreichenden Versorgung mit biligualen Schulen werden allerdings im Bildungssystem moniert.

Welche Schlüsse liefern nun die angestellten Länderstudien zur Minderheitensituation im Ostseeraum? Zunächst wohl die Erkenntnis, dass so unterschiedlich, wie sich Geschichte, politische Kultur, Territorialstruktur und regionale Besonderheiten ausnehmen, auch

Bedarf, Ausmaß und Grad der Implementierung europäischer Minderheitenschutzmaßnahmen in den einzelnen Staaten sich differenziert darstellen. Dessen ungeachtet gibt es Ähnlichkeiten, die unter anderem erkennen lassen, dass auch in diesem Politikfeld die Ost-West-Teilung Europas ihre Spuren hinterlassen hat. Schon die nationalen Ratifizierungsprozesse verdeutlichen Unterschiede: etwa bei der jeweiligen Vorgehensweise, wo Russland und Finnland die extremen Pole bilden. Während Moskau die *Framework Convention* ohne große Umstände durch Entscheidungen im Zentrum der Macht durchsetzte, erfolgte die Ratifizierung in Finnland, aber auch in Norwegen, Schweden und Deutschland auf dem Wege der Anhörung von Minderheitenorganisationen und begleitet von gesellschaftlichen Debatten. Jedoch hat Russland, was in vorliegender Untersuchung übergangen wird, die Europäische Sprachencharta durchaus im Dialog mit zahlreichen Nationalitätenvertretern und in enger Kooperation mit dem Europarat der Ratifizierung zugeführt.

Generell zu konstatieren ist jedoch, dass alle zehn untersuchten Länder Defizite bei der Implementierung zeigen. In allen gibt es nur schwer zu lösende Probleme mit Sinti, Roma und anderen nichtsesshaften Gruppen, weil diese kaum einen Platz in den existierenden Schul- und Bildungssystemen finden und in politische Planungsprozesse mit einbezogen werden können und sie nach wie vor vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt bleiben. Andere Schwierigkeiten resultieren aus unterschiedlichen Regelungen für die eingesessenen Minderheiten und Immigranten, was etwa in Schweden zu gegenseitigen Spannungen und Konkurrenzsituationen führt.

Was die Untersuchungen auch offenbaren, ist die Tatsache, dass viele Momente und Faktoren, die im Minderheitenschutz von Bedeutung sind bzw. sein können, in ihrer tatsächlichen Brisanz und Wirkmächtigkeit bis dato nur ungenügend untersucht worden sind. Dazu gehört die Frage, inwieweit die wirtschaftliche Situation tatsächlich Intensität und Stabilität von Identitäten bestimmt oder das Phänomen, dass in Finnland die Zahl der Schwedisch Sprechenden trotz einer vorbildlichen Gesetzeslage und erheblicher Bemühungen seitens der Regierung zurückgeht. Zu den positiven Beobachtungen zählen die Rückkehr bzw. Revitalisierung vernachlässigter und vergessener Sprachen sowie die Restituierung und Konsolidierung von Minderheitenkulturen, Dialekten, Lokal- und Regionalsprachen, wofür vor allem die skandinavischen Staaten, aber auch Deutschland anschauliche Beispiele liefern. Als ein ebenfalls erfreulicher Befund wird zudem im Resümee des Buches hervorgehoben, dass die beiden

Europarat-Konventionen in allen Ländern Foren für die politische und gesellschaftliche Diskussion über alle mit dem Minderheitenschutz zusammenhängenden Themen und Fragen geschaffen haben. Die hier geführten Debatten, so eine im Buch geäußerte Vermutung, könnten dabei in Norwegen und Lettland zu einer Radikalisierung der Fronten geführt haben. Gleichzeitig scheint jedoch die Institutionalisierung des Diskurses mittels der *Framework Convention* in Estland einen eher mäßigenden Einfluss gezeitigt haben. Die Komplexität und Ambiguität der beobachteten Verhältnisse zwingt daher die Herausgeber des Bandes zum Bekenntnis, dass es vorläufig nicht möglich sei, „to give a clear answer to the question about the advances and setbacks linked to the intensified discourses on minorities and the Council of Europe“ (S. 595).

Dessen ungeachtet ist die Publikation ein wichtiger und nützlicher Beitrag zum Minderheitenschutz und zur Minderheitenproblematik. Angesichts der systematischen Aufarbeitung und Darstellung der Thematik in den meisten der hier versammelten Aufsätze, die mit ausführlichen Anmerkungen versehen sind, kann man den Band auch als eine Art Handbuch benutzen. Zu monieren sind allerdings fehlende Karten sowie ein Sachregister, das sehr zu wünschen übrig lässt.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004, 284 S. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. 2).

Wer hätte in den 70er Jahren, als die vielen Kritiker der Geschichtswissenschaft nicht zuletzt biografische Fragestellungen als ‚überholt‘ und ‚veraltet‘ abqualifizierten, gedacht, dass eben dieses Genre in vielfältiger Form, angefangen von Zeitzeugenaussagen in fragwürdigen Fernsehsendungen bis zu einer Flutwelle autobiografisch geprägter Familiengeschichten, ein unerwartetes Comeback feiern würde. Im Bereich des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft existieren inzwischen reichlich biografische Sammlungen

zu Militärs¹, NSDAP-Funktionären² oder SS-Führern³. So war eigentlich zu erwarten, dass man sich auch den Tätern unter biographischen Gesichtspunkten zuwenden würde.⁴ Die ‚Karrieren der Gewalt‘, die Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul jetzt vorlegen, sind dabei nicht die erste Veröffentlichung, die das Herausgeberduo zusammen betreut hat.⁵

Dabei ist die so genannte Täterforschung in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt der Holocaust-Forschung gerückt; eine Entwicklung, zu der die Herausgeber dankenswerter Weise in ihrer Einleitung ausführlich Stellung beziehen (S. 1-32). So überzeugend die Begründung für den Ansatz ist, so unnötig ist die zwischen den Zeilen spürbare Absolutsetzung der eigenen These, die leicht zu Hybris wird, wenn z.B. soziologische Ansätze als „sozialpsychologische(s) Schwadronieren“ (S. 3) bezeichnet werden oder „Vertreter(n) der älteren Täterforschung“ attestiert wird, sie hätten „mit den neuen Ansätzen ihre Schwierigkeiten“ (S. 3). Wenn etwa Hans Mommsen darauf hinweist, dass man die weltanschaulichen Eliten nicht aus den Blick verlieren dürfe, wird diese Bemerkung den Herausgebern zum Beleg für „zwei traditionelle Deutungsmuster(n) der älteren NS-Forschung...: zum einen das überholte Exkulpationsbild, mit dem die Direkttäter als letztlich willenlose Objekte einer bei Hitler beginnenden Befehlskette ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen versuchten; zum anderen die Vorstellung, der Völkermord an den Juden lasse sich ausschließlich als Reflex der ‚oben‘ gefassten Beschlüsse verstehen“ (S. 4). Weswegen die Herausgeber glaubten, diese irritierende Überlegenheitspose gegenüber der ‚älteren‘ NS-Forschung einnehmen zu müssen, ist unverständlich; sie schwächt aber die ansonsten hochinteressante Einleitung („Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung“) in deutlicher Weise.

¹ Vgl. etwa: Die Militärelite des Dritten Reiches, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Berlin 1995; Hitlers militärische Elite. Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 1998; Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, hrsg. v. d. d. Darmstadt 1998.

² Vgl. etwa: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1989; Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, hrsg. v. Ronald Smelser, Enrico Syring u. Rainer Zitelmann. Darmstadt 1993.

³ Vgl. etwa: Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Paderborn (u.a.) 2000.

⁴ Vgl. dazu auch: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard Paul. Göttingen 2002.

⁵ Vgl. u.a.: Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt 1995; Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa. Darmstadt 2000.

Bei aller Verschiedenheit der vitae, der Funktionen und des Ausmaßes der Beteiligung an Verbrechen versuchen die Herausgeber gewisse Typika der Karrieren aufzuzeigen. Auffällig ist in der Tat, dass viele Lebensgeschichten neben der Erfahrung des Ersten Weltkrieges (bei den älteren Jahrgängen) Bezugspunkte zu drei Erfahrungshorizonten aufweisen. „(...) die gewalttätigen und gewaltbereiten völkisch-nationalistischen Milieus der 1920er Jahre, das nationalsozialistische Binnenmilieu nach 1933 sowie das besondere terroristische Milieu im Generalgouvernement und den Reichskommissariaten im deutschen Osten“ (S. 10) bilden Schnittpunkte der Gewaltsozialisation vieler der vorgestellten Täter.

Insgesamt werden 23 Lebensläufe präsentiert, wobei natürlich die verschiedenen Sicherheitsorgane des ‚Dritten Reiches‘ prominent vertreten sind, doch finden auch zwei Wehrmachtsangehörige Erwähnung. Der Schwerpunkt der Tatorte liegt, wie nicht anders zu erwarten, in Osteuropa (Sowjetunion und Polen).

Die relativ knappen Beiträge (ca. sechs bis acht Seiten) decken den gesamten Lebenslauf ab, wobei die chronologisch-deskriptive Darstellung zwar dem einheitlichen Erscheinungsbild der einzelnen Abhandlungen dient, manchmal aber auch für den Leser ermüdend wirkt. Da fast alle Protagonisten den Krieg überlebten und meist nach 1945 zum Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wurden (was bei einer Veröffentlichung der Forschungsstelle Ludwigsburg nicht überraschen kann), lässt der Ansatz, die gesamte Lebensgeschichte auf wenigen Seiten vorzustellen, manchmal nur Raum zu reiner Deskription, ohne tiefergehende Überlegungen zu Persönlichkeit und Motivation anstellen zu können. Das ist schade, und manche Biografie endet gerade dort, wo für den Leser die Fragen eigentlich erst beginnen.

Der gleichförmige Aufbau macht es schwer, einzelne Beiträge besonders herauszuheben, weswegen die folgenden Beispiele als durchaus subjektive Auswahl verstanden werden sollten. Hannes Heer gelingt eine plastische Darstellung des Gustav Freiherr von Mauchenheim, gen. Bechtolsheim, der als Chef der im rückwärtigen Gebiet eingesetzten 707. Infanteriedivision durch seine Befehle zum Judenmord anstachelte und deswegen zu Recht als ein „Organisator des Holocaust“ bezeichnet wird (S. 33-46). Gegenüber dem antisemitischen Überzeugungstäter von Bechtolsheim repräsentiert der von Ruth Bettina Birn porträtierte Heinrich Bergmann den Typus des ‚gewissenhaften‘ deutschen Beamten, der auch nach 1945 keine Schuld zu erkennen vermochte, obwohl er es in Riga zum Leiter der

Gestapo gebracht hatte (S. 47-55). Im Gegensatz zu Bergmann ist Oskar Dirlewanger, dessen SS-Karriere auch durch Alkoholmissbrauch und sexuellen Sadismus nicht gestoppt wurde, als Exzesstäter anzusehen, der seine Verbrechen auch aus persönlicher Lust verübte, wie Knut Stang aufzeigt (S. 66-75). Ähnlich wie Dirlewanger bekam auch Curt von Gottberg, der mit fragwürdigen Transaktionen als Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS seine Unfähigkeit als Verwaltungschef unter Beweis gestellt hatte, im Rahmen des Osteinsatzes eine zweite Chance, die ihn schließlich nicht nur zum Höheren SS- und Polizeiführer Mitte und Generalkommissar in Minsk, sondern auch zu einem Massenmörder werden ließ (Peter Klein, S. 95-103). Neben eher unbekanntem Tätern wie Walter Nord (Martin Hölz, S. 166-175), der als Angehöriger eines Polizeibataillons in der Sowjetunion mordete, finden sich mit Christian Wirth, dem ‚Inspekteur der Vernichtungslager‘ (Volker Rieß, S. 239-251), oder Heinz Seetzen, dem Chef des Sonderkommandos 10a der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (Lawrence D. Stokes, S. 196-206), der Zeitgeschichte seit langem bekannte Täter in den Lebensläufen.

Die Bandbreite der hier nur angedeuteten verschiedenen Motivationen und Lebensgeschichten macht den Wert des Bandes aus: „(...) wird sich die Einschätzung des gesamten Vernichtungsvorgangs verändern, wird er noch weit stärker als offener Prozeß wahrgenommen werden, als von der Peripherie her sich radikalisiertes Projekt, als Summe situativ begründeter Einzelgeschehen und als Resultat völlig verschiedener Tätergruppen (...) Die breite Streuung der Verantwortung, nicht die einlinige Befehlskette von ‚oben‘ nach ‚unten‘ wird darum zum Signum des Vernichtungsprozesses werden.“ (S. 23)

Dennoch bleibt fraglich, weswegen die Herausgeber meinen, den einzigen archimedischen Punkt zur Erklärung und zum Verständnis des Holocaust gefunden zu haben. Ihre Selbstgewissheit wird immer wieder deutlich: „Es wird nichts übrigbleiben von jener klinischen, gewaltminimierenden Perspektive, die jahrzehntelang als Passepartout des Vernichtungsprozesses diente, ihn als bürokratisch, industriell und anonym erscheinen lassen wollte. Neben der Derealisation der Tat wird auch die Depersonalisierung der Täter beendet werden...“ (S. 23). Diesen Formulierungen, die der ‚älteren‘ Forschung fast schon eine apologetischen Tendenz unterstellen, vermag sich der Rezensent nicht anzuschließen. Der Holocaust war sowohl bürokratisch-industriell organisierter, anonymisierter Genozid, wofür Auschwitz als Symbol steht, als auch brutaler, unmenschlicher direkter Mord

durch eine zahlenmäßig durchaus nicht geringe Zahl von Tätern. Warum sollte die eine Art der ‚Endlösung‘ die andere ausschließen, zumal die ‚Morderfahrungen‘ in der Sowjetunion ja erst den Weg zu den Vernichtungslagern und dem Massenmord durch Gas eröffneten?

Insofern hätte der Verzicht auf die völlig unnötige Selbstanpreisung dem vorliegenden Band sicherlich gut getan. Und schließlich ist, nachdem in den letzten Jahren sehr viele biografisch ausgerichtete Publikationen zum ‚Dritten Reich‘ erschienen sind, auch die grundsätzliche Frage zu stellen, ob das Genre nicht inzwischen weitgehend abgedeckt ist.

Joachim Tauber, Lüneburg

Klaus Kellmann, Stalin. Eine Biographie. Darmstadt: Primus Verlag 2005, 351 S.

Auch die dem biografischen Zugang zur Geschichte derzeit so gewogenen Zeitläufte rechtfertigen eine neue Biografie über den sowjetischen Diktator nicht von selbst: seit Isaac Deutscher¹ haben sich viele Autoren des Georgiers angenommen. Weswegen also noch einmal das Leben von ‚Koba‘ für den deutschen Leser? Dem Autor geht es darum, „Politik, Person und Verbrechen des georgischen Diktators auf der Basis der seit der Zeitenwende von 1990/91 publizierten, analysierten und interpretierten jüngeren und jüngsten Quellenzeugnisse aus Moskauer Archiven im Gesamtzusammenhang der russischen, sowjetrussischen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Form und im Stil des biographischen Essays griffig und lesbar darzustellen“ (S. 7). Kellmann sieht den Leserkreis seines ‚Stalin‘ daher auch vor allem im Bereich der politischen Bildung und bei historisch interessierten Menschen jeden Alters.

Der Autor folgt den geläufigen Vorgaben einer klassischen Biografie, die sich vor allem in der chronologischen Ordnung und den thematischen Schwerpunkten ‚Leben und Werk‘ abzeichnen. Insofern ist das erste Kapitel wie zu erwarten mit „Priesterzögling“ (S. 9-12) überschrieben und bietet den klassischen Kanon jeder Stalinbiografie. Weiter geht es in der Vita, in der erstmals eine Schilderung des Ausse-

¹ Vgl. etwa Isaac Deutscher, Stalin – a Political Biography. New York (u.a.) 1949.

hens der kleingewachsenen Hauptfigur (1,65 m) folgt: „Die wuchtige, pechschwarze Mähne, der dicht gewachsene Schnauzer, die ebenso hellwachen wie hinterlistigen Augen konnten die ‚Mängel‘ in seiner äußeren Erscheinung freilich kaum korrigieren.“ (S. 17) Spätestens bei dieser Passage fragt man sich, ob es zum Prinzip einer ‚griffigen‘ und ‚lesbaren‘ Darstellung oder gar zum ‚Stil des biographischen Essays‘ zwingend gehört, die ‚hinterlistigen‘ Augen des Protagonisten zu erwähnen. Und so überrascht es auch nicht, dass die berühmte Reise Lenins nach Russland wieder einmal in einem verplombten Waggon stattfindet, wobei auf deutscher Seite zudem fälschlicherweise Wilhelm II. als eigentlicher Akteur der Aktion bezeichnet wird (S. 35).

So schreibt sich Kellmann durch das Leben von Stalin: immer fixiert auf individuelle Details, Anekdoten (meist unbelegt oder unbelegbar) und bekannte Ereignisse. Nirgends wird auch nur versucht, den Diktator in sein Umfeld und die Strukturen der Sowjetunion einzuordnen; nirgends auch nur der Ansatz, über das als Stalinismus bekannt gewordene Herrschaftssystem unter sozialgeschichtlichen oder generationsspezifischen Fragestellungen zu schreiben, die Trägerschichten zu benennen oder die soziale Dynamik anzusprechen. Dagegen wird kein Klischee ausgelassen, das man in der ein oder anderen Form bereits gehört hat: das Double auf den Fahrten zur Datscha (S. 249) zählt ebenso dazu wie eine angebliche Bemerkung Stalins nach dem Tod seiner ersten Frau im Jahre 1907: „Dieses Geschöpf hat mein steinernes Herz erweichen können. Nun ist sie tot, und mit ihr sind meine letzten warmen Gefühle für alle menschlichen Wesen gestorben.“ (S. 23)

Nach dem Tod des Diktators (S. 260-263), bei dessen Schilderung Kellmann noch einmal ein Beispiel bietet, was er unter einer ‚griffigen und lesbaren‘ Darstellung versteht, widmet sich der Autor der sowjetischen Geschichte bis zum Ende der Sowjetunion unter Gorbatschow (S. 269-286), ohne den Bezug zu seinem Thema wirklich klarmachen zu können. Spätestens die Passagen über die 90er Jahre und den heutigen russischen Präsidenten haben mit dem eigentlichen Thema überhaupt nichts mehr oder nur am Rande zu tun und lesen sich, als ob sie aus einem anderen Buch stammen würden (S. 287-303).

Dazu mangelt es an handwerklicher Präzision: Großbritannien garantierte, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, 1939 eben nicht, wie Kellmann meint, die Grenzen Polens, sondern die Existenz eines souveränen polnischen Staates, was vor dem Hintergrund der deutschen Forderungen einen entscheidenden Unterschied bedeutet (S. 223).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Vorhaben von Kellmann umfassend gescheitert ist: Von einer modernen Biografie im Stile etwa der von Ian Kershaw zu Stalins Gegenspieler² ist nichts zu erkennen. Insofern erscheint es besonders bedenklich, dass Kellmann ausgerechnet im politischen Bildungsbereich seine Leserschaft sucht.

Joachim Tauber, Lüneburg

Litauen 1941 und 2001. Auf den Spuren des SS-Massenmörders Karl Jäger. Erlebnisberichte von Freiburger Schülern und Studenten, Bremen 2002, hrsg. v. Wolfram Wette u. Detlev Hoffmann. Bremen: Donat Verlag 2002, 178 S.

Im Sommer 2001 begibt sich eine Gruppe von Studentinnen und Studenten des Historischen Seminars der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Schülerinnen und Schüler eines Seminarkurses des Freiburger Rotteck-Gymnasiums gemeinsam auf den Weg nach Litauen. Im vorangegangenen Schul- und Studienjahr haben sie sich mit der Biografie des SS-Standartenführers Karl Jäger auseinandergesetzt, der im Jahr 1941 in Litauen die Verantwortung für die Ermordung von 130 000 Juden trug. Während einer neuntägigen Exkursion durch Litauen sprechen die Teilnehmer mit Überlebenden des Holocausts, mit litauischen Historikern und mit Schülern. Sie besuchen die Orte, an denen sich in Wilna und Kaunas die Ghettos der NS-Zeit befanden, sie suchen die Gedenkstätten in Paneriai und im IX. Fort in Kaunas auf. Die anschließend verfassten Erlebnisberichte der 30 Schüler und Studenten bilden den Hauptteil des Bandes. Ergänzt werden sie durch Fotos und Dokumente der Reise und deren inhaltlicher Vorbereitung.

Vorausgeschickt sei, dass solche Exkursionen generell einen hohen Wert für die Beteiligten haben. Es wäre wünschenswert, dass sich noch mehr Gruppen auf eine derart fundierte Reise in die neuen Staaten der Europäischen Union begeben würden. Doch sind Unternehmen dieser Art vielerlei Schwierigkeiten (vor allem in Verständ-

² Ian Kershaw, Hitler. 1889–1936: Hybris. London/New York 1998; ders., Hitler. 1936–1945: Nemesis. London (u.a.) 2000.

nisfragen nicht nur sprachlicher Art) ausgesetzt. Einige davon lassen sich anhand der vorliegenden Publikation aufzeigen:

Die Veröffentlichung ist augenscheinlich aus den internen Berichten der Teilnehmer für die Stiftung „Erinnerung“, die Robert Bosch Stiftung und die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung entstanden, die durch ihre Zuwendungen die Exkursion ermöglicht haben. Einerseits bietet der Band ein interessantes Projekt, das durchaus von anderen Jugendlichen (vielleicht auch in etwas anderem Rahmen und mit einem anderen Bezugsland) adaptiert werden könnte. Andererseits muss man mit vielen Informationen vorsichtig umgehen. Die Berichte stellen eine gewisse „Momentaufnahme“ dar, bilden die Konfrontation ab, die auf der Basis des erworbenen Wissens mit Zeitzeugen und Tatorten erfolgt, sie geben aber keine gesicherten historischen Erkenntnisse wieder und sind höchstwahrscheinlich in erster Linie auch nicht für eine Buchpublikation verfasst, sondern nur „weiterverwendet“ worden.

Die sehr heterogene Sammlung von zum Teil äußerst emotionalen Berichten sperrt sich geradezu gegen eine Rezension. Die Präsentation von Gefühlen und Befindlichkeiten, diese Sammlung von Schilderungen, die von äußeren Umständen der Fahrt (z.B. der gestohlenen Klimaanlage) bis hin zu den Fragen an die Zeitzeugen reichen, sollte eher für sich sprechen als besprochen zu werden. Diskussionsstoff bietet jedoch das dargestellte Projekt – die Exkursion sowie einige Aspekte ihrer Darstellung in dem vorliegenden Band. Entgegen dem selbst gestellten Programm, dass „für die deutschen Teilnehmer der Bezug zur Gegenwart nicht nur durch die Rezeption des Holocausts in Deutschland und Litauen, sondern auch durch die Aufnahme aktueller Informationen hergestellt werden“ sollte (S. 24), geht das Reiseprogramm selten über die Illustration des in der Vorbereitung erworbenen Wissens hinaus, sondern bleibt vielfach in der Abbildung der behandelten Seminar- und Kursthemen stecken. Das lässt sich u.a. an folgenden Fakten feststellen:

Zu den Kernpunkten des Reiseprogramms gehören die Begegnungen mit den Zeitzeugen Tobias Jafetas (Vorsitzender des Bundes der ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge in Litauen), Fania Brancovskaja (Überlebende des Wilnaer Ghettos, Partisanin), Fruma Kučinskienė und weiteren. Frau Brancovskaja ist für viele der Exkursionsteilnehmer *die* Schlüsselfigur des Reiseprogramms, und wer sie einmal in Wilna erlebt hat, weiß um ihre Authentizität und Ausstrahlungskraft. Interessant ist aber, dass in den vorliegenden Berichten der Schüler und Studenten Frau Brancovskajas Leben als Jüdin nach dem

Holocaust in Sowjetlitauen und ihre spezielle Motivation, jetzt im hohen Alter als Zeitzeugin im Museum zu arbeiten, nicht thematisiert werden, vielleicht auch gar nicht nachgefragt wurden. Dabei würden gerade diese Aspekte viel zum Begreifen des gesamten komplexen Problems „Litauen und der Judenmord“ beitragen. Die Darstellung einer jüdischen Biografie *nach* dem Holocaust in Litauen würde zahlreiche Hinweise darauf geben, warum dieses Thema heute noch so wenig aufgearbeitet ist.

Es wird von den deutschen Besuchern festgestellt, dass der Holocaust „ein breites gesellschaftliches Tabu“ ist (S. 150), doch die weitergehende Frage, wie es zu dieser Tabuisierung kommen konnte, fehlt in dem Band völlig, da die Frage der Interdependenzen von nationalsozialistischen Verbrechen und deren einseitiger, stark politisierter Erinnerung in der sowjetischen Besatzungszeit augenscheinlich in der Vorbereitung nicht problematisiert wurde.

Kompetente Gesprächspartner finden die Exkursionsteilnehmer u. a. in den Historikern Liudas Truska und Arūnas Bubnys (beide Mitglieder der Internationalen Kommission zur Erforschung nationalsozialistischer und sowjetischer Verbrechen in Litauen) sowie in dem Schriftsteller Markas Zingeris (leitend in der Kommission tätig). Letzterer wird mit der Forderung zitiert: „Unsere Kommissionsarbeit muss (...) über die akademische Auseinandersetzung hinaus gehen“ (S. 150). Die Arbeit geht auch darüber hinaus, aber zu diesem Thema hat die Besuchergruppe anscheinend nichts erfahren (oder auch nicht nachgefragt). Bereits zu dem Zeitpunkt der Exkursion läuft das litauische Bildungsprojekt, „Die jüdischen Nachbarn meiner Groß- und Urgroßeltern“, u. a. initiiert von der Kommission sowie der litauischen Stiftung „Švietimo kaitos fondas“ (Foundation for Educational Change), an dem sich bis Ende 2005 über 100 Schulen erfolgreich beteiligt haben und deren Ergebnisse inzwischen in zwei Publikationen vorliegen.¹

Ein anberaumtes Treffen mit litauischen Schülern in Šiauliai, das für die Gruppe eher unbefriedigend verläuft (siehe S. 67: „Wer ein offenes Gespräch mit den Schülern sowie mit ebenfalls anwesenden ehemaligen litauischen Partisanen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Geboten wurde ein straff durchorganisiertes Programm, ähnlich einer ‚FDJ‘-Veranstaltung.“), hätte mit anderen Gesprächspartnern aus dem erwähnten Projekt wohl andere Perspektiven gehabt.

¹ <http://www.shoah.smm.lt/Pub/default.aspx?Page=EN>.

Mehrfach wird in Berichten „der Ausschluss der litauischen Öffentlichkeit“ (S. 64 u. 65) an Veranstaltungen der deutschen Gruppe mit litauischen Vertretern bzw. jüdischen Zeitzeugen beklagt. Welche Erwartungshaltung lag hier vor und wie hat man versucht, sie zu erfüllen? Wenn Deutsche gerade in den 90er Jahren in Litauen mit Litauern über deren Verhältnis zum Judenmord und den Anteil der Kollaboration diskutieren wollten, schlug ihnen häufig das Argument entgegen, dass man ja nur den Anteil der eigenen Täterschaft verringern wolle, wenn man die Litauer in die Diskussion und die Verantwortung miteinbeziehe.² Insofern ist das Thema sensibel, aber nicht unmöglich, wie andere Veranstaltungen mit deutschen Institutionen vor Ort zeigen.

Es gibt in Litauen (und gab sie auch schon 2001) Initiativen zur Aufarbeitung des jüdisch-litauischen Verhältnisses wie z.B. „Atminties namai“ (Häuser der Erinnerung) und auch zahlreiche lokale Aktivitäten. Auch im Jahr 2001 waren Angehörige jüdischer Institutionen und Zeitzeugen (u.a. der in dem Band erwähnte Leiba Lipšic), mit denen auch die Gruppe auf ihrer Exkursion zusammentraf, innerhalb solcher Aufarbeitungsprojekte engagiert. Gespräche mit einem Vertreter dieser NGO oder mit jungen litauischen Historikern, die sich in ihren Qualifikationsarbeiten mit dem Holocaust in ihrer Region beschäftigt haben, wie Ruta Puišytė,³ hätten viele weitergehende Fragen beantworten können. Natürlich ist die Zeit einer Exkursion äußerst beschränkt und kann nie alle gesteckten Ziele in Gänze erfüllen, insofern ist der gesetzte Schwerpunkt auf der Begegnung mit den Zeitzeugen völlig richtig. Doch sollte auch reflektiert werden, dass es Nuancen gibt, wie sich Litauer und litauische Staatsbürger, Zeitzeugen verschiedener Epochen gegenüber einem ausländischen oder inländischen Publikum präsentieren.

Es stellt sich die Frage, für welche Zielgruppe die vorliegende Publikation bestimmt ist? Zur Vervollständigung des Geschichtsbildes von Litauen kann sie aufgrund des Mangels an gesicherten Fakten kaum dienen, als Muster für ähnliche Vorhaben müsste sie weitergehende Diskussionsansätze deutlicher ausformulieren: Welchen Wissensstand haben Litauer verschiedener Schichten – Schüler, Studenten bis hin zur Rentnergeneration – heute über den Holocaust in ihrem Land?

² Die Rezensentin hat mehrere unterschiedliche Exkursionsgruppen (deutsche und deutsch-litauisch-polnische) in den Jahren 1992–2001 zum Thema jüdische Geschichte durch Litauen und Lettland begleitet.

³ Die englische Fassung ihrer Arbeit ist abrufbar: <http://www.shtetlinks.jewishgen.org/Yurburg/bathesis.html>.

Welche jüdischen Stereotype behindern in Litauen die Aufarbeitung des Holocausts? Wie kam es zu deren Ausformung? Was haben litauische Institutionen bis heute zur Aufarbeitung geleistet?

Die Lektüre wird zusätzlich durch diverse Äußerlichkeiten erschwert. Die Schreibung der litauischen Namen ist sehr uneinheitlich. Schreibweisen nach dem Gehör stehen neben Namen, mal mit, mal ohne diakritische Zeichen. Aber auch Zahlen und Fakten, die sich eindeutig hätten überprüfen lassen, werden schludrig dargeboten. Ist die Internationale Kommission zur Aufarbeitung der Verbrechen während der nationalsozialistischen und sowjetischen Besatzungszeit in Litauen 1997 (S. 94) eingesetzt worden oder 1998 (S. 65)? Welcher litauische Staatsbesuch in Israel rief so viel Unmut in Litauen hervor? War es der des Präsidenten Adamkus 1999 (S. 149) oder der des Ministerpräsidenten Brazauskas 2000 (S. 164)?⁴

Das Projekt gilt in der Eigenbeschreibung als ambitioniert (S. 63), der Publikation hätten etwas mehr Ambitionen durchaus gut zu Gesicht gestanden.

Ruth Leiserowitz, Berlin

⁴ Es war der Besuch des damaligen Präsidenten Brazauskas im März 1995!

Mažosios Lietuvos enciklopedija. Bd. II: Kas – Maž [Kleinlitauische Enzyklopädie, MLE]. Vilnius: Mokslo ir Enciklopedijų Institutas 2003, 843 S., ill.

Zentrale Themenkomplexe des zweiten Bandes der Enzyklopädie sind für deutsche Historiker die Stadt Klaipėda/Memel, das Memelgebiet (MG) – weiter gefasst: die im litauischen Sprachgebrauch als „Kleinlitauen“ bezeichnete Region von Nimmersatt bis Königsberg bzw. den Pregel, Gumbinnen und Tilsit (S. 761 ff.) ehemals preußischer, 1871–1945 deutscher Staatlichkeit, evangelischer Prägung sowie die spezifische Lebenswelt des baltischstämmigen Bevölkerungsteils in dieser Region. Das größte Verdienst (insbesondere des Autors und Redakteurs Martynas Purvinas) liegt in der Sammlung ethnografischer Information und über die Literatur mehrerer Länder weit verstreuter Miscellen, dokumentarischer Kultur-Konservierung von Ortsge-

schichte, Gemeinschafts- und Wirtschaftsformen, Lebensart,¹ speziell auch Kirchengeschichte, von spezifischen Biografie-Typen (z.B. der kleinlitauisch-evangelischen Prediger, Missionare usw.). Der Band ist grafisch ansprechend und reich bebildert; einige deutsche Autoren waren beteiligt. Die eindrucksvolle enzyklopädische Leistung würde eine Übersetzung rechtfertigen; zumal ein vergleichbar umfassendes Werk deutscherseits kaum noch zu erwarten ist.

Um welche Kultur geht es und welcher Hintergrund verbindet sich damit? Der ethnische Interessenschwerpunkt der Enzyklopädie bedeutet entsprechend der ostpreußischen Sozialstruktur des 18./19. Jahrhunderts die Dokumentation dörflicher Lebensformen, plus staatspolitisch-administrativer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenfakten („offizielle Kultur“), welche die Entfaltungsbedingungen der thematisierten Bevölkerung in Kontrast zu anderen Ethnien prägten und welche auf Grundlage dieser Wechselbeziehung bewertet werden. Die deutsch geprägten Städte – Königsberg, Tilsit, Memel – und ihr dominantes Bürgertum, ihre Intelligenzschicht, ihre Institutionen usw. erscheinen nun einerseits aus der Perspektive baltisch- und litauischstämmiger Landbevölkerung als Entfaltungsraum für kleinlitauische Kulturleistung (Bildung, Bücherwesen S.243 ff. nehmen viel Raum in der MLE ein), andererseits als Assimilationsbedrohung. Dieses Spannungsverhältnis prägt die Darstellung.

In die sehr informativen Einträge wird überdies konsequent eine politische und kulturelle Unterdrückungsgeschichte des Balten- bzw. Kleinlitauertums eingewoben, welche sich in akquisitiver Identitäts-Gleichsetzung in Legitimität des politischen Nationallitauertums vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute verwandelt.² Die Kolonisation nach der „Großen Pest“ des frühen 18. Jahrhunderts bzw. die Reichseinigung 1871 hätten als Anomalien den als urlitauisch beanspruchten Charakter Nord-Ostpreußens abgelöst, könnten aber die Legitimitäten der als Proto-Kleinlitauer verstandenen Urbevölkerung nicht berühren. Zum Rollenmodell heroisiert wird als authentisch-exklusiver Legitimitätsträger der ethno-politisch ‚bewusste‘ (susipratęs lietuvinkas), nach litauischer Staatlichkeit strebende Kleinlitauer:

¹ Etwa die Dünenbewohner (S.289), den Schmuggel (S.283). Über die wissenschaftlich-planmäßige Aufforstung der Kurischen Nehrung (S.290) noch im 19. Jahrhundert existieren in Litauen gründlichere Kenntnisse, als die MLE verzeichnet: Jurgis Bučas, Kuršių Nerijos nacionalinis parkas [Der Nationalpark Kurische Nehrung]. Vilnius 2001.

² Hier zeigt sich besonders die Handschrift des Autors A. Matulevičius. Kritische Perioden verschärften ethnischen Konflikts sind für die MLE die Ordenszeit, die Reichsgründung 1871 und das frühe 20. Jahrhundert.

Dieser interessiert. Die kleinlitauische Perspektive prägt und gibt Teilen des Werkes eine deutliche Tendenz. Die Implikationen sind interessant, denn die Beiträge identifizieren sich eng mit der litauischen Zwischenkriegspolitik und deren ideologischen Konstrukten. Es entsteht durch freie Lituanisierung baltischer Orts- und Personennamen der Eindruck öffentlich vorherrschender litauischer Kultur in den Landstädten bis an den Pregel, welche thematisiert und mit der – eigentlich ein anderes Thema – „kleinlitauischen“ politischen Richtung verknüpft wird, welcher im Umfeld der Versailler Territorialverfügungen (1919) breiterer Rückhalt fehlte.

Diese Darstellungs-Brüche bezeugen kontroverse Anforderungen an die MLE, erzeugen inhaltliche Spannung zwischen dokumentarischem Anliegen und geschichtspolitischen Intentionen. Einem Feindbild sowjetischer Kulturzerstörung (De-Legitimation) wird „Kulturbewahrung“ gegenübergestellt; der historische Kulturzusammenhang wird nun amorph (das „Alte“ wird „das Eigene“) für das Litauertum vereinnahmt – die deutsche öffentliche Prägung löst sich in Unkenntlichkeit auf. Akribisch werden auf mehreren Ebenen (ethnografisch – historisch – moralisch) Legitimitätsketten kompiliert.

So dokumentiert die MLE vorwiegend litauisches Kulturleben; die Würdigung der enormen Kompilationsleistung kann hier nur verkürzt erfolgen. Für die Zwischenkriegszeit des Memelgebiets füllen die Statistiken, meist aus offizieller Quelle, eine in Fachbibliotheken spürbare Lücke, welcher deutsche Veröffentlichungen nicht gerecht werden können. Sie schaffen das Faktengerüst eines oft beschriebenen Lebensgefühls. Wichtig ist auch die Geschichte der Umsiedlungen und der sowjetischen Neubesiedlung sowohl des Memelgebiets (S. 197 ff.) als auch Ostpreußens. Kontrovers an dem wegen seiner ethnokulturellen Sammeltätigkeit, der Beifügung von Übersichten, Amtsdaten, Beiträgen zu Presse, Schule (Autor Juška), Wirtschaft (Autor Žukas, ferner S. 215-226), Landwirtschaft (S. 501-508, Güterliste S. 215), aber auch zu Details wie der zwischenstaatlichen Pensionsregelung (S. 285), der Tätigkeit des Litauischen Konsulats in Königsberg (S. 279 f.), statistischen Beiträgen und Datenmaterial gerade über das Memelgebiet der Zwischenkriegszeit³ (S. 172-181, 190 f.)

³ Die für die Zwischenkriegszeit angeführten Memeler demografischen Daten stammen überwiegend aus R. Valsonokas, *Klaipėdos problema* [Das Memelproblem]. Kaunas 1932; Nachdruck Vilnius 1989, welches mit dem problematischen „ethnografischen Prinzip“ der Tautininkai-Doktrin operiert. Aus (Zensus 1925) 26,6% bekennenden Litauern und 24,2% ‚Memelländern‘ wird der ‚korrigierte‘ Wert von 50,8% Litauern – eine die zentralstaatliche Lituanisierungspolitik legitimierende Mehrheit. Mit größter Wahrscheinlichkeit

unentbehrlichen Werk bleibt aber die Verquickung von neutraler Informationspräsentation mit dem „kleinlitauischen“ historisch-politischen Gegenentwurf, welcher besonders in historischen Beiträgen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchschlägt.

Dem enzyklopädischen Kulturdenkmal wächst eine monoethnische Interpretation der polyethnischen Vergangenheit in einem Raum und eine nachträgliche Hermetisierung problematischer Geschichtsversionen zu – plus der originelle Versuch, in dem Gegner abgesprochene Legitimitäten hineinzuwachsen. Das Werk ist, wie Arthur Hermann formulierte, ein Zwitter, nämlich von höchst eindrucksvoller ethnografisch-kultureller Systematisierungsleistung einerseits und Gedächtnis-Fixierung von aus Historikersicht bedenklich panlitauisch politisierten Deutungen andererseits.⁴ Es dient zwei ideellen Herren und reflektiert in seinen Inkonsistenzen den Generationenübergang über die Erlebnis- und Aktivistengeneration hinaus. Diese Verbindung macht Teile des Werks nicht leicht verdaulich.

In der ethno-historischen Präsentation litauisch-deutscher Vergangenheit, was territorial-politische Aspirationen in Richtung Kalinin-grader Gebiet implizit einschließt, reflektiert die MLE in zentralen Beiträgen eine „kleinlitauische Fraktion“, welche dem „Rat für die Angelegenheiten Kleinlitauens“ in Vilnius (S. 816) nahesteht und deren Sichtweise in der transatlantischen Emigration Fürsprecher findet. Organ der Emigration ist der „Mažosios Lietuvos Fondas“ (Kleinlitauische Fonds) der Kleinlitauer aus Ostpreußen und dem Memelgebiet, welcher das „Denkmal dieser praktisch untergegangenen Kultur und Volksgruppe“ herausgibt und finanziert (plus geringere Zuschüsse des litauischen Staates).

Ein solches Denkmal war überfällig, erscheint die litauische Bevölkerungsgruppe in Ostpreußen in deutschen Darstellungen eher als Marginalie. Folglich muss das Werk am Anspruch abschließender Kulturdokumentation gemessen werden, und dieser eigene kleinlitauische Anspruch wird weitgehend überzeugend eingelöst, ungeachtet ideologisch bedingter Qualitätsunterschiede zwischen einzelnen Beiträgen. Für den transatlantischen Hintergrund steht der Hauptherausgeber Vilius Pėteraitis, dessen Veröffentlichungen auch das „klein-

war Valsonokas' Werk eine politische Auftragsarbeit; es wurde 1989 im Umfeld litauisch-sowjetischer Dispute um die Zugehörigkeit des früheren Memelgebiets in einer Auflage von 100 000 Exemplaren nachgedruckt. Valsonokas und Žostautaitė (1982, 1992) bilden die populärsten Darstellungen in Litauen zum Memelgebiet der Zwischenkriegszeit.

⁴ Rezension von A. Hermann in: *Annaberger Annalen* (2004), Nr. 12, S. 236 f.

litauische Anliegen“ umreißen.⁵ Die spezifisch politisierte Sichtweise dieses Anliegens beherrscht bei weitem nicht das gesamte, thematisch weiter und ideell offener gefasste Werk, doch hinterlässt sie eine klare Prägung (z.B. Beiträge von A. Gliožaitis zur politischen Entwicklung des Memelgebiets im 20. Jahrhundert, S. 181-199).

Damit sind einige ideelle Leitlinien und Frontstellungen plus eine inkorporative Unschärfe, was nun kleinlitauisch sei, klar erkennbar. Es handelt sich um eine romantisierende Legitimierung gegen die herkömmlichen Staatlichkeits-Traditionen der jeweiligen „Aggressoren-Okkupanten“, welche sich politisch auf die ‚Tilsiter Akte‘ des Jahres 1918, historisch aber auf eine baltische Urbevölkerung der Vor-Ordenszeit zurückführen will, deren Überreste und moralische Widerstands-Legitimitäten letztendlich im litauischen Volkstum als einer Art baltischer Fürsorge-Macht aufgegangen seien.

Erwartungsgemäß wird der Ost-Expansionsdrang des Deutschen Ordens (hochinformativ, S. 337-345) verurteilt, die Ausdehnungsbestrebungen des Großfürstentums Litauen in preußisch-baltische Stammeslande aber als Befreiungsmision dargestellt; mit Respekt betrachtet wird die Organisationsleistung des Ordens, Preußens und des Kaiserreichs. In dieser Argumentation schält sich eine behauptete Identität altpreußischer und litauischer politischer Ziele seit dem Mittelalter heraus. Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Tradition überzeitlich denkt sowie institutionalisierten und verrechtlichten Legitimitäten anderer Gruppen und Staaten mindere Bedeutung beimisst.

Der geografische Terminus „Mažoji Lietuva“ (Kleinlitauen) wird als Kulturraum gelegentlich mit staatsrechtlichem Bedeutungs-Beiklang verwandt, wobei der litauischstämmigen Bevölkerungsgruppe herausgehobene politische Legitimität gegenüber anderen Gruppen zugesprochen wird, welche in rigide Interpretationsmuster führt. Die im Zusammenhang Kleinlitauens stets wichtige Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird nicht nach demokratischen Grundsätzen ausgelegt.⁶ So wird (Autor Gliožaitis) z.B. der „Tilsiter Akte“ von

⁵ Vgl. auch Vilius Pėteraitis, Jurgis Reisgys, Jonas Stiklorius, *Mažosios Lietuvos garbinga praeitis, liūdna dabartis ir neaiški praeitis. Lietuvininkai kalbėjo. Tekalba, bet nebekalbės. Antroji knyga* [Die ehrenvolle Vergangenheit Kleinlitauens, seine traurige Gegenwart und unklare Zukunft. Die Lietuvininkai sprachen, sprechen noch, doch werden sie nicht mehr sprechen]. Romuna 2003.

⁶ Beispielsweise wird in den Einträgen zur Zwischenkriegszeit im Memelgebiet die Idee eines Volksentscheids der betroffenen Bevölkerung (Freistaat-Bestrebungen etc.) nicht erwähnt: Relevant sind den Autoren die ‚Akte von Tilsit‘ (1918) und die ‚Erklärung von Šilutė‘ (1923). Legitimiert wird der ‚Memelaufstand‘ durch den Umstand, dass die damalige li-

1918, welche den staatlichen Zusammenschluss aller ethnisch litauischen Gebiete forderte, der Status einer Unabhängigkeitserklärung zugesprochen – und diese implizit als staatsrechtlich relevantes Dokument behandelt, dessen Verwirklichung in Nordostpreußen 1919 nur in Teilen gelungen sei und ein Imperativ bleibe. Dies ist insofern problematisch, als a) weder von einem exklusiv mehrheitlichen (1919) litauischen Kulturraum gesprochen werden kann noch b) die überwiegende politische Orientierung der Litauischstämmigen mit der Muttersprache zusammenfiel.

Diese Wertungen sind in weiten Teilen den ideologischen Konstrukten der Tautininkai-Zeit analog. Die Qualität der Versailler Ordnung als neue alliierte Ordnung kommt nicht zur Geltung; diese Zäsur wird in auf das Litauertum bezogenen idealistisch-moralischen Kategorien bewertet. Es resultiert z.B. eine teils voreingenommene Bewertung politischer Vorgänge im Memelgebiet 1923–1939, welche von litauischer Seite (V. Zalys 1993, V. Vareikis über den „Memelaufstand“) belegten Sachverhalten widerspricht (S. 181 ff.). Immerhin wird eine realistischere Sichtweise dem Leser inzwischen zur Wahl angeboten.⁷ Diese ausgeprägte Hermetik steht unter einem politisierten Primat, welcher die Idee der Selbstbestimmung der aktuellen Mehrheit (nach 1919) systematisch umgeht und bagatellisiert, wo sie Willensäußerungen des „falschen“ Ethnos betrifft.

Diese Defizite geben dem bedeutenden Werk bisweilen den Beigeschmack von retrospektiver Ersatz-Satisfaktion. Eine kritische Distanz zum autoritären Smetona-Staat bleibt aus; dessen Legitimitätskonstrukte und national-moralische Wertungen werden häufig übernommen. So fehlt z.B. eine objektive Würdigung der Politik des Gouverneurs Navakas (1934) (S. 191); die Auswirkungen des Kriegrechts und der Militärzensur auf das Autonomieregime fehlen. Ein fundierter Überblicks-Eintrag zur europäischen Politik der 30er Jahre könnte die Perspektive auf den Memelkomplex positiv ergänzen – das traditionelle Interpretationsmuster aber ggf. sprengen. Folglich wird z.B. der facettenreiche Prozess von Kaunas (1934/35) zu einer Art Vor-Nürnberg, ein bewaffnetes NS-Aufstandsvorhaben (1934) gilt als unzweifelhaft erwiesen usw.

tauische Propaganda 60% Zustimmung beanspruchte und „es keinen massenhaften Widerstand“ im Gebiet gegeben habe.

⁷ Häufig findet sich z.B. die tatsachenwidrige Formulierung: „Nachdem sich das Memelgebiet mit der Republik Litauen vereinigte (prisijungus)...“ (1923), ja die Region sogar „wiederbekommen“ [!] (Kl. kr. atgavus) habe, während andererseits 1939 „Deutschland das Gebiet raubte (užgrobus) / entriss (atplėšus) / okkupierte.“

Es gibt aber auch Ermutigung: Dass Differenzierung möglich ist, zeigen z.B. die knappen, um Objektivität bemühten biografischen Einträge zu den ‚Heimatbund/Kulturbund‘-Gründern J. Kraus und H. Conrad und dem (1934) Memeler SOVOG-(NS)Stadtleiter Paul Kwauka (S. 277, 313 bzw. 425), welcher sich zu des Lesers Überraschung nicht nur als Nationalsozialist, sondern eben auch als Autor eines Kurischen Wörterbuches erweist.

Die Tendenz zu Stilisierung und konfrontativ-monoethnischer Wahrheitsfindung ist der Versuch einer Strömung, der Nachwelt ihr *right or wrong – my country* als Retro-Norm und bleibendes Vermächtnis zu diktieren, und sie trübt merklich den Eindruck eines höchst bedeutenden Sammelwerkes. Objektivere Ansätze in diesem zweiten Band der auf vier Bände angelegten Enzyklopädie machen Hoffnung; und vielleicht gelingt es der Redaktion, die störenden Brüche zu glätten. Die Wertungen der MLE rund um das Memelthema sind nicht das letzte Wort. Die Aussicht auf Fortsetzung der gewohnt detaillierten enzyklopädischen Leistung berechtigt jedoch zu Freude und Optimismus.

Klaus Fuchs, Remchingen

Jan Mlynarik [Ján Mlynárik], Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945–1953. Mit einem Vorwort von Otfried Pustejovsky. München: Herbig 2003, 480 S., 44 Tabellen, Karten.

Ján Mlynáriks Monografie ist eine Fallstudie über das Weitra-Gebiet (Vitorazsko) in Südböhmen, gelegen zwischen der Kreisstadt Wittingau (Třeboň) auf tschechischer und Gmünd auf österreichischer Seite. Dieses Territorium war Ende des 13. Jahrhunderts zu einem Bestandteil Niederösterreichs geworden. Dennoch hatten sich seine Einwohner vor allem vermittels der katholischen Geistlichkeit ihre tschechische Muttersprache bewahrt. Bei den Friedensverhandlungen 1919 warb die tschechoslowakische Delegation deshalb für seinen Anschluss an die Erste Republik. Dennoch verblieben vier Fünftel des Territoriums bei Österreich, nur der kleinere nordwestliche Teil mit 118 km² Fläche und knapp 12 000 Einwohnern in zwölf Ortschaften nebst zugehörigen Weilern wurde der ČSR zugesprochen. Die neue

Staatszugehörigkeit bedeutete für die Einwohner wirtschaftliche Einbußen. Denn die staatlichen Subventionen flossen nicht mehr, die in österreichischer Zeit den auf kargen Sandböden kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaftenden Kättern zugekommen waren. Außerdem durchschnitt die neue Grenze familiäre Bindungen ebenso wie das regionale infrastrukturelle Netzwerk und nahm den Bewohnern die Möglichkeit, bei den Eisenbahnbetrieben ein Zubrot zu verdienen. So wurden Grenzschnuggel und Brandschatzung von überversicherten Höfen zum wichtigsten Nebenerwerb der Weitra-Einwohner.

Das Münchener Abkommen von 1938 brachte eine erneute Teilung des Gebiets mit sich. Viele Einwohner versprachen sich von der Annexion durch das Deutsche Reich – die manche laut Mlynárik mit einer Rückkehr nach Österreich verwechselten – eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Deshalb versuchten einige Einwohner in dem nicht annektierten Teilgebiet sogar, nach dem Einmarsch der Wehrmacht im März 1939 den Anschluss auch ihres Heimatortes an das Reich zu erwirken. Die im Oktober 1938 festgelegte Grenze blieb jedoch zeit des Bestehens des Reichsprotektorats unverändert. Mit der Einberufung zum Kriegsdienst in der Wehrmacht besannen sich viele erneut auf ihre tschechische Nationalität, um freigestellt zu werden. Mlynáriks Ausführungen über die NS-Zeit (S. 66-88) fallen innerhalb des umfangreichen Einleitungskapitels relativ knapp aus. Dabei hätte man sich gerade hier eine eingehendere Darstellung der sozial korrumpierenden Wirkungen von Annexion und Okkupation, von Kriegswirtschaft, „Arisierung“ und NS-Terror gewünscht, die allesamt von grundlegender Bedeutung für die Einschätzung der Nachkriegsereignisse sind. So muss man dem Autor weitgehend einfach Glauben schenken, dass die Haltung der Einwohner keineswegs durch nationales Bewusstsein, sondern durch lokale und regionale Bindungen und wirtschaftlichen Überlebenswillen geprägt war, ein Befund, der allerdings für viele mitteleuropäische Grenzlandbevölkerungen der Zeit gilt.

Die Schreckenszeit des Weitra-Gebietes setzte im Mai 1945 mit dem Einfall einer Partisaneneinheit (der „Revolutionsgarden“) ein, die unter dem Kommando eines zweifelhaft beleumundeten Berufsoffiziers namens Vladimír Hobza standen. Hobza war der Hauptakteur der Vertreibungen, bei denen alle, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatten oder die denunziert wurden, in irgendeiner Form Verrat am tschechoslowakischen Staat begangen zu haben, mit Waffengewalt über die österreichische Grenze gejagt wurden. Zugleich befahl Hobza die Einberufung der „Volksgerichte“, die in Schnell-

verfahren angebliche Volksverräter aburteilten und erschießen ließen. An zwei Orten des Weitra-Gebietes, Schwarzbach (Tušt') und Suchenthal an der Lainsitz (Suchdol nad Lužnicí), fielen 18 Menschen diesen jedem rechtsstaatlichen Verfahren Hohn sprechenden Hinrichtungen zum Opfer. Weitere entgingen nur durch die Flucht demselben Schicksal, während ein dritter Massenmord in Rottenschachen (Rapšachy) durch das beherzte Eingreifen eines Gendarmerieoffiziers namens Josef Bártil verhindert wurde, der die Verurteilten über Nacht per LKW fortschaffen ließ. Mlynárik beschreibt die beiden Haupttäter der Weitra-Morde, den Kommunisten Václav Maxa und František Říha, als opportunistische und skrupellose Männer, die nicht zuletzt Rachegeleüste an unschuldigen Opfern auslebten; Maxas jüdische Ehefrau war von den Nazis ermordet worden, und beide Männer hatten im Lager gesessen.

Die im Frühjahr aus dem Weitra-Gebiet Vertriebenen sammelten sich im österreichischen Grenzwald und begannen, seit dem Herbst 1945 wieder an ihre Heimatorte zurückzukehren. Trotz der Proteste der zuvor mit ihrem Eigentum ausgestatteten „Volksverwalter“, zu denen nicht zufällig auch die Mörder und Angehörigen der Volksgenichte zählten, ließ die Prager Regierung diese Rückwanderung zu. Dabei war die Befürchtung ausschlaggebend, die Grenzziehung von 1919 könne zugunsten Österreichs revidiert werden, wenn Prag auf der Aussiedlung einer „deutschen“ Mehrheitsbevölkerung beharre. Seit 1946 wurde die vorher nicht getroffene Unterscheidung zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität im Weitra-Gebiet zur offiziellen Politik. Das Kriterium der politischen Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat ersetzte nunmehr dasjenige der allerdings ebenso willkürlich zugeschriebenen nationalen Zugehörigkeit. Spätestens mit der offiziellen Einstellung der Aussiedlungstransporte der Sudetendeutschen Ende Oktober 1946 war die Option einer erneuten Vertreibung der Weitra-Bewohner über die Landesgrenzen endgültig vom Tisch, nicht jedoch Pläne, Umsiedlungen in das Landesinnere durchzuführen, um eine als national unzuverlässig stigmatisierte Bevölkerung aus der grenznahen Region zu entfernen. Dabei blieben diejenigen Listen in Gebrauch, die seit dem Mai 1945 über die angeblichen Deutschen und Volksverräter geführt wurden und die bis in die 1950er Jahre in den zuständigen Behörden in immer neuen Varianten kursierten, obwohl sie auf nichts weiter als böswilliger Nachrede und haltlosen Anschuldigungen beruhten.

Die „fortgesetzte Vertreibung“ fand schließlich nicht mehr als flächendeckende Umsiedlung statt, sondern betraf einzelne Familien

oder kleine Gruppen. Dennoch gelang es den Grenzlandbewohnern bis zum Anfang der 1950er Jahre, sich durch solidarische Widerstandsleistungen bis hin zu Selbstmorddrohungen ihrer erneuten Vertreibung zu widersetzen, als weiter verschärfte Bestimmungen über das Grenzregime die staatlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer grenznahen Sicherheitszone eskalieren ließen. Der Widerstand der Bewohner wurde endgültig erst 1952/53 gebrochen; bis zum Juli 1953 wurden 313 Familien (ca. 1 500 Personen) in das Landesinnere umgesiedelt.

Die Darstellung wird durch einen Anhang mit 25 Quellentexten (S. 408-469) ergänzt, von denen einige die Massenmorde von Schwarzbach und Suchenthal und die Rettungsaktion von Rottenschachen dokumentieren.

Mlynárik, seit den ausgehenden 1970er Jahren unter dem Pseudonym „Danubius“ immer wieder als kritischer Historiker der Vertreibungen in der Nachkriegs-ČSR hervorgetreten, wählt mit seiner Fallstudie über das Weitra-Gebiet einen durchaus innovativen Ansatz, insofern die Geschichte der Vertreibungen bislang nur selten aus mikrogeschichtlicher Perspektive erzählt wurde. Leider verschenkt er weitgehend die Chancen, die ein solcher Ansatz bietet. Vor allem fehlt der Darstellung die Kraft der anschaulichen Narration, vieles bleibt unklar und konturenlos – der Rezensent ist geneigt, von „dichter Aufzählung“ anstelle von „dichter Beschreibung“ zu sprechen. Besonders zwei Dinge stehen dem Gelingen des Buches entgegen: zum einen ein ausgeprägter Aktenpositivismus, der den Autor dazu verführt, nicht nur auch noch das letzte belegte, aber völlig unerhebliche Detail aufzuführen, sondern unablässig Angaben über die Dokumente selbst in die Darstellung aufzunehmen. Das führt zu endlosen Redundanzen – eine Kürzung um mindestens ein Drittel hätte dem Buch mehr als gut getan. Zum andern steht sich der Autor selbst im Wege, wenn er seine prinzipiell verständliche moralische Entrüstung die Oberhand über seine Professionalität als Historiker gewinnen lässt. So muss seine etwas versteckte Äußerung (S. 378, Anm. 71) doch sehr verwundern, nach der Wende von 1989 habe der „antideutsche gesellschaftliche und Regierungskonsens“ die Historiker und Schriftsteller in Tschechien „zum Schweigen gebracht“. Im Gestus des moralischen Mahners, der gegen den gesamtnationalen Mainstream anschwimmt, übersieht er glatt den Ertrag der kritischen Forschung der letzten Jahre.¹ Das hat für Mlynáriks Fallstu-

¹ Davon überzeugt eine Durchsicht der Endnoten (ein Quellen- und Literaturverzeichnis

die die Konsequenz, dass sie sich niemals von der Froschperspektive löst. So bekommen wir keine Einschätzung, inwieweit die Vorgänge des Weitra-Gebiets spezifisch waren oder doch zahlreichen anderen Fällen ähnelten, beispielsweise im Hinblick auf die Volksgerichte,² das Grenzregime und die damit begründeten Binnenumsiedlungen.

Der aufklärerische Impetus des Autors und sein moralisierend-exklamativer Stil verhindern zudem jede analytische Durchdringung des Gegenstands. Es reicht nicht aus, der damaligen tschechischen Gesellschaft „sozialen Hyänismus“ zu attestieren, der durch moralische Korruption, Dummheit und Habgier geprägt gewesen sei. Auch Mlynárik's Schlagwort des „tschechischen Gestapismus“ ordnet die Nachkriegsvorgänge der Vertreibung lediglich einem unreflektierten Totalitarismus zu und lässt die gebotene Differenzierung vermissen. Denn die Gestapo-Methoden und die NS-Herrschaft insgesamt waren ja dadurch charakterisiert, dass sie der deutschen Gesellschaft moralisch-psychologische Schlupflöcher ließen, die es dem einzelnen ermöglichten, sich als Unbeteiligter und gar Unwissender zu betrachten. Die Morde und Vertreibungen des Weitra-Gebietes und viele ähnlich gelagerte Fälle waren aber gerade durch einen anscheinend anarchischen Ausbruch von Hass und Gewalt bestimmt. Sie machten alle Anwesenden entweder zu Opfern oder zu Tätern, Mitläufern und Nutznießern. Die in diesem historischen Augenblick begründete Komplizenschaft mit einem Regime, das die Täter deckte und das Ergebnis der Gewalttaten guthieß, sollte in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden. Mlynárik bietet uns dagegen lediglich die Metapher einer essentialistisch aufgefassten Gewalt, die schicksalhaft über die Menschen hereinbricht und Randfiguren der Gesellschaft zu ihren Werkzeugen macht.

Andreas R. Hofmann, Leipzig

fehlt leider): Der einzige einschlägige Titel aus der neueren Vertreibungsforschung, auf den sich Mlynárik (kritisch) bezieht, ist Tomáš Staněk, *Odsun Němců z Československa 1945–1947* [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]. Praha 1991. Ein Hinweis auf die zahlreichen weiteren Publikationen dieses Autors fehlt ebenso wie auf den doch nicht unerheblichen Forschungsertrag anderer tschechischer und deutscher Historiker. Immerhin gibt zu denken, dass Mlynárik's Buch aus dem tschechischen Manuskript übersetzt und das Original erst zwei Jahre nach der Übersetzung veröffentlicht wurde: *Tragédie Vitorazska 1945–1953. Poprava v Tušti* [Die Tragödie des Weitra-Gebiets 1945–1953. Die Hinrichtung von Schwarzbach]. Třeboň 2005.

² Ein Exkurs über die Vorgänge in Nordböhmen, besonders das berühmte Volksgericht von Landskron (Lanškroun, S. 114–128), ist nicht organisch in die Darstellung eingebunden und ersetzt keinen systematischen Vergleich.

Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945–1949. Aus dem Polnischen übersetzt von Stephan Niedermeier. München: R. Oldenbourg 2003, 392 S. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 20).

Es ist selten genug, dass Arbeiten polnischer Historiker/innen ins Deutsche übersetzt werden. Wenn dies doch einmal geschieht, handelt es sich oft um Forschungen, die diversen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet sind und bei denen ein besonderes Interesse daran besteht, „polnische“ Ergebnisse nicht nur einem erweiterten Kreis deutscher Fachkundiger, sondern im Idealfall auch einer breiteren Öffentlichkeit jenseits der vergleichsweise engen Fachgrenzen zur Kenntnis zu bringen.

Ein solcher Fall ist gewiss die Übersetzung der in Polen schon 1999 veröffentlichten Habilitationsschrift von Bernadetta Nitschke¹ über Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung vom Gebiet der entstehenden Volksrepublik Polen. Nachdem Detlef Brandes das Thema für die Tschechoslowakei im breiteren Kontext alliierter Kriegs- bzw. Nachkriegspolitik abgehandelt und auch Polen mitberücksichtigt hat,² war die 2003 vorgelegte Übersetzung von Nitschkes Untersuchung überfällig. Zugleich kam sie gerade rechtzeitig, als die international geführte Debatte um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ große publizistische Aufmerksamkeit beiderseits der Oder-Neiße-Grenze erfuhr. Berechtigt erscheint der Hinweis, dass Nitschkes Publikation Behauptungen widerlegen kann, denen zufolge das emotional noch immer stark aufgeladene Thema von polnischer Seite nicht die gebührende Aufmerksamkeit erfährt.³

Zutreffend ist, und darauf weist die Autorin in ihrer Erörterung des Forschungsstandes selbst hin, dass eine kritische Behandlung des Themas bis 1989/90 zumindest außerordentlich schwierig, wenn nicht

¹ Bernadetta Nitschke, *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945–1949*. Zielona Góra 1999.

² Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*. München 2001 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. 94).

³ Claudia Kraft, Rezension zu: Bernadetta Nitschke, *Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945–1949*. Aus dem Polnischen von Stephan Niedermeier. München: Oldenbourg 2003 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; Bd. 20), in: *sehepunkte* 3 (2003), Nr. 11 [15.11.2003], URL: <http://www.sehepunkte.historicum.net/2003/11/4338.html>.

unmöglich war, da die Volksrepublik Polen erhebliche Energien aufwendete, um ihr Dasein in der nach 1945 gegebenen Form zu legitimieren. Hinzu kommt, dass die öffentliche Meinung in Polen nach der Besatzerfahrung mit Argwohn auf ein Vokabular reagierte – und reagiert –, das „den Deutschen“ in den hier behandelten Gebieten eine Art Opferstatus zuweist. Nitschkes Gegenüberstellung polnischer und deutscher Publikationen seit den späten 1940er Jahren zeigt die Unvereinbarkeit der Standpunkte in beiden Historiografien. Sie lassen im Grunde erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten langsam Raum für differenziertere Stellungnahmen (S. 20 f.). Eine inzwischen vorliegende mehrbändige Quellenedition dürfte einer Entwicklung in dieser Richtung zuträglich sein.⁴ In jedem Falle bestand Anlass genug für die Autorin, sich dieser Aufgabe zuzuwenden, die sie, dem Umfang der ausgewerteten Materialien aus deutschen und polnischen Archivmaterialien nach zu urteilen (vgl. S. 341 ff.), nur über Jahre hinweg gelöst haben kann.

Vorgelegt hat Nitschke schließlich ein Werk, das territorial Polen in den Nachkriegsgrenzen von 1945 erfasst (S. 27), aus deutscher Perspektive also Ostpreußen, den Küstenstreifen mit Stettin und Danzig sowie Ober- und Niederschlesien, aber auch die zwischen 1939 und Anfang 1945 deutsch besetzte polnische Zentralregion um Łódź. Dabei strebt sie eine „möglichst sachliche Beschreibung und Analyse der damaligen Ereignisse“ an, „so daß sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann“ (S. 29). Nitschke kann nicht umhin, sich mit umstrittenen Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen, die angesichts der kriegerischen Ereignisse zwischen dem Vordringen der Roten Armee in der Weichseloffensive ab Januar 1945 und der sukzessiven, teilweise konkurrierenden Einführung sowjetischer bzw. polnischer Administration zwischen den Worten Evakuierung, Flucht, (Zwangs-)Um- und Aussiedlung und Vertreibung oszillieren. Dass hierüber einmal das letzte Wort gesprochen sein wird, darf bezweifelt werden. Nitschkes Darstellung zeigt indessen deutlich, dass jede dieser Bezeichnungen für einen spezifischen Abschnitt des beschriebenen Geschehens ihre besondere Berechtigung hat. Ganz sicher ist ihr nicht der Vorwurf zu machen, beschönigende Geschichtsschreibung betrieben zu haben: Die von ihr ausgewählten Quellenexzerpte sind apokalyptisch

⁴ Die Deutschen östlich von Oder und Neiß 1945–1950: Dokumente aus polnischen Archiven. „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. 4 Bde., Marburg 2000–2004.

genug, um hier keine Unklarheiten aufkommen zu lassen (vgl. nur S. 78 f., 118, 174).

Als historischen Hintergrund schildert Nitschke die Popularität, die Vorstellungen von Bevölkerungsumsiedlungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges und angesichts der international massiv krisenträchtigen Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa während der 1920er und 1930er Jahren erlangten. Sie lässt insbesondere Winston Churchill als Vertreter der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu Wort kommen, dessen Äußerungen illustrieren, dass insbesondere der Blick auf den Balkan manchen maßgeblichen Zeitgenossen auf den Gedanken verfallen ließ, Umsiedlungen selbst großer Bevölkerungsgruppen seien nationalistisch motivierter Gewalt und endlosen Querelen um Minderheiten als das kleinere Übel vorzuziehen (S. 41). Ebenso deutlich wird aber auch das Unbehagen, das gegenüber dieser Form der Konfliktlösung mehrfach formuliert wurde; auch Stimmen aus Polen, neben der Tschechoslowakei der am stärksten von der Minderheitenproblematik betroffene Nachfolgestaat zwischen den Kriegen, äußerten sich in den 1920er Jahren dahingehend, dass jegliche Form von Bevölkerungsaustausch nur in eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgen dürfe (S. 46 f.).

Nitschke verfolgt diese von dem Krakauer Rechtsgelehrten Stanisław Kutrzeba vorgetragene Überlegungen nicht weiter. Dabei wäre es vielleicht lohnend gewesen, die Entwicklung zu verfolgen, die in Polen in dieser Frage bis 1939 stattfand. Denn die Autorin lässt die polnische Seite späterhin als selbstständig agierenden Faktor bei Um- und Aussiedlungen bzw. Vertreibungen in Erscheinung treten und sie keineswegs als bloßen Spielball oder lediglich ausführendes Organ alliierter Beschlüsse erscheinen. Vielmehr präsentiert Nitschke mitten im Krieg vorgetragene Äußerungen von alliierter und polnischer Seite, die zeigen, dass die Erfahrung der deutschen Besatzung und die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beschlossene Westverschiebung Polens ausreichten, um die Beteiligten das Eintreten des von Kutrzeba angemahnten „Ausnahmefalles“ annehmen zu lassen: Stimmen des gesamten polnischen politischen Spektrums von der extremen Rechten in Gestalt des sog. National-radikalen Lagers bis hin zur äußersten Linken mit der Polnischen Arbeiterpartei lassen keinen Zweifel daran, dass 1945 ein Nebeneinander von deutscher und polnischer Bevölkerung für ausgeschlossen gehalten wurde. Dementsprechend waren auch die nachfolgenden radikalen Trennungsmaßnahmen gewollt (S. 57 ff.). In diesem Punkt bestand auch kein grundlegender Gegensatz zwischen den Entscheidungsträgern

der alliierten Siegermächte und maßgeblichen polnischen politischen Kräften, gleichviel, ob diese sich im Londoner Exil oder auf polnischem Gebiet aufhielten.

Freilich waren es zunächst nicht so sehr diese politischen Erwägungen, die das Los der hier untersuchten deutschen Bevölkerung entschieden, sondern schlicht der Vormarsch der Roten Armee an der Ostfront. Hierauf reagierten die deutschen Behörden in Gestalt der zuständigen Gau- und Kreisleiter mit mehr oder weniger verspäteten Evakuierungsmaßnahmen und Durchhalteparolen. Evakuierung und Flucht vor der Front und vor den Racheexzessen der Roten Armee prägten die ersten Monate des letzten Kriegsjahres 1945, während der Waffenstillstand einen weiteren Abschnitt mit mehr oder weniger planvoll durchgeführten Aussiedlungen und Vertreibungen durch das Militär und die neue polnische Administration einleitete. Verdienstvoll ist dabei Nitschkes Darstellung des Verhältnisses zwischen der sowjetischen Militäradministration, der sich gerade einrichtenden polnischen Verwaltung und den noch verbliebenen Deutschen, die sich nach dem Durchzug der Front in der Situation befanden, vor den Vertretern der polnischen Behörden Schutz suchen zu müssen und bei den Sowjets mitunter auch fanden. Diese Abschnitte gehören ebenso zu den Stärken der Arbeit wie die Passagen über das Verhalten der lokalen Geistlichkeit in diesem Zusammenhang.

Einige Mühe verwendet Nitschke darauf, die Zahl der trotz Evakuierung und Flucht Mitte 1945 in den ehemaligen Ostgebieten noch verbliebenen Deutschen zu ermitteln. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen bereits die Zeitgenossen in dieser Frage zu ringen hatten, und auch wegen spezifischer Formen einer interessengeleiteten Datenerhebung am Ende des Zweiten Weltkriegs konnte die Autorin hier zwangsläufig nur eine Vorstellung von Größenordnungen vermitteln. Allerdings wäre hier und da ein erklärender Nebensatz wünschenswert gewesen, warum dieser oder jener Zahlenangabe mehr Glaubwürdigkeit attestiert wird als anderen.

Deutlich wird, dass die polnische Verwaltung nicht nur dazu neigte, die Zahl der trotz allem auf dem künftigen polnischen Staatsgebiet Verbliebenen zu unterschätzen, sondern insbesondere nicht darauf eingestellt war, auf jene Menschen adäquat zu reagieren, die in den Grenzregionen der Vorkriegszeit verwurzelt waren. Diese hatten dort eigentümliche Mischidentitäten entwickelt und reagierten – diesen Eindruck vermittelt Nitschkes Darstellung an verschiedenen Punkten mit einiger Durchschlagskraft – geradezu verstört auf das Ansinnen, sich mit weit reichenden Folgen zur deutschen oder zur polnischen

Nation bekennen zu müssen. Das Aufeinandertreffen von Alteingesessenen und Neusiedlern, die ihrerseits aus den *kresy*, den östlichen Grenzregionen Vorkriegspolens, nach Westen verpflanzt wurden, verursachte hier zusätzliche Konflikte. Kriterien und Verfahren der von den neuen Behörden ins Werk gesetzten „Verifizierung“, die auf die Konsolidierung des „polnischen“ Bevölkerungsbestandes in den „wiedergewonnenen Gebieten“ abzielte, hatten durch ihr Abstellen auf Merkmale wie Sprache, Religion und nachweisbar zur Schau getragenes Nationalbewusstsein zwangsläufig diskriminierende Wirkung.

Nitschke hat ihre selbst gestellte Aufgabe der Sammlung und Präsentation des Materials durchaus gelöst, und was diesen vorgegebenen Rahmen angeht, erscheint allenfalls maßvolle Kritik an Details angebracht. Solche Kritikpunkte, die überdies teilweise der – insgesamt gelungenen – Übersetzung anzulasten sind, reichen von verunstalteten Eigennamen solcher Nebenakteure wie dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos über das Fehlen einer hilfreichen Karte, die wenigstens grob die Operationen der Roten Armee und die Evakuierten- bzw. Flüchtlingsströme bis zur Etablierung der sowjetischen und polnischen Administration darstellt, bis hin zu einer manchmal ärgerlichen Neigung zu Passiv-Formulierungen und unpersönlichen Wendungen, die stellenweise Urheberchaften und Verantwortlichkeiten verschleiern. Schwerwiegender ist die an anderer Stelle schon geäußerte Kritik, dass die Autorin eine gewisse Scheu vor einem eigenen abschließenden Urteil an den Tag legt, indem sie nach der Ausbreitung ihres Materials auf eine zusammenfassende Schlussbetrachtung verzichtet.⁵ So ist es dem Leser anheimgestellt, etwa Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den für ganz unterschiedliche Regionen geschilderten Abläufen herauszuarbeiten oder gar weiterführende Überlegungen zu Vorgängen anzustellen, die in ähnlichen Kontexten stattgefunden haben oder stattfinden. Es ist der Autorin jedoch zugute zu halten, dass es zur Zeit ihrer Forschungen in den 1990er Jahren vielleicht sinnvoll war, zunächst nicht mehr als eine Bestandsaufnahme aus polnischer Perspektive vorzulegen. Als Grundlage für weitere Arbeiten ist dies aller Ehren wert.

Pascal Trees, Bonn

⁵ Sabine Voßkamp, Rezension zu: Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung (wie Anm. 3), in: H-Net Reviews in the Humanities & Social Studies (January, 2004), URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.cgi?path=233741076624387>.

Franz Nuscheler, Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2., vollst. überarb. u. akt. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 232 S. (Grundwissen Politik. 14).

Die zweite Auflage des Buches „Internationale Migration“ von Franz Nuscheler, Politikwissenschaftler und emeritierter Professor der Universität Duisburg-Essen, stellt eine umfangreiche Einführung in den Themenkomplex – so der Untertitel – „Flucht und Asyl“ dar. Als Lehrbuch wurde eine übersichtliche Darstellung gewählt, Stichwörter am Rande des Textes ermöglichen eine schnelle Themenerfassung. Schwerpunkt der zweiten Auflage ist nach Darstellung des Autors nicht mehr die große Fluchtbewegung von Afrika und Asien der 80er und 90er Jahre, „statt dessen verlagerte sich die Problemrezeption auf die ‚irreguläre Migration‘“ (S. 13).

Die Gliederung des Buches in die drei großen Teile „Internationale Migration“ (I), „Ausländer- und Asylpolitik, Zuwanderung und Integration in Deutschland“ (II) und „Europäische und globale Problemlösungsstrategien“ (III) zeigt zugleich die Bandbreite des Ansatzes von Nuscheler, der einen Überblick über mit Migration verbundene Themenfelder bietet. Im Unterschied zu anderen Einführungen wird Migration geschichtlich und aktuell, für Deutschland und im internationalen Vergleich, empirisch wie theoretisch sowohl hinsichtlich der Ursachen, aber auch Auswirkungen behandelt.

In Teil I vertritt Nuscheler die These, dass die öffentliche Debatte um internationale Migration von verschiedenen, nicht empirisch belegten Bedrohungsszenarien und Begriffsverwirrungen geprägt sei. In den 1990er Jahren sei es zu reißerischen Artikeln, zu „Horrorszenarien“ (S. 21) gekommen, die auch von Wissenschaftlern vertreten wurden (S. 22). Insbesondere nach dem 11. September 2001 sei Migration als Problem der inneren Sicherheit diskutiert worden (S. 23), wohingegen Nuscheler das Problem der „menschlichen Sicherheit“, die Befreiung von Furcht und Not (S. 25) betont. Der kurze Rückblick auf die Geschichte der Migration erfolgt gegen die „Panikmache“ (S. 28), streift das „Jahrhundert der Flüchtlinge“ (S. 31), die Rolle Europas als Auswanderungs- und Einwanderungskontinent (S. 33 ff.), und die Wirkungszusammenhänge von Globalisierung und Migration (S. 35 ff.). Obgleich Bedrohungsszenarien kritisiert werden, sei Migration als „Weltordnungsproblem ersten Ranges“ (S. 28) zu sehen. Weitere Aspekte des Themas werden durchaus ungewöhnlich mit literarischen Anleihen behandelt, wie die Frage der Heimat (S. 42 ff.) und des Exils (S. 46 ff.).

Insbesondere stellt Nuscheler gegen die kritisierten Szenarien empirisches Material und gibt einen Überblick der geschätzten Größenordnungen. So erreichen nur 5% der registrierten Flüchtlinge Europa (S. 21), und nur 2,5% der Weltbevölkerung befinden sich außerhalb ihres Geburtslandes (S. 27). Die Grauzone irregulärer Migration stelle einen besonderen Komplex (S. 53) innerhalb des generellen Problems einer statistischen Erfassung des Migrationsgeschehens dar. „Alle Statistiken der IOM oder des UNHCR (...) lassen nur annäherungsweise die Realität des Weltflüchtlingsproblems erkennen, die sich eher in den vielen inzwischen vorliegenden Fallstudien erschließt“ (S. 55). Kritisiert wird neben der Zahlen- auch die Begriffsverwirrung, weshalb Nuscheler eine Typologie von verschiedenen Formen der Migration vorschlägt, wie z.B. freiwillige, illegale und zeitlich begrenzte (S. 52 f.).

Die Süd-Nord- (S. 61 ff.), Ost-West- (S. 73 ff.) und Süd-Süd-Migration (S. 83 ff.) wird insbesondere unter dem Aspekt einer Widerlegung der öffentlichen „Angstmache“ (S. 61) vor einer Invasion der Armen beschrieben. Das Migrationsgeschehen spiele sich vornehmlich innerhalb und zwischen den Ländern der Dritten Welt ab, und es seien nicht die Ärmsten, die wandern (S. 68 f.).

Die Darstellung wird ergänzt durch eine Diskussion von Theorien zu Ursachen von Flucht und Migration, wobei Forschung zur Migration generell als interdisziplinäre Aufgabe (S. 26 ff.) zu betrachten sei. Verschiedene Ansätze werden referiert, das Push-Pull-Modell liefere trotz seiner Begrenztheit „immer noch ein erklärungsfähiges Grundmuster“ (S. 102). Armut sei weiterhin ein wichtiger Faktor, obgleich Nuscheler die verkürzte Wahrnehmung des homo migrans als homo oeconomicus in der Migrationsökonomie (S. 106) kritisiert. Desgleichen stellt Nuscheler verschiedene Fluchtursachen wie Kriege, Diktaturen, Minderheitenkonflikte (S. 107 ff.) und insbesondere die Umweltflucht (S. 110 ff.) dar. Er folgert aus der Ursachenanalyse, dass Migration unaufhaltsam sei, neues Kernproblem ist nicht das Weltflüchtlingsproblem, sondern die „irreguläre Migration“, die „durch die Verengung der legalen Zugangswege und durch die Verschärfung des Asylrechts vergrößert wurde“ (S. 113). Abschließend betont Nuscheler die Bedeutung empirischer Bodenhaftung der Migrationstheorien sowie eine „Bescheidung mit Theorien mittlerer Reichweite“ (S. 115). Bestimmte Formen der Entwicklungspolitik seien für eine Trendwende im internationalen Migrationsgeschehen weiterhin sinnvoll (S. 114).

Teil II untersucht die Rolle Deutschlands im internationalen Mi-

gration geschehen. Angesichts der faktischen Zuwanderung, die von Nuscheler ebenso wie die Auswanderung aus Deutschland diskutiert wird, sei der Streit um Deutschland als Einwanderungsland eine „Scheindebatte“ (S. 121). Verschiedene Aspekte der Migration vor allem nach Deutschland werden dargestellt, wie die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter und der Anwerbestopp (S. 124 ff.). Die Debatte um Asyl wird ausführlich behandelt (S. 132 ff.). Die Einschätzung des Asylkompromisses von 1992 fällt ambivalent aus. So wurde „der Problemstau nach der staatlichen Vereinigung vom ‚Asylproblem‘ entlastet (...). Verloren hat das älteste Menschenrecht und verloren haben Menschen, die in Deutschland Zuflucht vor Verfolgung suchen wollten“ (S. 151). Zugleich betont Nuscheler, dass die vor 1992 vermeintliche Sonderrolle der BRD in der EU beim Asylrecht „mehr Anspruch als asylpolitische Realität war“ (S. 152).

Nuscheler referiert die von Karl-Heinz Meier-Braun übernommenen Phasen der Ausländerpolitik Deutschlands, die Phasen 1-3 (Anwerbung, Konsolidierung und Integrationskonzepte) relativ kurz, die Phasen 4-6 (Zuwanderungsbegrenzung, Asylrecht sowie die Initiative der seinerzeit rot-grünen Koalitionsregierung) ausführlicher. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht stelle einen wichtigen Schritt dar, die Annahme der neuen Staatsbürgerschaft bilde „weit mehr als einen juristischen Akt“ (S. 173). Die Integration der Zuwanderer sei ein bestehendes Problem, allerdings kein einseitiges. Insbesondere anhand der Diskriminierung von Ausländern werde deutlich, „dass das Ziel Integration nicht nur den Zuwanderern, sondern auch der Aufnahmegesellschaft Integrationsleistungen abverlangt“ (S. 169).

Der Teil III kann als eine Zusammenführung der ersten beiden Teile begriffen werden, stellt dieser doch internationale „Lösungen“ sowohl in ihrer bestehenden (europäisches Recht, Völkerrecht) wie auch möglichen alternativen Form (*global governance*) vor. Nuscheler hat nicht die Befürchtung, dass eine „vergemeinschaftete Einwanderungs- und Asylpolitik nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erreicht werden kann und sich an den niedrigsten Standards orientieren würde“ (S. 182). Demgegenüber könne die deutsche Einwanderungspolitik von Überlegungen auf europäischer Ebene einiges lernen (S. 182). Desgleichen formuliert Nuscheler Thesen, welche Rolle die sich erweiternde EU bei der Eindämmung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration spielen könnte (S. 184 ff.). Anhand von Stichworten wie z.B. „Prävention“, wobei es um – wenn auch umstrittene – entwicklungspolitische Maßnahmen, aber auch die Rolle der EU in der *global governance* Architektur geht, zeigt er, welche

Herausforderungen die EU-Politik annehmen sollte. Deren Zukunft läge nicht hinter „den Mauern und Gräben einer ‚Festung Europa‘“ (S. 184).

Als Grundproblem des Völkerrechts benennt Nuscheler dieses als eine „zwischenstaatliche Rechtsordnung zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen: es ist ein Staatenrecht. Seine Rechtssubjekte sind allein souveräne Staaten (...), nicht aber Völker, Gruppen oder Einzelmenschen“ (S. 196). Auch die Menschenrechte haben „noch nicht Einzelmenschen oder gar Flüchtlinge zu Völkerrechtssubjekten aufgewertet“ (S. 196), ebenso habe die Genfer Flüchtlingskonvention den hergebrachten Souveränitätsgrundsatz nicht aufgehoben. Gerade hinsichtlich von Flüchtlings- und Asylfragen seien Staaten nicht gewillt, „ihre letztinstanzliche Souveränität der Idee einer menschenrechtlichen und humanen Lösung des Flüchtlingsproblems zu opfern“ (S. 197).

Desgleichen sei es ein Kernproblem zu definieren, was Verfolgung sei. Nuscheler widmet sich in einem Kapitel auch der frauenspezifischen Verfolgung. Hier werden die Grenzen fester Definitionen von Verfolgung besonders deutlich, z.B. hinsichtlich der engen Auslegung des Begriffs der politischen Verfolgung in der Anerkennungspraxis von Flüchtlingen. „Menschenrechtsverletzungen und schwere Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit (wie Genitalverstümmelungen oder Zwangsabtreibungen) und persönliche Freiheit waren asylrechtlich nicht relevant“ (S. 193).

Eng verbunden mit Fragen des Völkerrechts ist auch die Diskussion zu so genannten humanitären Interventionen (S. 208 ff.) sowie „kurativ-humanitäre“ Hilfe z.B. des UNHCR, die dem Vorwurf politischer Vereinnahmung ausgesetzt ist (S. 204 f.). Auch hier bestehe das Problem, dass „der UNHCR nur im Rahmen von Rechtsgrundlagen tätig werden kann, die ihm von der Staatengemeinschaft auferlegt werden“ (S. 205). Nicht das Konzept der Krisen- und Gewaltprävention sei gescheitert, „sondern die Politik hat ihren eigenen Erkenntnissen, die sich in den Konzepten der OECD und EU niederschlugen, nur halbherzige Taten folgen lassen. Sie betreiben eher mit hohem Mitteleinsatz kurative Nachsorge denn Vorbeugung, auch in der Flüchtlingspolitik“ (S. 215). Demgegenüber müsse sich Entwicklungspolitik z.B. weit mehr als globale Strukturpolitik, *global governance* verstehen (S. 216).

Das Buch bietet eine Fülle von Informationen an, der Leserin oder dem Leser wird ein Einblick in den Forschungsstand ebenso geboten wie eine Diskussion medialer Debatten, empirischer und theoretischer

scher Fragen, z.B. auch jener von Integration und Menschenrechten. Die Stärke hinsichtlich der Reichhaltigkeit der Informationen stellt zugleich eine gewisse Schwäche des Buches dar – zu leicht passiert es, sich in der Fülle der Darstellungen und Fragen zu verlieren. Dass das Buch auf eine Einleitung verzichtet und stattdessen zu Anfang Literaturempfehlungen gibt (S. 11 f.), erschwert zusätzlich die Orientierung für die Leserin oder den Leser, der rote Faden ergibt sich oft erst über viele Umwege.

Der Schwerpunkt der irregulären Migration (S. 13) durchzieht das Buch, und Nuscheler behandelt einige wichtige Aspekte (insb. Teil 1, Kapitel 4.4) wie die Verengung legaler Migrationspfade, die Theorie des dualen Arbeitsmarktes und den problematischen Umgang der Politik, die „toleriert, was sie offiziell verbietet“ (S. 58). Es fällt jedoch auf, dass die bei Nuscheler sonst wichtige Kritik verkürzter Darstellungen und dramatisierender Bilder von Migration im Bereich der irregulären Migration etwas kurz ausfällt, und er diese m.E. selber dramatisiert. So thematisiert Nuscheler mehrfach Menschenhandel als lukratives Geschäft. „Die Menschenhändler sind häufig mit modernster Logistik, großer Skrupellosigkeit und krimineller Energie ausgestattet“ (S. 58, vgl. auch z.B. S. 77). So wichtig es ist, dieses Problem zu thematisieren, so richtig ist es, dass zahlreiche Menschen legal einreisen, und sich erst anschließend irregulär in Europa oder Deutschland aufhalten. Irreguläre Migration sollte nicht nur als menschenrechtliches Problem im Kontext des internationalen Menschenhandels wahrgenommen werden, auch in Deutschland sind zahlreiche menschenrechtlich relevante Fragen ungelöst – sei es die medizinische Versorgung oder der Schulbesuch von Kindern ohne gültigen Aufenthaltsstatus.

Insa Breyer, Berlin

Jan M. Piskorski, Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Aus dem Polnischen von Andreas Warnecke. Osnabrück: fibre Verlag 2005, 180 S.

Der Versuch des Stettiner Mediävisten Jan Maria Piskorski beginnt – anstelle einer Hinführung zu seinem Thema – mit einer launischen Anekdote aus dem Göttingen unserer Tage und setzt damit den

Ton für das, was folgt: eine im Aufbau eher inkohärente persönliche Stellungnahme zu den seit Beginn dieses Jahrhunderts aufgetretenen Misshelligkeiten im deutsch-polnischen zeitgeschichtlichen Dialog.¹ Dabei liegt der Schwerpunkt auf den schmerzlichen Geschehnissen um die Grenzänderungen und den daraus folgenden Bevölkerungsumsiedlungen, deren Urgrund in der nationalsozialistischen Aggression zu suchen ist. Insofern ist der Titel der deutschen Ausgabe treffender als jener der polnischen (Piskorskis Essay ist ein Jahr zuvor unter anderem Titel – Polen und Deutsche. Muss die Vergangenheit zwischen ihnen eine Barriere bilden? [Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?] – auf Polnisch erschienen).

Andererseits jedoch ist der inhaltliche Zuschnitt der selbstgestellten Aufgabe, das Vertreibungsgeschehen in die deutsch-polnische Geschichte einzubetten, seltsam einseitig geraten. Und das liegt zum einen an dem – unter Intellektuellen in Polen modischen – Generalverdacht, die Deutschen wollten sich eine leichter erträgliche Vergangenheit zurechtbiegen; der Argwohn wiederum beruht – wie zu vermuten ist – auf einer Renaissance rechtsnationaler Einstellungen jenseits der Oder. Zum anderen rührt die verengte Sichtweise offenbar aus der Ursprungsabsicht dieses Essays her: dem *polnischen* Leser den Standpunkt in Deutschland näher zu bringen, wobei der Verfasser aus nationalem Blickwinkel argumentiert. Daher die Konzentration seiner Polemik auf den Bund der Vertriebenen und auf dessen Bemühungen um eine angemessenere öffentliche Darstellung der spezifischen (Leidens-)Erfahrungen der deutschen Flüchtlinge, Zwangsausgesiedelten und Heimatvertriebenen im zeitgeschichtlichen Kontext. Piskorski hält sie für bloß rückwärtsgewandte Äußerungen einer nach wie vor unversöhnlichen oder gar revanchistischen (S. 41) Grundeinstellung.

Das Einleitungskapitel transportiert also einmal mehr an der Weichsel vorherrschende erinnerungspolitische Grundüberzeugungen – darunter auch jene von der gleichwertigen Bedrohung von Juden und Polen unter der NS-Besatzung, wobei dem „nationalsozialistischen Terror“ angeblich „sechs Millionen Menschen, d.h. 20% der Bevölkerung, zum Opfer“ gefallen seien (S. 17, 19) –, und zugleich wird suggeriert, die Zahl der polnischen Todesopfer liege gleich hoch wie jene der jüdischen.

¹ Siehe auch die kürzere Darlegung vom gleichen Verfasser: Über den polnisch-deutschen Historikerdiskurs und das Bild Polens in der Welt, in: *Inter Finitimos* 1 (2003), S. 41-51.

Neue Einsichten in den polnischen Anteil an der Planung, Propagierung, Vorbereitung und ideellen Absicherung der „Entdeutschung“ der Gebiete östlich von Oder und Neiße vermag der Verfasser nicht zu vermitteln. Die These von der „Rache der Opfer“ wird verworfen oder schlicht verharmlosend dem Vergeltungsbedürfnis einiger „hemmungloser Verbrecher, häufig jüdischer oder polnisch-jüdischer Herkunft“, angelastet und somit als Randerscheinung abgetan. Doch wozu hätte man es dann 1945 nötig gehabt – wie Piskorski den Behörden zugute hält –, „überall [!] Bekanntmachungen“ anzubringen, „die den menschlichen Umgang mit der deutschen Bevölkerung anmahnten“ (S. 25 f.)? Die offizielle, von Seiten der Regierung und ihrer Organe gewollte und geförderte antideutsche Hasspropaganda scheint ihm völlig unbekannt zu sein. In der Tagespresse wurde (um hier nur ein anschauliches Beispiel zu nennen) die angestrebte Austreibung aller Deutschen „hinter die Oder (za Odre)“ Mitte Juli 1945 mit einer Karikatur Karol Baranieckis flankiert, welche die Vertreibungsopfer als Kakerlaken darstellte, denen der Insektenvertilgungsmittel versprühende polnische Soldat bis zum Grenzpfahl auf den Fersen war, denn – so der Untertitel – solches Ungeziefer „brauchen wir bei uns nicht (Prusaki w naszym domu niepotrzebne)“ (Polska Zbrojna, Nr. 142 vom 15. Juli 1945). Offenbar sind also nicht nur Deutsche (und ein paar jüdische KZ-Überlebende) – um es mit Detlef Brandes zu formulieren – „bei Hitler in die Schule gegangen“²! Im heutigen Polen möchte man sich daran freilich nicht mehr erinnern – und auch nicht erinnert werden.

Ebensowenig wird hier deutlich (S. 29), dass es Einzelpersonen und Gruppen aus West- und Mittelpolen – und nicht die Umsiedler aus dem der UdSSR zugeschlagenen Ostpolen – waren, die durch Raub und Plünderung 1945/46 von der Abschiebung der Deutschen am meisten profitierten.

Piskorski verkennt zudem, dass aus Polen kommende Überlebende des Judenmordes ihren Hass nicht allein gegen Deutsche richteten. Man denke hier beispielsweise an die Aussagen des jüdischen Überlebenden Benjamin P., der sich bei Aussig unter der angenommenen Identität eines SS-Mannes zunächst an dort festgehaltenen polnischen Zwangsarbeitern rächte „[b]ecause they are big anti-Semites (...)“, und im Mai 1945 seinen Hass auf die Deutschen auslebte, indem er meh-

² Detlef Brandes, „Bei Hitler in die Schule gegangen? Die Planung der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und ihre Vorbilder“. Öffentlicher Vortrag im Herder-Institut, Marburg, am 10. Oktober 2002.

rere umbrachte.³ Außerdem ist nicht nur die Rache an den Tätern bzw. deren Angehörigen, sondern teilweise auch der – vom Verfasser ausgeblendete – hausgemachte und genuin polnische Beitrag bei der Anbahnung der Vertreibung von Millionen Menschen eng mit Namen von Politikern „polnisch-jüdischer Herkunft“ verbunden.⁴ Alfred Lampe etwa war seit 1918 zunächst in der Jugendorganisation der jüdischen Arbeiterpartei Poale Zion aktiv, ehe er Mitglied des Jugendverbandes der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens und später des Zentralkomitees der verbotenen Kommunistischen Partei Polens wurde. „Das ewig polnische Schlesien soll mit dem Mutterland verbunden werden, die Weichselmündung (...) muss wieder in polnische Hände gelangen. Über Ostpreußen und Pommern muss unser Zugang zum Meer verbreitert werden“,⁵ forderte und propagierte er 1943 aus dem Moskauer Exil. Bekanntermaßen machten sich damit die Kommunisten noch während des Krieges das nach Westen ausgreifend expansionistische Programm der polnischen – antideutsch und antisemitisch eingestellten – Nationaldemokraten dauerhaft zu Eigen.⁶

Das manipulative nationalkommunistische Erbe ‚Volkspolens‘ wird schließlich weder thematisiert noch gar analysiert, als wäre dessen Vergangenheitspolitik heute (immer noch) selbstverständlich. Die sowjetischen Kommunisten, die in den 1930er Jahren in Sachen Zwangsumsiedlungen bereits über einen großen Erfahrungsschatz verfügten, unterstützten ihre polnischen Genossen bei dem Ziel, Polen zu einem Staat ohne Minderheiten zu machen, nach Kräften.⁷ Sie befriedigten damit zugleich den überbordenden Nationalismus im Land.

Am Ende bleibt festzuhalten, dass es anderthalb Jahrzehnte nach dem offiziellen Zusammenbruch des Kommunismus Historikern in

³ Fresh Wounds. Early Narratives of Holocaust Survival, hrsg. v. Donald L. Niewyk. Chapel Hill (u.a.) 1998, S. 126-137, hier S. 133.

⁴ Siehe Joan S. Skurnowicz, Soviet Polonia, the Polish State, and the New Mythology of National Origins, 1943-1945, in: Nationalities Papers 22 (1994), Ergänzungsband Nr. 1: Ethnopolitics in Poland, hrsg. v. Henry R. Huttenbach u. Gabriele Simoncini, S. 93-110.

⁵ Antoni Przygoński, Alfred Lampe, Współczesne życiorysy Polaków [Zeitgenössische polnische Lebensläufe]. Warszawa 1976, S. 76: „Odwiecznie polski Śląsk winien być połączony z Macierzą, ujście Wisły (...) musi wrócić w polskie ręce. Poprzez Prusy Wschodnie i Pomorze musi być rozszerzony nasz dostęp do morza. Niebezpieczeństwo niemieckie nawisłe od północy musi być zlikwidowane.“

⁶ Zur Rezeption der Gedanken des Chefideologen der Nationaldemokratie, Roman Dmowski, siehe T. David Curp, „Roman Dmowski Understood“: Ethnic Cleansing as Permanent Revolution, in: European History Quarterly 35 (2005), H. 3, S. 405-427.

⁷ John J. Kulczycki, The Soviet Union, Polish Communists, and the Creation of a Polish Nation-State, in: Russian History 29 (2002), H. 2-4, S. 251-276.

Polen weiterhin schwer fällt, das manipulative nationalkommunistische Erbe Volkspolens hinter sich zu lassen. Daher mündet ihr Ansatz in Verharmlosung und (Selbst-)Idealisierung. Die Stärken der Streitschrift liegen dort, wo Piskorski dem deutschen Leser die polnisch-nationale Sicht zu vermitteln vermag. Doch wenngleich er seinem polnischen Lesepublikum über die unter Deutschen auftretenden Haltungen manches erläutern kann, ist der Band wegen zahlreicher Ausklammerungen und einer weitgehend unkritischen Haltung in Bezug auf den polnischen Anteil an der Vertreibungsgeschichte insgesamt wenig informativ und innovativ. Hinter dem internationalen Forschungsstand zur polnischen Zeitgeschichte bleibt der Polemiker Piskorski weit zurück.

Klaus-Peter Friedrich, Marburg

È.G. Plesskaja-Zebol'd, Odesskie nemcy 1803–1920 [Die Deutschen in Odessa 1803–1920]. Odessa: Izdatelel'stvo „TÈS“ 1999, 520 S.

Den Deutschen in der multiethnischen und multikulturellen Schwarzmeer-Metropole Odessa ist die vorliegende Publikation gewidmet, deren Erscheinen der Förderung und Unterstützung durch das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises zu verdanken ist. Wie die Verfasserin in ihrer Einleitung hervorhebt, gibt es bereits eine beachtliche Zahl von Arbeiten zum Thema, allerdings auch genügend Aspekte, die einer Bearbeitung harren. Sie wollte mit ihrem Buch vor allem versuchen, den Beitrag der deutschen Bevölkerung zur Entwicklung Odessas und ihre Rolle im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt zu beleuchten sowie Art und Umfang ihrer Integration in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu untersuchen. Dazu konnte Plesskaja-Zebol'd neben einer umfangreichen, aber überschaubaren Sekundärliteratur die zahlreich zur Verfügung stehenden lokalen und regionalen Archive und Repositorien nutzen, amtliche Dokumente, aber auch Zeitungsbestände, Memoiren und museale Sammlungen auswerten. So ist ein Buch entstanden, das dem Leser vielfältige Aufschlüsse über Handel und Wandel der Deutschen in Odessa liefert.

In weit über einem Dutzend Kapiteln fächert die Autorin sozusa-

gen Lebenswelten, Institutionen, Tätigkeitsbereiche und Aktionsfelder auf, die in chronologischer Ordnung ab *urbe condita* und bis zur Etablierung der Sowjetmacht nach Krieg und Bürgerkrieg untersucht und dargestellt werden. Nur kurz werden Gründung und Ansiedlung behandelt und einige Grunddaten genannt. Dazu gehören Angaben über den Anteil der Deutschen, die von Anbeginn an eine numerisch unbedeutende Gruppe stellten, Ende des 19. Jahrhunderts rund 10 000 Seelen zählten und damit lediglich 2,5 % der Gesamteinwohnerschaft Odessas stellten. Ganz anders dagegen lag deren Bedeutung für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im weitesten Sinn, weil hier die Deutschen, von denen zuletzt rund ein Drittel ausländische Untertanen waren, die auffälligsten und anhaltendsten Spuren hinterlassen haben. Im industriellen und gewerblichen Sektor waren deutsche Unternehmer vor allem im Landwirtschaftsmaschinen- und Gerätebau, bei der Produktion gehobener Verbrauchsgüter, im Druckerei- und Brauereiwesen, aber auch im Instrumentenhandel, Hotelgewerbe und der Gastronomie tätig. Außerdem existierte eine große Anzahl handwerklicher und kleingewerblicher Betriebe, die sich eines guten Rufes bei der Kundschaft erfreuten. Während auch darauf verwiesen wird, dass für Odessa als Handelsstadt der wichtigste Außenhandelspartner des Zarenreiches – Deutschland und seine Wirtschaft – eine dominierende Rolle spielte, wird von Plesskaja-Zebol'd die starke Vertretung von Deutschen an der Börse im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kaum erwähnt. Ihr prominentester Repräsentant und langjähriger Vorsitzender des Börsenkomitees, Eugen Schulz, wird eher als Musterbeispiel für Korrektheit und Untadeligkeit sowie als Sponsor und Wohltäter dem Leser vor Augen geführt. Da sich die Verfasserin weitgehend auf die Darstellung der Entwicklung einzelner Unternehmen und Betriebe beschränkt, aber darauf verzichtet, eine Synthese und Einordnung des deutschen Anteils in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu liefern, haben diese Abschnitte einen etwas fragmentarischen und disparaten Charakter. Sie bieten aber einen wichtigen und materialreichen Einstieg in das Thema.

Konfessionell verteilten sich die Deutschen auf die evangelisch-lutherische, die reformierte und die römisch-katholische Kirche, die jeweils eigene Gemeinden bildeten. Deren Gründung, die Abhängigkeit von Qualität und Engagement der Geistlichen, Probleme des Kirchenbaus und des Unterhalts von Schulen und karitativen Einrichtungen werden skizziert, teilweise auch exemplarisch beleuchtet. Interessante Informationen erhält man hier etwa auch über die Struktur der katholischen Gemeinde, deren Probleme der Kirchenorganisation

sowie die auch sonst im Russischen Reich prekäre Lage der römischen Kirche mit ungeklärten Bischofssitzen und Anfeindungen seitens der russischen Orthodoxie. Dass nicht wenige der katholischen Priester, aber auch die meisten Gemeindemitglieder Polen waren, hat dabei auch eine Rolle gespielt.

Deutsche Bildungseinrichtungen entstanden relativ rasch in den und um die kirchlichen Gemeinden, wobei zunächst die religiöse Unterweisung den Unterricht bestimmte. Allerdings öffneten sich vor allem die lutherischen Schulen rasch für Andersgläubige und Nichtdeutsche, die die modernen Curricula in den sich zu Realschulen und Gymnasien wandelnden Bildungseinrichtungen schätzten. Ihnen folgten private Anstalten, darunter auch gewerblich ausgerichtete, so dass das Schulangebot nach Art und Umfang schließlich eine beeindruckende Vielfalt und entsprechende Chancen für die Absolventen bot. Auch in anderen Regionen des Russischen Reiches gehörten die Deutschen dank des hohen Stellenwerts, den Schulwesen und Erziehungseinrichtungen in ihren Reihen genossen, zu den Gruppen mit den niedrigsten Analphabetenraten und der besten Ausbildung. Im Unterschied zu den evangelischen scheinen katholische Schulen im städtischen Bildungssystem nur eine marginale Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls konnte die Verfasserin lediglich die Existenz einer einzigen nachweisen, die zunächst streng konfessionell orientiert, schließlich zu einer der üblichen Dreiklassenschulen wurde.

Im weiteren skizziert Plesskaja-Zebol'd die Entstehung der *Novorossijskij* Universität, die sich aus einem einst vom Stadtgründer Richelieu angeregten und dem Bankier Stieglitz geförderten Lyzeum entwickelte, an der wie auch in der renommierten Kaiserlichen Odesaer Gesellschaft für Geschichte und Altertümer zahlreiche deutsche und deutschstämmige Wissenschaftler tätig waren und mit zum guten Ruf der Wissenschaften im „südlichen Russland“ beitrugen. Unter den bekanntesten werden u.a. die Historiker und Archäologen Philipp K. Brun und Ernst von Stern, der Altphilologe Paul Becker, der Zoologe Alexander Brauner oder auch der in Finnland geborene Alexander Nordmann genannt.

Meist in Form kurzer Skizzen und Überblicke wird in den übrigen Kapiteln dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Deutschen in Odessa nachgegangen. Diese beginnen mit einer Darstellung der Presselandschaft, in der die seit den 1860er Jahren erscheinende „*Odesaer Zeitung*“ das wichtigste Blatt war, nicht zuletzt auch deshalb, weil die meisten übrigen Druckerzeugnisse einen akzentierteren konfessionellen Hintergrund hatten, Fachzeitschriften oder eher

Kalender- und Erbauungsschriften waren. Auch zahlreiche Klubs und Vereine bestimmten das gesellschaftlichen Lebens der Deutschen, wobei man hierzu aber nicht allzu viel erfährt, weil, wie die Verfasserin öfter betont, entsprechende Materialien und Informationen nicht zu finden oder zu erreichen waren. Mit einem kurzen Beitrag A. Eisfelds über die erfolglosen Versuche der Deutschen, 1917 Repräsentanten in die verfassunggebende Versammlung zu schicken, schließt der Abschnitt. Diesem folgen zwei Abhandlungen über die Rolle der Deutschen in der Architektur sowie im Musikleben der Stadt. In letzterem war nach Art und Umfang der deutsche Beitrag bescheidener als im Bauwesen, da ein gutes Dutzend deutscher und deutschstämmiger Architekten mit den von ihnen errichteten Stadtpalästen, öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Fabriken das Stadtbild Odessas nachhaltig prägten, wie auch in der Gegenwart noch eindrucksvoll zu erkennen ist.

Im abschließenden Kapitel stellt die Autorin in knappen Biografien namhafte Persönlichkeiten deutscher Herkunft vor, die wie E. Wobst, N. Lenz, W. Sanzenbacher, E. Schulz, Baron Mahs und P. Kotzebue für erfolgreiche Integration und Karriere in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Kommerz, Militär und Staatsverwaltung stehen, bevor die Autorin ein knappes Resümee ihrer Einsichten über die Deutschen in der Gesellschaft Odessas zieht.

Auch unter Berufung auf zeitgenössische Beobachter hebt sie den besonderen Charakter dieser Hafenstadt hervor. Ihn prägten die unterschiedlichen nationalen Bevölkerungsgruppen mit ihren Besonderheiten. Die Metropole habe ihnen sowohl die Möglichkeit zu Integration und Anpassung wie auch zu Abschottung und Isolation geboten. Offenkundig haben sich die Deutschen schwerer getan als andere, sich anzupassen und sich anderethnischen Kreisen und Gewohnheiten zu öffnen. Dies sei dann aber für die zweite und dritte Generation schon leichter gewesen. Vor allem die höchste Bildungsschicht der Deutschen habe sich internationalisiert bzw. sich ohne Druck Russland, seiner Kultur und Sprache assimiliert, nicht zuletzt auch deshalb, weil ihnen andernfalls in vielen Bereichen der Erfolg verwehrt geblieben wäre. Im Übrigen unterstreicht die Autorin immer wieder, dass sich die Deutschen für ihre neue Heimat entschieden hätten, sie Russland geliebt und ihm in guten wie in schlechten Zeiten gedient hätten. Sie verschweigt aber auch nicht, dass antideutsche Tendenzen und Stimmungsmache das Zusammenleben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trübten. Zu Ende kamen dann Assimilation und Symbiose mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als trotz zahl-

reicher Loyalitätsbekenntnisse auch die Odessa-Deutschen ihre Freiheiten verloren, Anschuldigungen und administrativen Zwangsmaßnahmen unterlagen. Mit Revolution, Bürgerkrieg und Sowjetmacht setzte schließlich eine neue Ära ein, die nicht nur für die Deutschen eine weitere schwere Prüfung bedeutete.

Die Textbeiträge des Buches werden durch einige Grafiken sowie zahlreiche, auch farbige Abbildungen unterschiedlicher Qualität aufgelockert und illustriert. Der umfangreiche Anhang besteht nicht nur aus einer Zeittafel, einem Quellen- und Literaturverzeichnis, man findet auch eine nach Sparten gegliederte Auflistung deutscher Unternehmen, Gewerbebetriebe und Handelshäuser sowie einen Namenindex, mit dessen Hilfe die lateinische Schreibweise der deutschen Namen eruiert werden kann.

Plesskaja-Zebol'd hat auf einer breiten Quellenbasis Leben und Wirken der Deutschen in Odessa nachgezeichnet und für einen breiten Leserkreis anschaulich gemacht. Da sie sich weitgehend auf die Kompilation von Fakten und die deskriptive Darstellung beschränkt, ist es mitunter schwer, ein Gesamtbild deutscher Repräsentanz in Odessa und deren Spezifika zu gewinnen. Dessen ungeachtet ist das Buch ein gewichtiger Beitrag zum Thema; zum einen weil es auf Forschungslücken hinweist, die trotz einiger inzwischen erschienen Untersuchungen noch nicht geschlossen worden sind, vor allem aber, weil es für Fachleute wie Nichtfachleute einen soliden Einstieg ins Thema bietet.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Post-Cold War Identity Politics. Northern and Baltic Experiences, hrsg. v. Marko Lehti u. David J. Smith. London/Portland, Or.: Frank Cass 2003, 320 S. (Nationalism and Ethnicity).

Dieses Sammelwerk mit zwölf umfangreichen Beiträgen ist aus einer Reihe von Seminaren hervorgegangen, die von einer internationalen Forschergruppe zum Thema „Mapping the Baltic Sea Area: the Meaning of Political Space in the European North“ in den Jahren 1999–2001 organisiert worden sind. Zentrales Thema ist dabei der Ostseeraum, der, zumindest aus der westlichen Perspektive, nach dem Ende des Kalten Kriegs plötzlich eine Süd- und eine Ostküste

hinzugewann, die zuvor hinter dem Eisernen Vorhang gleichsam nur virtuell existent war. Das Auseinanderbrechen der nur vermeintlich stabilen geopolitischen Ost-West-Metaphorik hat dabei jedoch einer Vielfalt von miteinander konkurrierenden Bildern Raum gegeben, die wiederum ihrerseits die ältere Vorstellung des skandinavischen „Nordens“ herausfordern. Die einstmals periphere, geteilte Ostsee wurde zu einem neuen Zentrum, einem „Mittelmeer des Nordens“, das sich plötzlich ungeteilter Aufmerksamkeit sicher sein konnte. Die *eine* Identifikation mit dem durch die Ostsee charakterisierten Raum hat sich dabei nicht herauskristallisiert, schon weil die Ausgangspositionen der beteiligten Staaten zu unterschiedlich waren.

Mit Recht erinnern mehrere Autoren dieses Bandes an Schleswig-Holsteins ehemaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm, der zu Beginn der 1990er Jahre die naheliegende historische Parallele der Hanse nutzte, um zu einem neuen regionalen Verständnis des Ostseeraums zu gelangen, und darüber hinaus die Chance sah, seinem im deutschen und europäischen Maßstab peripheren Bundesland einen neuen, traditionellen Wirkungsbereich zu erschließen. Auch wenn diese rhetorische Reanimation des nördlichen „Vorläufers der EU“ nicht zuletzt aufgrund des ihr inhärenten, nicht allen Anrainern willkommenen Hinweises auf deutsche Dominanz Episode blieb, gab Engholm den Startschuss für einen diskursiven Prozess, den Marko Lehti pointiert „Possessing a Baltic Europe“ nennt („Possessing a Baltic Europe: Retold National Narratives in the European North“, S. 11-49). Hierbei geht es Lehti freilich nicht um expansionistische Gelüste der einen oder anderen Macht, sondern eher um die Dominanz bestimmter neuer historisch untermauerter Narrative, die eben zumeist einem nationalen Publikum vermittelt zu werden hatten und dementsprechend „national“ auszuschnücken waren. Die Neuentdeckung der Ostsee in den 1990er Jahren bietet dafür prominente Beispiele. So wie Engholms Hanse-Rhetorik eine „Rückkehr der Geschichte“ postulierte, so begann man auch in Schweden, sich wieder der Ostsee als einem „natürlichen“ Raum zuzuwenden und das eigene Imperium im 17. Jahrhundert als „Goldenes Zeitalter“ zu reinterpretieren.

Deutlich wird hier wie in einigen anderen Beiträgen die entscheidende Rolle der Geschichte für die Kompatibilität dieser Konzeptionen von Raum (und Zeit). Während der Gedanke an die Hanse dem dänischen oder schwedischen historischen Gedächtnis nicht zu verkaufen war, aber – wie bei den deutschen „Hansen“ – die Ostsee hier durchaus positiv besetzt war, musste für Finnland jede Idee eines „Ostseeraums“ zunächst einmal fremd bleiben.

Aber auch die Finnen beteiligten sich schließlich mit einer eigenen Idee an diesem „re-mapping“ des „Nordens“: Nachdem die EU an der finnisch-russischen Grenze angekommen war, fanden sie schnell eine Möglichkeit, ihre Furcht vor einer Marginalisierung innerhalb Europas dadurch zu überwinden, dass sie sich eine spezifische Rolle in einem eigenen Raum zudachten: Die finnische Initiative der „Nördlichen Dimension“ ist konsequenterweise ohne Bezug auf die Ostsee in erster Linie auf einen Einbezug der Russischen Föderation in die Zusammenarbeit mit EU-Strukturen gerichtet. In seiner Fallstudie über den Identitätswandel in Finnland arbeitet Christopher S. Browning („From Modern to Post-Modern Region-Building: Emancipation of the Finnish Nation from the State“, S. 101-127) heraus, dass die Finnen das „postmoderne“, übernationale regionale Konstrukt der „Nördlichen Dimension“ und das Heranführen des östlichen „Other“ Russland an das Europa der EU geradezu als „nationale“ Aufgabe sehen – so formulierte es jedenfalls seinerzeit Ministerpräsident Paavo Lipponen.

Für die drei baltischen Staaten, die einen regionalen Schwerpunkt des Bandes darstellen, ist in Bezug auf den östlichen Nachbarn von einer größeren Portion Skepsis auszugehen als bei den Finnen. Vor dem Hintergrund des dominierenden Sicherheitsdiskurses in der estnischen, lettischen und litauischen Politik war es für sie zu Beginn der 1990er Jahre keineswegs aktuell, ihr historisches Verhältnis zur Ostsee zu klären. Wie David J. Smith mit Recht hervorhebt („Nordic Near Abroad or New Northern Europe? Perspectives on Post-Cold War Regional Co-operation in the Baltic Sea Area“, S. 50-77), wäre das einem Umweg gleichgekommen, da es für die drei neuen Staaten nur darum ging, auf dem schnellsten Weg nach Europa zu gelangen. Der Blick nach Skandinavien konnte in dieser Phase – im Gegensatz zu heute – also noch nicht als Selbstzweck dienen. Während für die Esten zunächst die Integration in die europäischen Strukturen Vorbedingung für eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit Moskau darstellte, sahen es allerdings europäische Institutionen umgekehrt, und das durchaus mit Distanz zu Russland. Denn Mitte der 1990er Jahre hatte man im Westen gelernt, Russlands ständige und zum Teil in der Wortwahl drastisch überzogene Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen im Baltikum nicht mehr ernst zu nehmen.

Russlands ambivalentem Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken an der Ostsee ist ein aufschlussreicher Beitrag von Viatcheslav Morozov („The Baltic States in Russian Foreign Policy Discourse: Can Russia become a Baltic Country?“, S. 219-252) gewidmet. Ihm zufolge

ist die rituelle russische Kritik an der Situation der russischsprachigen Minderheit in Lettland und Estland in erster Linie wichtig für Russlands Selbstbild als europäisches Land: Indem Riga und Tallinn als „falsches Europa“ (Ivar Neuman) an den Pranger gestellt werden, kann sich Moskau als Verteidiger des „wahren Europa“ präsentieren. Diese Rhetorik aufzugeben hieße wiederum im Umkehrschluss, Russlands europäische Identität in Frage zu stellen. Angesichts der Zweiseitigkeit des Maßstabs „Europa“ für Moskau – man muss ja nicht gleich an Tschetschenien denken – ist Morozovs Verweis auf die Dominanz des Großmacht Denkens und den Diskurs der Kontinuität des Staates vielleicht noch bedeutsamer. Beide Komponenten absolut genommen – als historisches Kontinuum von den Zaren über Stalin zu Putin – bedeuten für das russische außenpolitische Denken letztlich nichts anderes, als dass die Minderheitenfragen der baltischen Staaten eine innere Angelegenheit Russlands darstellen können. Unter diesen Voraussetzungen sei es für Moskau ein weiter Weg, ein „Baltic country“ zu werden. Als „normaler“ Anrainerstaat der Ostsee müsste Moskau schließlich nicht nur lernen, auf gleicher Höhe mit kleinen Staaten wie Schweden oder gar Estland zu sprechen, sondern auch die Relevanz übernationaler Organisationen zu akzeptieren – und dürfte sich zudem selbst in Fragen der Menschenrechte keine Blöße geben. In diesem Punkt allerdings, so schließt Morozov mit Recht, sei auch der Westen gefragt, denn sein stereotypes Insistieren auf „Stabilität“ in Russland reiche in diesem Zusammenhang nicht aus.¹

Wie die Finnen, so kennen auch die Esten Vahur Made zufolge („Estonia and Europe: A Common Identity or a Common Crisis?“, S. 183-198) keinerlei positiven Diskurs über die Ostsee, schließlich habe die Hanse zum deutschen Erbe gezählt, das im prägenden estnischen nationalen Narrativ der 1930er Jahre ausgeblendet wurde. Erst heute wieder gehört die Hanse zu den eigenen „guten“ Traditionen, man denke nur an das florierende Restaurant „Olde Hansa“ im Herzen der Tallinner Altstadt. Zwar ist es zweifellos richtig, dass die vom Lande kommende nationale Bewegung stets den estnischen Bauern, nicht den Fischer in den Mittelpunkt gestellt hat, doch sind die in-

¹ Vgl. zu diesem Komplex unter Einbezug der neueren Entwicklungen Viatcheslav Morozov, *The Baltic States and Russia in the New Europe: A Neo-Gramscian Perspective on the Global and the Local*, in: *The Baltic States and Their Region: New Europe or Old?*, hrsg. v. David J. Smith. Amsterdam/New York 2005, S. 275-292; Karsten Brüggemann, *Estonia and her Escape from the East: The Relevance of the Past in Russian-Estonian Relations*, in: *Representations on the Margins of Europe. Cultural and Historical Identities in the Baltic and South Caucasian States*, hrsg. v. Tsypylma Darieva u. Wolfgang Kaschuba. Frankfurt a.M./New York 2007) (Das Fremde und das Eigene. 3) (im Druck).

sularen Traditionen, die nur vom Land aus isolationistisch wirkten, nicht so einfach auszublenden, wie Made es zu versuchen scheint: Der Verweis auf die einstmals die Ostsee beherrschenden estnischen Piraten war vor 1940 durchaus prominentes Element der historischen Selbstdarstellung unter dem Regime Päts.² Aber die Ostsee – das ist noch nicht Europa, denn, und hier ist Made durchaus zuzustimmen, es waren erst die Jungsten von „Noor-Eesti“, die ein positives Europabild in der estnischen Kultur etabliert haben. Gleichzeitig kann Made freilich nur wenig Begeisterung für die EU verzeichnen – die positiven Ergebnisse des Referendums im September 2003 waren zur Zeit der Abfassung des Beitrags noch nicht bekannt. Am Schluss bleibt ein durchaus ambivalentes Bild der estnischen Beziehung zu Europa, das nicht zu Unrecht der populären Gleichung Estland = Europa widerspricht.

Verglichen mit den 1920er und 1930er Jahren hat sich die lettische Rhetorik in Bezug auf den Norden inzwischen geändert. Valters Ščerbinskis zeigt in seinem Text („Looking for Neighbours: Origins and Developments of Latvian Rhetoric on Nordic ‚Closeness‘“, S. 157-172), dass man sich abgesehen von einer Sympathie für Schweden in Folge des populären Mythos der „guten alten Schwedenzeit“ im 17. Jahrhundert und für Finnland als vierter baltischer Staat politisch in der Zwischenkriegszeit wenig engagierte. Erst nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit sei das Interesse an den skandinavischen Ländern nicht zuletzt deshalb angewachsen, weil man sich durch die „natürlichen“ Kontakte mit ihnen enger an Europa binden wollte. Und Litauen? Inga Pavlovaite zufolge („Paradise Regained: The Conceptualization of Europe in the Lithuanian Debate“, S. 199-218) ist nicht nur das nach französischen Berechnungen hier liegende geografische „Zentrum Europas“ zu einem touristischen Höhepunkt geworden, sondern Litauen insgesamt höchst europafreundlich. „Europa“ biete zum einen die Parameter, um sich von Russland abzuheben, wie es in Bezug auf die *Kaliningradskaja oblast* erfolgreich praktiziert werde, und gelte zum anderen als Orientierung dafür, wie sich das Land zu verhalten habe. Diese Projektionen sind vor dem Hintergrund der Metapher von der „Rückkehr nach Europa“ fraglos auch bei den beiden nördlichen Nachbarn bestimmend. Pavlovaite scheut zwar einen Blick hinter die dominanten Diskurse der Dekade, doch war sicher-

² Karsten Brüggemann, *The Eastern Sea is a Western Sea: Some Reflections on Estonia as a Baltic Sea Country*, in: *The Baltic as a Multicultural World. Sea, Region and Peoples*, hrsg. v. Marko Lehti. Berlin 2005 (*The Baltic Sea Region: Nordic Dimensions – European Perspectives*. 4), S. 59-79.

lich von ihr keine Hellseherei in Hinblick darauf zu erwarten, dass Kommentatoren wie Leonidas Donskis in Folge der Paksas-Krise der litauischen Politik mittlerweile das europäische Reifezeugnis verweigern.³

Wie Jörg Hackmanns aus historischer Sicht verfasster Beitrag („Past Politics in North-Eastern Europe: The Role of History in Post-Cold War Identity Politics“, S. 77-100) zeigt, stehen die diversen nationalen Überlieferungen einem einheitlichen Bild der „Ostseewelt“ einstweilen noch entgegen. Außerdem macht sein Text deutlich, dass mit Deutschland und Polen zwei zumindest historisch am Bau dieser Ostseewelt beteiligte Elemente in diesem Band kaum vorkommen. Trotzdem zeigt dieser Band, wie fruchtbar die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politologen und Spezialisten auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen mit Historikern sein kann. Natürlich sind – wie bei derart aktuellen Fragestellungen stets zu befürchten – manche der hier geäußerten Vermutungen aufgrund der Ereignisse längst passé. Für die meisten Beiträge war zwar der Beitritt der baltischen Staaten zur EU durchaus absehbar, doch gab es noch manche Zweifel an ihrer Aufnahme in die NATO. Zuweilen konnte das mittlerweile beinahe schon mystische Datum 11. September 2001 in die Texte hineinredigiert und zu Recht auf die leichte Akzentverschiebung in der Rhetorik Vladimir Putins bereits unmittelbar zuvor hingewiesen werden. Aber gerade im Hinblick auf Aussagen russischer Machthaber ist zu konstatieren, dass ihre Halbwertszeit zum Teil recht kurz zu sein pflegt. Pami Aalto z.B. war in seinem Beitrag über „Post-Soviet Geopolitics in the North of Europe“ (S. 253-276) doch zu wenig vorsichtig, als er vermutete, dass ja selbst Vladimir Žirinovskij Estland bereits als souveränen und freundlichen Nachbarstaat ansehe. Spätestens im Vorwege der russischen Parlamentswahl Ende 2003 konnte dieser Eindruck korrigiert werden: Die Esten könnten ja Pärnu und Tallinn behalten, so der Vorsitzende der Liberaldemokraten. Aber Narva und Tartu – Rugodiv und Jur’ev – seien eben russische Städte und folglich russischer Besitz.⁴ Expansionistische Gelüste, so heißt es, gehörten einfach zum Kolorit russischer Wahlkämpfe dazu. Aber müssen diese Kampagnen immer gleich verlaufen?

Karsten Brüggemann, Hamburg

³ Leonidas Donskis, The Winter of Lithuanian Discontent, in: The Baltic Times Nr. 390 vom 15. Januar 2004.

⁴ Ilja Smirnov, Vladimir Žirinovski vôtaks Eestilt ära Narva ja Tartu [Vladimir Žirinovskij würde Estland Narva und Tartu wegnehmen], in: Postimees vom 28. Oktober 2003.

Riga im Prozeß der Modernisierung. Studien zum Wandel einer Ostseemetropole im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. v. Eduard Mühle u. Norbert Angermann. Marburg: Verlag Herder-Institut 2004, 296 S. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung. 21).

21 Beiträge umfasst der vorliegende Band des Herder-Instituts, die sich mehrheitlich mit der heutigen Hauptstadt Lettlands in der Phase ihres wahrscheinlich größten Umbruchs von der deutsch geprägten Handelsstadt zum baltischen Industriezentrum befassen. Die Studien zu Riga als „ein besonders lohnendes und interessantes Fallbeispiel zum Studium des Wandels von einer vormodernen zu einer modernen Metropole“, wie es die Herausgeber Eduard Mühle und Norbert Angermann in ihrer Einleitung vorgeben, stellen das Ergebnis einer internationalen Tagung zum 800-jährigen Stadtjubiläum dar, veranstaltet von der Universität Lettlands, der Universität Greifswald, der Baltischen Historischen Kommission und dem Herder-Institut in Marburg. Geplant ist ein zweiter Band, in dem die mittelalterliche und frühneuzeitliche Entwicklung Rigas im Vordergrund stehen wird.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde Riga mit politischen und ökonomischen Strömungen konfrontiert, die das Gesicht der Stadt mit seiner bis dahin über 700 Jahre währenden Geschichte in kürzester Zeit nachhaltig veränderten. Die Ausmaße dieser Entwicklungen zeigten sich im demografischen Wandel, in der Bevölkerungszusammensetzung und damit im kulturellen Leben der Stadt. Innerhalb dieser Veränderungen durchzieht der Prozess des nation-building zum unabhängigen Staat Lettland mit dem auf seine Hauptstadt Riga gerichteten Fokus die Mehrzahl der gedruckten Beiträge. Einige Autoren setzten sich direkt mit ihm auseinander, indem sie Aspekte der lettischen Bevölkerung in den Vordergrund stellen, wie „Das bürgerliche Riga“ aus der Sicht der lettischen bürgerlichen Presse von Denis Hanovs, „Der Rigaer Lettenverein und die lettische Nationalbewegung“ von Kristine Wohlfart oder auch „Riga in the Period of the Formation of the Latvian State“, worin Kārlis Počs das „nationale Erwachen“ der Letten anspricht. Währenddessen betrachtet Jörg Hackmann in „Architektur als Symbol“ die architektonische Entwicklung Rigas unter nationalen Aspekten und stellt diese in den nordosteuropäischen Vergleich.

Auf kunstgeschichtliche Fragen gehen auch Gerd-Helge Vogel („Die Anfänge der Zeichenausbildung an der Universität Dorpat und ih-

re Bedeutung für die Herausbildung der bildenden Kunst in Riga“) sowie Irina Osnitskaia in ihrem Beitrag „Riga in 1825 in Drawings and Pictures of the Rigische Ingenieur Kommando“ ein, dessen Verfasserin die von Nikolaj I. in Auftrag gegebenen Stadt- und Gebäudeansichten Rigas vorstellt.

Dem einleitenden Artikel von Klaus Meyer, in dem der Autor das noch junge St. Petersburg mit dem 500 Jahre älteren Riga in der Phase ihrer „Modernisierung“ vergleicht, folgt der Blick zu einzelnen Bevölkerungsgruppen der Stadt an der Daugava. Das jüdische Gemeindeleben und seine politische Partizipation mit dem Russischen Reich skizziert Verena Dohrn in ihrem Beitrag „Das jüdische Riga im Prozeß der Moderne“, der sich um die Bedeutung und Funktion des staatlich anerkannten Rabbinats am Beispiel von Aron Pumpjanskij bewegt. Gustav Gangnus untersucht „Die Hirschenhöfer in Riga“, deren Präsenz in der lettischen Metropole bislang unbekannt geblieben war. Agnius Urbanavičius beleuchtet die große Anziehungskraft der litauischen Stadt Vilnius in „Immigration to Vilnius from the Cities around the Baltic 1663–1795“, von der sich die Bevölkerung Rigas jedoch wenig angesprochen fühlte. „Die polnischen Studenten am Rigaer Polytechnikum in den Jahren 1863–1915“ analysiert Arkadiusz Janicki, der einen verblüffend hohen Anteil im studentischen Gefüge offenbart. In „Non-Latvian Catholics in the Public Life of Riga“ entwirft Ēriks Jēkabsons ein Bild über das Zusammenleben der doch so ungleichen Bevölkerungsgruppen der Polen, Litauer und katholischen Weißrussen, die 1913 immerhin gemeinsam 20% der Stadtbevölkerung ausmachten.

In den Beiträgen mit der zeitlichen Schwerpunktsetzung nach 1918 kommt dem deutschen Faktor eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Als ein Charakteristikum deutschbaltischer Lebensweise stellt Raimonds Cerūzis das korporative Leben unter deutschbaltischen Akademikern vor. In „Die deutsche Minderheit in Riga und ihr Verhältnis zum Staat 1918–1939“ verweist Cerūzis zugleich auf die politische Bedeutung der Studentenverbindungen für die Entfremdung zweier, d.h. deutscher und lettischer Bevölkerungsgruppen. Noch genauer betrachtet diesen Aspekt Inesis Feldmanis in „Die Deutschen in Riga und die lettisch-deutschen Beziehungen 1918–1939“. Hier wird v.a. die vorsichtige Hinwendung zum jungen lettischen Staat bis hin zur teilweisen Abkehr nach 1930 deutlich. Norbert Friedrich beleuchtet in „Der evangelische Gustav-Adolf-Verein und das Baltikum“ eine reichsdeutsche Hilfsorganisation, die sich nach 1918 im Baltikum für die Belange der deutschen Protestanten stark machte. Er sieht das

Spezifikum der Diasporaarbeit in Lettland in ihrem ausgesprochen völkischen Interesse.

Die Zäsur 1939 wird in zwei Abhandlungen thematisiert: Lutz Oberdörfer greift in „Die Umsiedlung der Deutschbalten im Herbst 1939 aus britischer Perspektive“ die kaum rezipierte britische Sicht auf, wohingegen Rasa Pārpuce die Verhandlungen des Paritätischen Ausschusses über das „Rigaer deutschbaltische Kulturgut im Schatten des Molotov-Ribbentrop-Paktes“ beschreibt.

Die deutsche Besatzungszeit wird von Edvīns Evarts „Riga als Zentrum des ‚Reichskommissariats Ostland‘. Die deutsche Okkupationsmacht und die lettische Landesselbstverwaltung 1941–1945“ bearbeitet und von Uwe Danker mit „Hinrich Lohses Riga: Die Zentrale der ‚Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland‘ und der Holocaust – eine besondere Nähe“ um die Frage der Täterschaft beim Judenmord erweitert. In diesem Zusammenhang konkretisiert Danker seine Ausführungen um das Beispiel Hinrich Lohses als unzureichende justitielle Aufarbeitung und Verurteilung von führenden Köpfen in der Zivilverwaltung des NS-Regimes nach 1945. Uldis Neiburgs „Two Resistance Movements – Two Enemies: Riga 1940–1945“ schließlich führt mit seinem Beitrag von der deutschen in die sowjetische Besatzungszeit unter Berücksichtigung des nationalen und kommunistischen Widerstands.

Mit „Riga im Prozeß der Modernisierung“ liegt eine aufschluss- und facettenreiche Publikation zum politischen und kulturellen Leben der späteren Hauptstadt Lettlands vor. Wichtige Stränge im Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden deutlich und ihre Entwicklung innerhalb einer Phase der Industrialisierung, Modernisierung und politischer Umwälzungen klar erkennbar. Gerade die Kürze der einzelnen Artikel ermöglicht den Blick auf zahlreiche neue Forschungsansätze und -ergebnisse und weckt zugleich das Interesse nach weiteren Ausführungen.

Für den noch ausstehenden zweiten Tagungsband bliebe nur noch zu wünschen, dass kurze biografische Notizen zu den Autoren Aufnahme fänden.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Michael Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“ Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München: R. Oldenbourg Verlag 2004, XIV, 1247 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 61); *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente*, hrsg. u. eingel. v. Manfred Wille unter Mitarb. v. Steffi Kaltenborn. Bd. III: *Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953*. Wiesbaden: Harrasowitz Verlag 2003, 471 S. (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. 19,3).

In den Jahren 1996–2003 erschienen die von Manfred Wille und seiner Forschungsgruppe „Integration der Vertriebenen“ erarbeiteten drei Dokumentationsbände „Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente“ mit einem Umfang von insgesamt 1 442 Seiten. Wille und seine Mitarbeiter haben nicht nur das Bundesarchiv in Berlin, Koblenz und Potsdam durchforscht, sondern auch die Landes- und Staatsarchive sowie mehrere Stadtarchive der fünf neuen Bundesländer. Darüber hinaus wurden auch Auszüge aus der Presse und anderen Druckerzeugnissen aufgenommen. Insgesamt werden 1 338 Dokumente in den drei Bänden wiedergegeben. Ein „wichtigstes Anliegen“ der Sammlung sei es, den „wissenschaftlichen Zugriff auf den Untersuchungsgegenstand zu erleichtern und der auf das Territorium der SBZ/DDR ausgerichteten Vertriebenenforschung Impulse zu geben“. Dank der Forschungsstelle Ostmitteleuropa unter Leitung von Johannes Hoffmann sind die drei Bände in ihre wissenschaftliche Reihe aufgenommen worden.

In Band III wird an Beispielen zeitgenössischer Dokumente vorgeführt, wie die Parteien und Organisationen in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953 auf die Ankunft der Deutschen aus dem Osten reagiert haben. Die Dokumente geben Aufschluss über das Verhalten der Parteien gegenüber den Interessen der Vertriebenen: zum Begehren nach Heimkehr und ihrer Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze. Sie verdeutlichen das Vorgehen der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Ansätze zur Bildung von Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften. Anschaulich treten die Schwierigkeiten in der Bewertung der Situation auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen von SED und den einzelnen SMA-Kommandanturen zu Tage. Das Lavieren zwischen politisch gewollten und politisch durchsetzbaren Möglichkeiten offenbart sich u.a. in den Schriftstücken um

das plötzliche Zustandekommen des „Gesetzes zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ im September 1950.

Auch für Nichtfachleute auf diesem Gebiet ist der dritte Band spannend und teilweise überraschend, erfahren sie doch, dass die deutschen Kommunisten damals nur von einer Teilabtretung der ostdeutschen Provinzen ausgingen. Hatte man mit der Abtrennung Oberschlesiens und Ostpreußens gerechnet, so waren aber Pommern, Ost-Brandenburg und Niederschlesien schon in die Planungen für einen kommunistischen deutschen Nachkriegsstaat einbezogen worden. Die damalige Diskussion war trotz des Potsdamer Protokolls erstaunlich offen; im Gegensatz zu Walter Ulbricht hielten selbst Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck Grenzkorrekturen für möglich – allerdings nur bis zu den Wahlen 1946.

Nach der Erklärung Ulbrichts in Warschau im Juni 1948, „die Oder-Neiße-Grenze ist die endgültige Friedensgrenze“, hatte auch der letzte Vertriebene erkannt, dass die SED sein Verlangen nach Heimkehr nicht akzeptierte geschweige denn unterstützen würde. Die SED distanzierte sich mit der Proklamation der „Friedensgrenze“ von den Vertriebenen und verstärkte ab 1949 im Rahmen des einsetzenden „verschärfen Klassenkampfes“ die Repressionen gegen alle Andersdenkenden, insbesondere auch gegen Andersdenkende in der Grenzfrage.

Der allmähliche Abbau der sozialpolitischen Maßnahmen zur Unterstützung der Vertriebenen in der SBZ seit 1948 gipfelte in der propagandistischen Beseitigung des Problems der „Umsiedlung“. Seit Anfang des Jahres 1950 verschwanden die „Umsiedler“ aus dem DDR-Wortschatz und den Statistiken. Der Propaganda zum Trotz waren deren Lebensbedingungen keineswegs denen der Einheimischen gleich. Die Missstimmung unter den Vertriebenen stieg. Sie machten die Sowjetunion und damit indirekt die SED-„Russenpartei“ (S. 16) für ihr Schicksal verantwortlich. Die Forderung der SED nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Friedensgrenze stieß auf fast einhellige Ablehnung. Um die Zustimmung der Vertriebenen für die SED-Diktatur zu gewinnen, drängten die sowjetischen Statthalter auf die Verbesserung der Lage der „Umsiedler“. Im September 1950 folgte eine überraschende Wende in der Politik gegenüber den Vertriebenen: Mit dem „Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ wurden ein Maßnahmenkatalog zur Förderung von vertriebenen Arbeitern, Handwerkern und Landwirten sowie Hilfsprogramme für „Umsiedler-Neubauern“ und Wohnkredite verabschiedet.

Die Schwierigkeiten einer historischen Betrachtung der untersuchten Quellen liegen im methodischen Ansatz von Wille: Wird eine radikale Fokussierung auf das Verhältnis der Parteien, Organisationen und Institutionen zu den „Umsiedlern“ vorgenommen, um die beabsichtigte Problemstellung nicht aus den Augen zu verlieren, dann läuft dieser Ansatz Gefahr, notwendige Klärungen nicht zu verfolgen, um sich nicht in der Breite zu verlieren. Das Dilemma: Eine leidenschaftliche Vertiefung verhindert häufig breite Erklärungsverknüpfungen und umgekehrt. So wird beispielsweise eine erstaunliche Schilderung der Situation an der Neiße in Görlitz im Januar 1946 nicht erläutert und hinterfragt. Am 30. Januar 1946 berichtete der Ausschuss der antifaschistischen Parteien in Stadt und Land Görlitz an die Landesverwaltung Sachsen: „Durch die Sperrung der Grenze auf Seiten der russischen Administration haben sich in Görlitz (Ostseite) 2 000-3 000 Menschen angesammelt, die auf dem Wege von ihrer bisherigen Heimat nach anderen Gebieten Deutschlands sind. Es besteht keinerlei Organisation, die sich der Menschen annimmt. Nach glaubhaften Informationen, die allen vier Parteien bekannt sind, gehen diese Menschen jenseits der Neiße körperlich und seelisch zugrunde. Sie erhalten wenig oder gar keine Ernährung. Es gibt keine sanitären Einrichtungen, es werden keinerlei fürsorgerische Maßnahmen durchgeführt.“ (S. 34) Tatsache ist, dass die Deutschen von den Polen aus ihrer Heimat seit Juni 1945 systematisch vertrieben wurden, aber die andere Tatsache, dass die sowjetische Administration die Vertriebenen 1946 nicht über die Grenze ziehen ließ, bleibt ungeklärt. Immerhin war im Potsdamer Abkommen von Juli/August 1945 festgelegt worden, sie aus diesen Gebieten „human zu transferieren“, und der Kontrollrat hatte sich im November 1945 endlich auf einen Verteilungsschlüssel für diesen menschenunwürdigen ‚Transfer‘ in die Besatzungszonen verständigt.

Das letzte Dokument im dritten Band stammt vom 14. April 1953. Es ist ein Schreiben des Rates des Bezirkes Schwerin an die Räte der Kreise, in dem Erleichterungen bei der Tilgung von Krediten für „Umsiedler-Neubauern“ angekündigt werden. Acht Wochen später kommt es zum Juniaufstand 1953, dessen politische Forderungen in Görlitz mit stärkstem Nachdruck gestellt wurden. Die Stadt war seit den letzten Kriegswochen 1945 eine Endstation der auf Rückkehr hoffenden, meist schlesischen Vertriebenen, deren Zahl ein Mehrfaches der ansässigen Bevölkerung von Görlitz erreichte. Diese Dokumentenauswahl führt auf eine noch zu untersuchende Frage hin, die jedoch nicht von Wille formuliert wird: Zu bearbeiten bleibt die Fra-

ge, welchen Einfluss die Vertreibung und Entwurzelung eines Viertels der DDR-Bevölkerung auf die politische Radikalisierung hatten.

Dennoch lassen die veröffentlichten Dokumente des III. sowie der vorangegangenen zwei Bände Willes erkennen, dass die „Umsiedler“ in der DDR die emotional und materiell Leidtragenden der Vertreibung waren. Sie zahlten den größten Teil der Strafe für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges stellvertretend für alle Deutschen ohne einen Lastenausgleich und ohne die Möglichkeit, über ihren Verlust in der Öffentlichkeit zu reden. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Aussagen von Zeitzeugen in anderen biografischen Untersuchungen in den Jahren 1992–2000, in denen die Vertriebenen das Umsiedlergesetz von 1950 als das „Schweigegesetz“ bezeichneten – so wie sie die nach der Wende zugesprochenen 4 000 Mark „Schweigegeld“ nannten.

In den drei Bänden sind nun gewichtige Dokumente zusammengestellt und gut handhabbar, um wichtige Aspekte der Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR zu untersuchen. Wille wird seinem Anspruch gerecht und bietet mit dieser Dokumentation eine „dienende wissenschaftliche Handreichung“ nicht nur für Berufshistoriker, sondern für alle, die an der Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR Interesse haben.

Dagegen verfolgt Michael Schwartz mit seinem Werk ein duales Anliegen: „Wissenschaft muss nicht nur aufbauen, sondern zugleich zerstören.“ Und das „gilt auch für eine Arbeit zum Vertriebenenproblem im geteilten Nachkriegsdeutschland, die sich auf die politischen Integrationsstrategien und gesellschaftliche Entwicklungen in der SBZ/DDR konzentriert.“ (S. 1) Und das auf 1247 Seiten in einem Band.

Das opulente Werk ist nicht nur ein Beitrag zur Vertriebenenforschung, sondern soll auch ein Stück Gesellschaftsgeschichte im geteilten Nachkriegsdeutschland sein, das allerdings keine leichte Kost ist. Unproblematisch ist die kampfbetonte Sicht des Autors auf die bundesdeutsche Vertriebenenpolitik. Seine Kritik an der Vertriebenenforschung ist schneidend und spitz. Die Fülle des verarbeiteten Materials wirkt streckenweise erfrischend, wenn er seinem Historikerkollegen Philipp Ther handwerkliche Mängel nachweist (S. 40 u. 59). Doch ist es bisweilen ermüdend, wenn er seine Schadenfreude in Wiederholungen auslebt (S. 533). Erdrückend wirkt sich seine Kampfmethodik auf den Leser aus, wenn er zwar mit Fug und Recht einen politikwissenschaftlichen Dilettantismus bei Ther feststellt, indem „man (...) jenseits nichtssagender Chiffren von ‚der“

SMAD oder ‚der‘ SED – die grundlegende politikwissenschaftliche Einsicht vergebens (sucht), dass Politik ‚immer Koalitionsgeschehen‘ sei und daher hinter monolithisch wirkenden Fassaden mit ‚widersprüchlichen Aktionseinheiten‘ gerechnet werden müsse.“ (S. 40) Die seitenlange Beschwörung dieser „grundlegenden Einsicht“ – von der Einleitung bis in die Schlussbilanz – zermürbt den Leser jedoch. Schwartz will den „Erfolgsmythos“ von der Integration der Vertriebenen zerstören, „das Tabu der nachkriegsgesellschaftlichen Integrationskonflikte“ zum Bersten bringen, und das gelingt ihm auch. Nehmen wir nur den Mythos der SBZ/DDR-Propaganda von der 1945 durchgeführten Bodenreform, die „von größter Bedeutung für die Behebung der Not der Umsiedler“ gewesen sei, wie Wilhelm Pieck in den 1950er Jahren behauptete, und den Historiker Ther 1998 als „größte angestrebte Integration von Vertriebenen“ wiederholte, welchen Schwartz mit ein paar Zahlen und mehreren Worten (S. 1144) restlos entlarvt.

Schwartz vermittelt jedoch den Eindruck, dass die Vertreibung der Deutschen und ihre Integration im Restdeutschland vorwiegend ein materielles Problem dargestellt habe und die fehlende Solidarität der Einheimischen mit den zuströmenden Habenichtsen ein Konflikt zwischen Haben und Haben-Wollen gewesen sei. Hier werden von Schwartz eine wesentliche politische Triebkraft und ideologisches Motiv der Vertreibung verwischt: Bei der Vertreibung wurde die deutsche Bevölkerung zum Opfer einer nationalistisch geschürten Vergeltung für die Verbrechen, die im Namen der deutschen Nation begangen worden waren. Sie mussten anstelle der Nation leiden und für die wahren Schuldigen büßen. Der Einzelne wurde für schuldig erklärt – und das unabhängig von seinen Straftaten. Für sie gab es kein Entrinnen aus der nationalen Schicksalsgemeinschaft, denn das Unrecht, das sie erteilte, beruhte auf etwas, was sie nicht im geringsten verantworten konnten – Angehörige einer Nation zu sein. Ein jeder, der zum Opfer eines Nationalismus wird, bleibt immer unschuldig. Doch wenn Schwartz von der „doppelten Katastrophe von Vertreibung und Ankunft“ (S. 9, 1173, 1189) spricht, bagatellisiert er mit dieser Gleichsetzung nicht nur die Vertreibung, sondern er vernebelt den politisch bewusst herbeigeführten Untergang im Drama der Austreibung von Menschen mit der individuellen Ablehnung und Ausgrenzung, die sie bei der Ankunft erfahren haben.

Das umfangreiche Werk kann leider nicht als Nachschlagewerk betrachtet werden, nicht allein deshalb, da es weder ein Sachregister von „Ausweisung“ bis „Zwang“ besitzt noch ein Ortsregister von

„Angermünde“ bis „Zittau“ vorzuweisen hat, sondern weil auf eine historische Aufarbeitung von Zeitzeugenberichten verzichtet wurde. Schwartz lehnt biografische Untersuchungen ab, weil er „ein methodologisches Grundmisstrauen“ gegen den „beschönigenden Filter der Erinnerung“ hegt. „Individuelle Erinnerung taugt nur bedingt zur Korrektur vorherrschender gesellschaftlicher Deutungen“, denn – hier bezieht er sich auf Albrecht Lehmann („Im Fremden ungewollt zuhaus“) – „durch diese gesellschaftlich formulierte Vorstellung wird die Wahrnehmung der eigenen Geschichte geprägt.“ (S. 1189) Mit anderen Worten: Die Gesellschaft formuliert das, was ich erlebt haben muss. Doch haben die Widersprüche in der Vertriebenenpolitik der DDR und der BRD ihre Spuren in den Biografien der Menschen hinterlassen – und die sind es wert, verfolgt zu werden.

Aber auch die Frage nach der Integration der jungen Vertriebenen, also jene, die bis 1945 in der Hitlerjugend mitgewirkt haben und dann die Ulbrichtsche These von der Abtretung deutscher Gebiete als Wiedergutmachungsleistung verinnerlichten sowie den Wechsel zur FDJ mit Freuden vollzogen, kann nicht allein mit Verdrängung und Anpassungsdruck beantwortet werden. Die Vertriebenen in der SBZ/DDR wurden nicht nur offiziell zum Schweigen gebracht, sie selbst verstummten nach einiger Zeit. Nicht für alle stand das Erlebte im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsinterpretation, viele machten sich diese zu Eigen, und aus ihrer Vertreibung wurde eine Umsiedlung. Viele akzeptierten die offiziell verkündete Geschichtsauslegung, wonach die Abtretung der durch den „Nazismus verspielten Ostgebiete“ an Polen eine kollektive Wiedergutmachung und Buße sei, und fühlten sich moralisch geläutert. Sie verinnerlichten dies, obwohl viele von ihnen gar nicht schuldhaft verstrickt waren in die Verbrechen der Nationalsozialisten. Sie identifizierten sich mit den propagierten Zielen des neuen Systems, beteiligten sich aktiv an seinem Funktionieren und waren von der Richtigkeit ihres Tuns fest überzeugt. Aber war das tatsächlich die Einsicht in die Notwendigkeit? Haben sie sich als Deutsche verantwortlich gefühlt? Und betrachteten sie das Kriegsende als Befreiung? Oder war es der erste Schritt auf dem langen Weg der kollektiven Selbstverleugnung?

Nach dem Kriege glaubten sie, zur Erkenntnis gelangt zu sein, dass sie von den Nationalsozialisten verführt worden seien. Nun lebten sie in einem Staat, der auf seine Fahne „Nie wieder Faschismus!“, „Nie wieder Krieg!“ geschrieben hatte und eine gerechte Gesellschaft aufbauen wollte, somit ihnen die Chance gab, an etwas Gutem und Positivem teilzuhaben. Darum sind viele von ihnen überzeugt, dass sie

in der DDR einer gerechten Sache gedient haben. Wenn ihnen nach 1989 die Auflösung dieses Systems als das Scheitern der Idee erklärt wird, ihnen also die über 40 gelebten Jahre getilgt werden, da es kein richtiges Leben im Falschen gebe, so empfinden sie das nicht nur als einen Biografieverlust, sondern als eine persönliche Schuldzuschreibung. Schuldig für eine Sache, die sie im Leben positiv besetzt hatte.

Am Ende noch ein Exkurs zur Verwendung von Begriffen: Schwartz propagiert „einen pragmatischen Umgang mit der komplizierten Terminologie“ von Flucht, Vertreibung, Umsiedlung und entscheidet, in seiner Studie „muss und wird von ‚Umsiedlerpolitik‘ gesprochen“, denn „die Politik der Sowjets und der SED konstruierte nun einmal ‚Umsiedler‘ und keine ‚Vertriebenen‘ (S. 5 f.). Im Sprachgebrauch gibt es viele Begriffe über historische Vorgänge, die zur Vertuschung oder Verharmlosung von Verbrechen führen und das geschichtliche Denken prägen. Hinter „Endlösung der Juden“ verbergen die Nazis den Mord an Juden. Der „Polenfeldzug“ bedeutete in Wirklichkeit den Überfall auf Polen und die mörderische deutsche Besatzung. Können Flucht und Vertreibung als „erzwungene Wanderschaft“ (Richard von Weizsäcker) oder als „eine der größten Völkerwanderungen“ (Guido Knopp) beschrieben werden? Niemandem der Betroffenen käme es in den Sinn, wenn er mit Gewalt aus Haus und Hof getrieben wurde, von einer Wanderung zu sprechen. Vertreibung ist nie freiwilliges Weggehen, sie ist immer erzwungen. Angesichts von Mord und Totschlag, Freiheitsberaubung, Vergewaltigungen und Raub an Hab und Gut, die mit der Vertreibung einhergegangen sind, wäre eine „Wanderung“ nicht allein Verhöhnung der Opfer, sondern ihre Negierung.

Verräterisch sind die „Rückwanderer“ (Wille S. 11): Die von der SPD in der SBZ verwendete Bezeichnung für die Vertriebenen ist keineswegs „unbeabsichtigt“, wie Wille meint (S. 11). Sie entspricht der in Polen propagierten Ideologie von den „wiedergewonnenen Gebieten“. Danach galt der ehemals deutsche Osten als urpolnisches Land, weil die Piastzeit in der Geschichte dieses Landstrichs als alleiniges und einzig würdiges Erbe zu gelten habe und die deutschen Kolonisatoren dorthin sollten, woher sie gekommen waren. Die verballhornte Gleichung „piastisch“ gleich „polnisch“ ging zwar nicht auf, wird aber von bestimmten patriotischen Kreisen stets noch präsentiert.

Der Begriff „Vertreibung“ ging nicht von der „Selbstbezeichnung organisierter Betroffener“ aus, wie Schwartz behauptet (S. 3), sondern von einem, der sich vornahm, im deutschen Osten „reinen Tisch“ zu machen: „Expulsion is the method which, in so far as we have been

able to see, will be the most satisfactory and lasting. There will be no mixture of populations to cause endless trouble... A clean sweep will be made. I am not alarmed by these transferences, which are more possible in modern conditions...¹ Diese Auszüge aus einer Rede Winston Churchills im House of Commons im Jahre 1944 müssen nicht kommentiert werden.

Wanja W. Ronge, Görlitz

Tillmann Tegeler, Der litauische Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten. München 2001, 88 S. (Mitteilungen des Osteuropa-Instituts. 44).

Der Kampf litauischer Partisanen gegen die Sowjetmacht zwischen 1944 und ca. 1953 stellt verständlicherweise einen der Schwerpunkte der litauischen Historiografie nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit dar. Die Zahl der wissenschaftlichen Monografien, Dokumentenbände und Erinnerungen ist inzwischen nur noch schwer zu überschauen; mehrere Periodika widmen sich vor allem oder ausschließlich der Thematik. Die intensive historiografische Debatte wird jedoch fast ausschließlich in litauischer Sprache geführt, so dass die wenigen Veröffentlichungen in westlichen Sprachen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Dementsprechend nimmt man den in der Reihe der Mitteilungen des Osteuropa-Instituts München erschienenen Band von Tillmann Tegeler mit großer Erwartung in die Hände, verspricht der Autor doch im Titel einen Blick auf den „litauischen Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten“.

Überraschenderweise beschäftigt sich fast ein Drittel der 88 Seiten umfassenden Darstellung mit der Geschichte Litauens zwischen 1918 und 1944; wobei die Behauptung des Autors, diese Passage sei für das Verständnis des Partisanenkampfes nötig, wenig überzeugend ist und von der Darstellung nicht unterstützt wird. Leider ist diese lange Einleitung mit vielen Fehlern, Ungenauigkeiten und überholten Interpretationen durchsetzt, von denen hier nur einige – besonders ärgerliche – Erwähnung finden sollen.

¹ Zit. nach Alfred M. de Zayas, *Nemesis at Potsdam. The Expulsion of the Germans from the East*. 3. Aufl., Lincoln/London 1989, S. 1.

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Beistandsvertrages mit der Sowjetunion im Herbst 1939, dessen Zwangscharakter Tegeler nicht klar aufzeigt, sondern durch die überraschende Behauptung, die baltischen Staaten hätten in den 30er Jahren eine Annäherung an die Sowjetunion gesucht, sogar eine gewisse Freiwilligkeit Litauens suggeriert (S. 12), meint der Autor, niemand in der litauischen Delegation habe etwa von den geheimen Absprachen des Hitler-Stalin-Paktes gewusst und Litauen habe wegen der Unkenntnis der deutsch-sowjetischen Abmachungen noch geglaubt, aus dem Abkommen wegen der Rückkehr des Vilniusgebietes „Profit (...) geschlagen zu haben“ (S. 13). Jedoch hatte niemand anderes als Molotov in Anwesenheit Stalins der litauischen Delegation in Moskau in eindeutiger Weise erklärt, dass die Sowjetunion mit Deutschland einen Vertrag habe, nach dem Litauen politisch zu 100% der Sowjetunion gehöre und Deutschland gegen Abmachungen der Sowjetunion mit Litauen keinen Widerspruch einlegen werde. Und dann wurde der sowjetische Außenminister, wie die litauischen Akten belegen, noch deutlicher: „Deutschland hat zugestimmt, dass Litauen, wie Lettland und Estland, in die Interessensphäre der UdSSR eingeht.“¹

Im Zusammenhang mit dem litauischen Aufstand gegen die sowjetische Besatzung im Juni 1941 vertritt der Autor alte, durch die neuere Forschung längst widerlegte Apologien und Legenden. Es ist schlicht falsch, dass sich bis zu 100 000 Litauer gegen die Sowjetmacht erhoben hätten oder bis zu 4 000 Aufständische fielen; und im Gegensatz zu der vom Autor mit Verve abgelehnten Interpretation handelte es sich – sieht man einmal von Kaunas ab – in der Tat um ein spontanes, regional unterschiedlich ablaufendes Aufbegehren. All das hat der junge litauische Historiker Valentinas Brandišauskas in seiner bahnbrechenden Monografie zu den Ereignissen im Sommer 1941 bereits Mitte der 90er Jahre klar erarbeitet.²

Der Hintergrund für diese Mängel liegt in der verwendeten Sekundärliteratur, die großteils aus Publikationen des litauischen Exils bis 1990 besteht. Die Exilschriftsteller besaßen keinen Quellenzugang, sie waren auf Erinnerungen der in den USA und Westeuropa lebenden Zeitzeugen angewiesen, und sie standen im Zeichen des so-

¹ Lietuvos ocupacija ir aneksija [Die Okkupation und Annexion Litauens] 1939–1940, hrsg. v. Lietuvos Valstybinis Archivas/Lietuvos Istorijos Institutas. Vilnius 1993, Nr. 22, Pro-Memoria des litauischen Gesandten in Moskau vom 4. Oktober 1939, S. 71: „Vokietija sutiko, kad Lietuva, kaip Latvija ir Estija įeity į SSSR įtakos zoną.“

² Valentinas Brandišauskas, Siekiai atkurti Lietuvos valstybingumą [Bestrebungen, die litauische Staatlichkeit wiederherzustellen] (1940 06–1941 09). Vilnius 1996.

wjetisch besetzten Litauens und des Kalten Krieges. Obwohl Tegeler an anderer Stelle zu Recht darauf hinweist, dass viele dieser Arbeiten den „Zeitgeist“ (S.76) widerspiegeln, baut er seine Darstellung auf ihnen auf: So wird die provisorische Regierung, deren antisemitische Gesetzgebung inzwischen nicht mehr zu bezweifeln ist und die von sich aus vorschlug, die litauischen Juden in Konzentrationslager zu verfrachten, plötzlich zum Protestorgan gegen den Judenmord (S.24). Auch die Front der litauischen Aktivisten (*Lietuvių aktyvistų frontas*, LAF) und ihr – wie neuere Forschungen eindeutig belegen – antisemitisches Programm wird nicht adäquat geschildert, denn der Autor folgt den Rationalisierungen nach 1945, die LAF habe analog zu 1918 auf einen deutschen Sieg im Osten und eine Niederlage im Westen gehofft, um die Unabhängigkeit quasi in Übereinstimmung mit den Westmächten wiederherzustellen (S.19 f.). In Wirklichkeit ist die ideologische Nähe der LAF zum Nationalsozialismus 1941 nicht zu bestreiten, man erhoffte sich einen ‚völkischen‘ litauischen Staat im nationalsozialistischen Europa, denn wie viele andere waren auch die Führer der LAF davon überzeugt, dass das Dritte Reich die Sowjetunion in wenigen Wochen vernichtend schlagen würde.

Der eigentliche Hauptteil stützt sich vor allem auf einige Quellen der Abteilung zur Bekämpfung des Banditentums des NKVD, die einen Einblick in den litauischen Partisanenkampf aus Sicht der höheren und höchsten (Berija) sowjetischen Sicherheitsorgane vermitteln. Die stärkere Koordinierung der Aktivitäten der sowjetischen Organe gegen die Opposition steht im Mittelpunkt dieser Quellen, die ein Schlaglicht auf die Einschätzung der Lage durch die Sowjets in den Jahren 1945/46 werfen.

Die Quellenbasis reicht allerdings nicht aus, um die daran anknüpfenden weitreichenden Schlussfolgerungen des Autors hinreichend abzusichern. Ob allein die Befehle und Anordnungen Berijas aus dem Sommer 1945 die entscheidende Zäsur im Kampf gegen die ‚Banditen‘ darstellten, bleibt eine These, die empirisch abgesichert werden müsste. Vollends spekulativ ist die Kritik an der gängigen Periodisierung des Partisanenkampfes in drei Abschnitte (Juli 1944 – Mai 1946; Mai 1946 – November 1948; November 1948 – Mai 1953), die allein darauf fußt, dass den Sowjets entscheidende Schläge bereits im Mai 1946 gelangen (S.86). Doch ist eben bei den sowjetischen Erfolgswahlen und -meldungen quellenkritische Akribie gefordert, der Druck auf den Apparat, ‚Erfolge‘ zu melden und möglichst bald ein Ende der ‚Banditengefahr‘ zu erreichen, sollte besonders vor dem Hintergrund der im Text vorgestellten Anweisungen Berijas nicht ge-

ring geschätzt werden. Hinzu kommt, dass die litauischen Partisanen ihre Taktik änderten: Die direkte Konfrontation mit den Sowjets, die teilweise in regelrechte militärische Kämpfe führte, war – hier hat Tegeler ja durchaus Recht – nicht mehr durchzuhalten, so dass die Waldbrüder mehr und mehr auf ‚klassische‘ Partisanenaktivitäten zurückgriffen (Sabotage, Überfälle auf Funktionsträger des Regimes, Boykottaufrufe usw.). Insofern geht die Feststellung des Autors, der Kampf sei „bereits im Jahre 1946 militärisch verloren“ (S. 72) gewesen, am eigentlichen Typikum eines Partisanenkampfes vorbei, den die litauischen Waldbrüder – wenn auch mit immer geringerer Wirkung – bis 1953 führten.

Die Gefahr der Heroisierung eines – auch von Seiten der Partisanen geführten – ‚schmutzigen Krieges‘ war vor allem zu Beginn der 1990er Jahre nicht von der Hand zu weisen, doch ist die litauische Forschung, die Tegeler in toto unter den Verdacht der einseitigen Verherrlichung³ stellt (S. 80 f.), inzwischen zu einem weit differenzierteren Bild gelangt. Bereits 1995 stellte Liudas Truska in einer für eine breitere Öffentlichkeit sowie für Geschichtsstudenten und -lehrer gedachten, vom litauischen Bildungs- und Wissenschaftsministerium empfohlenen litauischen Geschichte die andere Seite des Partisanenkampfes (persönliche Rache, Plünderungen, Ermordung unschuldiger Menschen) unverblümt dar.⁴

So bleibt abschließend nur ein enttäuschendes Fazit zu ziehen, zu viele Unzulänglichkeiten mindern den Wert des Bandes in massiver Weise. „Dadurch, daß man sich von unvoreingenommener Seite – hier kommt diese Aufgabe vor allem nichtlitauischen und -russischen Forschern zu – diesem Problem widmet, kann es einerseits zu einer Entheroisierung, andererseits aber zu einer objektiven Beurteilung der baltischen Vorgänge in der Nachkriegszeit kommen.“ (S. 87) Sieht man einmal von der nur schwer nachvollziehbaren nationalen ‚Zuständigkeit‘ historischer Forschung ab, so spricht zumindest bei der vorliegenden Arbeit nichts dafür, dass eine Bearbeitung des

³ Eine besondere Ironie verbirgt sich in der Behauptung des Autors, nach 1990 habe sich die Identitätssuche vor allem auf den Sieg der litauisch-polnischen Truppen über den Deutschen Orden bei Tannenberg 1410 konzentriert, was zu einer Flut von Namensgebungen im öffentlichen und privaten Bereich mit der litauischen Bezeichnung der Schlacht (Žalgiris) geführt habe (S. 80). Žalgiris war jedoch einer der wenigen Erinnerungspunkte, der aus der Sowjetzeit übernommen werden konnte, denn 1410 wurde wie 1941–1944 dem ‚Deutschen Drang nach Osten‘ im Bund mit dem russischen Volk entschiedener Widerstand geleistet.

⁴ Liudas Truska, *Lietuva 1938–1953 metais* [Litauen in den Jahren 1938–1953]. Kaunas 1995, S. 158 f.

Themas ‚von unvoreingenommener Seite‘ einen erhöhten Erkenntnisgewinn versprache.

Joachim Tauber, Lüneburg

Robert Traba, Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec [Ostproußentum. Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands]. Poznań/Warszawa: Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Instytut Studiów Polityvnych Polskiej Akademii Nauk 2005, 470 S.

Im modernen deutsch-polnischen Versöhnungsdiskurs ist der Slogan „Polens Westen – Deutschlands Osten“ oder auch umgekehrt „Deutschlands Osten – Polens Westen“ im vergangenen Jahrzehnt in Mode gekommen, ja es sind sogar Bücher unter diesem Titel in den letzten Jahren erschienen.¹ So versöhnlich dieser Slogan auch klingt, so wirft er doch mehr Fragen auf, als er auf den ersten Blick beantwortet – zumindest wird er in seiner publizistischen Benutzung oft genug als „the easy way out“, also als vereinfachender Ausweg aus einer komplexen Problematik missbraucht. Letztlich geht es dabei um eine gleichzeitig historische wie politische Grundsatzfrage, nämlich um diejenige nach der historischen Kontinuität: Welche Faktoren bewirken eigentlich historische Kontinuität – ein Raum? eine Großgruppe wie z.B. eine Nation? das Bewusstsein einer nationalen oder regionalen Großgruppe? ihr Identitätsverhalten? Obwohl historische Kontinuität oft genug als „Stabilität“ bzw. stabilisierend missverstanden wird, muss allein das Konzept Kontinuität immer auch das Element des Wandels mit einkalkulieren, ob man dabei auf den Raum oder die soziale Gruppe fokussiert.

Diese Grundproblematik ist unausgesprochen der Ausgangspunkt für Robert Trabas Untersuchung des regionalen und nationalen Identitätsdiskurses in Ostpreußen während des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Mit ‚unausgesprochen‘ soll dem Autor nicht der

¹ Vgl. Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde, hrsg. v. Matthias Weber. Frankfurt a.M. (u.a.) 2001 (Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas. 2).

Vorwurf gemacht werden, er habe diese Grundproblematik nicht gesehen – im Gegenteil: die Frage der *Kontinuität* scheint im Zentrum sowohl der publizistischen als auch der wissenschaftlichen Tätigkeit des Autors zu stehen, und der Begriff ‚Kontinuität‘ fällt in dem Buch immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen, ja es gelingt dem Autor, hier die Konstruktion von Kontinuität als ein Diskursgeschehen zu beschreiben. Mit anderen Worten: Die Kontinuität ist in ihrem ‚Wesen‘ weder am Raum noch an der Nation festzumachen, sondern vollzieht sich in den Köpfen der Menschen und findet ihren Ausdruck in der Sprache, im interaktiven Diskursgeschehen. Wenn der Ausspruch von Ernest Renan, die Nation sei „le plebiscite de tout les jours“, stimmt, dann vollzieht sich die Konstruktion einer Nation tagtäglich in der sprachlichen interaktiven Konstruktion einer nationalen Gesellschaft, und in diesem Identitätsdiskurs konstruiert sich auch historische Kontinuität – nicht die Geschichte konstituiert die Nation, sondern das Reden von der Geschichte, also der Diskurs. Dies ist ein eminent politischer Vorgang, und insofern sind Identitätsdiskurse ein Untersuchungsgegenstand sowohl für die Politikwissenschaft als auch für die Geschichtswissenschaft sowie für andere Kulturwissenschaften. Der Gegenstand selbst, der Identitätsdiskurs, entzieht sich also nach modernen Wissenschaftsbegriffen einer eindeutigen hermetischen Zuweisung nur einer Wissenschaft, sondern ist ein – man ist versucht zu sagen natürlicher – interdisziplinärer Untersuchungsgegenstand, findet er doch, was auch immer das Objekt und Thema des Diskurses ist, stets zu Nutz und Frommen der jeweiligen Gegenwart statt und ist daher von erheblicher politischer Relevanz.

Robert Traba hat kein geringes Wagnis unternommen, seinem Buch den Titel „Ostpreußentum“ zu geben, einen Begriff, von dem er selbst zugibt, dass er ihn in den Quellen nicht gefunden hat, sondern dass es sich um seine eigene Formulierung a posteriori handelt. Wir haben es also nicht mit der Benutzung eines Begriffs *avant la lettre*, sondern sogar *sans la lettre* zu tun. Es stellt sich die Frage, ob ein solches Vorgehen legitim ist. Nach außen liest sich das Buch zunächst wie eine kenntnisreiche und interessant geschriebene Landesgeschichte bzw. Regionalgeschichte Ostpreußens mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Kulturgeschichte, also praktisch um eine Kulturgeschichte Ostpreußens in den Jahren 1914–1933. Blicke man bei diesem oberflächlichen Eindruck, dann würde man allerdings Intention und Zielrichtung des Buches verkennen. Der Untertitel „Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands“

weist schon darauf hin, dass hier eine exemplarische Untersuchung über die politische Kultur Deutschlands angestellt wird, und zwar am Beispiel des Identitätsdiskurses in Ostpreußen. Das deutsche Selbstverständnis, dass Deutschland immer ein politisch, historisch, kulturell und auch mental föderales Land gewesen sei, wird hier nicht als – in Deutschland nicht selten mythisierter, als ob sich darin ‚Deutschtum‘ bewiese – Tatbestand hingenommen, sondern untersucht wird das Gegen-, Mit- und Nebeneinander von regionaler und nationaler Identität in Deutschland. Vorweggenommen sei: Da es dem Autor glänzend gelingt, die Bedeutung des nationalen für den regionalen und des regionalen für den nationalen Identitätsdiskurs deutlich zu machen und deren wechselseitige Bedingtheit und Ineinandergreifen detailliert zu beschreiben, erweist in diesem Fall das Ergebnis die Legitimität der Begriffsschöpfung „wschodniopruskość“.

Robert Traba behandelt den Zeitraum 1914–1933, also die Epoche des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Die Zäsuren erklären sich sowohl aus der Ereignisgeschichte als auch aus der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses. Letzterer setzt für Traba mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs und der Invasion der zaristischen Armee ein – dieses Ereignis stellte einen derartig gewichtigen Erinnerungsort für die ostpreußische Bevölkerung (wohl aller Nationalitäten) dar, dass ihm diese Zäsur gerechtfertigt erscheint. Für die Zäsur 1933 lassen sich speziell für den Identitätsdiskurs als Grund anführen, dass unter der nationalsozialistischen Diktatur ein Diskurs im Sinne einer Debatte praktisch nicht möglich war, Diskurs im Sinne von Michel Foucault als „verfestigte Redeweise“ aber zu einem monolithischen Block degenerierte (dieser Problematik widmet Traba sein Schlusskapitel S. 387 ff.). Die Entscheidung für den genannten Zeitraum, über die der Autor vielleicht etwas ausführlicher hätte Auskunft geben können, rechtfertigt sich vor allem daraus, dass zwischen einem regionalen Heimatdiskurs und einem nationalen und in diesem Fall völkischen Heimatdiskurs ein Spannungsverhältnis besteht, und dass es eine besonders reizvolle Thematik darstellt, wenn diese Diskurse in einem republikanischen Staatswesen vor sich gehen. Letztlich stellt sich damit nämlich die Frage, wie völkisch die republikanische Gesellschaft der Weimarer Republik eigentlich war. Hier sei eine kritische Anmerkung erlaubt: Den Begriff „völkisch“ übersetzt Traba gelegentlich mit „volkistowski“, meist allerdings, vor allem bei Organisationsbezeichnungen u.ä., mit „narodowy“; letztere Übersetzung erscheint mir irreführend, denn völkisch hat inhaltlich wenig bis gar nichts mit national zu tun.

Robert Traba hält sich nicht sklavisch an seinen Zeitrahmen: Mehrfach kehrt er zu der Vorgeschichte zurück, so z.B. bei den Wurzeln der Heimatbewegung, und das Abschlusskapitel ist fast gänzlich dem Ausblick in das Dritte Reich gewidmet. Allerdings ist hier doch eine kritische Bemerkung angebracht. Es ergibt sich nämlich bei der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses in gewissem Sinn eine Lücke. Ostpreußen gehörte, trotz der langen Existenz unter hohenzollernscher bzw. preußischer Herrschaft, politisch erst seit 1871 zu Deutschland bzw. zum Deutschen Reich. Vorher war es weder ein Teil des Alten Reiches noch des Deutschen Bundes gewesen. Diese Tatsache ist nicht unbedeutend für den ostpreußischen Identitätsdiskurs, bildet sie doch den Hintergrund für das ständige Bemühen der deutschsprachigen Ostpreußen, ihr Deutschtum zu beweisen, bzw. für ihre Angst, von den übrigen Deutschen nicht als echte Deutsche anerkannt oder gar aufgegeben zu werden. Gerade daraus ergibt sich ja die wichtige mentale Bedeutung des Erlebnisses der russischen Besatzung 1914. Die Bollwerk-Ideologie war daher nicht nur wichtig für die Integration der Ostpreußen in ihre Provinz, sondern vor allem auch für die Integration in das Reich und für die Bedeutung Ostpreußens für das Reich und somit für das ostpreußische Selbstwertgefühl. Insofern wäre ein Abriss der Geschichte des ostpreußischen Identitätsdiskurses 1871–1914 in einem eigenen Einleitungskapitel von großem Interesse gewesen.

Die Struktur der Darstellung folgt den Fragestellungen. Die Einteilung nach dem „Wer?“ (wer waren die kollektiven Akteure, die Träger des Identitätsdiskurses in Ostpreußen), nach dem „Was?“ (was wird in dem Identitätsdiskurs verhandelt – Heimat/Volk, Bollwerk, Krieg/Feind) und „Wie?“ (die Inszenierung der Identität über Symbole und politische Riten) erweist sich als sinnvoll. Gerade bei den politischen Symbolen und Ritualen beweist der Autor seinen Sinn für das Wesentliche: der politische Totenkult, die Konstruktion des Tannenberg-Mythos und die Plebiszite von 1920 als moderne nationale Integrationserinnerung sind gut ausgewählt sowie überzeugend recherchiert und dargestellt – jedes dieser Kapitel stellt ein kleines Meisterstück dar. Es gelingt dem Autor auf diese Weise, eine Fülle von Material, Ideen und Aspekten, die dem Nichtspezialisten zunächst verwirrend erscheinen müssen, übersichtlich zu organisieren und dem Leser eine Lektüre entlang einem roten Faden zu ermöglichen – eine nicht gering zu schätzende darstellerische Leistung.

Hier können schon aus Platzgründen nicht die einzelnen Kapitel nacherzählt werden, weil der Rezensent Gefahr liefe, sich dann an

den vielen erstaunlichen und gut belegten Details, die der Autor mit bewundernswerter Akribie recherchiert hat, festzubeißen. Stattdessen soll im Folgenden näher auf das methodische Vorgehen eingegangen werden.

Robert Traba nutzt geschickt die neuesten methodischen und theoretischen Debatten in den Kulturwissenschaften für sein Thema. In seiner recht knapp geratenen methodischen Einleitung (Kap. 1.2) klärt er die wichtigsten Begriffe: Diskurs, politische Kultur, Erinnerung („pamięć“) (hier sich auf Barbara Szacka und vor allem Jan Assmann stützend), vor allem aber den Begriff der kollektiven Identität, hier stark unter dem Einfluss Leszek Kołakowskis. Dabei skizziert er diese methodischen Ansätze nur so weit, um seine Begrifflichkeit einleuchtend zu machen, verliert sich also nicht in einer ausführlichen wissenschaftsgeschichtlichen Darstellung. So sehr man das bedauern mag, verraten doch die wenigen Seiten eine profunde Kenntnis der internationalen wissenschaftlichen Diskussion, so reicht es doch für das Anliegen des Buches völlig aus; denn es geht ja dem Autor nicht darum zu beweisen, dass diese modernen wissenschaftlichen Ansätze generell zu neuen Erkenntnissen führen, und sie damit zu legitimieren, sondern darum, Diskursgeschichte, Gedächtnistheorie und Identitätsgeschichte (und damit auch Mentalitätsgeschichte) für sein Thema, das *Ostpreußentum*, mit Erkenntnisgewinn anzuwenden.

Eine so angelegte Arbeit steht und fällt vor allem damit, dass mehreren Erfordernissen Genüge getan sein muss:

- Die Begrifflichkeit muss in sich stimmig sein, präzise, aber nicht steif. Traba gelingt das in hervorragender Weise dadurch, dass er eine dynamische Begrifflichkeit benutzt, ohne dabei in eine Beliebigkeit zu verfallen – so werden Identität und kollektives Bewusstsein nicht als inhaltlich feste Größen behandelt, sondern als Prozess, und damit spielt ihre ständige Konstruktion eine wichtige Rolle. Sowohl die bezeichneten Phänomene werden als Prozesse geschildert als auch die Begriffe selbst prozessartig entwickelt und benutzt. Untersuchungen, deren Erkenntniswert unter anderem auf einer stringenten Begrifflichkeit beruht, laufen oft Gefahr, normativ zu argumentieren. Gerade die dynamische Begrifflichkeit, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch zieht, bewirkt, dass nirgends ein Hauch von Normativität auftaucht. An einer Stelle allerdings benutzt der Autor zwei Begriffe, die er nicht überzeugend voneinander abgrenzt: In der Zusammenfassung nennt er (S. 390) als wichtigste Punkte der spezifischen mentalen Landkarte des Ostpreußentums (*specyficzna mapa mentalna*

- „wschodniopruskości“) zum einen historiosophische Konstruktionen (konstrukcje historiozoficzne), zum anderen Mythen (mity). Die angegebenen Beispiele begründen in meinen Augen nicht überzeugend, wo der Unterschied liegen soll. Denn dass Wissenschaftler und damit auch Historiker de facto Mythen konstruieren und legitimieren, davon zeugt die Geschichte der Historiografie wohl in genügendem Ausmaß.
- Gerade damit sich beim Leser nicht der Eindruck einer textuellen Beliebigkeit einstellt, ist es notwendig, dass in der Darstellung ein ausgewogenes Verhältnis von Texten, gesellschaftlicher Praxis und der Welt der Symbole und Rituale hergestellt wird. Es geht darum, dass der Autor nicht den Boden der Realität unter den Füßen verliert und dann in der Folge den Leser diesen Realitätsbezug verlieren lässt. Voraussetzung ist (bzw. sollte für beide sein), dass Texte auch als Realität verstanden werden – d.h. auch die imaginierte Realität (wyobrazona rzeczywistość) ist Realität. Der Rezensent gesteht, dass er selten eine diskursanalytisch angelegte Untersuchung gelesen hat, die so deutlich beide Füße auf dem Boden der Realität behält, und zwar eben dadurch, dass es dem Autor gelingt, die Realität der Texte, Symbole und Rituale als ebenso gültige Realität erfahrbar zu machen wie die Realität, von der wir in der Regel ausgehen. Dies in der Sprache der Wissenschaft mit Erfolg zu bewerkstelligen, ist keine kleine Leistung. Die Schilderung der Rahmenbedingungen in Kap. 2 (Krieg, dann republikanischer Staat) und der institutionellen Strukturen (u.a. politische Parteien und Kirchen) sowie ausgewählter Verbände als kollektive Akteure des öffentlichen Lebens führt in die politische Realität ein und macht gleichzeitig verständlich, warum eine Untersuchung des ostpreußischen Identitätsdiskurses ein sinnvolles Desiderat ist. Die Konstruktion von Wirklichkeit in Kap. 3 anhand einer diskursanalytischen Untersuchung der Begriffspaare Heimat und Volk, Bollwerk und Bastion des Deutschtums sowie Krieg und Feind lässt eine imaginierte Realität entstehen, die von unbezweifelbarer politischer Wirkungsmächtigkeit ist und deshalb Realität darstellt. Die Inszenierung des Ostpreußentums durch politische Symbole und Rituale wird in Kap. 4 recht konkret geschildert und am politischen Totenkult, dem Tannenberg- und Hindenburg-Mythos sowie an der Mythisierung der Plebiszite festgemacht. Das Verhältnis der Behandlung gesellschaftlicher Strukturen und Praxis, von Texten und der Welt der Symbole und politischen Rituale ist zum einen ständig aufeinander bezo-

- gen und zum anderen in begrüßenswertem Ausmaß ausgewogen, so dass sowohl politikgeschichtlich interessierte wie kultur- und mentalitätsgeschichtlich orientierte Leser das Buch mit Gewinn lesen werden.
- Die diskursanalytische Untersuchung in Kap. 3 bietet dem Mentalitäts- und Kulturhistoriker einige ‚Leckerbissen‘, die gleichzeitig von der methodischen Flexibilität des Autors zeugen:
 - a. Zum einen kann er zeigen, warum die Identitätsdiskurse der nationalen Minderheiten, also der Polen und Litauer, sowie eines großen Teils der Sozialdemokraten und der Kommunisten hier keine Berücksichtigung finden können, fand doch hier die für das Ostpreußentum so charakteristische Verbindung von nationalem und regionalem Identitätsdiskurs nicht statt; die Verbindung Heimat-Vaterland spielte in deren Diskursen keine vergleichbare Rolle.
 - b. Die Selbstmythisierung bzw. Selbststilisierung als Bollwerk und Bastion des Deutschtums als ein gegen slawische und andere Völker gerichtetes deutsch-ostpreußisches Autostereotyp enthält eine hochinteressante Ambivalenz: Zum einen konstruiert es sich als Antemurale gegen die Barbarei, also als ein Bollwerk der Zivilisation gegen die Unkultur – hier ist es mit anderen Antemurale-Vorstellungen (z.B. den polnischen der frühen Neuzeit) strukturell vergleichbar; zum anderen aber bewirken die zunehmend antimodernen Inhalte (hier folgt der Autor S. 243 Hinweisen von Hubert Orłowski) eine Frontstellung gegen die literarische und künstlerische, aber auch soziale Entwicklung Europas. Dadurch wechselt dieses Autostereotyp mit der Zeit hin zur Bedeutung: ‚Bollwerk der Antizivilisation‘. Das Feindbild markiert immer noch die anderen als Barbaren, man selbst aber verfolgt Inhalte, die die moderne Zivilisation ablehnen – und damit landet eigentlich dieser Diskurs in einer argumentativen Sackgasse, die nur über eine noch stärkere emotionale Aufladung zu überwinden ist. Diese Ambivalenz findet sich meines Wissens nicht in vergleichbaren anderen Antemurale-Vorstellungen, auch die konservativen Utopien über den amerikanischen Westen (z.B. des Filmregisseurs John Ford) sind hier nicht vergleichbar. Ich würde dies als eine spezifisch deutsch-völkische Variante einer Antemurale-Konzeption bezeichnen.
 - c. In Verbindung damit ist Feindbild-Konstruktion von großem Interesse, zeigt sich hier doch die wechselseitige Abhängigkeit,

- ja das dialektische Verhältnis von Heterostereotyp und Auto-
stereotyp. Der Autor zeigt dabei (Kap. 3.3.5), dass er das Instru-
mentarium der historischen Stereotypenforschung beherrscht.
- d. War der „ostdeutsche Mensch“ oder der „ostpreußische
Mensch“ ein Mann oder eine Frau? In Kap 3.2.5 wird der Zu-
sammenhang zwischen der kollektiven Selbst- und Fremdkon-
struktion und der Konstruktion von Weiblichkeit bzw. Männ-
lichkeit recht scharfsinnig, wenn auch etwas knapp untersucht.
Hier wird die *gender*-Thematik nur angetippt, es bleibt zu hof-
fen, dass sich der Autor später einmal dieser Frage ausführlicher
widmen wird, denn auf die Rolle von Geschlechterbildern im
völkischen deutschen Diskurs hat schon vor über 30 Jahren
Klaus Theweleit in seinen „Männerphantasien“ hingewiesen.
- Für die Inszenierung einer kollektiven Identität, so auch des Ost-
preußentums, ist die kollektive Erinnerung von ausschlaggebender
Bedeutung. Traba nutzt hier die Ergebnisse der neueren Debatten
zur Erinnerungstheorie. Interessant ist, dass immer dann, wenn
das Wort „pamięć“ (Erinnerung) fällt, das Funktionsgedächtnis
im Sinne von Aleida Assmann² gemeint ist und nicht das Spei-
chergedächtnis. Es geht also nicht um alles Erinnernte, sondern um
den Bereich des kollektiven Gedächtnisses, der identitätsprägend
ist bzw. für den kollektiven Identitätsdiskurs relevant ist.
 - Eine methodisch so angelegte Arbeit muss auf einer sicheren Quel-
lenbasis beruhen, d.h. der Textkorpus muss überzeugend und nicht
zufällig ausgewählt sein. Das ist umso wichtiger, als es bei einer
diskursanalytischen Arbeit in der Regel nicht um Vollständigkeit,
ja nicht einmal um die Breite des Quellenmaterials geht. Da Dis-
kursgeschichte nicht primär nach dem Gesagten fragt, sondern
nach dem Sagbaren (auch wenn in der Regel eine historische Dis-
kursanalyse das Sagbare nur durch Gesagtes belegen kann), ist je-
der relevante Text passend und hinreichend. Umso wichtiger ist es,
dass die Auswahl des Textkorpus überzeugend ist. Der Autor stützt
seine Arbeit auf während des Untersuchungszeitraums öffentlich
zugängliches Schrifttum wie Broschüren, schöne Literatur, Erinne-
rungen, Zeitschriften und Zeitungen, die er in üppiger Menge aus-
breitet. Darüber hinaus hat er Archive in Polen und Deutschland
konsultiert. Ich kann nicht beurteilen, ob diese Quellenauswahl

² Die diesbezüglich bahnbrechende Arbeit von Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. For-
men und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München 1999, wird allerdings nicht
genannt.

vollständig ist. Jedenfalls ist sie in jeder Hinsicht überzeugend, zeigt sie doch, dass sowohl der interne Behördendiskurs als auch der öffentliche Diskurs in die gleiche Richtung liefen. Dass der Leser bei dieser üppigen Fülle von Quellenmaterial nicht darin ertrinkt, ist nur den darstellerischen Fähigkeiten des Autors zuzuschreiben.

Trabas Buch stellt zweifellos eine erstaunlich reife wissenschaftliche Leistung dar, und das nicht nur deshalb, weil dieses Forschungsfeld bisher in der polnischen ebenso wie in der deutschen Forschung weitgehend brach lag. Seine Ergebnisse werden die Forschung zur Problematik der Konstruktion des „deutschen Ostens“ bedeutend vorwärts bringen. Dabei empfindet es der Rezensent als sehr erfrischend, die detaillierte Beschreibung eines Identitätsdiskurses in der Vergangenheit ohne ständigen Betroffenheitsgestus zu lesen – und damit ohne ständige Hinweise auf den Zweiten Weltkrieg und die Vertreibung. Es ist zu begrüßen, dass der Arbeit weitgehend der teleologische Aspekt fehlt, also die übliche Schlussfolgerung, dass sich aus dem zunehmend völkischen Identitätsdiskurs der ostpreußischen Region der Nationalsozialismus und daraus der Zweite Weltkrieg und daraus die Vertreibung ergeben habe. Vielmehr gelingt es Robert Traba in seinem Buch, dieses schwierige Thema als einen offenen Prozess zu beschreiben. Und das ist – neben der Feststellung, dass es sich sehr spannend liest – vielleicht das höchste Lob, das man diesem Buch ausstellen kann.

Hans Henning Hahn, Oldenburg

Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, hrsg. v. Carsten Goehrke u. Seraina Gilly. Bern (u.a.): Peter Lang 2000, 741 S. (Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich. 93).

Das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocksystems, der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens haben die politische Landschaft Osteuropas von Grund auf verändert. Zwischen Baltikum und Balkan haben die einstigen Sowjetrepubliken und die Satellitenstaaten Moskaus ihre Souveränität und Unabhängigkeit wiederherstellen bzw. zum ersten Mal in ihrer Geschichte erreichen können.

Damit einher gingen der Übergang zu Marktwirtschaft und demokratischer Herrschaftsorganisation, die Auflösung der überkommenen Strukturen und der Versuch, Staat und Gesellschaft in einem vielfachen Transformationsprozess zu erneuern. Diese im gesamten östlichen Europa vonstatten gehenden Anpassungs- und Modernisierungsbemühungen wie auch deren Erfolge unterscheiden sich jedoch nach Art, Intensität und Umfang in einem erheblichen Maße. Sie veranlassen die Herausgeber, durch eine Vergleichsstudie der einzelnen Länder und vor dem Hintergrund ihrer Geschichte Erklärungsansätze für die Frage zu liefern, warum die Transformationsprozesse in den einzelnen Staaten einen so unterschiedlich Verlauf nahmen. Wie Herausgeberin und Herausgeber S. Gilly und C. Goehrke in ihrer Einleitung hervorheben, wollten sie dabei vor allem die historische Tiefendimension der beobachteten Prozesse verdeutlichen, da die Dynamik der aktuellen Entwicklungen jede Gegenwartsanalyse rasch veralten lasse. Festgehalten in den Beiträgen ist die Entwicklung bis 1998, da die Publikation den Ertrag einer Seminarveranstaltung des Historischen Seminars der Universität Zürich im Wintersemester 1997/98 darstellt.

Der Sammelband gliedert sich in mehrere Teile. Einem einführenden theoretischen Beitrag folgen die eigentlichen Länderanalysen. Dem schließen sich zwei Studien zu den Besonderheiten der politischen Kultur in Polen und Serbien an, bevor im Schlussteil eine historische Bilanz versucht wird.

Im einführenden Beitrag versucht S. Gilly Terminus und Phänomen der Transformationsprozesse mit ihren vielfältigen Facetten aus der Sicht der Betroffenen wie von außen her zu erfassen und zu identifizieren. Sie diskutiert die unterschiedlichen Erklärungsansätze, zeigt die osteuropäische Transformation in einem Spannungsbogen zwischen Desintegration der alten Verhältnisse und Integration nach neuen Paradigmen, die sie mit den Kategorien von Nationalismus, Modernisierung, Globalisierung und Zivilgesellschaft beschreibt und auf Wirkmächtigkeit im osteuropäischen Kontext untersucht. Sie kommt schließlich zu dem Schluss, dass für Europäisierung und transnationale Integration die Stabilität auf nationaler Ebene eine wichtige Voraussetzung bildet.

Das „Legitimitätsdefizit des politischen Systems als Hindernis der ökonomischen Transformation“ verdeutlicht Stefan Wiederkehr am Beispiel Russland. Seine Studie zeigt, wie das historische Erbe aus vorrevolutionärer Zeit, die Defizite des Sowjetsystems, strukturelle und mentale Kontinuitäten sowie die Unzulänglichkeiten der Perestrojka

und ihre Folgen die Entwicklung Russlands unter El'cin bestimmten und die Transformation behinderten. In seiner Analyse mittels des Merkelschen Mehrebenenmodells der demokratischem Konsolidierung gelangt der Autor zu dem Schluss, dass lediglich auf institutioneller Ebene der Übergang zur Demokratie vollzogen sei, während im Falle der Eliten, bezüglich der Einstellung der Bevölkerung sowie auf der Ebene von Parteien- und Verbandswesen davon keine Rede sein könne. Die „Reformen“ Putins vor Augen, ist man allerdings geneigt, dies inzwischen auch für die erste Ebene wieder in Frage zu stellen. Gleiches gilt *mutatis mutandis* für Wiederkehrens positives Fazit über die Zentrum-Peripherie-Beziehungen in der Russländischen Föderation, da hier von Verrechtlichung und Dezentralisierung kaum noch die Rede sein kann. Hier heißt Moskaus Losung seit Jahren: Stabilisierung und Ausbau der präsidentialen Machtvertikalen.

Die Situation in Ostmitteleuropa wird an den Beispielen Ungarn, Tschechoslowakei und Lettland untersucht. Marcel Hilzinger und Viviane Niederegger führen die raschen Fortschritte der Transformation in Ungarn auf die historisch verwurzelte Westbindung des Landes, die Entstehung einer westlich orientierten neuen Elite im Kádár-System und auf den von allen postkommunistischen Regierungen am zielstrebigsten betriebenen Systemwandel zurück. Für die Tschechoslowakei sehen Daniel Jetel und Mirjam Schram die frühen zivilgesellschaftlichen Ansätze aus der Zwischenkriegszeit und die starke Verankerung des geistigen Vermächtnisses der ersten Republik in der Gesellschaft als ein positive Kraft, die sich immer wieder dem kommunistischen Regime widersetzt und die politische Kultur des unabhängigen Staates mitgeprägt habe. Historisch bedingt von geringerer Bedeutung sei dieses Vermächtnis dagegen für die Slowakei gewesen, deren Entwicklung leider nur mit wenigen Sätzen bedacht wird. Auch für Lettland werden die Erfahrungen und vielfältigen Errungenschaften der Zwischenkriegszeit als wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der Transformationsprozesse identifiziert. Ihre Wirksamkeit blieb jedoch durch retardierende Momente eingeschränkt, für die K. Nāf u.a. nicht nur die repressive Politik St. Petersburgs und Moskaus, sondern auch regionale Besonderheiten, angefangen von den Defiziten einer maroden Landwirtschaft bis hin zu den Problemen der Verkehrsinfrastruktur und der restriktiven Politik des Landes gegenüber den ostslavischen Minderheiten, verantwortlich macht.

Unter der Überschrift „Übergangszonen zwischen lateinischem und orthodoxem Europa“ werden von Stefanie Jud die Ukraine und von Christophe v. Werdt Weißrussland behandelt. Während sich der Bei-

trag zur Ukraine auf eine eher deskriptive Skizze der Entwicklung seit den 1970er Jahren beschränkt, liefert Werdt unter dem Titel „Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion“ eine faktendichte Darstellung über Belarus' seit der Perestrojka. Hier werden auf luzide Weise Hintergründe, historische Strukturen, Faktoren und Entwicklungselemente herausgearbeitet, die konstitutiv für die „Resowjetisierung“ des Landes unter Lukašenkas Regiment waren. Dessen Qualifizierung durch Werdt als autoritär-populistisch und konservativ-sowjetnostalgisch ist allerdings fast eine Untertreibung, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat. Werdt ist auch mit einer zweiten Studie vertreten, in der er einen Vergleich der nationalen Identitätsentwicklung in der Ukraine und in Weißrussland anstellt, zwischen zwei Staaten, die erst durch die Sowjetherrschaft mit den „Attributen einer quasi-Nation und eines quasi-Staates ausgestattet“ (S. 333) worden seien. Der Autor kommt dabei erwartungsgemäß zu dem Ergebnis, dass – anders als in Weißrussland – in der Ukraine die Voraussetzungen für ein modernes nation-building eher gegeben gewesen seien, weil schon in vorsowjetischer Zeit Ansätze einer modernen, vernetzten nationalen Gesellschaft existiert hätten und in der Zwischenkriegszeit zentrale Elemente der nationalen Mythologie in das sowjetukrainische Bewusstsein integriert worden seien.

Der Südosteuropa gewidmete Abschnitt beginnt mit einer Darstellung der wichtigsten Etappen des Wandlungsprozesses in Bulgarien. Zdravko Ružičić und Igor Spaček heben dabei die vielfältigen Traditionen und historisch bedingten Besonderheiten, Struktur- und Modernisierungsdefizite, die mangelnde Demokratieerfahrung, aber auch die rigorose Machtausübung der Moskauer besonders treuen bulgarischen KP als entwicklungsbestimmende Faktoren hervor. Auch die traditionell sehr konservative Landbevölkerung betrachten sie als ein Element, das sich bis weit in die 90er Jahre hinein radikalen Transformationsbestrebungen widersetzt habe.

Mit einer Charakterisierung der Ceaușescu-Periode und dem Dezember-Umsturz 1989 beginnt D. Ursprungs Darstellung über Rumänien, bevor dessen Transformationsprobleme im historischen Kontext beschrieben werden. Neben dem kommunistischen Erbe und dessen unmittelbaren Folgen wirkte die mit der Wende wieder deutlicher zu Tage tretende regionale Fragmentierung des Landes als ein Modernisierungshemmnis, das sich auch in Form von Zentrum-Peripherie-Konflikten und einem deutlichen Stadt-Land-Gefälle offenbarte. Die Mischung und Überlagerung von alten und neuen Strukturen sowie fehlende Modernisierungsressourcen hätten schließlich zu Krise und

Stagnation des Transformationsprozesses geführt. In Makedonien, so zeigt N. Boškova's Beitrag, setzte die politische und wirtschaftliche Transformation verspätet ein, weil sich das neue Staatswesen erst konsolidieren musste. Entwicklungshemmend erwies sich mit UN-Sanktionen, griechischer Blockadepolitik und NATO-Intervention im Kosovo die schwierige außenpolitische Situation. Auch dadurch bedingte ethnische Spannungen kamen hinzu und brachten das Land immer wieder in krisenhafte Situationen. Die Autorin beendet ihre Darstellung mit einer recht einseitigen Beschreibung der – sicherlich nicht immer konsistenten – Balkanpolitik der EU und der Verabschiedung des Balkan-Stabilitätspaktes. Differenzierter in Analyse und Urteil sind N. Ammann und L. Sguitamanti in ihrem Beitrag zu Albanien. In einem informativen Überblick zeichnen sie die Entwicklung seit der Endphase des Enver-Hoxha-Regimes bis über das „Chaos-Jahr 1997“ hinaus nach. Sie berühren dabei die Spezifika der Wirtschaftsverfassung des Landes, skizzieren die (damals gerade virulent werdende) albanische Frage und gehen auf die konfessionellen Aspekte sowie die von vormodernen Verhältnissen geprägte, tribal bestimmte Gesellschaftsstruktur ein. Während sie die traditionelle religiöse Toleranz der Albaner als ein stabilisierendes Element des Transformationsprozesses hervorheben, dient den Autoren der wiederholte Zusammenbruch der staatlichen Strukturen nach 1990 als Beleg dafür, dass die „Akzeptanz des Staates bei der Bevölkerung über eine wirtschaftliche ‚Zweckinstitution‘ nicht hinausgeh[e]“ (S. 526) und der Staat als Institution durch Gruppen- und Sippeninteressen sich stets in Frage gestellt sehe.

Im Abschnitt Kontraste untersucht zunächst L. Imhof das „Phänomen Solidarność“ in Polen. Er betrachtet und beschreibt die Gewerkschaftsbewegung nicht als Ergebnis einer politisch-ideologischen Debatte, sondern als Ausdruck eines gesellschaftlichen Lernprozesses, durch den die Arbeiterschaft mobilisiert werden konnte. Dabei verweist er zu Recht auf Adam Krzemińskis Beobachtung, dass etwa im Unterschied zur DDR, die ein Zustand gewesen sei, Volkspolen eine Bewegung, ein Prozess, die kontinuierliche Auseinandersetzung zwischen Partei und sich widersetzender Bevölkerung dargestellt habe. Auch die enge Kooperation zwischen Intellektuellen und Arbeitern habe bei der Entfaltung der Streikbewegungen eine ganz wesentliche Rolle gespielt. Im weiteren wird der Einfluss von Solidarność auf den Systemwechsel sowie die Wandlungen untersucht, die durch Kriegsrecht, Untergrund und programmatische Diversifizierung die Bewegung veränderten und schließlich zu einer Trennung der Idee

und des Symbols *Solidarność* von der Organisation im engeren Sinn geführt haben. Seither waren Spaltungen, Fraktionsbildungen und grundlegende Auseinandersetzungen kennzeichnend. Sie seien Ausdruck zweier gegensätzlicher Auffassungen gewesen: einmal der Perception von Gesellschaft als einem Raum freier Selbstorganisation, in dem der Staat zurückgedrängt und die Nation als „*ideelle* Kulturgemeinschaft“ nur eine sekundäre Rolle spielen sollte, und einer nationalen Auffassung, der zufolge eine „konkret vorgestellte (nationale) *Gemeinschaft* Trägerin der Grundrechte und Freiheiten“ (S. 581) dargestellt habe. Den Erfolg seiner Transformation, so Imhof, verdanke Polen schließlich der Tatsache, dass es sich nach 1990 von den „einst so wichtigen historisch-nationalen Mythen“ (S. 597) abgewendet habe.

Als einen europäischen Sonderfall beschreibt D. Venutti Aufstieg und Regime Miloševićs in Serbien. Der Autor skizziert zunächst dessen politischen Werdegang vom kommunistischen jugoslawischen Funktionär zum „Führer des serbischen Volkes“ (S. 601). Als Schlüsselereignis, das Venutti in einem etwas schiefen Vergleich als „Paulus-Erlebnis“ apostrophiert, deutet er wohl zu Recht dessen Auftritt im April 1987 im Kosovo, wo der Belgrader Politiker zum serbischen Nationalisten und Chauvinisten geworden sei. Miloševićs Aufstieg wird dabei im Kontext der sich zuspitzenden Probleme und Konflikte Jugoslawiens nach Tito nachgezeichnet, der eine „Modernisierungsrüine“ hinterlassen habe. Die Hintergründe werden sehr einleuchtend anhand der zahlreichen strukturellen Defizite und Probleme des jugoslawischen Staatswesens seit dessen Gründung und im Kontext der Besonderheiten der serbischen Geschichte dargestellt. Sie haben sich lange als nur schwer zu überwindende Modernisierungshindernisse erwiesen und in der von oben gesteuerten und vom Staat durchdrungenen Gesellschaft keinen Raum für zivilgesellschaftliche Autonomie, politischen Pluralismus und demokratischen Interessenausgleich entstehen lassen. Nur in einer solchen Situation konnte ein skrupelloser, von Pragmatismus und Opportunismus beherrschter Machtmensch nach oben kommen.

Den Abschluss des Bandes bildet unter der Überschrift „Transformationschancen und historisches Erbe: Versuch einer vergleichenden Erklärung auf dem Hintergrund europäischer Geschichtslandschaften“ ein umfangreicher Beitrag des Herausgebers C. Goehrke. Er geht zunächst von der Beobachtung aus, dass das für die westliche Welt stehende Europa der EU den Transformationsländern des östlichen Europas als politisches, ökonomisches und gesellschaftliches Modell gedient und als Ausgangspunkt und Zentrum die dynamische Ent-

wicklung Europas seit dem Mittelalter bestimmt hat. Daraus ergibt sich seine zweite Prämisse, die in dem vorliegenden Sammelband vorgestellten Staaten und Völker hätten sich im Laufe ihrer Geschichte in unterschiedlichem Maße im „Ausstrahlungsbereich“ dieses ‚dynamischen Zentrums‘ befunden und seien von ihm mitgeprägt worden. Daher geht er der Frage nach, inwieweit die unterschiedlichen Transformationsergebnisse in den Ländergruppen mit Dauer und Intensität ihrer historischen Beziehungen zu jenem Zentrum innerhalb des lateinisch geprägten Europa zusammenhängen. In einer so konzisen wie fundierten Analyse der sozialökonomischen Entwicklung, der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, der Rolle der Eliten im Modernisierungsprozess sowie der Wirkmächtigkeit von Traditionen und Mentalitäten als Ergebnis über lange Zeiträume gewachsener Sozialisationsvorgänge lässt er die Unterschiede zwischen vier Ländergruppen und Geschichtslandschaften deutlich werden. Die Staaten der in der Transformation am weitesten fortgeschrittenen Gruppen (Tschechien, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland sowie Lettland, Litauen, Slowakei) zählen demnach ausschließlich zum westlich-lateinischen, die beiden nachfolgenden (Russland, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Makedonien sowie Ukraine, Belarus, Serbien, Albanien) mit der Ausnahme Kroatien zum östlich-orthodoxen Europa. Damit werden, wie Goehrke als Befund seiner Untersuchung hervorhebt, die „historisch gewachsenen Zusammenhänge zwischen Transformationserfolg und soziokultureller Prägung“ offenkundig (S. 738). Geografische Nähe zum dynamischen Zentrum, die Herausbildung einer „societas civilis“ sowie die Orientierungsrichtung der Eliten sind dafür weitere wichtige Voraussetzungen. Dass auch der Nationalismus ein zwar ambivalentes, aber aufgrund seiner die gesellschaftliche Kohärenz fördernden und die politische Dynamik unterstützenden Eigenschaften ein wesentliches Steuerelement der Transformation darstellt, ist eine weitere Erkenntnis der angestellten Untersuchungen. Weißrussland einerseits, Serbien und Kroatien andererseits werden hier zu Recht als anschauliche Beispiele angeführt. Goehrkes Bilanz und Fazit, dass „erst dann, wenn man tief in die Geschichte zurückgreift, sich die Kausalitäten voll erschließen, welche die Gegenwart bestimmen“ (S. 741), kann man uneingeschränkt zustimmen; nicht zuletzt auch deshalb, weil seine Erkenntnisse auf einer sehr anregenden, soliden, informationsdichten wie kritischen Analyse beruhen.

Auch wenn die Entwicklung in den hier vorgestellten Staaten vielfach vorangeschritten ist, wird der Sammelband seinen Wert behalten.

Naturgemäß sind nicht alle Beiträge von gleicher Qualität. Tatsächlich zu monieren gibt es aber nur Lässliches: An der einen oder anderen Stelle ein vielleicht zu apodiktisches Urteil, etwa dass in Weißrussland „a priori“ jegliches Interesse am Westen gefehlt habe bzw. fehle. Dass der Europäische Rat mit dem Europarat verwechselt wird, geschieht auch anderswo, und dass die Kirchenunion von Brest in der Westukraine, in den galizischen Bistümern, erst 1700 tatsächlich vollzogen wurde, kann man als Insiderwissen durchaus übersehen.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“: Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Bd. 2: Zentralpolen, bearb. v. Jerzy Kochanowski; Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien), bearb. v. Ingo Eser; Bd. 3: Wojewodschaft Posen, bearb. v. Stanisław Jankowiak; Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern), bearb. v. Katrin Steffen; Bd. 4: Wojewodschaften Pommerellen und Danzig (Westpreußen), bearb. v. Ingo Eser u. Witold Stankowski; Wojewodschaft Breslau (Niederschlesien), bearb. v. Claudia Kraft u. Stanisław Jankowiak. Marburg 2003/04, 768, 701, 805 S. (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas. 4/II-IV).

Die Ergebnisse des gemeinsamen deutsch-polnischen Editionsprojektes polnischer amtlicher Akten zur Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen 1945–1950 liegen nun auch in einer umfangreichen, vom Marburger Herder-Institut besorgten und fast 3 000 Seiten umfassenden deutschen Fassung vor. Die Fertigstellung der Übersetzung bietet Gelegenheit zu einer Diskussion der Ergebnisse dieses mit Abstand größten zeithistorischen deutsch-polnischen Projektes, in dem 1997–2000 jeweils vier deutsche und polnische Historiker beschäftigt waren. Bereits aus zeitlicher Distanz kann wohl gesagt werden, dass dieses Projekt die umfangreichste Frucht der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zum Thema Zwangsmigrationen in einer Periode war, die noch nicht wie der Beginn des 21. Jahrhunderts von politischen Auseinandersetzungen um das Thema instrumenta-

liert und beeinträchtigt war. Es ist fraglich, ob ein solches Projekt heute noch, getragen vom Wohlwollen der staatlichen Archivverwaltungen auf beiden Seiten und einer nicht durch äußere Einflüsse gestörten deutsch-polnischen Zusammenarbeit agieren könnte.

Durchgesehen wurde von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern ein erheblicher Teil der staatlichen Überlieferung in den polnischen zentralen und regionalen Archiven (zu einzelnen Ausnahmen siehe unten). Aus internen Gründen nur begrenzt zugänglich war die Überlieferung des polnischen Innenministeriums und der Behörden für staatliche Sicherheit – wobei diese Lücke angesichts der benutzten 20 Archive nur für spezifische Fragen schwerer ins Gewicht fällt. Die polnische Fassung erschien 2000/01,¹ die deutsche Fassung drei Jahre später, was angesichts des Umfangs der Übersetzung auch eine erhebliche logistische Leistung darstellt. Die Übersetzung ins Deutsche erreicht trotz der nicht einfachen Materie (Übersetzungen von Verwaltungsquellen aus einem anders organisierten Staatsapparat) eine gute Qualität; sicher kann man über Details streiten, aber der Rezensent fand keinerlei sinnentstellende Fehler. Gegenüber der polnischsprachigen Originalfassung weist die deutsche Ausgabe in Band 4 sogar noch ca. 30 Dokumente auf, die im Original fehlten, während einige Doppelungen der polnischen Vorlage in der deutschen Ausgabe nur in Regestenform geboten wurden (vgl. Bd. 4, S. VII mit Hinweis auf die Kennzeichnung der zusätzlichen bzw. entfallenen Dokumente). So ist insbesondere für Band 4 über weite Strecken die deutsche Ausgabe gegenüber der polnischen Vorlage vorzuziehen.

Der Aufbau der Edition bietet nach zentralen Dokumenten (Bd. 1) in den Bänden 2-4 eine sinnvolle regionale Anordnung entlang der in Polen nach 1945 gültigen Verwaltungsgliederung. Innerhalb dieser Gliederung werden die Dokumente chronologisch gegeben und jeweils von einem Kurzregest und dem Provenienznachweis eingeleitet.

Vorangestellt werden für jede Region umfangreiche Einleitungen, in denen zumeist Probleme der Quellenlage, die Spezifika der Region und der einheimischen Bevölkerung, ein – teilweise weit zurückreichender – Abriss der Geschichte der Region vor und im Zweiten Weltkrieg sowie der Ablauf von Zwangsaussiedlung, Strafmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung, Zwangsarbeit sowie Rehabilitation und Verifizierung beschrieben werden. Fraglich ist, ob die teilweise bis ins Mittelalter zurückreichenden Einführungen in die-

¹ „Nasza ojczyzna stała się dla nas obcym państwem...“. Niemcy w Polsce 1945–1950. Wybór dokumentów, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. 4 Bde., Warszawa 2000/01.

ser ausführlichen und weit zurückreichenden Form immer zwingend sind (etwa Bd. 3, S. 3-10, Bd. 4, S. 6-10); überzeugender erscheinen die Einleitungen, die nur knapp die Ausgangslage vor und die Ereignisse im Zweiten Weltkrieg skizzieren.

Fachhistorisch problematisch ist nur die Einleitung zum ersten Teil von Band 3 (Wojewodschaft Posen), die einen im Detail nicht überzeugenden Abriss großpolnischer Geschichte liefert und insbesondere die ostbrandenburgischen und neumärkischen Territorien, die im Nachkriegspolen zum Lebusser Land (*Ziemia lebuska*) zusammengefasst und an Großpolen angegliedert wurden, nicht angemessen berücksichtigt. Diese Lücke fällt ins Gewicht, denn die deutsche Bevölkerung wurde in der Region mehrheitlich gerade aus diesen Gebieten ausgesiedelt.

Dauerhaften Wert besitzen – zumal für das deutschsprachige Publikum – Einführungen in Quellensituation und -bestände, wie sie mustergültig zu Zentralpolen und Oberschlesien geliefert werden (Bd. 2, S. 4-7, 356-360). Leider fehlen vergleichbare Einführungen zu den beiden letzten Bänden. Insgesamt leisten die Einleitungen der Bearbeiterinnen und Bearbeiter erheblich mehr als bloße „Einführungen“, sondern bieten auf breiter Quellenkenntnis aufbauende „Minimonografien“ über die Politik gegenüber den Deutschen in der betreffenden Region sowie die Etappen und den Ablauf der Zwangsmigrationen. Zu wünschen wäre, dass diese regionalen Abrisse umfangreicher rezipiert würden, denn sie gehen vielfach über den bisherigen Forschungsstand erheblich hinaus und liefern insbesondere für die deutschsprachige Forschung eine Fülle von bisher nicht oder nur unzureichend bekannten Fakten. Aktuelle Darstellungen greifen zu selten auf diese Einführungen zurück, möglicherweise weil sie in dieser Qualität in einer Edition nicht vermutet werden.

Auch die vorgelegte Auswahl der Dokumente überzeugt fast durchweg. Geboten wird ein chronologisch angeordneter Querschnitt aus den zentralen Warschauer Archiven (vor allem Staatsarchiv Neuer Akten, Zentrales Militärarchiv und Zentralarchiv des Innenministeriums) und den Regionalarchiven. Ausdrücklich vermerkt wird die Nichtberücksichtigung des Oppelner Regionalarchivs (Bd. 2, S. 356), tendenziell schwächer vertreten sind auch die niederschlesischen Archive (*Zielona Góra* mit Abteilungen). Imponierend ist angesichts der auf vier Jahre begrenzten Laufzeit des Projekts die logistische Leistung der Zusammenführung von verstreuten und sich teilweise ergänzenden Aktenbeständen aus 20 Archiven. Eine Erläuterung und Einordnung der vorgelegten Dokumente ist naturgemäß nur ansatz-

weise möglich, zumal es sich vielfach um nur bruchstückhaft überliefertes improvisiertes Staatshandeln aus den Nachkriegsmonaten und schwer kontextualisierbare Einzelvorgänge handelt.

Zugleich macht eine Durchsicht der gesamten Quellenauswahl auch die bestehenden Editions-lücken zu Zwangsmigrationen deutscher Bevölkerung aus dem 1945 neu konstituierten polnischen Staat deutlich.

1. Offensichtlich sind die Lücken im Bereich der Arbeitslager für Deutsche: Diese Lager wurden weitgehend vom „Amt für öffentliche Sicherheit“ (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego) verwaltet, dessen Akten für die Edition mehrheitlich nicht zugänglich waren. Inzwischen liegen in polnischer Sprache Überblicke und Editionen zu solchen Arbeitslagern vor, so dass diese Lücke teilweise geschlossen wurde.² Grundsätzlich erhalten bleibt das Desiderat einer Edition von Akten aus dem Bereich des „Amtes für öffentliche Sicherheit“ zur Politik gegenüber Deutschen 1945–1950 und zur Rolle des Amtes bei den Zwangsaussiedlungen.
2. Die fehlende Zugänglichkeit kirchlicher (katholischer) Archive ist in der Edition spürbar, stellt aber eher eine Entlastung dar und trägt zu der sinnvollen Profilierung auf staatliche Quellen bei. Es ist nur zu hoffen, dass mittelfristig eine Aktenedition zur Politik der polnischen katholischen Hierarchie und der Kirchenvertreter vor Ort gegenüber den Deutschen möglich wird.
3. Die wohl empfindlichste Lücke der Edition liegt jedoch in dem Fehlen sowjetischer Akten, denn die sowjetischen Militärbehörden gestalteten insbesondere in einigen Regionen (Pommern, Niederschlesien) über Jahre das Vorgehen gegenüber der verbliebenen deutschen Bevölkerung. Auch hier wäre ein gesondertes Editionsprojekt sowjetischer Akten zur Politik gegenüber den Deutschen in Polen 1945–1950 wünschenswert.

Insgesamt bietet die vierbändige Edition ein detailliertes und facettenreiches Bild der „offiziellen“ staatlichen Politik gegenüber der verbliebenen deutschen Bevölkerung. Offen muss auf der Basis der staatlichen Archivüberlieferung bleiben, inwieweit diese Akten die tatsächliche Politik vor Ort normieren und widerspiegeln, oder ob

² Bogusław Kopka, *Obozy pracy w Polsce 1944–1950. Przewodnik encyklopedyczny [Arbeitslager in Polen 1944–1950. Enzyklopädischer Führer]*. Warszawa 2002; Einzelstudien: *Obozowe dzieje Świętochłowic, Eintrachtshütte-Zgoda [Lagergeschichte von Schwientochlowitz]*, hrsg. v. Adam Dziurok. Katowice 2002 (Konferencje IPN. 5); *Obóz pracy w Świętochłowicach w 1945 roku. Dokumenty, zeznania, relacje, listy [Das Arbeitslager in Schwientochlowitz 1945. Dokumente, Aussagen, Berichte, Briefe]*, hrsg. v. Adam Dziurok. Warszawa 2002 (Dokumenty. 7).

hier erhebliche Abweichungen zu verzeichnen sind. Solch ein regionaler oder lokaler Blick „von unten“ könnte neben dezidiert regional angelegten Monografien den nächsten Schritt in der Erforschung der Zwangsmigrationen darstellen.

Hans-Jürgen Bömelburg, Lüneburg

Thomas Urban, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck Verlag 2004 [Rezensioniert nach der Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, 223 S.].

Es ist gar nicht so lange her, da wurde die Verschwörungstheorie verbreitet, über die Vertreibung der Deutschen sei 50 Jahre mehr oder weniger geschwiegen worden, jetzt sei aber die Zeit gekommen, das Tabu zu brechen und die Opferrolle der Deutschen im Zweiten Weltkrieg stärker als bisher zu betonen. Abgesehen davon, dass diese These schon zum damaligen Zeitpunkt weit hergeholt war und mit der historischen Realität auch nicht das Geringste zu tun hatte – kaum ein Thema vielleicht außer dem Holocaust wurde in den 40 Jahren Bonner Republik so gründlich untersucht wie die Vertreibung –, haben die letzten zehn Jahre eine Fülle neuer Publikationen zu diesem Thema hervorgebracht, die quantitativ alles in den Schatten stellten, was die Dönhoffs und Krockows in den Jahrzehnten zuvor publiziert hatten. Dabei entstand auch eine Reihe gelungener und weiterführender Arbeiten. An vorderster Stelle ist sicherlich die vierbändige Quellenedition über die Deutschen in Polen zwischen 1945 und 1950 zu nennen, die in Deutschland das Marburger Herder-Institut herausgegeben hat.¹

Der Warschauer Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ Thomas Urban engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Diskussion um Vertreibung und das vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) angestrebte „Zentrum gegen Vertreibungen“. In dieser Debatte gehört er zu den vorsichtigen Befürwortern einer solchen Einrichtung, der je-

¹ „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Hans Lemberg. Marburg 2000–2004.

doch immer wieder den historischen Kontext der Vertreibung und das Schicksal der Polen im 20. Jahrhundert betont hat.

In dem vorliegenden Buch unternimmt Urban den löblichen Versuch, die Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen und den der gegenseitigen Vertreibungen im Besonderen einzubetten. Leider entzieht er sich jedoch gleich im Vorwort, ohne es zu begründen, der Verpflichtung, genauer zu definieren, was er unter „Vertreibung“ eigentlich versteht (S. 10).

Ansonsten spannt Urban einen historischen Bogen von der Abschiebung polnischer Staatsbürger, den so genannten *rugi pruskie*, Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Die Bemühungen des Autors, komplexe Sachverhalte für ein breiteres Publikum verständlich zu machen und auf weiterführende Literatur zu verweisen, sind angesichts der Neigung deutscher Historiker, möglichst schwer verständliche Werke zu verfassen, zu würdigen. Sie stoßen aber da an ihre Grenzen, wo Urban historische Sachverhalte falsch darstellt oder zu Interpretationen von Ereignissen gelangt, die nur durch eine äußerst selektive Literaturlauswahl zu erklären sind.

Besonders auffallend sind die Fehler und Falschbewertungen im ersten Drittel des Buches. Einen inhaltlich bewanderten Lektor scheint das Buch jedenfalls nicht gehabt zu haben. Umso unverantwortlicher ist es, wenn eine Einrichtung wie die Bundeszentrale für politische Bildung den Text des Beck-Verlags ungeprüft übernimmt und in hoher Stückzahl weiter verbreitet.

Gleich zu Beginn, wenn Urban von „Dritter Polnischer Teilung“ anstatt des korrekten „Dritte Teilung Polens“ spricht (schließlich haben sich die Polen nicht selber geteilt), bedient er sich – vermutlich unbewusst – des Duktus der deutschen Ostforschung, der im Buch immer wieder aufscheint. Es folgt die Bewertung, dass Fürst Bismarck „in der polnischen Geschichtsschreibung eine absolut negative Figur (ist)“ (S. 18). Diese Einschätzung lässt sich bereits seit einigen Jahren nicht mehr so explizit bestätigen, wie man u.a. einem Literaturbericht von Lech Trzeciakowski aus dem Jahre 1999 entnehmen kann.² Die Einführung in das Kapitel zur deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit (S. 25) vereinfacht die historische Entwicklung über die Maßen. Weder wollten alle polnischen Natio-

² Lech Trzeciakowski, Otto von Bismarck in der polnischen Historiographie, in: *Studia Germanica Posnaniensia* 24 (1999), S. 91-102.

nalisten gleich ihr Land bis zur Oder ausdehnen noch führte der polnische politische Druck zur Emigration von einer Million Deutschen. Hier waren die Ereignisse doch wesentlich komplexer und es bedingten sich polnischer Druck, deutscher Druck (auf die Beamten, Polen zu verlassen) und die Ausreisewünsche vieler Einwohner, die sich mit der neuen Rolle als Minderheit nicht abfinden wollten. Eine pauschale Repressionspolitik in den Jahren 1934–1939 gab es nicht, vielmehr waren dies Jahre, in denen die polnische Regierung sogar gegen Organisationen wie den Polnischen Verband zur Verteidigung der Westmarken (ZOKZ) vorging, die gegen die Deutschen im Lande operierten. Genauso falsch ist es, dass allein durch eine wie auch immer geartete Politik, „ein Großteil der Angehörigen der deutschen Minderheit“ den Nazis in die Arme getrieben wurde. Getrieben musste hier kaum jemand werden... Für seine Bemerkung, die Nationaldemokraten hätten schon vor Versailles für eine massive Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung plädiert (S. 27), bleibt Urban einen Quellenbeleg schuldig. Gleiches gilt für den Satz, ein Teil der polnischen Publizisten vertrete die Meinung, die Plebiszitergebnisse nach dem Ersten Weltkrieg seien nur aufgrund massiver Fälschungen zustande gekommen (S. 30). Generalstabschef Hans von Seeckt erscheint im Text wie im Register als „Hans von Seeckt“. Für die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen beruft sich Urban auf die materialreichen, aber politisch mehr als einseitigen Arbeiten von Theodor Bierschenk und Hermann Rauschnig, ohne deren Quellenwert in irgendeiner Weise zu hinterfragen (u.a. S. 35). Ähnliches gilt für das unkritische Heranziehen der Publikationen des wegen seiner rechtspopulistischen Neigungen berüchtigten Ingolstädter Publizisten Alfred Schickel (S. 41). Die Bewertung der innenpolitischen Lage Polens nach dem Tode Piłsudskis ist nicht zutreffend. Keineswegs übernahmen Politiker die Macht, die aus dem nationaldemokratischen Lager hervorgegangen waren (S. 40), es fand lediglich eine Annäherung statt. Wie Urban auf die Idee kommt, die Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland 1938 sei der Auftakt zum Holocaust gewesen (S. 44), wird angesichts der in den letzten Jahren zahlreichen neuen Arbeiten zu diesem Thema sein Geheimnis bleiben.

Die Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist zum Glück fundierter, auch wenn man selbst da Ungenauigkeiten finden kann, wie in der fehlenden Differenzierung der Volkslistenpolitik in den verschiedenen Gauen. Die Haltung der deutschen Geistlichkeit gegenüber polnischen Priestern und Gläubigen wird in Anlehnung an Hilarius Breitingen zu positiv dargestellt (S. 60 f.). Sehr gelungen

ist dagegen das Kapitel zum SS-Sonderlaboratorium Zamość. Hier hätte man sich nur gewünscht, dass Urban die weitgehende unbekannte Tatsache des massenhaften Raubs polnischer Kinder (S. 77) etwas mehr ausführt. Die folgende Darstellung von Warschauer Ghettoaufstand und Aufstand ist solide und entspricht dem Stand der Forschungen. Im folgenden Teil über die Konferenzen der Alliierten übernimmt Urban bei der Darstellung des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920 implizit die in rechten Kreisen häufig anzutreffende Behauptung, die polnischen Truppen hätten fremdes Territorium besetzt, ohne darauf hinzuweisen, dass es sich um Gebiete handelte, die vor 1772 größtenteils zur polnisch-litauischen Rzeczpospolita gehört hatten (S. 98).

Bei der Schilderung der Übernahme der deutschen Ostprovinzen beschränkt sich Urban auf die Erwähnung der nach Sibirien verschleppten Deutschen, ohne die ebenfalls in größerer Anzahl deportierten „autochthonen“ Oberschlesier zu erwähnen (S. 112). Die Feststellung, die neue polnische Verwaltung sei von den sowjetischen Militärkommandeuren abhängig gewesen und habe sich in Streitfällen nicht gegen diese durchsetzen können, ist doch etwas pauschal geraten. Dass sich Urban bei der Übernahme von Zitaten in der Regel nicht die Mühe gemacht hat, die Originalquellen zu suchen, sondern sich auf Sekundärliteratur stützt, ist für eine publizistische Arbeit sicherlich legitim, schwächt aber deren Aussagekraft, weil er auch aus inhaltlich zweifelhafter Literatur zitiert. So stützt er seine Darstellung des Internierungslagers in Lamsdorf (Łambinowice) auf den umstrittenen Bericht des ehemaligen Lagerarztes Heinz Esser, den er fälschlicherweise (siehe dazu die Darstellung Edmund Nowaks in seinem Buch „Cien Łambinowic“) gegen den Vorwurf der NSDAP-Mitgliedschaft in Schutz nimmt.

Ärgerlich ist es, wenn unbelegte Behauptungen auftauchen wie bei der Schilderung der Zwangsmaßnahmen gegen die Deutschen (S. 121) oder dem staatlichen Umgang mit in Polen gebliebenen Masuren und Kaschuben (S. 140). Demgegenüber ist die Skizzierung des deutschen, sowjetischen, polnischen und ukrainischen Terrors in den ehemaligen polnischen Ostgebieten ausgewogener und angemessener, vielleicht weil Urban hier nicht so sehr von Publikationen der deutschen Berufsvertriebenenschaft beeinflusst sein kann.

Die Behauptung, der Kreml habe dem polnischen Parteichef Władysław Gomułka mit der Abtretung Pommerns und Niederschlesiens an die DDR gedroht, falls er einen Sonderweg gehe, taucht zweimal im Buch auf; Urban nennt jedoch keine Quellen hierfür, was ange-

sichts ihrer fehlenden Plausibilität – es war dies nur eines von einer Unzahl in den Jahren der kommunistischen Herrschaft kolportierter Gerüchte – auch schwierig gewesen wäre.

Im „Polen und Vertreibung“ überschriebenen Kapitel beschränkt sich Urban – ohne Gründe anzugeben – auf die Vertreibung der Deutschen, obwohl doch gerade der polnische Umgang mit den eigenen Vertriebenen aus dem Osten ein interessantes Thema gewesen wäre. Hier finden sich auch einige Redundanzen zu den früheren Kapiteln. Dass der Verfasser die polnische katholische Kirche besonders für ihr Verhalten kritisiert, überrascht nicht und ist sicher auch berechtigt, wenngleich etwas einseitig. Auf S. 179 verwechselt Urban Chełm mit Chełmno. Der letzte Abschnitt ist – sehr kurz – den Entwicklungen der letzten Jahre gewidmet.

Alles in allem sind Urbans Bemühungen anzuerkennen, die Vertreibung der Deutschen nicht als einzelnes Ereignis, sondern im Rahmen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu behandeln, und vielleicht erreicht er mit dem vorliegenden Buch auch eine eher wissenschaftsferne Leserschaft. Gerade deshalb wäre es jedoch zu wünschen gewesen, dass er sich gründlicher auf ein so heikles Thema vorbereitet hätte und auf mehr Distanz zum organisierten Vertriebenenlager und dessen apologetischer Literatur gegangen wäre.

Markus Krzoska, Mainz

The Vanished World of Lithuanian Jews, ed. by Alvydas Nikžentaitis, Stefan Schreiner and Darius Staliūnas. Amsterdam/New York: Editions Rodopi 2004, XV, 323 pp.; **Estonia. Identity and Independence**, ed. by Jean-Jacques Subrenat. Amsterdam/New York: Editions Rodopi 2004, IX, 310 pp.

The two books under review are the first volumes in a new and welcome series on the Baltic region published by the Amsterdam-based Editions Rodopi, B.V. The series, which carries the title “On the Boundary of Two Worlds: Identity, Freedom, and Moral Imagination in the Baltics,” is edited by Leonidas Donskis, a philosopher and social critic at Vytautas Magnus University in Kaunas, Lithuania.

The first volume, “The Vanished World of Lithuanians Jews,” constitutes on the whole a useful contribution not only to the historiog-

raphy of the Baltic region, but also to Jewish studies and the growing historiography of non-Russian regions of the Russian empire and Soviet Union. The book is a collection of articles on Lithuanian Jewry in the nineteenth and twentieth centuries by scholars from Lithuania, North America, Israel, Germany, Great Britain, and Belarus; the contributions were originally presented at two conferences on anti-Semitism and the Holocaust held in Lithuania in 1997 and 2001.

Given the volume's title, potential readers might expect the book to address the physical and cultural environment of Lithuanian Jews, but in fact the articles' subjects cluster around three major themes: anti-Semitism in the region, the political activity of the region's Jewish population, and the destruction of Lithuanian Jews in the Holocaust. Partly for this reason, this collection cannot serve as a one-volume history of Lithuanian Jewry, though individual articles will be of interest to specialists. Another problem is that some articles examine the Lithuanian Jewish experience, while others focus on views and policies of tsarist state officials and of Lithuanians and the Lithuanian state. Thus, there is a certain lack of thematic clarity in the volume. In addition, poor editing of the book's text is often a significant distraction.

The articles in the first half of the volume discuss developments before the murder of Lithuania's Jews in Nazi-Occupied Lithuania. (Only some of the articles are mentioned here.) Overall, the authors argue that violent anti-Semitism was not a necessary outcome of the Lithuanian-Jewish relationship. In his contribution Theodore R. Weeks concludes that "antisemitism remained a minor factor among Lithuanians before 1914" and that "the Lithuanian national movement (...) had much more to fear from the Poles than the Jews" (p. 45 and 53). In his article, John D. Klier gives a welcome corrective to the stereotype of Jewish powerlessness in Eastern Europe, showing that there was great sophistication and organization among nineteenth-century activists in the Jewish communities of the Northwest provinces of the Russian Empire. Saulius Sužiedėlis finds that there was much promise in the ethnic Lithuanian-Jewish relationship in interwar Lithuania, evident in the Jewish communal autonomy of the 1920s and the "gradual reorientation of Lithuanian Jews towards the dominant Lithuanian cultural paradigm" (p. 130); it was only in the environment of heightened tensions in the late 1930s and in 1940 that anti-Semitism spread widely.

The articles examining the Holocaust in Lithuania differ very much in tone from the articles in the first half of the volume. In his dev-

astating overview of the murder of Lithuania's Jews Yitzhak Arad summarizes: "Out of the 203-207 000 Jews who had remained in Lithuania under German occupation, less than 5 percent survived; among them, less than 1 percent within Lithuania and in the forests of Belarus. This number (or percentage) of surviving Jews was one of the lowest in comparison to other countries in Europe under German occupation. The explanation lies in the wide-scale collaboration with the Germans on the part of the local people and the large numbers among them who enlisted voluntarily into the police units that carried out most of the murder actions against the Lithuanian Jews and participated in the killings of Jews in Belarus, the Ukraine, and the *Generalgouvernement* of Poland" (p. 198).

In his article on Lithuanian participation in the killing of Jews in Belarus and Ukraine, Martin C. Dean adds that Lithuanian police units "earned their countrymen an unfortunate reputation through their willing and brutal participation in atrocities" (p. 293). In his brief contribution, Joachim Tauber points out that work remains to be done in the study of Lithuanian collaboration and complicity in the Holocaust; he directs attention to Lithuanians' half a century-long experience as victims of Soviet aggression and control, which has made their own process of "overcoming the past" that much more difficult.

The second book here under review, "Estonia: Identity and Independence," is a collection of articles by Estonian scholars, writers, and politicians. The volume was originally published in Estonian, French, and German in 2001. In his introduction, editor Jean-Jacques Subrenat (French ambassador to Estonia from 1998 to 2002) explains that the purpose of the volume is to examine "how [Estonia's] inhabitants preserved their identity throughout the vicissitudes of history" and to "contribute to debate" on Estonian identity (p. 1). The bulk of the volume consists of articles from leading Estonian scholars on the history of the lands that in the twentieth century became modern Estonia, beginning with the thirteenth century and ending in the 1990s, with an emphasis on tracing the history of ethnic Estonians through the centuries.

It is unclear who the partner (or partners) in this "debate" on Estonian identity are intended to be; that is, it is uncertain who the intended audience of this book is. The history of the lands of Estonian settlement, which takes up the bulk of this book, is treated extensively elsewhere. A more serious objection could be lodged against the ahistorical nature of the very task of exploring "Estonian iden-

tity” in past centuries as if this phenomenon were not a product of modern nationalism. Although in his introduction Subrenat presents an overview of competing aspects of identity (Herderian “objective criteria” vs. the universalist “subjective criteria” of Renan), the volume overall lacks such nuance, focusing on the nature and profile of the Estonian *ethnos*, or nation, as understood in the late twentieth century. Only two of the volume’s contributions directly address the issue of multiethnicity and non-Estonians in the lands comprising Estonia. Baltic Germans, who comprised the area’s elite for seven centuries, are largely ignored (an exception is mentioned below), while the post-World War II Estonian émigré experience is examined in six contributions (one article and five of the briefer “Opinions”). Also problematic is the total absence of bibliographic footnotes and the fact that only two of the articles supply bibliographies. Even a list of suggested readings from the authors would have given a context to the views expressed and thus made this book more useful.

These objections aside, the book does include a number of interesting contributions. Of particular value among the historical articles are those from leading Estonian scholars whose work is not yet widely known or available in English. In her excellent contribution, Tiina Kala discusses the consolidation of political, economic, and ecclesiastic power by Danes and Germans in the period from the arrival of foreign conquerors and missionaries in the thirteenth century until the Reformation in the sixteenth century. She cautions that information about the lives led by ethnic Estonians (primarily peasants) in these centuries is scanty and emphasizes that much of what is popularly believed by Estonians about the distant past “has been heavily influenced by the imagery of national romanticism created in the 19th century” (p. 48). The late Ea Jansen writes on the Estonian public sphere that developed in the nineteenth century, within which the Estonian “national awakening” took place. Mart Laar, a trained historian as well as leading Estonian politician (he was Prime Minister from 1992–1994 and 1999–2002) provides a personal perspective on the process of national renewal in the late 1980s, which culminated in the restoration of Estonia’s independence in 1991.

Of perhaps greatest value in this volume are the several roundtable-style discussions, with multiple participants. These are transcribed and included as separate contributions. Though sometimes marred by problems in translation, the discussion between Laar and Andrei Hvastov, an Estonian historian and journalist of Russian descent, on the topic “Historical Myth in National Identity” is fascinating as it

brings head-to-head the primordialist views of Estonian nationalism and the non-teleological approach of a constructed national identity. Laar is convinced that the “nation simply emerges from the growing awareness of itself” (p. 35) and seeks to “write history as it really was” (38). Hvostov, on the other hand, speaks of the numerous contingencies of interpretations of the past and concludes: “The identity of every nation is based on myth” (p. 42). Estonia’s two most distinguished living writers, poet Jaan Kaplinski and novelist Jaan Kross, team with poet and politician Paul-Eerik Rummo to discuss their own experiences under the Nazi occupation and the long decades of Soviet rule. Rummo expresses an idea that comes up repeatedly in the book: the centrality of the Estonian language to Estonian identity: “The kernel of Estonian identity has always been our language, and whatever is written in it strengthens that identity” (p. 163). Kross responds with a telling anecdote: “I remember how in 1941 I entered a bank in Town Hall Square in Tartu, which was then known as ‘Adolf-Hitler Platz,’ later known as Soviet Square. Next to me, on the customers’ side of the counter stood a German in uniform who asked me, pointing at a portrait on the wall: ‘Aber was heisst – Hitler Bestia?’ Under the portrait was written – in Estonian – ‘Hitler – päästja’ – ‘saviour’ in the Estonian language. We have always derived strength from making ideologies look ridiculous” (p. 165).

In two valuable final interchanges, Kaplinski discusses the position of Estonia’s Russian minority with an ethnic Estonian politician and two Russian Estonian politicians, and Subrenat converses with Estonian diplomat Jüri Luik about the future of Estonian identity in a world increasingly influenced by globalization.

Bradley D. Woodworth, New Haven

Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, hrsg. v. Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej u. Stefan Troebst. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2003, 328 S. (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts. 18)

Der vorliegende Band fasst die Ergebnisse einer Tagung zusammen, die im Dezember 2002 auf Initiative des Deutschen Polen-Instituts

(Darmstadt), des Geisteswissenschaftlichen Zentrums für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (Leipzig) und des Historischen Instituts der Universität Warschau in Darmstadt stattfand. Anlass waren die nach anfänglicher breiter Zustimmung teilweise heftigen innerdeutschen, aber auch bis nach Polen und die Tschechische Republik ausstrahlenden Auseinandersetzungen um die 1999 vom Bund der Vertriebenen (BdV) angeregte Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Herausgeber und Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, der Politik Argumente für eine europäisch ausgerichtete Konzeption der systematischen Erforschung, Dokumentation sowie des Gedenkens an das „Jahrhundert der Vertreibung“ (Hans Lemberg) an die Hand zu geben. Damit ist ein tragfähiger zeitlicher und geografischer Rahmen vorgegeben, auch wenn in dem Sammelband etwa im Hinblick auf die türkische Armenienpolitik bzw. die ethnische „Entmischung“ auf dem Balkan außereuropäische Ereignisse aufgegriffen bzw. Vorgänge des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts mitbehandelt werden. Für ein derartig flexibles Vorgehen gibt es gute Gründe: Zum einen war bekanntlich die Geschichte des Osmanischen Reiches eng mit der Europas verflochten, zum anderen wurzeln die in den Vertreibungen des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt findenden zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen überwiegend in den allmählich eskalierenden ethnisch-nationalistischen Konflikten des 19. Jahrhunderts.

Den Spezialbeiträgen vorangestellt sind zwei in die Gesamtthematik kompetent und sachlich einführende Beiträge von Karl Schlögel (Frankfurt/Oder: Nach der Rechthaberei. Umsiedlung und Vertreibung als europäisches Problem) und Hans Lemberg (Marburg: Das Jahrhundert der Vertreibungen). Schlögel betont hierbei insbesondere, dass mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Europas nach 1989 ein neuer, gesamteuropäischer Diskursraum entstanden sei, der es ermögliche, ein lange verdrängtes Thema wieder in den Blick zu nehmen und speziell im Hinblick auf den früheren „Deutschen Osten“ eine Wiederaneignung einer „verschwundenen Geschichte“ (S. 22) möglich werde. Als Gründe für jahrzehntelange Nichtbeachtung von Flucht und Vertreibung benennt Schlögel zum einen die Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg, die derartige Themen gleichsam eingefroren habe, zum anderen aber auch – gerade für die 1970er und 1980er Jahre – „ideologisch verbrämte Ignoranz, (...) Mitläufertum mit dem Zeitgeist, Opportunismus und mangelnde Zivilcourage“ (S. 22); drittens verweist er nicht ganz zu Unrecht, wenn auch in unnötig polemischer Sprache, auf die ambiva-

lente Rolle der deutschen Vertriebenenverbände, deren heimatpolitische Forderungen einer Historisierung des Vertreibungsgeschehens im Weg standen und deren „offizielles“ Engagement für die verlorenen deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa stark interessegeleitet war im Sinne von deren Wiedergewinnung. Nachdrücklich betont Schlögel, dass es keine europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts ohne die „Erzählung von Flucht, Umsiedlung und Vertreibung“ (S. 23) geben könne. Hans Lemberg untersucht in seinem Beitrag den von ihm grundsätzlich bejahten Begriff „Jahrhundert der Vertreibungen“ sehr differenziert und setzt sich in diesem Zusammenhang v.a. kritisch auseinander mit dem seit dem frühen 20. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung gewinnenden Ideologem, dass ethnische „Entmischungen“ eine gleichsam friedensstiftende Funktion hätten. Derartige Überlegungen, mit denen auch Vorstellungen von negativ konnotierten instabilen bzw. positiv konnotierten stabilen Epochen der europäischen Zeitgeschichte korrelieren, wirken bis heute in gewisser Weise nach: So verweist Lemberg etwa auf den Umstand, dass, anders als in der Zwischenkriegszeit, von der UNO Minderheitenschutzpolitik nur sehr zögerlich in Angriff genommen wurde, während der internationale Flüchtlingsschutz stetig ausgebaut wurde. Zusammenfassend plädiert Lemberg, auch vor dem Hintergrund, dass Zwangsmigration im 20. Jahrhundert ein weltweites Phänomen war, für einen weit gefassten, „Komparation zulassenden, ja erheischenden“ (S. 52) Vertreibungsbegriff und eine globale Definition des Flüchtlings.

Die insgesamt 30 Spezialbeiträge sind sechs thematisch zusammenhängenden Podien zugeordnet. In einem ersten chronologisch angelegten Teil („Das Jahrhundert der Vertreibungen. Massenfluchtbewegungen, Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen im Europa des 20. Jahrhunderts“) spannt sich der Bogen fallbeispielartig vom Ersten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens in den 1990er Jahren. Berücksichtigung findet hierbei, wie erwähnt, mit zwei Beiträgen (Fikret Adanir, Bochum: Die Aufarbeitung der osmanischen Armenierpolitik in der Republik Türkei und Richard G. Hovannisian, Los Angeles: Expulsion and Genocide: The Armenian Case) auch der türkische Genozid an den Armeniern (1915), der zutreffend nicht als „asiatische Tat“, sondern als Ausdruck modernen, westlich-europäisch geprägten Nationalstaatsverständnisses interpretiert wird, das sich von einer „Entmischung“ der Ethnien mehr gesellschaftliche und politische Stabilität versprach. Bedauerlich ist, dass in diesem Zusammenhang nicht auch der griechisch-türkische „Bevölkerungsaustausch“ nach 1923/24 eigens thematisiert wurde, be-

sitzt dieser doch, gerade auch was die Fernwirkung des Ereignisses anbelangt, eine noch deutlichere europäische Dimension als die Ereignisse in Ostanatolien. Breiten Raum nehmen auch Vertreibungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg ein, wobei indes auffällig ist, dass die Shoa nur am Rande erwähnt wird. Die sehr lesenswerten Ausführungen Schlögels zum „Zusammenhang von Holocaust und Bevölkerungsverschiebungen“ (S. 30 f.) hätten die Herausgeber eigentlich geradezu dazu auffordern müssen, dieses wichtige Thema ausführlicher zu berücksichtigen.

In einem zweiten Teil („Gedächtniskultur, Erinnerungspolitik und gemeinsame europäische Zukunft“) werden stärker konzeptionelle Fragen im Hinblick auf die Frage „Zentrum gegen Vertreibungen“ beleuchtet. Die Mehrzahl der Tagungsteilnehmer übte hierbei Kritik an der von ihnen als zu national orientiert angesehenen Konzeption des BdV, als Befürworter traten lediglich Arnulf Baring (Berlin: Plädoyer für ein deutsches, ein deutsch-polnisches Zentrum – als ersten Schritt) und Helga Hirsch – in Diskussionsbeiträgen – auf. Dass letztere ausführlich dokumentiert werden, zählt zu den besonderen Stärken des Bandes, wird doch dadurch der damalige Stand der Debatte – gerade auch im Hinblick auf die historische Forschung in der Zukunft – plastisch festgehalten. Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, die zum Teil erheblich divergierenden Meinungen nachzuzeichnen. Auffällig ist jedenfalls, dass ein wie immer gearteter Grundkonsens im Hinblick auf Konzepte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ jenseits abstrakter wissenschaftstheoretischer Überlegungen zu Gedächtniskultur bzw. Erinnerungspolitik eigentlich nicht zu erkennen ist. Insofern kann das oben beschriebene Anliegen des Bandes nur teilweise eingelöst werden. Angesichts des breiten Spektrums der Vortragenden ist es zudem bedauerlich, dass die Organisatoren nicht auch einem offiziellen Vertreter der Vertriebenenverbände die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben haben. Bisweilen erscheint es, dass für die Kritiker das eigentliche Skandalon des vom BdV propagierten „Zentrums gegen Vertreibungen“ die prominente Beteiligung der Vertriebenenverbände ist. Insofern wäre es durchaus sinnvoll gewesen, einmal mit diesen statt über diese zu sprechen. Die Beteiligung von Baring und Hirsch mit ihrer grundsätzlich BdV-gewogenen Position vermag eine derartige Lücke nicht zu schließen. Die Vielfalt der vorgebrachten Aspekte wird von den Herausgebern abschließend in so genannten „Denkanstößen“ zusammengefasst. Darin distanzieren sie sich von Versuchen der politischen Instrumentalisierung und „ethnozentrische[r] Nabelschau“ und plädieren für eine „transnational

vergleichende, multidisziplinäre sowie von kurzfristigen politischen Verwertungsinteressen freie wissenschaftliche Aufarbeitung in einem der europäischen Erinnerungskultur verpflichteten Diskurs“ (S. 316).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die in dem Sammelband vereinten Aufsätze, Statements, Thesen, Essays und Diskussionsbeiträge, gerade auch angesichts der inzwischen ja weiter fortgeschrittenen und immer noch nicht abgeschlossenen Debatte, eine wichtige Zusammenfassung von Zwischenergebnissen im besten Sinne des Wortes darstellen. Sie bietet für alle, die sich für derartige Fragen interessieren, eine unverzichtbare Ausgangsposition für die weitere, sich hoffentlich immer mehr versachlichende Diskussion.

Matthias Stickler, Würzburg

Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Günther Schulz. München: Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag 2001, 292 S. (Bündinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999; Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. 24).

Unter dem Titel „Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ vereinigt der von Günther Schulz herausgegebene Sammelband Beiträge einer Tagung der „Bündinger Forschungen zur Sozialgeschichte“ von 1999. Es ist der Anspruch der Herausgeber, das Spezifische der Vertreibung von Eliten sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene als auch im individuellen Erleben Betroffener zu untersuchen. Indem das Thema nur durch den zeitlichen Rahmen des 20. Jahrhunderts und die nationale Perspektive eingefasst wird, eröffnet sich ein weites Feld historischer Ereignisse. Dementsprechend heterogen sind die Beiträge des Sammelbandes, die von den nationalen Auseinandersetzungen in Westpreußen und Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (Wolfgang Kessler) über die Vertreibung von kulturellen Eliten aus Deutschland ab 1933 (Claus-Dieter Krohn, Hiltrud Häntzschel) und deren Rückkehr (Marita Krauss) bis zur Vertreibung und Integration nach dem Zweiten Weltkrieg (Michael Schwartz, Mathias Beer, Hans-Werner Rautenberg) aus Ostmitteleuropa reichen und auch die Migration aus der SBZ/DDR (Arnd Bauerkämper, Reinhard Buthmann) einschließen.

In einem einleitenden Aufsatz bemüht sich Hans Hecker, das Thema in dem historischen Kontext zu verorten und begriffliche Definitionen vorzunehmen.

Aus der Breite der Themenstellung erwächst das Problem einer Definition der unscharfen Begriffe von „Elite“ und „Vertreibung und Verfolgung“. Hecker weist auf die seit den 50er Jahren verwischte Unterscheidung von „Flucht, Vertreibung, Austreibung, Ausweisung, Aussiedlung, Zwangsaussiedlung“ (S. 20) hin. Problematisch ist auch die begriffliche Eingrenzung von Eliten. Hecker definiert Eliten als „den Personenkreis, der innerhalb des Landes oder Gesellschaft seiner Herkunft und seines Lebens eine politische, soziale, wirtschaftliche, wissenschaftliche, geistig-moralische (z.B. religiöse) Position einnimmt, von der aus er tatsächlich oder potenziell eine leitende oder Orientierung gebende Funktion gegenüber der Masse der Bevölkerung bzw. einem maßgeblichen Teil der Gesellschaft ausübt“ (S. 25). Damit wird der Begriff einer Elite zwar eingeschränkt auf den sozialen Kontext der Herkunftsgesellschaft, bleibt aber mit der Formulierung „tatsächlich oder potentiell“ unscharf gegenüber dem real ausgeübten Einfluss innerhalb dieser Gesellschaft. Schulz fasst den Begriff der Elite enger, wenn er als unverzichtbar „die Zugehörigkeit zu einer Führungsgruppe oder -schicht“ und „die Verfügung über Macht bzw. Einfluss und damit über – im weitesten Sinne politischen – Gestaltungsspielraum“ definiert. Im weiteren Verlauf bleibt es jedoch den einzelnen Autoren überlassen, welche Gruppen jeweils zu den Eliten gerechnet werden: Lehrer, Beamte (von der Bahnverwaltung bis zum Staatssekretär), agrarische Großgrundbesitzer, Wissenschaftler, Künstler, Industrielle, Aufsichtsräte und Direktoren von Firmen, Ingenieure, Juristen, Politiker. Vor allem bei Personen aus dem wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich stellt sich die Frage, ob sie zum Zeitpunkt ihrer Entrechtung in Deutschland zur Elite gehörten oder ob ihnen diese Position nicht vielmehr später, und sei es posthum, zuerkannt wurde? Auch wenn wir heute zweifellos zu Recht z.B. Walter Benjamin zur wissenschaftlichen Elite des 20. Jahrhunderts zählen, so ist damit noch nicht die Zugehörigkeit zur Elite Anfang der 30er Jahre, entsprechend den Definitionen von Hecker und Schulz, beantwortet. Gehörte er nicht vielmehr einer gesellschaftskritischen Opposition an, die von den herrschenden Eliten zur Emigration gezwungen wurde?

Zu diskutieren wäre auch die Frage, ob es eine Vereinfachung historischer Spezifika ist, wenn sowohl die Vertreibung der intellektuellen Eliten aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Claus-

Dieter Krohn) als auch die Abwanderung und Flucht der wissenschaftlichen Intelligenz aus der SBZ/DDR (Reinhard Buthmann) unter dem Stichwort „vertriebene Eliten“ behandelt werden. Sicherlich kann man beide Ereignisse unter dem Aspekt von Auswirkungen totalitärer Herrschaft betrachten, nur ist zu fragen, ob damit nicht die Unterschiede aus dem Blickfeld geraten. Auf welcher Ebene lässt sich die Emigration von Lehrern und Beamten des deutschen Reiches aus der Region Posen während der Jahre 1920–1922 mit der Flucht aus Deutschland ab 1933 und weiter mit der Flucht, Vertreibung und Emigration aus Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen? Kommt es hierbei nicht (unter Umständen) zu der Situation, dass Teile der staatstragenden Eliten, die für die Vertreibungen seit 1933 mitverantwortlich sind, sich ab 1945 als Vertriebene an die Seite derjenigen stellen, an deren Ausgrenzung sie vorher beteiligt waren? Hiltrud Häntzschel ist es zu verdanken, auf den, wie sie schreibt „grundsätzlichen Unterschied“ hinzuweisen, der zwischen der Verfolgung und Entrechtung Deutscher durch Deutsche seit 1933 und der Vertreibung Deutscher im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg besteht. „Heimatvertriebene“ waren immer nur die letzteren. „Die aus dem nationalsozialistischen Deutschland Fliehenden wurden allermeist in die Fremde vertrieben, in der sie keine Bürgerrechte besaßen, sondern allenfalls geduldet waren, in eine fremde Kultur, in eine fremde Sprache. Die aus den deutschen Ostgebieten und aus Osteuropa Vertriebenen wurden (wenn auch gewiss nicht immer nur freundlich) im ‚Mutterland‘ aufgenommen, und sie konnten ihre kulturelle Tradition mitnehmen“ (S. 85). Gleichwohl ist festzustellen, wie Krohn erläutert, dass Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung oder renommierte Künstler sich gegenüber vielen anderen in einer vergleichsweise privilegierten Position befanden (S. 73). Dies gilt, sicherlich mit Einschränkungen, für die verschiedenen Zeiten und Gründe der erzwungenen Emigration.

Herausragend ist in dem Sammelband der Aufsatz von Mathias Beer: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Einen Problemaufriss hat Beer seinen Beitrag im Untertitel genannt. Neben der guten Lesbarkeit zeichnet sich der Artikel durch eine kenntnisreiche Diskussion der methodischen Probleme aus. Grundsätzliche Probleme bestehen in der geringen Datenlage und in der Frage welche Kriterien die ostmitteleuropäische Herkunft kennzeichnen? An den Biografien von zwei Personen der bundesrepublikanischen Geschichte verdeutlicht er das Problem. Karl Schiller wurde in Breslau geboren, wuchs

aber in Kiel auf und hatte keine Verbindungen zu seinem Geburtsort. Hingegen wurde Theodor Oberländer in Thüringen geboren, aber in Königsberg promoviert, und hier begann seine Karriere. Versucht man nun anhand einfach zugänglicher Daten, wie sie der Geburtsort darstellt, eine Definition von ostmitteleuropäischen Eliten herzustellen, so wird man beiden Personen nicht gerecht. Andererseits ermöglichen die verfügbaren Unterlagen häufig keine Einbeziehung detaillierter Daten.

Nachdem Beer zunächst die historische Situation und die Entwicklung der Forschung darstellt, analysiert er den „Einfluss der Vertriebenen auf die Herausbildung des neuen Staatswesens“ (S. 200) der Bundesrepublik. Dabei zeigt sich für 1950 ein über-durchschnittlicher Anteil von Vertriebenen in den Bundesministerien. Leider lässt die Datenlage keine Angaben für die folgenden Jahre zu, doch sieht Beer keinen Grund zur Annahme einer Veränderung. Während die Vertriebenen 1950 einen Anteil von 16,5% der Bevölkerung der Bundesrepublik stellten, lag ihr Anteil bei 10 von 14 Bundesministerien incl. Kanzleramt zum Teil weit darüber. „Im Schnitt ergibt das einen Anteil der Heimatvertriebenen in allen Bundesministerien von 26% bei den Beamten und sogar von 32% bei den Angestellten“ (S. 218). Im politisch-administrativen Bereich der Bundesrepublik konnten demnach die Vertriebenen eine einflussreiche Stellung einnehmen. Damit war auch die Durchsetzung von Interessen verbunden, zumal die „Interessenidentität von nicht vertriebenen und vertriebenen Beamten“ (S. 226) den „vergangenheitspolitischen Konsens“ beim Aufbau der Bundesrepublik unterstützte.

Über die Integration von Vertriebenen in die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik sollten aber nicht die Probleme vergessen werden, die „bei anderen Berufsgruppen zu einer Frontstellung zwischen Nichtvertriebenen und Vertriebenen führte“ (S. 227). In besonderer Härte traf die Vertreibung Bauern, die nach dem Verlust ihrer Landwirtschaft häufig nur unter großen Anstrengungen in Handwerk und Industrie neue Arbeitsbereiche fanden. In der SBZ/DDR versuchte man das Problem, wie Arnd Bauerkämper in seinem Beitrag aufzeigt, durch die Enteignung landwirtschaftlicher Güter und die Landvergabe an Neubauern zu lösen. Unter dem plakativen Motto „Junkerland in Bauernhand“ führten die Enteignungen zur Verdrängung agrarischer Eliten aus den Dörfern. Während diese Landverteilung in der SBZ/DDR ideologisch begründet war, weist Michael Schwartz auf die Integration von Vertriebenen in die politische Führungselite der DDR hin, die durchaus Parallelen zur bundesrepu-

blikanischen Situation hat. Bei einem Bevölkerungsanteil von 24,2% stellten die Vertriebenen 1950 einen Anteil von 30% der politisch-administrativen Führungskräfte von Gemeindegemeindeführern bis zu Ministern (S. 169).

Es stellt sich die Frage, ob die Zusammenfassung unterschiedlicher historischer Ereignisse unter dem Thema der Verfolgung und Vertreibung von Eliten analytisch tragfähig ist oder es nicht vielmehr notwendig ist, die konkreten historischen Zusammenhänge und damit die Unterschiede zu erfassen? Ist es tatsächlich möglich, die Abwanderung deutscher Beamter und Geschäftsleute aus Posen-Westpreußen nach 1920 mit der Diskriminierung und Entrechtung jüdischer und linker Intellektueller in Deutschland zu vergleichen? Verwischen wir nicht substantielle Differenzen, wenn wir den politischen und ökonomischen Kontext vernachlässigen? Führt der Versuch, die Verdrängung von Großgrundbesitzern in der DDR mit „eschatologischen Heilsvisionen“ zu erklären, über einen oberflächlichen Konsens hinaus und kann damit die Vertreibung aus Ostmitteleuropa seit 1945 erklärt werden? Sicherlich ist Bauerkämper zuzustimmen, wenn er schreibt, dass „seit dem 19. Jahrhundert der radikale Nationalismus, die Volkstumsideologie und die Utopie ethnischer Homogenität eine neue, radikale Form der Vertreibung hervorgebracht (hat)“ (S. 159). Darüber hinausgehend ist zu überlegen, in welchem Umfang in der Ideologie ethnisch-nationaler Homogenität der Januskopf von Nationalstaatlichkeit sichtbar wird.

Bis ins 18. Jahrhundert bedeutete der Wechsel des Machtbereiches einer Herrschaft, dass automatisch von den Untertanen die Loyalität gegenüber dem neuen Herrscher verlangt wurde. Die Differenz zwischen Untertanen, die der gottgegebenen Herrschaft zu gehorchen hatten, und den Schichten mit herrschaftlicher Macht, denen die Verfügungsgewalt zukam, erschien als naturgegebene Gesellschaftsordnung. Mit der Etablierung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert veränderte sich die Begründung von Herrschaftsausübung. Einerseits legitimiert sich Herrschaft über die Zustimmung der Untertanen und andererseits werden die Untertanen mit den quasi biologischen Konstanten, einer über Abstammung hergestellten Zugehörigkeit zu einem Volk, definiert. Gerät unter diesen Voraussetzungen eine Region in die staatliche Zugehörigkeit eines anderen Volkes, dann impliziert das die fehlende Loyalität derjenigen, die definitionsgemäß nicht zu dem Volk gehören. Da innerhalb der Logik einer auf Abstammung beruhenden Gemeinschaft keine überzeugende Lösung des Problems von Loyalität des Volkes gegenüber der Herrschaft besteht, erscheint

die Vertreibung der Bevölkerung als (inhumaner) Ausweg. Im Kontext der in dem Sammelband vereinigten Artikel trifft diese Argumentation auf die zwangsweise durchgeführten ethnisch-nationalen Homogenisierungen im Anschluss an die beiden Weltkriege zu. Dagegen finden die ideologisch begründeten Vertreibungen in jeweils anderen Kontexten statt, deren Vergleichbarkeit zu diskutieren wäre.

Als fruchtbarer Ansatz zur Analyse der Auswirkungen von Vertreibung und Verfolgung auf Eliten im Sinne einer sozialen Gruppe könnte sich die Theorie sozialer, kultureller und ökonomischer Kapitalien von Bourdieu erweisen. Mit dem konkreten Rückbezug auf die den Eliten zur Verfügung stehenden Ressourcen kann die „Historizität in der Bewertung historischer Leistungen und damit die Problematik der Zuordnung zu einer politischen Elite“, so Häntzschel (S. 94), vermieden werden. Zum einen könnte die Analyse dahingehend ansetzen zu fragen, in welchem Umfang die Verfügungsmacht über soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital kennzeichnend für die Zugehörigkeit zu einer Elite ist. Darauf aufbauend ist zum anderen nach dem Einfluss der sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitalien auf die individuellen Chancen einer Verarbeitung von erzwungener Migration zu fragen.

Mathias Wagner, Hannover

Mathias Wagner, „Wir waren alle Fremde“. Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945. Münster: LIT Verlag 2001, 371 S. (Bielefelder Geographische Arbeiten. 3); Richard Blanke, Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2001, 372 S. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 24).

Die Masurenproblematik hat seit den 1990er Jahren in den Sozial- und Kulturwissenschaften, darunter auch in der Geschichtswissenschaft eine große Karriere durchgemacht. Dies gilt sowohl für die polnische als auch für die nichtpolnische, vor allem die deutsche Forschung. Dieses Interesse wurde in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene politische, kulturelle und wissenschaftliche Voraussetzungen vorprogrammiert: Es gehörten dazu neue methodische und

thematische Ansätze der Kulturwissenschaft, neue Perspektiven und Begriffsauffassungen in der Identitäts- und Geschichtsreflexion ebenso wie nicht zuletzt die politischen Umwandlungen der 1980er und 1990er Jahre. Die offizielle Leugnung der Existenz einer besonderen ethnischen Gruppe von Masuren in der Zwischenkriegszeit und Nachkriegszeit, die für (Ost)Mitteleuropa typische Implizierung der ethnischen Nationalität durch Sprachzugehörigkeit und schließlich auch das faktische beinahe Verschwinden der masurischen Gruppe in Nordpolen durch Flucht, Vertreibung und spätere Auswanderung nach Deutschland waren Ursachen, warum man lange sehr wenig Aufmerksamkeit für die masurische Gesellschaft fand.

Doch zeigten sich gerade durch ihre „Außerordentlichkeit“ in vielen Perspektiven die Masuren als besonders anziehendes Forschungsobjekt in der Soziologie, Ethnologie und Historiografie: Sie stellen – typologisch gesehen – einen Grenzfall in den mitteleuropäischen Identifikationsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts dar, sie stellen Modelle und Vorstellungen gewissermaßen in Frage, die für Ostmitteleuropa als selbstverständlich angenommen werden. Die Beschäftigung mit den kollektiven Identitäten und anderen Bewusstseinsformen zeigt die Notwendigkeit und Möglichkeiten, die sonst überwiegenden Modelle der modernen Nationsbildung, der gruppenspezifischen, ethnisch und sprachlich bedingten Prozesse zu hinterfragen. Sie ist nicht zuletzt, aber bei weitem nicht nur eine Herausforderung für die bisherige Nationalismusforschung, sondern auch für die Thematisierung des Geschichtsgedächtnisses sowie der gesellschaftlichen Inklusions- und Exklusionsprozesse.

Es ist daher kein Wunder, dass gerade in der Zeit, in der die nationale Identität in Ostmitteleuropa an ihrer Verbindlichkeit zumindest teilweise verliert und im kulturellen Bereich immer mehr Interesse für alternative Gruppenidentifikationen entsteht, nicht nur *das* Masuren, sondern auch *die* Masuren viel stärker die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Es zeigte sich unter anderem auch an der neuen Mode des masurischen Gebiets, das in den 1990er Jahren wieder viel stärker, jedoch unter veränderten Bedingungen zum Objekt regionaler Identifikationsprozesse wurde, deren Träger im Unterschied zur ehemaligen Betonung des „polnischen Charakters“ des Landes jetzt seine „Multikulturalität“, seine vielperspektivische Grenzlage betonten, wobei die masurische Kultur (oder besser gesagt: das masurische „kulturelle Erbe“) als symbolischer Ansatzpunkt zur identitätsstiftenden Darstellung dieser Regionalität benutzt wird.¹

¹ Dies gilt vor allem für die regionale Kulturbewegung in Masuren und Ermland, die sich

So sind schon in den 1990er Jahren Masuren Gegenstand von neuen wissenschaftlichen Abhandlungen geworden, unter anderem auch in der polnischen Soziologie.² Wenn es also 2001 zu einer bemerkenswerten Anhäufung von wichtigen Arbeiten zu diesem Thema gekommen war,³ kann der Zufall höchstens in diesem gemeinsamen Erscheinungsjahr gesehen werden, denn sonst handelte es sich um die Fortsetzung des Trends von vorherigen Jahren und Jahrzehnten.

Die zwei hier besprochenen Monografien verbinden traditionelle und neue thematische Perspektiven mit zwei verschiedenen, jedoch gegenseitig komplementären und sich ergänzenden Herangehensweisen. Beide interessieren sich für die politischen und gesellschaftlichen Umgestaltungen in Masuren, wobei die schon in der früheren polnischen Literatur thematisierte Volksabstimmung von 1920 und/oder der „Neubeginn“ der masurischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und der Angliederung an Polen im Mittelpunkt stehen. Vor diesem Hintergrund wird jedoch der Blick auf die Frage der (subjektiven) Identität der masurischen Bevölkerung gerichtet. Während bei Richard Blanke vor allem die ethnisch-sprachliche Gruppe der Masuren der Gegenstand seiner Darstellung ist, analysiert Mathias Wagner vor allem jene Bevölkerungsgruppen, die zum Teil eben nach den Masuren in die Region kamen – die polnischen Neusiedler sowie die im Rahmen der Aktion Weichsel umgesiedelten Ukrainer/Ruthenen aus Südostpolen. Dies schlug sich logischerweise auch im hintergründigen narrativen Leitmotiv der Darstellung der Nachkriegsgeschichte in beiden Arbeiten nieder: Während Blanke eigentlich das Verschwinden der *ethnisch* masurischen Gesellschaft in den 1940er bis 1980er Jahren schildert, analysiert Wagner die langwierige Formierung der regional masurischen Gesellschaft in denselben Jahrzehnten.

Beide Arbeiten unterscheiden sich im chronologischen Zeitraum sowie im methodischen Ansatz. Das Buch „Polish-speaking Germans“ von Richard Blanke geht der Entwicklung der kollektiven Identifikationen der Masuren von der deutschen Reichsgründung bis in die 1980er Jahre nach (mit sehr kurzer Darstellung der 1960er bis 1980er

um den Verein und die Zeitschrift Borussia konzentriert. Vgl. u.a. als Beispiel Robert Traba, *Kraina tysiąca granic. Szkice o historii i pamięci* [Landschaft der tausend Grenzen. Skizzen über Geschichte und Gedächtnis]. Olsztyn 2003.

² Vgl. v.a. Andrzej Sakson, *Mazurzy – społeczność pogranicza* [Die Masuren – Gesellschaft im Grenzland]. Poznań 1990; ders., *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945–1997* [Nationalitätenverhältnisse in Ermland und Masuren 1945–1997]. Poznań 1998.

³ Außer den hier besprochenen Monografien vor allem Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*. Berlin 2001; ders., *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Wiesbaden 2001.

Jahre), wobei die Hauptaufmerksamkeit auf der Lage der Masuren zwischen Preußen, Deutschland und Polen liegt. Wie der Buchtitel pointiert, wird der masurische Fall in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein für Mitteleuropa einzigartiges Beispiel einer Identität interpretiert, bei der die polnische Mundart des Volkes keineswegs eine polnische nationale Zugehörigkeit implizierte. Ganz im Gegenteil: Die jahrhundertelange Zugehörigkeit zur preußischen Monarchie, das evangelische Glaubensbekenntnis und schließlich auch das vermeintliche oder tatsächliche Wohlstandsgefälle zwischen beiden Staaten in der Zwischenkriegszeit führten dazu, dass sich die Masuren – im Unterschied zu vielen katholischen Ermländern und vor allem den (ebenso katholischen) westpreußischen Kaschuben – für das polnische Nationalbewusstsein nicht gewinnen ließen, trotz vieler Bemühungen der polnischen Nationalaktivisten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sowie des polnischen Staates seit 1919. In diesem Zusammenhang dekonstruiert Blanke zwei Vorstellungen: erstens die Meinung, die misslungene polnische nationale Agitation unter den Masuren sei auf das relativ schwache, wenig konsequente und verspätete Interesse der polnischen Nationalbewegung zurückzuführen, zweitens die Auslegung, das polnische Fiasko bei der Volksabstimmung im Juli 1920 sei von den deutschen Manipulationen und Schikanen verursacht worden. Blanke zeigt, dass bei den Masuren die polnischen Nationalgedanken wenig Anziehungskraft besaßen und dass hier die traditionelle preußische Staatstreue der lokalen Agrargesellschaft und vor allem die konfessionellen Unterschiede mit der althergebrachten Gegenüberstellung des Katholizismus und der evangelischen Konfession entscheidend waren, um so mehr, als sich die polnische Agitation in Masuren nur in Ausnahmefällen von einer deutlichen Bindung an den Katholizismus zu trennen vermochte. Dies führte dazu, dass der preußische Staatspatriotismus der polnischsprachigen Masuren nicht durch den polnischen Nationalismus ersetzt wurde: Sie identifizierten sich weiterhin mit dem preußischen Staat und nach 1920 zunehmend mit der deutschen Nationalität, was auch mit dem Übergang zur deutschen Umgangssprache verbunden war.

Den entscheidenden und symptomatischen Punkt in der Geschichte der masurischen kollektiven Identitäten findet Richard Blanke bei der Volksabstimmung von 1920, die er als Äußerung des kollektiven Bewusstseins der masurischen Bevölkerung versteht, die hinsichtlich der klaren Ergebnisse kaum als Folge von Manipulationen oder Beeinflussung interpretiert werden könne. Der Volksabstimmung ist auch der umfangreichste Abschnitt des ganzen Buches gewidmet, nach-

dem die polnischen Agitationsbemühungen seit den 1870er Jahren (allerdings größtenteils mit einseitiger Konzentrierung auf das polnisch nationale Pressewesen) sowie die preußische Masurenpolitik bis zum Ersten Weltkrieg behandelt werden. Anschließend widmet sich der Autor der sprachlichen (Selbst)Germanisierung der Masuren und der staatlichen Sprachpolitik im Gebiet während der Weimarer Republik. Die Entwicklung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs werden dann stärker in den Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen gestellt, wobei sich insbesondere in den ersten Jahren verschiedene Ansätze zur Schlichtung der Minderheitenfragen zwischen Nazi-Deutschland und Sanacja-Polen zeigten. Während der Zweite Weltkrieg als Genese der „Zurückerwerbung“ des Landes durch Polen dargestellt wird, richtet sich der Blick auf die Vertreibung, Übernahme durch Polen und „Repolonisierungsmaßnahmen“ des polnischen Staates in Masuren. Wo sich die Arbeit nicht auf bisherige Forschungen stützt, werden vor allem amtliche Quellen ausgewertet.

Richard Blanke versucht, die Identitätsproblematik bei den Masuren größtenteils aus dem Blickwinkel der politischen Geschichte zu beleuchten, wobei jedoch Exkurse in die Entwicklung der Sozialstruktur der masurischen Gesellschaft oder in die lokale und regionale Kultur gemacht werden. Ganz anders geht Mathias Wagner in seinem Buch vor: Hier wird die politische Geschichte des Landes im Nachkriegspolen zwar in Ansätzen geschildert und bei einigen konkreten Problemen auch ausführlicher behandelt (Aktion Weichsel), bleibt aber prinzipiell im Hintergrund. Im Mittelpunkt dieser ethnologisch und soziologisch angelegten Studie steht die soziale Struktur der lokalen Gesellschaft in der als Beispiel gewählten Mikroregion des Dorfes Orłowo, vor allem aber alle wichtigen Ebenen und Probleme des individuellen und kollektiven Bewusstseins der dortigen Bevölkerung einschließlich der Inklusions- und Exklusionsprozesse im Wandel der Nachkriegszeit, der gruppenspezifischen Grenzziehungen, des historischen Gedächtnisses, sozialer Rituale und symbolischer Aushandlungsstrategien, dies alles mit Bezug auf die soziale, konfessionelle, ethnische und demografische Struktur. So tief der Rückgriff auf die ganzen Nachkriegsjahrzehnte, ja sogar die Zwischenkriegszeit ist, so eindeutig wird die „gegenwärtige“ (in der Zeit der Realisierung des zugrunde liegenden Forschungsprojektes – d.h. in der Mitte der 1990er Jahre) Dorfgesellschaft als Gegenstand der Arbeit definiert, eine Dorfgesellschaft, die das Erbe früherer Entwicklungen stets mit sich trägt (oder aber in bestimmten Fällen eben nicht), gleichzeitig

aber von langwierigen Prozessen des gesellschaftlichen Wandels im Nach-Wende-Polen stark erfasst und mit den für die strukturschwachen Regionen problematischen Folgen konfrontiert wurde – ein Dorf in einer Phase, in der die Kategorien wie sozialer Zusammenhalt, Solidarität, Kollektivität, Individualität, Differenz und Integration neu ausgehandelt werden müssen.

Zur Analyse dieser Probleme greift Wagner auf das Instrumentarium der modernen Sozialwissenschaft zurück: Umfragen (darunter auch Fotoumfragen), Erzählungen, teilnehmende Beobachtung usw. bilden die methodische Basis der ganzen Arbeit. Dies führt bei ihm dazu, dass die „realhistorischen“ Hintergründe nur in Einzelfällen und ansatzweise erklärt werden (z.B. Aktion Weichsel oder die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der VRP) und der Blick auf die kollektive und individuelle Aufarbeitung der historischen Ereignisse und Probleme gerichtet wird. In der Arbeit von Blanke ist das nur zum Teil anders, denn auch hier ist die diskursive Perspektive des kollektiven Bewusstseins, der Kollektivsubjektbildung entscheidend, allerdings mit der vordergründigen Darstellung der politischen Entwicklung und mit weniger Aufmerksamkeit für die individuelle Seite des sozialen und kulturellen Bewusstseins.

Etwas anders werden in beiden Monografien die methodologischen und theoretischen Abschnitte eingebaut. Das Buch über die „Polish-speaking Germans“ versucht, sich im Einführungsteil ausführlicher mit den sozialwissenschaftlichen und historiografischen Konzepten auseinanderzusetzen, und stellt auf diese Weise sehr übersichtlich die konzeptionellen Grundlagen der ganzen Arbeit vor, auch wenn man einige – allerdings gewissermaßen immer notwendige – Vereinfachungen oder Unklarheiten vermuten kann; beispielsweise scheint hier in der Unterscheidung der „objektiven“ und „subjektiven“ Auffassung von nationalen und anderen kollektiven Identitäten (schon diese typologischen Bezeichnungen müssten allerdings mehr diskutiert oder argumentiert werden) stellenweise Unklarheit zu herrschen, ob im konkreten Kontext die Weise der kollektiven „Kodierung“ einer Identität oder aber die wissenschaftlichen Konzepte gemeint sind. Im weiteren Text orientieren sich die theoretischen und methodischen Passagen auf die Interpretation oder frühere historiografische bzw. politische Betrachtungen konkreter Themen und Probleme (Volksabstimmung, „Repolonisierung“, Verifikation usw.). Dies macht das Buch sehr übersichtlich, klar strukturiert und leserfreundlich. Auch hier verdienen jedoch einige Argumente kritische Aufmerksamkeit, z.B. bei der Behauptung, der masurische Fall sei in Ostmitteleuro-

pa das einzige Beispiel der Inkongruenz zwischen Sprachlichkeit und Nationalität, müsse auf die früheren Nationsbildungsprozesse des 19. Jahrhunderts mehr Rücksicht genommen werden. Dabei würde sich wohl zeigen, dass diese Übereinstimmung von Sprache und ethnischer Nationalität erst Ergebnis dieser Prozesse waren. Vor allem überrascht jedoch, dass hier der Vergleich mit den Kaschuben in der Zeit der jungkaschubischen und der modernen kaschubisch-pommerellischen Bewegung nicht gewählt wurde: Denn dieses Fast-Nachbarvolk der Masuren ist ein weiteres Beispiel für die erwähnte Inkongruenz, allerdings im umgekehrten Sinne: Das Beharren auf der kaschubischen Eigensprachigkeit hat ja die kaschubischen Aktivisten nicht gehindert, ihre Gruppe schließlich als Bestandteil der polnischen Nation zu sehen.

Eine andere Vorgehensweise beobachtet man im Buch von Mathias Wagner. Außer dem umfangreichen theoretischen und methodologischen Einführungsteil werden in einzelnen, thematisch verschiedenartig orientierten Abschnitten immer wieder spezifische methodologische und theoretische Fragen aufgenommen und ausführlich behandelt, manchmal sogar in einem Maße, wie das für den folgenden Teil nicht nötig wäre, denn manche Ansätze und Probleme werden im Weiteren kaum ausgeführt. Dies macht die Struktur der Arbeit nicht ganz übersichtlich und die Lektüre nicht immer zum Vergnügen. Andererseits kann man sich an anderen Stellen von der Erzählfähigkeit des Autors überzeugen. In der Argumentation wird man ab und zu in Zweifel geraten, ob manche Aussagen nicht zu schnell generalisiert oder sogar überinterpretiert werden – ein Risiko, das allerdings jede Arbeit mit ähnlichem Anspruch eingehen muss. Ein Manko des Werkes, das offensichtlich auch literarische Ambitionen verfolgte, stellt die Tatsache dar, dass es unnötig viele Formalia einer Dissertation auch bei der Buchveröffentlichung beibehielt.

Mit beiden Büchern wurden Arbeiten vorgelegt, die wesentlich zur Thematisierung und Diskussion über die sozialen und kulturellen Aspekte der masurischen Gesellschaft im 20. Jahrhunderts beitragen und zusammen mit anderen Werken der polnischen und deutschen Kultur-, Sozial- und Geschichtswissenschaft (W. Wrzesiński, A. Sakson, A. Kossert, R. Traba u.a.) einen Forschungskorpus darstellen, den jede weitere Beschäftigung mit der neueren und neuesten Geschichte von Masuren (sowohl im geografischen als auch vor allem im sozialen, kulturellen und ethnischen Sinne) reflektieren muss.

Miloš Řezník, Chemnitz

Henning von Wistinghausen, Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2004, 694 Seiten, 68 s/w-Abbildungen auf 40 Tafeln.

Das hier zu besprechende wichtige und gewichtige – im doppelten Wortsinne – Buch ist weit mehr, als dies der zwar treffende, aber eher bescheidene Titel erkennen lässt: ein wesentlicher Beitrag zur europäischen Zeitgeschichte. Es werden sehr anschaulich, ja spannend, wichtige Phasen der großen politischen Wende in Ostmitteleuropa am Ende des 20. Jahrhunderts geschildert. Das geschieht aus der Sicht eines scharfsichtigen und gut informierten Zeitzeugen, der an einigen Punkten auch Mithandelnder war. Henning von Wistinghausen ist Jurist und entstammt einer estländischen Familie, deren Geschichte er in Monografien und anderen Beiträgen zu Papier gebracht hat. 36 Jahre gehörte er dem Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland an. Von 1991 bis 1995 vertrat er Deutschland als erster Botschafter eben „im freien Estland“, danach in Almaty/Kasachstan und bis zum Eintritt in den Ruhestand in Helsinki/Finnland. Er war und ist nie „nur“ Jurist und/oder Diplomat, sondern immer auch Historiker; seit 1963 gehört er der Baltischen Historischen Kommission an. Die vorliegenden Erinnerungen an seinen wohl wichtigsten und interessantesten Posten sind also von einem Fachmann verfasst, und das hebt sie aus der Masse der doch recht zahlreichen und mitunter langweiligen Diplomatenmemoiren heraus.

Nachdem Henning von Wistinghausen von 1984 bis 1990 das Grundsatzreferat für Außenwirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Europaabteilung des Auswärtigen Amtes geleitet hatte, wurde er auf eigenen Wunsch als Leiter des Generalkonsulats nach Leningrad versetzt. Im September 1990, kurz vor der Vereinigung Deutschlands, trat er seinen Posten in der Stadt an der Neva an, die etwa ein Jahr später, am 6. September 1991 ihren alten Namen St. Petersburg zurückerhielt. Zu dem Amtsbezirk des Generalkonsulats – der Verfasser war 1970/71 an der Botschaft Moskau mit den Verhandlungen mit dessen Errichtung befasst – gehörten auch die Städte Tallinn (Reval) und Riga, nicht aber die Gebiete der Staaten Estland, Lettland und Litauen. Deren Annexion durch die Sowjetunion nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 nämlich hatte die Bundesrepublik Deutschland wie andere westliche Staaten nie völkerrechtlich anerkannt, was sich später noch als sehr nützlich erweisen sollte. Der Generalkonsul besuchte eifrig die Heimat seiner Vorfahren und

nahm intensive Kontakte zu führenden estnischen Persönlichkeiten auf, etwa zu dem Schriftsteller Jaan Kross und seiner Frau Ellen Niit oder mit Lennart Meri, dem Außenminister (1990–1992) und späteren Staatspräsidenten Estlands (1992–2002), „ein im besten Sinn alteuropäisch gebildeter Mann“ (S. 62), der fließend Deutsch sprach, hatte er doch als Sohn eines estnischen Diplomaten einen Teil seiner Kindheit in Berlin verbracht. Meri war ein Glücksfall für sein Land, was in Wistinghausens Darstellung an vielen Stellen deutlich zum Ausdruck kommt. Das schließt hier und da, wo es angebracht ist, sachliche Kritik an dem Staatsmann nicht aus (S. 632 ff., 636).

Aus dem politischen Bewusstsein der westlichen Welt waren die so genannten baltischen Staaten fast völlig verschwunden, was sicherlich mit ein Grund für die zunächst etwas zögerliche und zurückhaltende Politik der Bundesregierung ihnen gegenüber war, die sich erst vom Januar 1991 an von Grund auf zum Positiven hin änderte. „In dem Vertrag vom 12. Januar 1991 erkannten sich Estland und Rußland gegenseitig als ‚souveräne Staaten und Subjekte des Völkerrechts‘ an“ (S. 57). Die „Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der estnischen Republik“ durch Russland bzw. seinen Präsidenten Boris El'cin folgte freilich erst am 24. August 1991 (S. 118). An der Wende in der deutschen Baltikumspolitik hatten Persönlichkeiten wie Henning von Wistinghausen und andere aktive und im Ruhestand befindliche deutsche Diplomaten mit deutschbaltischem Hintergrund einen nicht unwesentlichen Anteil. Das klingt in dem Buch nur sehr diskret und zwischen den Zeilen an. Nach dem missglückten Putsch in Russland bzw. Moskau vom 19. August 1991, auf den ausführlich eingegangen wird (S. 90–116), gewannen die Ereignisse eine starke Eigendynamik.

Am 28. August 1991 beschloss die Bundesregierung, damals noch in Bonn, wo die drei baltischen Außenminister einen Tag zuvor zum Besuch eingetroffen waren, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den drei baltischen Republiken. Henning von Wistinghausen ging als Botschafter nach Tallinn. Hagen Graf Lambsdorff, ein zweiter deutscher Spitzendiplomat deutschbaltischer Herkunft, wurde als Botschafter nach Riga entsandt. Das waren zwei sehr glückliche, aber keineswegs selbstverständliche Personalentscheidungen der Bundesregierung bzw. des Auswärtigen Amtes. Die Entwicklung Estlands zu einem stabilen demokratischen Gemeinwesen mit einer freien, marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf einer harten Währung (Währungsreform vom 20. Juni 1992) ruht, nimmt den zweiten Teil des Buches ein und ist nach den Jahren 1991 bis 1995 gegliedert (S. 124–645).

Wohl alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen dieser Zeit werden dargeboten, etwa die Entstehung der Verfassung oder die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die Formierung einer eigenständigen, eindeutig westlich-europäisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik, die Bildungen der diversen Koalitionsregierungen, die höchst schwierigen estnisch-russischen Beziehungen einschließlich des Abzugs der russischen Truppen (z.B. S. 213 f., 251-258, 363-376, 455-465, 552-559) und natürlich die Entwicklung der deutsch-estnischen Beziehungen auf allen Gebieten. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass es dem Botschafter höchstpersönlich zu verdanken ist, dass er und seine Nachfolger auf dem Domberg, dem alten Regierungszentrum der Hansestadt Tallinn oder Reval – beide Namen sind estnischen Ursprungs –, mit dem dortigen ehemaligen Ungernschen Palais, dem Elternhaus der Urgroßmutter des Verfassers, Isabella von Ungern-Sternberg geb. von Pahlen, eine würdige Bleibe gefunden haben (S. 89 f., 169 f., 355 f.), die am 25. Mai 1994 in Gegenwart von Staatspräsident Meri und des Bundesministers des Auswärtigen Klaus Kinkel eingeweiht wurde (S. 503-506 und Abb. 47-51). Am 14. November 1995 übergab von Wistinghausen die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger. Er tat dies in der Gewissheit, dass Estland „seit langem – und vor allem dank der Deutschbalten – ein in Europa eingebundenes Land“ ist, „das als solches wiederentdeckt und Europa zurückgewonnen werden muß“ (S. 644).

Dem Verfasser standen für das Buch neben dem ihm eigenen phänomenalen Gedächtnis umfangreiche Unterlagen zur Verfügung, insbesondere eigene Aufzeichnungen und Sammlungen sowie seine umfangreiche Privatbibliothek. Das verleiht der stets flüssigen Darstellung ihren Wert, so dass sie selbst zu einer Art Quelle für die Geschichte der ersten Jahre des wieder souveränen Estlands wird, zumindest zu einer Sekundärquelle. Anmerkungen, ein kleiner Quellenanhang, eine sehr nützliche Zeittafel, der Nachweis der Abbildungen und Dokumente und die Personen-, Orts- und Sachindices tragen zum Wert des Buches und seiner Benutzbarkeit nicht unwesentlich bei.

Unbedingt erwähnt werden muss noch, dass die zahlreichen biografischen Studien dem Buch einen ganz besonderen Reiz verleihen. Sie sind meist nicht in einem geschlossenen Block zu finden, sondern verteilen sich über den gesamten Text. So werden Persönlichkeiten wie der Oberbürgermeister von Leningrad/St. Petersburg Anatoli Sobčak und sein damaliger Mitarbeiter Vladimir Putin oder Arnold Rüütel, Vorgänger und Nachfolger Meris als Staatsoberhaupt, lebendig und anschaulich charakterisiert. Da aber, wo Wistinghausen meist eher

zurückhaltend seine Begegnungen mit seinen eigenen Wurzeln schildert, merkt man, dass er nicht nur ein erstklassiger Kenner Estlands und ein scharf urteilender Beobachter etwa der politischen Entwicklungen in Europa ist, sondern auch ein warmherziger, mitfühlender Mensch. Erwähnt sei hier nur seine erste Begegnung mit seinem Vetter William oder Willy Baron Fersen, einem der wenigen Deutschbalten, die unter bescheidenen und oftmals äußerst schwierigen Bedingungen in ihrer Heimat verblieben waren (z.B. S. 39 f.). Und bewundernswert einfühlsam und anrührend schildert der Diplomat den Abschied von seinem todkranken Freund Patrick von Glasenapp (gest. 9. August 1992; S. 244-251), dem er dieses Buch gewidmet hat.

Ludwig Biewer, Berlin